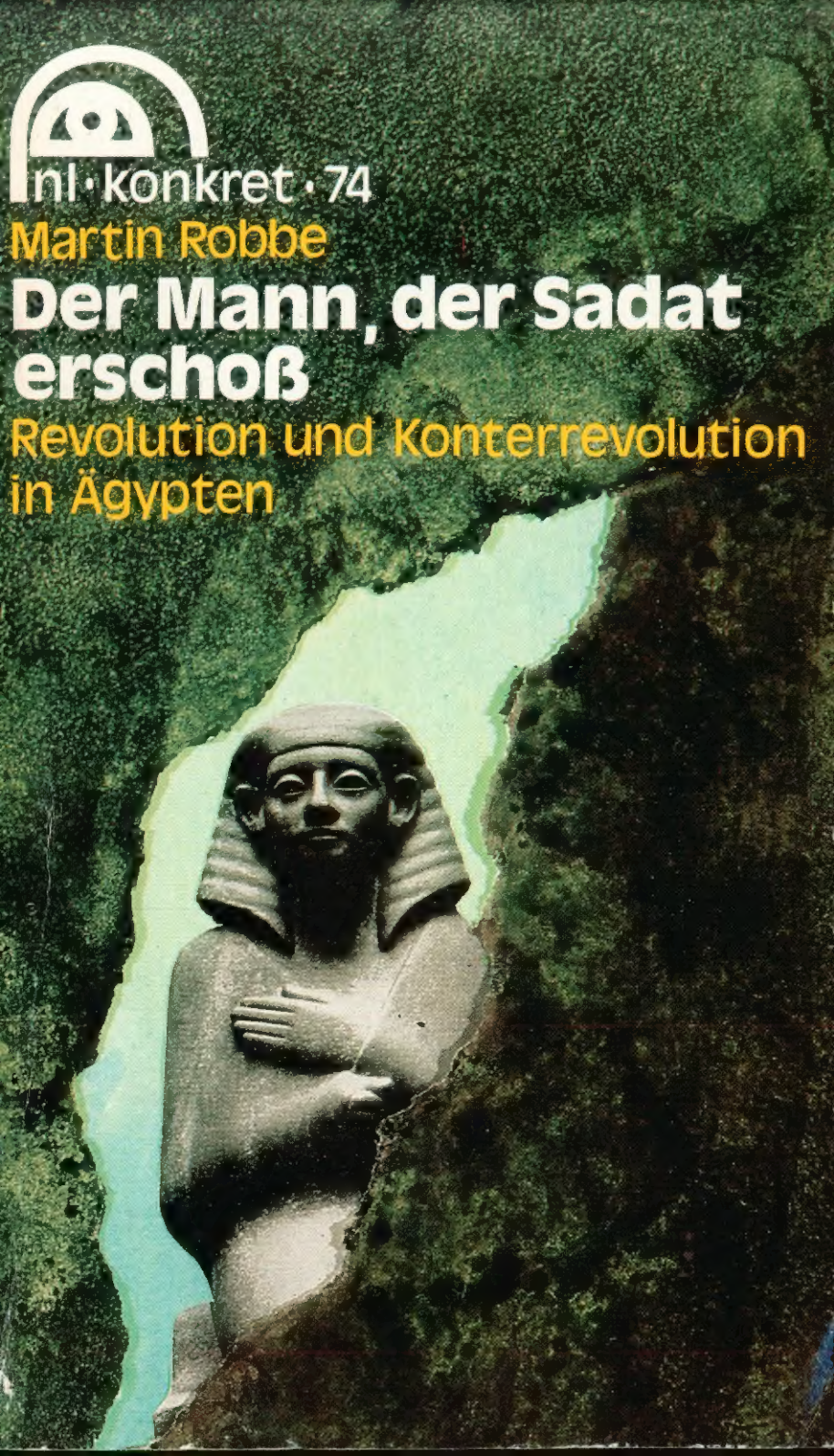
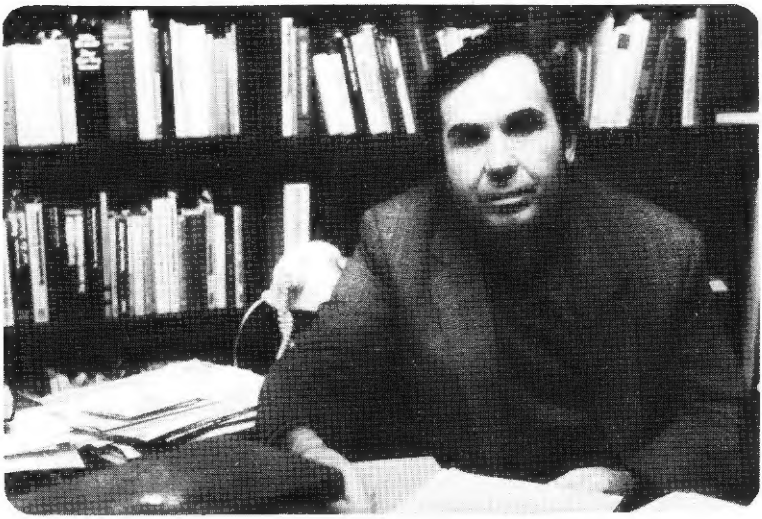

nl · konkret · 74
Martin Robbe
Der Mann, der Sadat erschoß
Revolution und Konterrevolution in Ägypten



Über den Autor

Stationen

Martin Robbe, Prof. Dr. sc. phil., Jahrgang 1932. Abitur. Studium der Geschichte und Philosophie in Jena und Berlin. Halbjähriges Zusatzstudium in Kairo. Zur Zeit als stellvertretender Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig.

Publikationen

Der Ursprung des Christentums (1967); Revolutionen und Revolutionäre heute (1972, 1975); Aufbruch am Nil. Politik und Ideologie in der ägyptischen Befreiungsbewegung unter Gamal Abdel Nasser (1976); „Dritte Welt" – Asyl der Armen? Bemerkungen zum Verständnis und Selbstverständnis der nationalen Befreiungsbewegung (1977); Kein Friede in Nahost? Die Araber, ihr Befreiungskampf und Israel (1978, 1982); Islam. Religion – Gesellschaft – Staat (1981); Verlockung der Gewalt. Linksradikalismus – Anarchismus und Terrorismus (1981, 1982); Die Palästinenser. Ihr Kampf um nationale Identität und um Eigenstaatlichkeit (1982); Scheideweg in Nahost. Der Nahostkonflikt in Vergangenheit und Gegenwart (1982); Die Stummen in der Welt haben das Wort. Entwicklungsländer: Bilanz und Perspektive (1984).
Artikel u. a. in „asien, afrika, lateinamerika", „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", „Einheit", „horizont".

nl·konkret 74

6. Oktober 1981.
Kurz vor 13 Uhr.
Die Militärparade zum Gedenken an die erfolgreiche Suezkanalüberquerung vor 8 Jahren geht ihrem Ende zu. An der Ehrentribüne rollen schwere Feldgeschütze vorüber. Plötzlich stoppt ein Fahrzeug. Männer springen heraus, werfen Handgranaten und stürmen, aus ihren MPs feuernd, auf die Tribüne zu. Von mehreren Kugeln getroffen, bricht der ägyptische Präsident zusammen. Alle Versuche der Ärzte, sein Leben zu retten, scheitern. Wer war der Mann, der Sadat erschoß?
Vor dem Hintergrund der jahrtausendealten Geschichte Ägyptens beantwortet Martin Robbe diese Frage. Er stellt den revolutionären Kurs, zu dessen Symbol Gamal Abdel Nasser geworden war, der konterrevolutionären Entwicklung unter Anwar as-Sadat gegenüber und verdeutlicht die gesamtgesellschaftlichen Vorgänge, die sich hinter dem Handeln dreier Präsidenten – Nasser, Sadat, Mubarak – vollziehen.

Martin Robbe

Der Mann, der Sadat erschoß

Revolution und Konterrevolution in Ägypten

Verlag Neues Leben Berlin

ISBN 3-355-00499-5

© Verlag Neues Leben, Berlin 1986
2., überarbeitete Auflage, 1987
Lizenz Nr. 303 (305/283/87)
LSV 0239
Umschlag: Peter Plattner
Fotos: ADN-ZB (10), ADN-ZB/AFP (1), ADN-ZB/AP (2), ADN-ZB/AP-Tele (2), ADN-ZB/Finck (1), ADN-ZB/Hansch (2), ADN-ZB/Keystone (1), ADN-ZB/Kohls (1), ADN-ZB/Link (1), ADN-ZB/Schneider (1), ADN-ZB/Schulz (1), ADN-ZB/Sport and General (1), ADN-ZB/UFP (1), ADN-ZB/UP (1), ADN-ZB/UPI-Tele (1), Archiv des Autors (8), Dittmar (3), Robbe (2), Wagner (1)
Typografie: H.-Jürgen Malik
Schrift: 9 p Univers
Lichtsatz: (140) Druckerei Neues Deutschland, Berlin
Druck und buchbinderische Weiterverarbeitung: Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam
Redaktionsschluß: 15. September 1986
Bestell-Nr. 644 294 7
00450

Inhalt

7 **Das Attentat**

9 **Ägypten und die Ägypter** 1

9 Das Ägyptische und das Arabische
13 „Die Gemeinde war auch das Heer …"
17 Muhammad Ali – volksfremde Dynastie
20 Die Briten am Nil
27 Von Asien westwärts: antikolonialer Siegeszug
30 Palästina, die Araber und die Juden
35 Am Vorabend einer Revolution

41 **Nasser und die Revolution** 2

41 Die Freien Offiziere
45 Juli 1952: ein Staatsstreich?
52 Nagib tritt zurück – die Revolution bleibt
54 Stichwort „Lesseps"
57 Schlacht um den Suezkanal
64 „Von nun an schien alles möglich …"

70 **Chancen für den Sozialismus?** 3

70 „Soziale Gerechtigkeit"
72 Geborgenheit: Verlust und Illusion
74 Sozialistische Orientierung: das andere wagen
78 Ineffektive Bürokratie
80 Experiment mit arabischer Einigung
83 Israels konterrevolutionärer Krieg (1967)
88 Bitternis der Niederlage

92 „In einem Rennen mit dem Tode" 4

92 Sicherheitsratsresolution 242
94 Hoffnung auf Neubeginn
96 „Rogers-Plan": Kapituliert Nasser?
99 „Schwarzer September" für Palästinenser
102 Bilanz: 9 neue Lebensjahre

106 Sadat, Anwalt der Konterrevolution 5

107 Sadat überrascht
109 „Wir Ägypter sind eine Familie"
112 Die Kanalüberquerung (1973)
118 Politik der „offenen Tür"
122 Sadat in Jerusalem (1977)
126 Dreiergipfel in Camp David (1978)

132 „Erstmals töteten die Ägypter ihren Pharao" 6

132 Schah im ägyptischen Exil
135 17 000 Millionäre: auch eine Bilanz
139 In Opposition: Linke, muslimische Radikale
145 Attentatsvorbereitungen
149 Islambuli vor der Tribüne
153 „Allah ist unser Richter"

157 Mubarak, der neue Präsident 7

158 Israelis in Libanon
165 „Neue arabische Ordnung"
168 Zurück zu den Arabern
171 Zerreißprobe für die PLO
173 Alltag in Kairo
179 „Recht auf Frieden, Brot und Demokratie"
185 **USA: Sheriff in Nahost?**
190 **Chronologie**
194 **Personenregister**
197 **Geographisches Register**

Das Attentat

Es war der 6. Oktober 1981.

Genau vor acht Jahren hatte ein Krieg zwischen Ägypten und Syrien auf der einen und Israel auf der anderen Seite begonnen. Die Armeen beider arabischer Staaten hatten die Initiative ergriffen, Gebiete, die Israel seit 1967 widerrechtlich besetzt hielt, zurückzugewinnen. Im Unterschied zu den drei vorangegangenen arabisch-israelischen Kriegen waren sie erfolgreich, zumindest anfänglich. Den ägyptischen Truppen war es gelungen, den Suezkanal zu überqueren. Mit einer Militärparade in Kairo sollte der Jahrestag dieses Erfolgs begangen werden.

Der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat beabsichtigte, der Parade beizuwohnen. Wie üblich stand er um 8.30 Uhr in seiner im Stadtteil Dokki am Nil gelegenen Residenz auf. Er machte einige gymnastische Übungen, nahm ein Bad, verzehrte ein leichtes Frühstück. Wenige Tage zuvor hatte er von seinem Londoner Schneider eine neue Uniform erhalten. Er legte sie an. Sie zeigte ihn als Feldmarschall, mit grüner, von goldenen Sternen und einem ägyptischen Wappenadler bedeckter Schärpe. Am Kragen trug er den „Stern von Sinai". Auf die kugelsichere Weste verzichtete er. Er war ein eitler Mann und befürchtete, die Weste werde ihn zu dick erscheinen lassen.

Gegen 10 Uhr verließ Sadat im Dienstwagen, begleitet von einer Eskorte, seine Residenz. Mit führenden Militärs begab er sich zum Grab Nassers, um ein Gebet zu sprechen. Danach legte er ein Blumengebinde am Grab des Unbekannten Soldaten nieder.

Um 11 Uhr nahm Sadat seinen Platz auf der Ehrentribüne ein. In einer Art Vorbau saß er in der Mitte der ersten Reihe, gleich hinter der Brüstung. Ihn umgaben persönlich geladene Gäste, etwa 100 Personen. Zu seiner Rechten hatte Vizepräsident Muhammad Husni Mubarak, zu seiner Linken Verteidigungsminister Abd al-Halim Abu Ghazala Platz genommen. Das Menschenmögliche schien getan, Sadats persönliche Sicherheit zu gewährleisten. Die USA hatten im Verlauf des Jahres über 20 Millionen Dollar aufgewandt, um die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen auf den neuesten Stand zu bringen.

Um 11.05 Uhr rezitierte ein Imam, ein Vorbeter, Koranverse. Der Verteidigungsminister hielt eine kurze Ansprache. Dann begann die Parade.

Es war ein glanzvolles Schauspiel, das da abrollte, vom Fernse-

hen direkt übertragen. Der Paradezug war über 15 Kilometer lang. Sadat, der „Held der Kanalüberquerung", ließ sich gebührend feiern. So feuerten Mörser kleine Fallschirme ab, die sein Porträt und ägyptische Flaggen auf die Erde zurücktrugen.

Gegen 13 Uhr näherte sich die Parade ihrem Ende. Die Aufmerksamkeit der Gäste konzentrierte sich auf den wolkenlosen Himmel: Amerikanische Flugzeuge vom Typ Phantom donnerten vorüber, und französische Mirage-Maschinen verströmten rote, blaue und grüne Rauchwolken. Von den Lastkraftwagen mit schweren Feldgeschützen, die zur selben Zeit in Viererreihen an der Tribüne vorüberrollten, nahm kaum jemand Notiz.

Plötzlich stoppte ein Wagen. Ein Motorschaden? Für Vermutungen blieben nur wenige Augenblicke. Vier Männer warfen Granaten in Richtung Tribüne. Dann rannten sie, aus Gewehren feuernd, auf deren vordere Reihe zu.

Die Verwirrung war perfekt. Die Leibwächter Sadats liefen nicht nach vorn, sondern flüchteten in den hinteren Teil der Tribüne. Erst nach 30 Sekunden schossen sie zurück.

Das Attentat dauerte 96 Sekunden. Sadat brach, von mehreren Kugeln getroffen, zusammen. Ein Hubschrauber brachte ihn zum 15 Kilometer entfernten Maadi-Hospital. Die Ärzte taten, was möglich war: künstliche Beatmung, künstliche Luftröhre, Herzmassage, Versorgung der Wunden. Alles war umsonst. Sadat starb. 7 andere Personen kamen bei dem Attentat ums Leben. 28 wurden verwundet.

Ägypten und die Ägypter

Ägypten ist eine einzigartige und faszinierende Identität zugewachsen.

Das Land, in seiner geographischen Lage heute als nahöstlich charakterisiert, gehört hauptsächlich zu Afrika, mit der Sinaihalbinsel zu Asien. Als Mittelmeeranlieger öffnet es sich Europa. Der Nil durchzieht es von Süden nach Norden; ungefähr ab Kairo verästelt er sich zu einem Delta und erreicht fächerförmig das Mittelmeer. Seit alters spendet der Strom Fruchtbarkeit, doch sind der Besiedlung an seinen Ufern Grenzen gesetzt. Nahezu bis Kairo – in Oberägypten – kann der Boden zu seinen beiden Seiten nur wenige Kilometer ins Land hinein landwirtschaftlich genutzt werden. Dahinter beginnt, ziemlich abrupt, die Wüste, von zum Teil hohen Gebirgszügen durchschnitten. Lediglich in wenigen Oasen leben Menschen. Mit dem Nildelta – in Unterägypten – verbreitert sich die fruchtbare Fläche. Mit einer Million Quadratkilometer ist Ägypten ein großes Land (zehnmal größer als die DDR); doch nur 7 Prozent seines Territoriums sind besiedelt.

Was das Klima in Ägypten betrifft: Sonne gibt es im Überfluß, an Regen herrscht Mangel. Im Sommer erreichen die Temperaturen in Kairo 40, in Oberägypten – etwa in Assuan – 50 Grad. Heiße Sandstürme *(chamsin)* aus dem Süden sind zwischen März und Mai zu erwarten.

Das Ägyptische und das Arabische

Ägyptisches Territorium war vermutlich bereits vor 600 000 Jahren besiedelt. Dafür sprechen Werkzeuge – offenbar aus Feuerstein oder Quarz –, die in den letzten Jahren in der Nähe von Kairo gefunden wurden. Die Fundstätte, heute Wüstenland,

dürfte damals fruchtbares Gebiet mit einem reichen Tierbestand gewesen sein.[1]

Jahrtausende vor der Zeitenwende zeichnet sich in ersten Konturen das heutige Ägypten ab. Der Nil ermöglichte es den ägyptischen Bauern, den Fellachen, ihre Felder zu bewässern. So erhöhten sie ihre Erträge – und mit ihnen das Mehrprodukt, das sie schufen. Das Ergebnis war von großer Tragweite: Es entstand die antagonistische Klassengesellschaft in Gestalt mächtiger Pharaonenreiche.

Die Herrscher, die Pharaonen, verfügten dadurch, daß sie die Fellachen erbarmungslos ausbeuteten, über genügend Mittel, um kulturelle Leistungen von hohem Rang zu erbringen. Sie dachten dabei in erster Linie an sich selber. Die Königsgräber in Luxor wie die Pyramiden in Ghiza – beides heute Touristenattraktionen von Weltrang – zeigen, daß die Herrscher ihre Macht im Diesseits in jenseitige Privilegien umzumünzen gedachten. Allerdings: Die Pharaonen ließen zu ihren Lebzeiten an ihren Grabstätten arbeiten. Die Investitionen ins Jenseits eigneten sich so auch, diesseitige Macht zu demonstrieren und zu stärken.

Zweierlei bildete sich damals heraus, was die Generationen bis heute überdauerte.

Der Fellache wurde zur Hauptstütze der ägyptischen Gesellschaft. Galt das Land als Geschenk des Nils, wie der Volksmund sagte – er mußte hart arbeiten, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, um sich seiner würdig zu erweisen. Die Dynastien wechselten wiederholt – er blieb und ging Tag für Tag und Jahr für Jahr seiner gewohnten Beschäftigung nach, mit Arbeitswerkzeugen, die sich Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch kaum veränderten. Noch heute verwenden Fellachen zur Auflockerung des Bodens eine Hacke mit kurzem Stiel, die schon auf Abbildungen aus der Pharaonenzeit zu sehen ist. Sein gleichbleibendes Schicksal machte aus dem Fellachen einen geduldigen Menschen, mit einer – er hatte viele Enttäuschungen zu verarbeiten – leichten Neigung zur Resignation.

Zum anderen: Die ägyptische Gesellschaft brachte früh eine zentralisierte und starke Staatsmacht hervor. Die Herrschenden brauchten sie. Denn zwischen ihnen und den Ausgebeuteten und Unterdrückten öffnete sich eine tiefe Kluft. Diese mußten sie, sollte die Gesellschaft funktionieren, überbrücken, und sie taten es, indem sie mit dem Staat die anderen Klassen und Schichten ihren Interessen unterwarfen. Hinzu trat das Bedürfnis, eine sich auf den Bewässerungsanbau gründende Wirtschaft zentral zu leiten.

Der Staat blieb, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß,

übermächtig, bis in die Gegenwart hinein. Aufgeblähte Bürokraten waren und sind damit befaßt, das Leben in nahezu allen Bereichen zu regeln, genauer: zu reglementieren. Das Resultat: Bürokratische Strukturen erstickten mögliche Initiativen. Andererseits schufen sich mächtige Interessengruppen eigene Bewegungsräume und regierten ihrerseits, durch Vetternwirtschaft wie durch Korruption, in die Bürokratien hinein.

Der griechische Geschichtsschreiber Herodot (484 bis 425 v. u. Z.) zeigte sich von Ägypten, das er bereiste, tief beeindruckt. Er nannte es „ein gar zu wunderbares Land", das „mehr Merkwürdigkeiten enthält als irgendein anderes Land". Der Himmel dort sehe anders aus als anderswo, der Fluß sei einmalig, und die Ägypter unterschieden sich in ihren Sitten und Gewohnheiten von den übrigen Menschen. „Sie trinken aus ehernen Bechern, die sie täglich aufwaschen, und zwar alle und nicht nur dieser und jener. Sie tragen leinene, immer frisch gewaschene Kleider, womit sie es sehr genau nehmen. Die Geschlechtsteile beschneiden sie der Reinlichkeit wegen... Die Priester scheren sich alle drei Tage den ganzen Leib, damit sie beim Gottesdienst nicht von Läusen und anderem Ungeziefer befallen werden."[2] In Gesellschaften bei reichen Leuten, so Herodot, trage jemand nach dem Essen in einem Sarge ein naturgetreu dargestelltes und bemaltes Totenbild herum, das gewöhnlich ein bis zwei Ellen lang sei. Er zeige es den Gästen und sage jedem: „Sieh dir den an, und dann trink und freue dich des Lebens; denn wenn du tot bist, wirst du sein wie dieser da."[3]

Im 7. Jahrhundert bahnte sich für Ägypten Neues an. Damals entstand auf der Arabischen Halbinsel der Islam. Er ging aus einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruch hervor; Energien, die aus dem Zerfall der Stammesgemeinschaft erwuchsen, lenkte er – programmatisch wurde das von Muhammad (Mohammed), dem Propheten der neuen Religion, verfochtene Bekenntnis zu Allah als dem einzigen Gott – auf die Errichtung eines gewaltigen Feudalreiches. 642 eroberten die arabischen Muslims Ägypten.

Das Land zählte damals ungefähr 7 Millionen Einwohner. Die meisten, etwa 90 Prozent, bekannten sich zum Christentum, das im Koptischen eine spezifisch ägyptische Ausprägung erfahren hatte. Dazu gehörte eine eigene Sprache. Im Ergebnis der Ausbreitung des Hellenismus wurde in ihr das Altägyptische, für das es ursprünglich Hieroglyphen gab, mit griechischen Buchstaben geschrieben. (Gegenüber dem griechischen Alphabet fanden, je nach Dialekt, 6 bis 8 Buchstaben mehr Verwendung, bei denen es sich um Hauch- und Zischlaute handelt.) Die arabischen Erobe-

Ägyptische Doppelschichtigkeit: auf der pharaonischen Kultstätte eine moderne Moschee

rer, ihre Zahl betrug 16 000, stellten ethnisch eine Minderheit dar. Dennoch setzten sie sich durch. Schrittweise übernahmen die Kopten das Arabische als Sprache und den Islam als Religion. Ägypten wurde zu einem arabischen Land. Eine Minderheit hielt am ägyptischen Christentum fest, spricht jedoch Arabisch. In Gottesdiensten werden Texte zunächst im Koptischen, dann in arabischer Übersetzung vorgetragen.

Muslimische Eroberer errichteten ungefähr 640 am Ostufer des Nil al-Fustat („das Zelt"), die wohl erste arabische Siedlung in Ägypten. Doch Kairo („al-Qahira" – „die Siegreiche"), 969 von der islamischen Dynastie der Fatimiden gegründet, wurde zur Hauptstadt des Landes, mit der Moschee und Lehranstalt al-Azhar („die Leuchtende") auch zu einem Zentrum des Islam. Fustat, weithin zerfallen, liegt heute auf dem Territorium Kairos.

Die ägyptische Identität hat so zwei Schichten: das Altägyptische (oder „Pharaonische") und das Arabische. Das ist optisch reizvoll auszumachen, wenn in Luxor Ausgrabungen zwei übereinander befindliche Kultstätten bloßlegten: eine arabische, die auf einer offenbar damals verschütteten altägyptischen errichtet worden war. In Kairo gibt es für die altägyptischen und die arabisch-islamischen Exponate jeweils ein eigenes großes Museum. Daneben existiert ein koptisches Museum.

Normalerweise ist eine solche „Doppelschichtigkeit" nicht problematisch: Der heutige Ägypter steht eben in der Tradition beider seine Geschichte prägenden Perioden. Doch kann das in einem bestimmten politischen Kontext zu Spannungen führen. Als der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat mit den ägyptisch-israelischen Separatvereinbarungen von Camp David (1978) sein Land in der arabischen Welt in die Isolierung manövriert hatte, verwies er zur Rechtfertigung seines Alleingangs darauf, daß Ägypten andere und ältere Traditionen als die übrigen arabischen Länder habe. Er leitete daraus den Anspruch ab, weitsichtiger zu sein als diejenigen arabischen Politiker, die ihn kritisierten.

„Die Gemeinde war auch das Heer ..."

Der Islam stellte für die Ägypter mehr als eine neue Religion dar; er veränderte ihr gesellschaftliches Leben von Grund auf. Denn er kennt nicht, wie andere Religionen, eine Trennung zwischen Profanem und Sakralem. Mit seinem Ideal der *umma* (Gemeinschaft) proklamiert und verkörpert er vielmehr die Einheit von Religion, Gesellschaft und Staat. Sein Gesetz *(scharia)* regelt alle Lebensbereiche seiner Anhänger. „Die Rechtsprechung und der Krieg waren ebenso heilige Geschäfte wie der Gottesdienst", schrieb der deutsche Orientforscher Julius Wellhausen. „Die Moschee vertrat zugleich das Forum und den Exerzierplatz; die Gemeinde war auch das Heer, der Vorbeter (Imām) auch der Anführer."[4] Apostasie, Abfall vom Glauben, wurde mit dem Tode geahndet.

Der Koran war und ist für den Muslim das heilige Buch und die Hauptquelle seiner Religion. Er gilt als Offenbarung Allahs, die Muhammad durch den Engel Gabriel vermittelt wurde. Sein Inhalt ist in 114 Kapitel – oder *Suren* – geliedert, die gemäß ihrer abnehmenden Länge geordnet sind, so daß die längsten am Beginn, die kürzesten am Schluß stehen. Eine Ausnahme macht die erste Sure, die „Eröffnende"; sie ist das am häufigsten gesprochene islamische Gebet. In dieser Anordnung kommt, wenngleich nur begrenzt, auch die Chronologie zur Geltung. Die kürzeren Suren stammen nämlich aus der Zeit, in der Muhammad in Mekka, seiner auf der Arabischen Halbinsel gelegenen Heimatstadt, wirkte. Es handelt sich vielfach um gleichsam eruptiv her-

ausgeschleuderte Redestücke, glut- und schwungvoll, getragen von dem leidenschaftlichen Begehren, unter seinen Mitbürgern, die ihm in ihrer Mehrzahl gleichgültig oder feindselig gegenüberstanden, Anhänger zu gewinnen. Dazu werden die Höllenqualen der Ungläubigen der Glückseligkeit der Gläubigen gegenübergestellt. Später, in seiner zweiten Schaffensperiode, hatte der Prophet in Medina ein Gemeinwesen zu ordnen und mit ihm viele profane Dinge zu regeln. Da äußerte er sich ausführlicher, mit mitunter ermüdenden Wiederholungen. Gesetzliche Regelungen rückten in den Mittelpunkt seiner Offenbarungen.

Zum Koran traten weitere Quellen. Zur wichtigsten unter ihnen wurde die *sunna* (Gewohnheit, Tradition). Sie enthält Berichte, was Muhammad in bestimmten Situationen getan, gesagt oder auch stillschweigend geduldet hatte. Die meisten Muslims, darunter die ägyptischen, nennen sich „Leute der Sunna und der Gemeinschaft", das heißt Sunniten. In Auseinandersetzungen um die Nachfolge Muhammads formierten sich die Schiiten als eigene Glaubensrichtung.

Jeder Muslim hat Pflichten. Die fünf wichtigsten bildeten die „Pfeiler der Religion": das Glaubensbekenntnis, das Gebet, die Almosensteuer, das Fasten im Monat Ramadan und die Pilgerfahrt. Sie stehen bis heute im Mittelpunkt des Islam, unmittelbar gegenwärtig im Alltag seiner Anhänger.

Das Glaubensbekenntnis (*schahada* = Zeugnis) lautet: „Es gibt keinen Gott außer (dem einen) Gott, und Muhammad ist sein Prophet." Es bildet den Kern des islamischen Glaubens, so eine Vorrangstellung gegenüber den übrigen vier Pflichten einnehmend. Das Wort *islam* bereits drückt diese bekenntnishafte Grundhaltung aus: Es meint „Ergebung" (in Gottes Wille).

Jeder, der das Bekenntnis zur Alleinherrschaft und Einzigartigkeit Allahs teilt, galt und gilt als Muslim.

Das rituelle Gebet *(salat),* der zweite Pfeiler der Religion, besteht aus einer bis ins Detail vorgeschriebenen Abfolge von Handlungen und Formeln. Der Muslim hat es fünfmal am Tag zu verrichten: bei Tagesanbruch, zu Mittag, am Nachmittag, bei Sonnenuntergang, zu Beginn der Nacht. Das gibt seinem Tagesablauf einen festgefügten Rahmen. Der Betende muß sich mit dem Gesicht in Richtung Mekka aufstellen („Gebetsrichtung"). Er hat seine Blöße zu bedecken: ein Mann die Körperzone zwischen Nabel und Knie, eine Frau den ganzen Körper, ausgenommen Gesicht und Hände.

Am Freitag, dem islamischen Feiertag, findet in der Moschee zur Zeit des Mittagsgebets ein besonderer Gottesdienst statt. Jeder männliche, volljährige und im Besitz der Geisteskräfte befindliche Muslim ist – soweit ortsansässig und nicht durch Krankheit verhindert – verpflichtet, an ihm teilzunehmen. Im Mittelpunkt

Fellache beim Gebet

dieses Gottesdienstes steht die Predigt. Ursprünglich handelte es sich um eine freie Ansprache, die der Kalif oder Statthalter an die Gemeinde richtete. Daraus wurde ein Vortrag, der gewissen Regeln folgt. Sein Hauptinhalt besteht aus Lobpreisungen Gottes und des Propheten sowie Ermahnungen an die Gläubigen. Häufig schließt er politische Bekundungen ein. Bis heute ergreifen mitunter Politiker in Moscheen das Wort, insbesondere in für ein Land schwierigen Situationen.

Die Almosensteuer *(zakat)* war ursprünglich eine freiwillige Gabe, aus der eine Pflicht wurde. Jeder Muslim hatte einen bestimmten Prozentsatz seines Besitzes abzuliefern. Die Mittel waren für die Armen und Bedürftigen bestimmt, doch zweigte aus ihnen nicht selten ein Herrscher etwas für seine Kriegskasse ab.

Mit der Almosensteuer institutionalisierte der Islam die Armenfürsorge. Das gab ihm eine ausgesprochen soziale Note. Viele in der Gesellschaft Benachteiligte fühlten und fühlen sich zu ihm hingezogen.

Das Fasten *(saum)* findet im Monat Ramadan statt, dem neunten Monat des islamischen Kalenders. Der Muslim hat sich in diesem Zeitraum von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang vollständig des Essens, des Trinkens, des Geschlechtsverkehrs und des Rauchens zu enthalten. Für die Nacht ist er von dieser Verpflichtung entbunden. „Erlaubt ist euch, zur Nacht des Fastens eure Frauen heimzusuchen", heißt es im Koran. „Sie sind euch ein Kleid, und ihr seid ihnen ein Kleid. ... Und esset und trinket, bis ihr einen weißen Faden von einem schwarzen Faden in der Morgenröte unterscheidet. Alsdann haltet streng das Fasten bis zur Nacht und ruhet nicht bei ihnen, sondern verweilet in den Moscheen."[5]

Das Fasten bedeutet für das öffentliche Leben einen nicht geringen Eingriff. Insbesondere wenn der Ramadan in den Sommer fällt – er wandert, da der islamische Kalender auf dem Mondjahr beruht, durch alle Jahreszeiten –, haben viele Menschen Schwierigkeiten, ihrer Arbeit nachzugehen. Ihnen machen nicht nur die Entbehrungen des Tages zu schaffen; der Umstand, daß das tags Entbehrte nachts nachgeholt werden kann, stört zusätzlich den normalen Lebensrhythmus.

Die Pilgerfahrt nach Mekka *(hadsch)* ist der letzte der fünf Pfeiler der Religion. Jeder volljährige Muslim, der sich im Besitz der Verstandeskräfte befindet, ob Mann oder Frau, ist zu ihr einmal im Leben verpflichtet, falls er über die dazu erforderlichen Mittel verfügt und der Weg sicher ist. Eine Frau braucht einen männlichen Begleiter.

Damit die Wallfahrt gültig ist, muß sich der Pilger in einen besonderen Weihezustand versetzen. Das bedeutet: Verzicht auf Rasieren und Kämmen, auf das Schneiden der Haare und Nägel, auf die Jagd, auf den Gebrauch von Parfüm und auf den Geschlechtsverkehr. Zur vorgeschriebenen Kleidung gehören zwei ungenähte weiße Tücher, eins um die Hüfte, das andere um die Schulter zu tragen. An den Füßen sind höchstens Sandalen erlaubt. Eine Kopfbedeckung ist nicht gestattet, doch kann ein Sonnenschirm benutzt werden.

Eine Pilgerfahrt war – und blieb bis heute – mit hohen finanziellen und zeitlichen Aufwendungen verbunden. Die Pilger waren wochenlang unterwegs. Sie schlossen sich zu Karawanen zusammen, die oft Tausende zählten, um die Arabische Halbinsel zu durchqueren. Während ihres einwöchigen Aufenthalts in dem heiligen Bezirk in und um Mekka, zu dem der Zutritt für Nichtmuslims bei Todesstrafe verboten ist, haben sie eine Reihe vorge-

schriebener Handlungen zu vollziehen. Um dabei korrekt zu verfahren, mieten sich viele einen einheimischen Führer.

Muhammad Ali – volksfremde Dynastie

1250 übernahmen in Ägypten die Mamluken die Macht. Es handelte sich um Angehörige einer Militäraristokratie, die sich nach eigenen Regeln regenerierte. Mamluk wurde, wer als Nichtmuslim in einem nichtislamischen Gebiet aufgewachsen war, als Unfreier in den Dienst eines Mamluken gelangte, der für seinen Unterhalt, seine kaserniert erfolgende Ausbildung und seine Bekehrung zum Islam sorgte und ihn dann freiließ. Nur er selbst hatte den Mamlukenstatuts; seine Nachkommen verloren ihn. Die Mamluken stellten so eine sich stets erneuernde landfremde Herrscherschicht dar, untereinander und dem Höchsten unter ihnen, dem Sultan, solidarisch verbunden.

1260 schlugen die Mamluken die Mongolen zurück, die bereits Bagdad erobert hatten und bis Palästina vorgedrungen waren. Dadurch festigten sie ihre Macht und erhöhten ihre Autorität.

Der Mamlukenstaat zeichnete sich durch Stabilität aus. Ägypten erlebte unter ihm einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung. Es wurde zum Umschlagplatz des Gewürzhandels von Indien nach Europa. Die Baukunst erblühte. Die schöne Literatur erfreute sich bei den Gebildeten großer Beliebtheit.

Im 14. Jahrhundert gingen die Osmanen daran – benannt nach dem Begründer der Dynastie, Osman –, ein großes Reich zu erobern, dessen Kern die Türkei bildete. 1516/17 bezogen sie auch Syrien und Ägypten in ihren Herrschaftsbereich ein.

Das Osmanische Reich war straff organisiert. Heer und Verwaltung stellten sein Rückgrat dar. Die Türken waren in ihm privilegiert. Türkische Statthalter verwalteten die Provinzen. Sahen sie sich zunächst noch als Diener des Islam, so nutzten sie in der Folgezeit ihre Ämter immer mehr dazu, sich persönlich zu bereichern. In Konstantinopel wurden Kulturschätze aus der ganzen arabischen Welt zusammengetragen.

Gerade weil sie nahezu ausschließlich auf Administration setzten, konnten die Osmanen ihre Zentralgewalt auf Dauer nicht behaupten. Ihre Herrschaft geriet in eine Krise. In den verschie-

denen Provinzen machte sich ein Verlangen nach Eigenständigkeit geltend. Europäische Kolonialmächte versuchten, Stücke aus dem osmanischen Imperium herauszubrechen.

Am 2. Juli 1798 landete ein französisches Expeditionskorps unter der Leitung Napoleon Bonapartes in Alexandria. Es bestand aus 30 000 Mann und 350 Schiffen. Frankreich, auf dem Meer seinem großen Rivalen Großbritannien im Kampf um Kolonialbesitz unterlegen, wollte mit diesem gewagten Unternehmen britische Interessen in Asien und Afrika treffen. Das begann verheißungsvoll: Französische Truppen schlugen am 26. Juli 1798 die Streitmacht der Mamluken, die jetzt unter osmanischer Oberhoheit in Ägypten herrschten, und marschierten nach Kairo. Doch die Franzosen konnten ihren Erfolg nicht stabilisieren. Nachdem Napoleon bereits 1799 nach Europa zurückgekehrt war – angesichts der Bedrohungen, die ihn dort erwarteten –, mußten sie vor den vereinigten britisch-türkischen Streitkräften zurückweichen und 1801 das Land verlassen.

Die französische Präsenz in Ägypten blieb nur ein „Zwischenspiel". Doch sie hinterließ tiefe Spuren. Die Franzosen kamen als Eroberer, gewiß. Den Soldaten folgten indessen Wissenschaftler. Diese ermöglichten es Ägyptern, sich mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen wie mit Gedanken der bürgerlichen Revolution vertraut zu machen. Von dem, was sie vorfanden, machten sie Aufzeichnungen, die noch heute lesenswert sind. Die dreijährige Präsenz Frankreichs in Ägypten demonstrierte im übrigen: Die Osmanen agierten nicht mehr als unumschränkte Herren in ihrem Reich.

Nach den Franzosen zogen vorerst auch die Briten ab. Formell war die osmanische Oberhoheit wiederhergestellt, faktisch nicht.

Das entstandene Machtvakuum nutzte Muhammad Ali, Kommandeur einer albanischen Truppeneinheit. Mit Unterstützung der ägyptischen Bevölkerung – sie zählte damals ungefähr 3 Millionen Menschen – ließ er sich am 13. Mai 1805 als Statthalter in Ägypten einsetzen. Schrittweise errichtete er eine Dynastie, die – im Schatten fremder Mächte – bis 1952 regieren sollte.

Um das zu erreichen, mußte Ali britische Vorstöße zurückschlagen. Die Anführer der Mamluken, Konkurrenten im Kampf um die Macht, lud er in die Zitadelle von Kairo und ließ sie dort umbringen. Da er seinen albanischen Söldnern nicht mehr traute, formierte er eine Armee aus ägyptischen Fellachen, die vielfach zwangsweise, unter den Schlägen von Nilpferdpeitschen, in die Kasernen getrieben wurden. 1839 bestand diese Fellachenarmee aus 235 000 Mann. Ihre Unterhaltung verschlang die Hälfte des Staatsbudgets.

Muhammad Ali führte wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen durch; so ließ er, teilweise mit europäischen Beratern, Fa-

briken errichten, Transportwege anlegen, Baumwolle anbauen und Bildungsmöglichkeiten schaffen. Doch ordnete er sein Reformwerk seinen dynastischen Ambitionen unter. Dadurch betrieb er es vornehmlich administrativ. Zu einer eigenständigen Entwicklung von Kapitalismus kam es nicht; es bildete sich keine gesellschaftliche Schicht, die deren Träger hätte werden können.

Formal noch zum Osmanischen Reich gehörend, verstrickte sich Ägypten in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts zunehmend in Abhängigkeiten von europäischen Kolonialmächten. Seine Menschen wurden rücksichtslos ausgeplündert, von der feudalen Hofclique um die Chediwen – die ägyptischen Vizekönige aus der von Muhammad Ali begründeten Dynastie – wie durch Frankreich und Großbritannien. Seine Staatsschuld wuchs; 1876 erreichte sie 94 Millionen Pfund Sterling. Die Einkünfte des Landes reichten nicht mehr für den Schuldendienst aus. Die europäischen Mächte nahmen das als willkommene Gelegenheit, sich immer unverhohlener in innerägyptische Angelegenheiten einzumischen.

Unter dem Chediwen Said (1854–1863), am 25. April 1859, begann die im Jahr zuvor in Paris gegründete Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez mit dem Bau des Suezkanals, des größten hydrotechnischen Projekts des 19. Jahrhunderts. Der Franzose Ferdinand Lesseps leitete die Bauarbeiten. Ägypten trug die Hauptlast des Kanalbaus: Von der Bausumme, die 6,77 Millionen Pfund Sterling betrug, mußte es nahezu die Hälfte aufbringen, und 40 000 Fellachen – etwa die Hälfte starb an Entbehrungen und Krankheiten – hatten Bauarbeiten zu leisten.

Am 17. November 1869 wurde der Kanal in Anwesenheit von 6000 Ehrengästen dem Verkehr übergeben. Den Hauptnutzen hatten fortan kapitalistische Mächte. Die Seewege zu wichtigen Kolonien verkürzten sich beträchtlich. Und sie zogen hohe Gewinne aus der Suezkanalgesellschaft. Neben Frankreich wurde Großbritannien, das sich zunächst dem Kanalbau widersetzt hatte, zum Hauptaktionär: Es nutzte die akute Finanzkrise, in die Ägypten geraten war, und übernahm 1875 für weniger als 4 Millionen Pfund Sterling die 176 602 Kanalaktien des Chediwen Isma'il (1863–1879).

„Der Suezkanal hat Ostasien und Australien dem Dampferverkehr erst eigentlich erschlossen", schrieb Karl Marx im dritten Band des „Kapitals" über den fertiggestellten Kanal. „Die Zirkulationszeit einer Warensendung nach Ostasien, 1847 noch mindestens zwölf Monate..., ist jetzt ungefähr auf ungefähr ebensoviel Wochen reduzierbar geworden... und die Aktionsfähigkeit des darin beteiligten Kapitals (ist) um mehr als das Doppelte oder Dreifache gesteigert worden. Daß dies nicht ohne Wirkung auf die Profitrate geblieben, versteht sich von selbst."[6] Ein gegebenes

Kapital konnte also, darauf verweist Marx, durch die wesentlich reduzierten Transportwege und -zeiten rascher umschlagen und dadurch einen höheren Gewinn abwerfen.

Die Ägypter fanden sich mit der fortschreitenden Ausplünderung und Versklavung ihres Landes nicht ab. Patrioten gründeten 1879 die „Nationalpartei". Sie forderten: „Ägypten den Ägyptern!" Im folgenden Jahr erhoben sie sich, geschart um den Obersten Ahmad Urabi (1839–1911), zum bewaffneten Kampf. Mit Erfolg begannen sie, die Angelegenheiten ihres Landes in die eigenen Hände zu nehmen. „Ägypten war auf dem Wege zu einem unabhängigen Nationalstaat"[7], schreibt der Leipziger Historiker Lothar Rathmann.

Da intervenierten Frankreich und Großbritannien. Die britische Flotte beschoß am 11. und 12. Juli 1882 Alexandria. Britische Truppen landeten in Ägypten. Urabi bildete in Kairo ein „Nationales Verteidigungskomitee". Der Chediwe Taufiq, der sich auf die Seite der Interventen stellte, wurde in Übereinstimmung mit den Ulama, den Rechtsgelehrten der Azhar-Universität in Kairo, zum Landesverräter erklärt. Doch die Patrioten, in deren Reihen sich Auflösungserscheinungen bemerkbar machten, unterlagen. Am 14. September 1882 marschierten britische Truppen in Kairo ein.

Die Briten am Nil

Formal blieb Ägypten vorerst noch Bestandteil des Osmanischen Reiches. Doch faktisch war es bei der Aufteilung der Welt in Kolonien und koloniale Einflußsphären, die für den Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium charakteristisch wurde, an Großbritannien gefallen. Britische Generalkonsuln regierten das Land, Lord Cromer von 1883 bis 1907, Eldon Gorst von 1907 bis 1911 und Lord Kitchener von 1911 bis 1914. Die Briten hatten jetzt mit dem Suezkanal nicht nur den Seeweg nach Indien, ihrem größten Kolonialbesitz, fest im Griff, sondern auch einen zusätzlichen Markt für Industriegüter und Kapital sowie einen Lieferanten für Rohstoffe gewonnen. Sie forcierten die Baumwollproduktion; der Anteil der Baumwolle am ägyptischen Export betrug 1914 über 90 Prozent. Dadurch verankerte sich die Abhängigkeit Ägyptens vom kapitalistischen Weltmarkt in seiner inneren Wirtschaftsstruktur – ein für Kolonien, Halbkolonien und ab-

hängige Gebiete allgemein typischer Vorgang, dessen Ergebnis der Begriff „strukturelle Abhängigkeit" kennzeichnet.

Nach dem Ausbruch des ersten Weltkriegs, in dem sich das Osmanische Reich an die Seite Deutschlands stellte, ging Großbritannien einen Schritt weiter: Am 18. Dezember 1914 erklärte es Ägypten zu seinem Protektorat. Fortan residierte ein britischer Hochkommissar in Kairo. 1916 hatte Großbritannien nahezu 500 000 Soldaten in Ägypten stationiert. Hunderttausende Ägypter hatte es für Kriegszwecke zwangsverpflichtet. Die Sache mit der Oberhoheit der Osmanen erledigte sich von selbst: Seit langem in einer tiefen Krise steckend, zerbrach das Osmanische Reich im Ergebnis des Krieges.

Großbritannien konnte sein Kolonialreich noch einmal erweitern. Doch begannen sich bereits die Grenzen imperialistischer Kolonialherrschaft abzuzeichnen: Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Rußland setzte der weltrevolutionäre Prozeß ein, der fortschreitend Ausbeutung und Unterdrückung im nationalen wie im internationalen Rahmen beseitigt. Die nationalen Befreiungsbewegungen empfingen Impulse aus ihm und ordneten sich ihm ein; im Zusammenhang damit wurden sie in ihrer Gesamtheit – neben dem Weltsozialismus und der Arbeiterbewegung – zu einer der revolutionären Hauptkräfte der Gegenwart.

In Ägypten nahm die Nationalbewegung, geführt von bürgerlichen und halbfeudalen Kräften, einen unerhörten Aufschwung. An ihrer Spitze stand, große Popularität genießend, Sa'd Zaglul (1860–1927). Er hatte am Urabi-Aufstand teilgenommen. Nach dem Weltkrieg gründete er die Wafd-Partei, die sich zur bedeutendsten politischen Kraft im antikolonialen Kampf entwickelte. Er verlangte volle staatliche Souveränität für sein Land.

Die Briten reagierten in alter Kolonialmanier: Sie ließen Sa'd Zaglul und drei weitere Führer der Nationalbewegung verhaften und auf einem Kriegsschiff nach Malta deportieren.

Doch sie hatten sich verrechnet. Im März 1919 brach in Ägypten ein machtvoller antikolonialer Aufstand aus. An ihm beteiligten sich Vertreter der städtischen Zwischenschichten, Studenten, Geistliche, Arbeiter und Fellachen. In Kairo waren das Azhar-Gelände, auf dem sich Tausende Ägypter zu nächtlichen Massenversammlungen trafen, und die Viertel Bulaq und Muski, in denen vornehmlich Arbeiter, Kleineigentümer und Stadtarme wohnten, Zentren des Widerstandes. Erstmals in der ägyptischen Geschichte demonstrierten auch Frauen. In den Dörfern erhielt das Kampfziel „Unabhängigkeit" eine soziale Dimension: Fellachen gingen gegen den Großgrundbesitz und seine Repräsentanten

Von britischen Soldaten erniedrigter Ägypter

vor, der sie ruinierte und versklavte. Muslims und Kopten überwanden Religionsschranken. Sie machten gemeinsame Sache, wie Selama Musa (1887 bis 1958), der namhafteste Vertreter des Reformsozialismus in der arabischen Welt, registrierte. „Ränkespiele zur Spaltung hatten keinen Erfolg, ja muslimische junge

Leute predigten von den Kanzeln der Kirchen und junge Kopten von den ‚manabir' (den Kanzeln – M. R.) der Moscheen."[8] Zwischen Patrioten und britischen Truppen entbrannten bewaffnete Auseinandersetzungen. Fellachen griffen, nur mit Messern und Knüppeln bewaffnet, britische Militärposten an und sprengten, um die Kolonialmacht in ihren Bewegungsmöglichkeiten einzuschränken, Eisenbahnlinien und -brücken. Die Briten schossen Wehrlose zusammen. Mitunter brachen im Aufstand anarchische Züge durch: Fellachen zerstörten in Städten Geschäfte und andere Einrichtungen, die, da Verkörperungen der sich ausweitenden Warenbeziehungen, in ihren Augen ihre überkommenen Existenzformen vernichtet hatten beziehungsweise zu vernichten drohten.

Der Aufstand brach zusammen. Die Briten erwiesen sich noch als übermächtig. Den Aufständischen fehlte eine einheitliche und zielgerichtete Leitung. Über 1000 Ägypter hatten in den Auseinandersetzungen den Tod gefunden.

Im Ergebnis der revolutionären Nachkriegsereignisse formierte sich 1921 in Ägypten die Sozialistische Partei, die sich 1923 der Kommunistischen Internationale anschloß und in Kommunistische Partei umbenannte. 1924 zählte sie rund 700 Mitglieder. Von den Herrschenden wurde die Partei brutal verfolgt, was zu Unterbrechungen in ihrer Tätigkeit führte. Spaltungen und Aufsplitterungen machten ihr zu schaffen; zeitweise gab es 12 Organisationen, die sich kommunistisch nannten. Der Einfluß, den die Kommunisten auf das geistige Leben des Landes gewannen, war wesentlich größer, als ihre Zahl vermuten läßt.

Großbritannien sah sich durch die revolutionären Kämpfe zu Zugeständnissen gezwungen. Am 28. Februar 1922 erklärte es Ägypten formal zum unabhängigen Königreich. Am 15. März desselben Jahres nahm Sultan Fu'ad (1868–1936) den Königstitel an.

Die ägyptischen Patrioten hatten damit einen Erfolg errungen. Doch gab Großbritannien die entscheidenden Machtpositionen nicht aus der Hand. In der Note, in der es Ägypten die „Unabhängigkeit" zugestand, hieß es: „Die folgenden Gegenstände sind vollkommen dem Belieben der Regierung Seiner Majestät vorbehalten. ... a) die Sicherung der Verbindungen des Britischen Reiches in Ägypten; b) die Verteidigung Ägyptens gegen jede direkte oder indirekte ausländische Aggression oder Einmischung; c) der Schutz der ausländischen Interessen in Ägypten und der Schutz der Minderheiten; d) der Sudan."[9] König Fu'ad wurde von vielen Ägyptern als Ausländer betrachtet, und das nicht nur wegen seiner Herkunft aus einer landfremden Dynastie; er hielt sich lange Zeit außer Landes auf und sprach Italienisch besser als Arabisch.

Die ägyptische Nationalbewegung gab sich mit dem Errunge-

nen nicht zufrieden. Ihre Führer waren bereits an Regierungsbildungen beteiligt; sie hatten, an der Macht nippend, Geschmack an ihr gefunden. Aufgrund ihrer Klassenherkunft zeigten sie sich zugleich kompromißbereit; sie befürchteten, eine antikoloniale Volksbewegung, die sich radikalisiere, könne auch ihre gesellschaftliche Stellung gefährden. In Verhandlungen suchten sie Großbritannien zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen.

Als Ergebnis kam 1936 ein ägyptisch-britischer Vertrag zustande. Ägypten erlangte einen größeren Bewegungsraum. So wurde es am 26. März 1937 in den Völkerbund aufgenommen. Doch wirkliche Unabhängigkeit gestand auch dieser Vertrag den Ägyptern nicht zu. Großbritannien behielt sich unter anderem das Recht vor, Truppen in der Suezkanalzone zu stationieren.

Die ägyptische Gesellschaft litt unter der fortdauernden Fremd- und Kolonialherrschaft; sie wurde deformiert. In ihr existierten noch immer massenhaft vorkapitalistische Verhältnisse fort. In der Landwirtschaft – dort erzeugten zwei Drittel aller Arbeitskräfte ein Drittel der nationalen Produktion – herrschte der für Feudalismus charakteristische Großgrundbesitz vor. Großgrundbesitzer verfügten über ungefähr drei Viertel des bebaubaren Bodens. Sie hielten, mit dem König an der Spitze – dieser besaß ungefähr 160 000 Feddan Kulturland (1 Feddan = 0,42 ha) –, auch wichtige politische Machtpositionen in ihren Händen. Die britische Kolonialherrschaft akzeptierten sie, wenn diese ihnen nur ihre Privilegien garantierte. Zugleich entwickelten sich kapitalistische Verhältnisse, begrenzt aus inneren Voraussetzungen hervorgehend, hauptsächlich vom kapitalistischen Weltmarkt „eingepflanzt". Im Vergleich zu anderen Kolonien und abhängigen Gebieten war ihre Entwicklung relativ weit gediehen; davon zeugte die Gründung der Bank Misr, des ersten nationalen Unternehmens auf dem Finanzsektor, im Jahr 1920. Die industriellen Unternehmungen, die entstanden, stellten vornehmlich Konsumgüter her. Ihr Anteil am Nationaleinkommen betrug zu Beginn der fünfziger Jahre 15 Prozent.

Mit dem Kapitalismus bildeten sich die ihn tragenden Klassen heraus: Proletariat und Bourgeoisie. Doch wiesen beide aufgrund der Kolonialsituation Besonderheiten auf. Von den 1,1 Millionen Lohnarbeitern, die es zu Beginn der fünfziger Jahre in den städtischen Gebieten gab, waren nur 400 000 in der Industrie beschäftigt. Der Bourgeoisie fiel es schwer, Eigenständiges zu leisten. Sie hing stark vom Auslandskapital ab – letzteres stellte 1933 fast 85 Prozent des in allen Wirtschaftszweigen des Landes angelegten Kapitals. Dadurch gab es in ihr breite Schichten mit ausge-

prägtem parasitärem Charakter. Ihren Repräsentanten ging es nicht um die nationale Entwicklung des Landes, sondern einzig um den eigenen Gewinn; um ihn zu sichern und zu erhöhen, arrangierten sie sich mit der Kolonialmacht. Eng mit feudalen Verhältnissen verflochten, legten bourgeoise Kreise ihre Einkünfte, soweit sie diese nicht konsumierten, vielfach im Erwerb von Grundbesitz an. Die Schichten zwischen Proletariat und Bourgeoisie, aufgrund ihrer Stellung Zwischenschichten genannt – ihnen gehörten unter anderem Handwerker, Händler, Angestellte und auch Intellektuelle an –, waren zahlenmäßig stark und politisch gewichtig. Ihre Bedeutung gewannen sie nicht zuletzt dadurch, daß die für den Kapitalismus charakteristische gesellschaftliche Polarisierung noch nicht weit fortgeschritten war. Zunehmend lebten Menschen unter Bedingungen, die dem sich unter kolonialen Vorzeichen vollziehenden Deformationsprozeß entsprangen: Sie waren auf dem Dorf „freigesetzt" worden, ohne in der Stadt wirklich Fuß zu fassen. (Die Einwohnerzahl Kairos stieg von 1900 bis 1970 von 600 000 auf 6 Millionen – verzehnfachte sich also.)

Die Kolonialbeamten bildeten eine eigene Schicht. Sie, die ihre Weisungen aus London, der Hauptstadt der Kolonialmetropole, erhielten und der ägyptischen Gerichtsbarkeit nicht unterstanden, herrschten faktisch im Lande. Sie scheuten sich nicht, dies offen zu demonstrieren. Im Februar 1942 beispielsweise erschien Miles Lampson, der oberste britische Repräsentant – seit dem Vertrag von 1936 nannte sich dieser nicht mehr Hochkommissar, sondern Botschafter –, mit einer gutbewaffneten Truppe vor dem Königspalast, um König Faruk, der 1936 seinem verstorbenen Vater Fu'ad auf den Thron gefolgt war, zu zwingen, den Ministerpräsidenten auszuwechseln oder selbst abzudanken. Während er sein Ansinnen vortrug, umrundeten Panzer den Palast.

Die Kolonialbeamten profitierten von der Kolonialherrschaft persönlich. Sie hatten in Ägypten einen Lebensstandard, der weit über dem lag, den sie zu Hause bei vergleichbarer Karriere hätten erreichen können. Allerdings gab es auch in ihren Reihen eine Hierarchie.

Die sozialen Kontraste sprangen ins Auge. Den Reichen, den einheimischen wie den ausländischen, stand ein Luxus zur Verfügung, in dem sich die Möglichkeiten des Geldes mit den Reizen der Natur und des Klimas paarten. Sie wohnten in Kairo in komfortablen Villen, die, umgeben von Parks und Gärten, in abgesonderten Vierteln standen. Im Sommer fuhren sie nach Alexandria oder Europa. Bilder aus Tausendundeiner Nacht. Die Armen in ihren traditionellen Gewändern mochten optisch hier hineinpassen. Sie gehörten auch dazu, denn sie schufen den Reichtum und stellten die Dienstboten in den Villen. Und doch lebten sie in ei-

Demonstration patriotischer Ägypter gegen die britische Fremdherrschaft

ner anderen Welt. Das Pro-Kopf-Einkommen war von 1913 bis 1937 von 12 auf 8 ägyptische Pfund (£E) gesunken: Das traf voll sie, die sich ohnehin auf der Schattenseite der Gesellschaft befanden. Armut, Hunger, Krankheiten und Analphabetentum beherrschten ihren Alltag. Viele, die aus dem Dorf in die Stadt gekommen waren, vegetierten in Slums dahin, ohne feste Beschäftigung, auf der Jagd nach Gelegenheitsarbeit, auch in offener oder versteckter Bettelei ihre Zuflucht suchend.

Deformationserscheinungen zeigten sich auch in den Verhaltens- und Denkweisen.

In der arabisch-islamischen Gesellschaft lebten Ideale des altarabischen Beduinentums fort. Die Gastfreundschaft galt als heilig. Ein Mann stand zu dem Wort, das er gegeben hatte. Viele Ägypter fühlten sich diesen Idealen noch verpflichtet. Der Islam war ungebrochen; er gab dem Leben seiner Anhänger Halt und Rhythmus, im Ablauf der Tage und der Jahre wie in der Abfolge der individuellen Lebensstationen – Geburt, Heirat, Tod. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte, die den Kampf um volle

staatliche Souveränitat führten, hatten den Nationalismus zu ihrem Leitbild erkoren. Mit ihm setzten sie das Ägyptische oder/und Arabische als das „Eigene" der Fremd- und Kolonialherrschaft als dem „Fremden" entgegen. Die eigene Gesellschaft betrachteten sie als eine Familie, in der jeder jedem Beistand zu gewähren hatte. Das war eine idealisierende Verklärung der gegebenen Verhältnisse, ein Aufruf indessen auch, im antikolonialen Kampf über Klassenschranken hinweg zusammenzustehen. Als in den zwanziger Jahren reiche Funde aus der Pharaonenzeit gemacht wurden – darunter die vollständig erhaltene Grabstätte des Pharao Tut-ench-Amun –, hatte das im Nationalismus eine überschwengliche Rückbesinnung auf das Altägyptische zur Folge, den Pharaonismus.

Die Entwicklung eines vom Auslandskapital abhängigen und mit dem Feudalismus verfilzten Kapitalismus höhlte indessen überkommene Ideale aus. Der Islam verlor an Einfluß. Er behauptete sich hauptsächlich im Familienrecht, während sich vornehmlich im Straf- und Wirtschaftsrecht europäische Normen durchsetzten. Eine Reform, der Reformation im Christentum vergleichbar, erfuhr er nicht. Dazu war die Bourgeoisie in Ägypten – wie in anderen arabischen Ländern – nicht stark und kühn genug. Reformationsversuche blieben im Ansatz stecken. Aus ihnen wurde der Modernismus – das Bestreben, die überkommene Religion mit neuen Erkenntnissen der Wissenschaft und veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten in Übereinstimmung zu bringen.[10] Das Kapital heizte die Jagd nach Gewinn an. Es erhob das Geld zum obersten Gott; jedes Mittel war recht, es zu vermehren. Korruption und Vetternwirtschaft zersetzten die Gesellschaft.

Von Asien westwärts: antikolonialer Siegeszug

Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges wandelte sich die internationale Situation tiefgreifend.

Die faschistischen Mächte hatten nach Weltherrschaft gestrebt. Sie erlitten eine vernichtende Niederlage. Im Kampf gegen sie hatten Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zusammengestanden, darunter die UdSSR, Großbritannien und die USA. Trotz Differenzen, die auftraten, bewährte sich ihre Allianz angesichts der menschheitsgefährdenden Herausforderung.

Die Sowjetunion leistete den Hauptbeitrag zur Zerschlagung des Faschismus. 20 Millionen Sowjetbürger opferten dafür ihr Leben. Der erste Staat der Arbeiter und Bauern wie der Sozialismus als Gesellschaftsordnung bewiesen ihre Lebenskraft. Beginnend 1944, entstand ein Weltsystem des Sozialismus, das asiatische und europäische Staaten umfaßte.

Die beiden größten traditionellen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien gehörten zu den Siegern des Krieges. Doch hatten sie wirtschaftlich schwer gelitten. Sie waren, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, von den USA abhängig geworden, die zur Hauptmacht des Imperialismus aufstiegen.

Für die nationalen Befreiungsbewegungen verbesserten sich sprunghaft die Kampfbedingungen. Mit dem Sieg über den Faschismus hatte allgemein die Idee der Beherrschung anderer Völker eine schwere Schlappe erlitten. Im antifaschistischen beziehungsweise antiimperialistischen Kampf waren vornehmlich in Asien kolonial und halbkolonial unterdrückte Völker in Bewegung geraten. Im sich ausbreitenden Sozialismus hatten sie einen starken und erstarkenden Rückhalt.

Es begann die Zerschlagung des imperialistischen Kolonialsystems, einer Woge gleich, die sich von Ost nach West ausbreitete.

Am 2. September 1945 proklamierte Ho-chi-Minh die Unabhängigkeit Vietnams und die Demokratische Republik Vietnam (DRV). Es war dies die erste erfolgreiche antikoloniale Revolution nach dem zweiten Weltkrieg. Sie hatte unter der Führung der Arbeiterklasse gestanden, was die entscheidende Voraussetzung dafür bildete, sie rasch in eine sozialistische Revolution hinüberzuleiten. Allerdings hatte das vietnamesische Volk noch schwere Auseinandersetzungen mit der traditionellen Kolonialmacht Frankreich (von 1946 bis 1954) und deren Nachfolgerin USA (von 1960 bis 1975) zu bestehen, bis es Souverän im ganzen Lande wurde.

1947 errang der indische Subkontinent die Eigenstaatlichkeit in Gestalt zweier Staaten: Indien und Pakistan. Das war ein großer Sieg, überschattet indessen von tragischen Ereignissen: Die britische Kolonialmacht hatte mit einer religiös motivierten Grenzziehung bewaffnete Konflikte zwischen Hindus und Muslims vorprogrammiert, die jetzt ausbrachen und Millionen Todesopfer forderten.

Die USA verfolgten in dieser Situation eine doppelte Zielsetzung. Sie wollten grundsätzlich imperialistische Herrschaftspositionen aufrechterhalten. Zu diesem Zweck versuchten sie, Staaten, die aus dem antikolonialen und antiimperialistischen Kampf hervorgingen, im Zeichen des kalten Krieges in Militärpakte einzubeziehen, die sich gegen den realen Sozialismus und die Sache

Ägyptische Patrioten bei der militärischen Ausbildung

der nationalen Befreiung richteten. Zugleich trachteten sie danach, aus dem Zusammenbruch des politischen Kolonialsystems Nutzen zu ziehen und selbst – das sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges veränderte Kräfteverhältnis in der kapitalistischen Welt nutzend – den Platz traditioneller Kolonialmächte einzunehmen. Nahost gewann dabei für sie besonderes Interesse. Präsident Franklin D. Roosevelt (1882–1945) bezeichnete im Dezember 1941 die Verteidigung dieser Region als „lebenswichtig für die Verteidigung der USA"[11]. 1943 begannen die USA eine Strategie zu erarbeiten, die darauf zielte, in Nahost Fuß zu fassen.[12]

Um hier voranzukommen, betonten die USA eigene demokratische Traditionen. Unter Hinweis darauf, daß sie nie Kolonien besessen hätten, verdammten sie jeglichen „Kolonialismus", den sie mit Erscheinungsformen des traditionellen politischen Kolonialsystems identifizierten. Ihnen kam zustatten, daß sie sich den traditionellen Kolonialmächten augenfällig als ökonomisch überlegen erwiesen.

„Das Image der Vereinigten Staaten war zu jenem Zeitpunkt glanzvoll", schreibt der ägyptische Journalist Muhammad Hasanein Heikal. „England und Frankreich waren dahinschwindende, verhaßte Imperien. Rußland war achttausend Kilometer entfernt, und die kommunistische Ideologie widersprach der mohammedanischen Religion zutiefst. Aber Amerika war aus dem zweiten Weltkrieg reicher, mächtiger und attraktiver als je zuvor hervorgegangen.

Hollywood produzierte Kriegsfilme wie vom Fließband, in denen die Amerikaner die Helden waren und die anderen die Schurken. Kühlschränke, Fernsehen, alle neuen Geräte des modernen Lebens schienen aus Amerika zu kommen."[13]

Palästina, die Araber und die Juden

Die Ägypter wie die Araber insgesamt kämpften noch um ihre Eigenständigkeit, als sie sich mit einer neuen Bedrohung konfrontiert sahen. Großbritannien zog die Fäden, zunächst von den USA assistiert, die dann schließlich die alte Kolonialmacht schrittweise ablösten.

Kreise des jüdischen Bürgertums in Westeuropa, im Ergebnis bürgerlicher Revolution politisch emanzipiert, hatten sich um die Jahrhundertwende von der Jagd nach Kolonien mitreißen lassen, die in entwickelten kapitalistischen Staaten mit dem Übergang zum Imperialismus allgemein geworden war. Sie lebten in der Diaspora, in der „Zerstreuung", unter anderen Völkern. In ihren Augen benachteiligte sie das. Von einem eigenen Staat erhofften sie sich Rückhalt im sich verschärfenden internationalen Konkurrenzkampf. Ihr Blick fiel dabei auf Palästina, auf ein arabisches Land also – damals unter osmanischer Oberhoheit –, wo sich der jüdisch-religiösen Überlieferung zufolge vor etwa 3000 Jahren die israelitischen Stämme angesiedelt hatten (in der Bibel „Kanaan" genannt).

Nach Palästina blickten Juden auch aus Osteuropa. Sie litten, anders als ihre meisten westeuropäischen Glaubensbrüder – bürgerliche Revolutionen standen hier noch aus –, unter extrem unwürdigen Bedingungen, waren isoliert, im Antisemitismus diskriminiert, immer wieder Pogromen, das heißt Verfolgungen, ausgesetzt, bei denen Eigentum und Leben gefährdet wurden. Durch Auswanderung nach Palästina wollten sie den Bedrängnissen ihrer Heimat entkommen.

Die beiden so grundverschiedenen Bestrebungen flossen im politischen Zionismus, einer jüdisch-nationalistischen Bewegung, zusammen. Theodor Herzl (1860–1904), ein Wiener Journalist und Bühnenschriftsteller, gab ihm seine verbindlich werdende Programmatik. Er ging von der im Rassismus wurzelnden Überzeugung aus, daß Juden als angeblich eigene nationale Gemeinschaft sich niemals ihrer Umgebung angleichen können. Sie sollten deshalb anderswo, so seine Forderung, einen eigenen, einen

„Judenstaat", gründen. Er dachte dabei an Palästina, aber auch an Argentinien. 1896 veröffentlichte Herzl seine Schrift „Der Judenstaat". Im Jahr darauf trat auf seine Initiative hin in Basel der erste Zionistenkongreß zusammen. Er verlangte für das jüdische Volk „die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen gesicherten Heimstätte in Palästina"[14].

Damit war der politische Zionismus als internationale Bewegung und Organisation geboren. Proimperialistische bürgerliche Kreise übernahmen in ihm die Führung. Aus den Reihen der Juden Osteuropas kam das Fußvolk, das die Ansiedlung in Palästina, die als Rückkehr in das „Land der Väter" gedeutet wurde, zu bewerkstelligen hatte.

Herzl erwartete, die Mächtigen seiner Zeit, darunter der türkische Sultan, der russische Zar, der deutsche Kaiser und die Bankiersfamilie Rothschild, würden sein Projekt unterstützen. Doch diese Erwartung trog ihn. Unter Juden fand der Zionismus zunächst nur geringe Resonanz. Viele ließ er gleichgültig, andere – darunter in Deutschland der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" – widersetzten sich ihm. Letztere befürchteten, der zionistische Separatismus werde ihre Bemühungen, sich den Völkern, in deren Mitte sie lebten, anzugleichen („Assimilation"), und die hierbei gemachten Fortschritte gefährden.

Im ersten Weltkrieg eroberte Großbritannien Palästina und errichtete dort – als Mandatsmacht – seine Herrschaft. In Ägypten sah es sich mit einer erstarkenden Nationalbewegung konfrontiert. Konnte da ein ihm verbundenes Gemeinwesen in Palästina nicht helfen, seine Positionen am Suezkanal zu sichern? Im November 1917 sagte die britische Regierung den Zionisten zu, „die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen" zu betrachten und alle Anstrengungen zu unternehmen, „um die Erreichung dieses Ziels zu erleichtern"[15].

Der Brief des damaligen britischen Außenministers Arthur James Balfour (1848–1930), der diese Zusage enthielt, ging als Balfour-Deklaration in die Geschichte ein.

Gestützt auf diese Deklaration, arbeiteten Zionisten verstärkt daran – sie hatten damit im vergangenen Jahrhundert begonnen –, Palästina zu besiedeln. Sie wollten praktische Voraussetzungen – „fertige Tatsachen" – für einen künftigen Staat schaffen („Siedlerkolonialismus"). Das führte zum offenen Konflikt mit den Palästinensern, die – in Ansätzen vor dem ersten Weltkrieg, entschiedener danach – den Kampf um Eigenstaatlichkeit aufgenommen hatten, jetzt jedoch wirtschaftliche Positionen verloren und befürchten mußten, eines Tages unter zionistische Herrschaft zu geraten. Araber in anderen Ländern engagierten sich in

der Palästinafrage, und es kam begrenzt zu einer gesamtarabischen Haltung.

Würden die Zionisten ihr Ziel erreichen? Diese Frage blieb damals noch offen.

Die Entscheidung fiel letztlich nicht in Nahost, sondern in Europa.

Nachdem 1933 in Deutschland die Faschisten die Macht an sich gerissen hatten, diskriminierten, verfolgten und ermordeten sie in unvorstellbarem Ausmaß und in grauenhafter Weise jüdische Bürger, zunachst auf deutschem Boden, dann in den im zweiten Weltkrieg eroberten Gebieten. Die Bilanz: 6 Millionen Juden fanden den Tod. Von den Überlebenden waren viele entwurzelt.

Die faschistischen Verbrechen begünstigten objektiv den politischen Zionismus.

Erstens: Zionisten brachten das, was Juden widerfuhr, zur Sprache. Damit konnten sie zugleich ihrem Anspruch, gesamtjüdische Belange zu vertreten, Gehör verschaffen, bei Regierungen wie in internationalen Gremien. Ihnen gelang, was bis dahin ausstand: der Durchbruch zu internationaler Anerkennung.

Zweitens: Juden, darunter Nichtzionisten, suchten Zuflucht vor den faschistischen Henkern auch in Palästina. Dadurch stieg dort die Zahl der jüdischen Einwanderer; sie betrug im Zeitraum 1932 bis 1938 über 200 000 und während des zweiten Weltkrieges über 90 000. Mit der jüdischen Gemeinschaft, dem *Jischuw,* wuchsen die Chancen, in Palästina einen jüdischen Staat zu errichten.

Drittens: Indem Faschisten Juden als Fremdkörper dem deutschen Volk gegenüberstellten, gaben sie den Zionisten scheinbar recht, die immer behauptet hatten, Assimilation sei unmöglich. Beide Seiten trafen sich konzeptionell im Rassismus.

Allerdings wandten sich auch angesichts des Faschismus Juden nicht zwangsläufig dem Zionismus zu. Viele wirkten in ihren Ländern im antifaschistischen Widerstand, sei es Seite an Seite mit oder als Kommunisten.

Als das Kriegsende nahte, sahen die Zionisten ihr Ziel in Reichweite gerückt. Sie gingen, auch auf Terror setzend, in die Offensive. Mitglieder der Terrororganisation Lechi ermordeten am 6. November 1944 den britischen Staatsminister in Kairo, Lord Walter Edward Moyne, und dessen Fahrer Arthur Fuller. Am 22. Juli 1946 sprengten Angehörige einer anderen Terrororganisation, der Irgun, in Jerusalem den Flügel des King David-Hotels, in dem die Mandatsregierung und das Hauptquartier der britischen Armee in Palästina ihren Sitz hatten. 90 Menschen verloren dabei ihr Leben, darunter 41 Araber, 28 Briten und 17 Juden. Die arabisch-jüdischen Auseinandersetzungen in Palästina nahmen Bürgerkriegs-

charakter an; zugleich bereiteten sich beide Seiten auf ihre Ausweitung vor.

Großbritannien war nicht mehr Herr der Situation. Es trug die Palästinafrage der UNO vor.

Die UNO, 1945 gegründet, stand vor einer ihrer ersten großen Bewährungsproben, und dies im sich anbahnenden kalten Krieg. Sie hatte nicht nur über das Vorgehen der Zionisten zu befinden. Hunderttausende Juden lebten in Palästina. Weitere Hunderttausende, vom Faschismus entwurzelt, warteten in Europa darauf, eine neue Heimat zu finden.

Auf Vorschlag eines von ihr eingesetzten Sonderausschusses (UNSCOP) sprach sich die UNO im November 1947 in der Resolution 181 dafür aus, Palästina zu teilen, einen arabisch-palästinensischen und einen jüdischen Staat zu schaffen sowie das Gebiet von Jerusalem zu internationalisieren.

Die demokratischen Kräfte, darunter die UdSSR, verstanden dies als Kompromiß. Keine Seite bekam alles, jedoch sowohl das arabische als auch das jüdische Volk von Palästina erhielten die Möglichkeit – und das war das Entscheidende –, ihr nationales Selbstbestimmungsrecht zu realisieren. Das konnte die Grundlage für ein friedliches Nebeneinander der beiden zu gründenden Staaten bilden.

Der Kompromiß kam nicht zustande. Die Zionisten stimmten der UNO-Resolution zu; zwar hatten die Extremisten in ihren Reihen zunächst Vorbehalte, doch dann gingen sie davon aus, daß der Staat, den sie erhielten, sich gewaltsam vergrößern lassen werde. Die arabische Seite lehnte die UNO-Resolution ab. Sie beanspruchte ganz Palästina für einen arabischen Staat; mit weniger wollte sie sich nicht zufriedengeben.

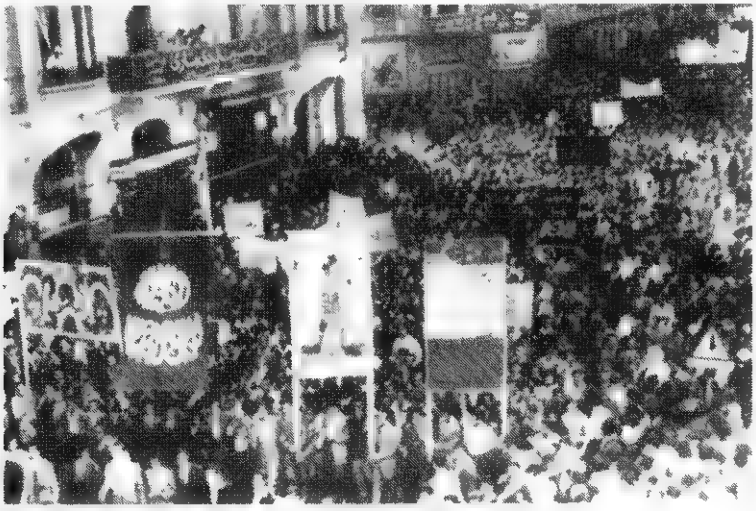
Am 14. Mai 1948 – das britische Mandat erlosch an diesem Tag – proklamierte ein Volksrat einseitig die Gründung des Staates Israel. Als Antwort darauf griffen arabische Staaten, die damals von reaktionären Kräften regiert wurden, den neuen Staat an. Der erste arabisch-israelische Krieg begann – und mit ihm der Nahostkonflikt, der sich zum langwierigsten und gefährlichsten regionalen Konflikt nach dem zweiten Weltkrieg entwickeln sollte.

Die Araber – sie führten reguläre Armeen mit schwerem Kriegsgerät ins Feld – gingen zunächst in die Offensive. Doch fehlte ihnen eine einheitliche Führung; sie trugen im Grunde dynastische Zwistigkeiten auf dem Schlachtfeld aus. Zudem machte sich die Brüchigkeit der Gesellschaftsstrukturen in den Armeen geltend. Den Soldaten mangelte es vielfach an ausreichender Ernährung, ihre Waffen funktionierten nicht richtig, und viele wußten nicht,

wofür sie kämpften. Eine Ausnahme bildete die gut ausgebildete jordanische „Arabische Legion", deren Führung Briten stellten. Die Israelis schmolzen die verschiedenen bewaffneten Einheiten, über die sie verfügten, zu einer Armee zusammen. Sie beschafften sich schwere Waffen. Es gelang ihnen schließlich, die arabischen Verbände zurückzudrängen. Sie eroberten fast 6000 Quadratkilometer des Territoriums, das die UNO-Resolution für den arabisch-palästinensischen Staat vorsah. Aus dem so erweiterten Staatsgebiet – es wurde 1949 in Waffenstillstandsabkommen fixiert – vertrieben sie 900 000 Palästinenser. Weitere 5300 Quadratkilometer, die der arabisch-palästinensische Staat hatte erhalten sollen – es handelt sich hier um das Westjordangebiet oder die sogenannte Westbank –, eignete sich Jordanien an. Einen Rest von Palästina, den Ghazastreifen mit 354 Quadratkilometern, übernahm Ägypten als autonome Zone. Jerusalem, das einen internationalen Status erhalten sollte, teilten Israel und Jordanien untereinander.

Zionisten sprechen vom „Unabhängigkeitskrieg", der 1948/49 stattgefunden habe. Israel stellte sich in ihm als schlagkräftige Militärmacht vor. Die israelische Armee habe damals ihr Profil gewonnen, schreibt Chaim Herzog, heute israelischer Staatspräsident. Die Nachteile, mit denen sie konfrontiert gewesen sei – zahlenmäßige Schwäche, das Fehlen moderner Waffen und die Notwendigkeit, an mehreren Fronten gleichzeitig zu kämpfen –, hätten zu einer militärischen Denkweise geführt, die sich auf Flexibilität, Überraschungseffekt und Erfindergeist gründe. „Operationen aus dem Stegreif, Wendigkeit und Geschwindigkeit kennzeichnen die Art und die Methoden der entstandenen israelischen Streitmacht. Damit verbunden war auch eine Flexibilität im Denken, die die Führer in der Schlacht ermutigte, sich den Schwankungen des Kriegsglücks augenblicklich anzupassen und die sich stets verändernden Bedingungen im Feld auszunutzen."[16]

Die Palästinenser blieben ohne Staat. Sie fanden als Flüchtlinge in verschiedenen arabischen Ländern eine Zufluchtsstätte. Oder sie blieben in Israel, von den herrschenden Zionisten diskriminiert und als Menschen zweiter Klasse behandelt. Die Negierung des legitimen Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat wurde zu einem Dogma israelischer Politik.



Demonstration für den Abzug der britischen Truppen

Am Vorabend einer Revolution

Ägypten hatte im zweiten Weltkrieg eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht. Eine Reduzierung der zuvor umfangreichen Importe stimulierte die einheimische Industrie. Gleichzeitig waren vielfältige Bedürfnisse der im Lande stationierten britischen Truppen zu befriedigen. Letztere beschäftigten zudem ungefähr 200 000 Ägypter.

Nach dem Krieg verschlechterten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen rasant. 40 Prozent der Arbeiter mußten in der Woche 70 Stunden und mehr arbeiten. Die Inflation fraß den Lohn, so daß das Realeinkommen sank. Arbeitslosigkeit breitete sich aus. Fellachen, die auf dem Dorf kein Auskommen mehr fanden, strömten in die Stadt. Dadurch verschärften sich dort die Probleme. 1950 gehörten 1,5 Millionen Menschen zur Stadtarmut: Sie hatten keine geregelte Tätigkeit, sondern schlugen sich durch Betteln, Gelegenheitsarbeiten und dergleichen durch.

Der Palästinakrieg hatte die Mißstände der ägyptischen Gesell-

Aufgebrachte Ägypter stürmen im Januar 1952 in Kairo britische Hotels, Banken und Geschäfte und setzen sie in Brand

schaft schlaglichtartig erhellt. Den großen Worten zuvor folgte die Niederlage. Die Soldaten im Feld hatten die Unfähigkeit und Korruptheit des Regimes ausbaden müssen.

Eine revolutionäre Situation bahnte sich an. Werktätige streikten, Parteien gingen mit antikolonialen und antimonarchischen Losungen auf die Straße. Als Großbritannien seine Truppen in der Suezkanalzone auf 120 000 Mann verstärkte, formierten sich Partisanenabteilungen, die den bewaffneten Kampf gegen die Kolonialmacht begannen.

Zu Beginn des Jahres 1952 war die Situation explosiv. Am 25. Januar überfielen britische Truppen eine ägyptische Polizeieinheit in Ismailia, die mit der Nationalbewegung sympathisierte. Sie töteten 50 Polizisten und verwundeten 80 weitere. Im ägyptischen Volk breiteten sich Entsetzen und Empörung aus. Am fol-

Zerstörungen, die der „Schwarze Samstag" hinterließ

genden Tag marschierte in Kairo eine Gruppe von Polizisten aus Protest gegen den Tod ihrer Kollegen zum Königspalast. Arbeiter und Studenten forderten Waffen und bekundeten ihren Willen, in der Kanalzone zu kämpfen. Andere Gruppen gingen daran, Geschäfte, Banken und Vergnügungsstätten in der Innenstadt in Brand zu setzen oder auf andere Art zu zerstören, darunter britisches Eigentum wie das Shepard-Hotel und die Barcley-Bank. Am Ende des Tages waren davon über 750 Einrichtungen betroffen. Der verursachte Schaden betrug 50 Millionen ŁE. Ungefähr 50 Menschen fanden den Tod, Hunderte wurden verletzt.

Es geschah dies an einem Samstag. Geschichtsschreiber sprechen vom „Schwarzen Samstag". Wer für die Ereignisse verantwortlich war, konnte nicht geklärt werden. Vielleicht hatten Rechtskräfte die Hand im Spiel, um durch eine Provokation die Nationalbewegung zu schwächen, jedenfalls hatten sie einen Vorwand – eine Parallelerscheinung zur Inszenierung des Reichs-

tagsbrandes durch die deutschen Faschisten –, um Hunderte von Patrioten, darunter Kommunisten, festnehmen zu lassen. Doch kam mehr zusammen. Viele Ägypter entluden ihren Zorn. Ihre Geduld ging zu Ende.

Wer konnte in dieser Situation die revolutionären Energien zusammenfassen und lenken?

Die meisten Parteien hatten sich in das System der politischen Macht integriert. Das betraf auch solche, die auf Traditionen des antikolonialen Kampfes zurückblicken konnten, wie die Nationalpartei oder den Wafd. Aus Protest darüber hatte sich im März 1947 die Wafd-Avantgarde konstituiert.

Große Resonanz, vor allem in den städtischen Mittelschichten, bei Bauern und Studenten, fand die 1928 gegründete und unter der Leitung Hassan al-Bannas (1906–1949) stehende Muslimbruderschaft. Ihre Mitgliederzahl erreichte 200 000. (Manche Autoren geben beträchtlich höhere Zahlen an.) Sie wollte ein unabhängiges Ägypten, in dem – für diese Orientierung wurde der Begriff „Neofundamentalismus" geprägt – die Prinzipien eines in seiner ursprünglichen Reinheit wiederhergestellten Islam verwirklicht werden sollten. Dieses Ziel wollte sie im *dschihad,* einem „heiligen Krieg", erreichen, wozu sie eine Geheimarmee aufstellte. (Im *dschihad* hatten die Araber das arabisch-islamische Weltreich erorbert.)

Die Muslimbrüder operierten nach dem zweiten Weltkrieg hauptsächlich auf drei Ebenen. Sie schleusten Arbeiter in britische Einrichtungen, die dort Spionage und Sabotage betrieben. Durch religiöse Propaganda festigten sie ihre Beziehungen zu Dorfvorstehern, Stammesscheichs und anderen örtlichen Würdenträgern. Sie sammelten Geld und verschafften sich Waffen und Munition.

Muslimbrüder beteiligten sich mit eigenen Einheiten am Palästinakrieg 1948/49. Sie gehörten zu denen, die in der Suezkanalzone den bewaffneten Kampf gegen Großbritannien aufnahmen. In der Armee hatten sie eine nennenswerte Zahl von Anhängern mit Major Mahmud Labib als Verbindungsmann.

Resonanz, vornehmlich bei Jugendlichen, fand auch die 1933 von Ahmad Hussein und Fathi Radwan gegründete Gemeinschaft Junges Ägypten. Sie hatte in Ablehnung der britischen Herrschaft zunächst eine radikalnationalistische Haltung eingenommen, hierbei in ihrem Gedankengut von faschistischer Demagogie beeinflußt. Ihre Losung lautete: „Gott, Vaterland und König". Ägypten sollte ein großes Reich und Führer aller Muslims der Welt werden.[17] Nach dem zweiten Weltkrieg gab sie sich den Namen „Sozialistische Partei" (1949) und gewann antiimperialistisches Profil. Ihre Losung jetzt: „Gott, Vaterland, das Volk". Zu ihren Forderungen gehörten die Verstaatlichung der Suezkanalge-

sellschaft, eine Bodenreform sowie die Nationalisierung der Industrie.[18]

Die kommunistische Bewegung war erstarkt, verharrte jedoch in der Zersplitterung. Zu ihr gehörten die Avantgarde der Arbeiter und Bauern, die Ägyptische Kommunistische Partei und die Demokratische Bewegung zur Nationalen Befreiung. Die Kommunisten vertraten, Maßstäbe setzend, internationalistische Positionen. Die nationale wollten sie mit der sozialen Befreiung verknüpft wissen.

Die „zivile" Opposition verfügte so über ein beträchtliches Potential. Doch sie vereinte sich nicht. Keine ihrer Kräfte war stark genug, ihre Vereinigung herbeizuführen.

In der Armee hatten sich, beginnend Ende der dreißiger Jahre, patriotische Offiziere, die aus den Zwischenschichten stammten und zu den verschiedenen oppositionellen Strömungen Kontakte unterhielten, zu einer Geheimorganisation zusammengeschlossen – zur Gemeinschaft der Freien Offiziere. An ihrer Spitze stand Gamal Abdel Nasser. Die Freien Offiziere wollten, wie sie in einem Flugblatt erklärten, „einen Feldzug gegen die Korruption in allen Formen führen, in denen sie sich äußert, gegen Bestechung, Vetternwirtschaft und Machtmißbrauch. Doch wollen wir dieses Übel nur im Zusammenhang damit bekämpfen, daß wir uns vollständig vom Imperialismus befreien."[19]

Anmerkungen

1 Neues Deutschland, Berlin, 31. August 1984.
2 Herodot: Das Geschichtswerk, Erster Band, Berlin – Weimar 1967, S. 126f.
3 Ebenda, S. 145.
4 J. Wellhausen: Das arabische Reich und sein Sturz, Berlin 1902 (Nachdruck 1960), S. 6.
5 Koran, Sure 2, 183. Nach: Der Koran, Leipzig 1980, S. 60.
6 K. Marx: Das Kapital, Dritter Band, In: K. Marx, F. Engels: Werke, Band 25, Berlin 1984, S. 81.
7 Geschichte der Araber. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Band 2: Die Araber im Kampf gegen osmanische Despotie und europäische Kolonialeroberung; verfaßt von einem Autorenkollektiv unter Leitung von L. Rathmann, Berlin 1975, S. 400.
8 Nach R. Schulze: Die Rebellion der ägyptischen Fellahin 1919. Zum Konflikt zwischen der agrarisch-orientalischen Gesellschaft und dem kolonialen Staat in Ägypten 1820–1919, (West-)Berlin, 1981, S. 185.
9 Nach L. Rathmann: Araber stehen auf. Über den Befreiungskampf der arabischen Völker bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, Berlin 1960, S. 102.
10 Siehe G. Höpp: Der Islam und seine unvollendete „Reformation". Zum Verhältnis von abhängigem Kapitalismus und blockierter Reform in arabischen Ländern. In: asien, afrika, lateinamerika, Berlin, Heft 6/1981, S. 1041ff.

11 Nach H. N. Howard: The United States and the Middle East. In: T. Y. Ismael: The Middle East in World Politics, Syracuse 1974, S. 120.
12 Vgl. B. Rubin: The Great Powers in the Middle East 1941–1947. The Road to the Cold War, London 1980.
13 M. Heikal: Das Kairo-Dossier. Aus den Geheimpapieren des Gamal Abdel Nasser, Wien–München–Zürich 1972, S. 37.
14 Protokoll des I. Zionistenkongresses in Basel vom 29. bis 31 August 1897, Prag 1911, S. 131, 137.
15 The Arab-Israeli Conflict. Readings and Documents, Ed. by J. N. Moore, Princeton 1977, S. 884f.
16 Ch. Herzog: Kriege um Israel: 1948 bis 1984, Frankfurt a. M.–(West-) Berlin–Wien 1984, S. 131.
17 P. J. Vatikiotis: Nasser and his Generation, London 1978, S. 73.
18 Ebenda, S. 76f.
19 Nach R. El-Barawy: The Military Coup in Egypt. An Analytic Study, Cairo 1952, S. 200.

Nasser und die Revolution

2

Wie hatte sich in der Armee eine Opposition bilden können? War und ist es nicht gemeinhin die Aufgabe von Soldaten, die jeweils herrschende Staatsmacht zu verteidigen?

Die Freien Offiziere

Die höheren Offiziere in der ägyptischen Armee standen in der Tat fest hinter dem Königshaus und der britischen Herrschaft. Doch zunehmend kamen Offiziere auch aus den Zwischenschichten; der 1936 unterzeichnete ägyptisch-britische Vertrag hatte ihnen die Tore der Militärakademien geöffnet. Aus ihren Reihen gingen die Freien Offiziere hervor.

Gamal Abdel Nasser entstammte einer Familie von Kleineigentümern und Pächtern, die in einem kleinen Dorf in Oberägypten beheimatet war. Sein Vater war Postangestellter, seit 1915 in Alexandria wohnhaft. Gamal wurde dort am 15. Januar 1918 geboren. Mit 7 Jahren siedelte er nach Kairo über, um die Schule zu besuchen. Er wohnte jetzt bei einem Onkel. Seine Schule lag in Chan al-Chalili, einem dichtbevölkerten Viertel in der Nähe der Azhar-Moschee. In ihm befindet sich auch der große und berühmte Kairoer Basar mit einem Gewirr von – teilweise überdachten – Straßen, Gassen und Winkeln und vielfältig lockenden Angeboten: Textilien, Gewürze, Schuhe, Teppiche, Eisenwaren, Goldschmuck und so weiter. Im Frühjahr 1926 verlor Gamal durch Tod seine Mutter. Er brauchte lange, den Verlust zu verwinden. Am 2. November 1935 beteiligte er sich an einer antibritischen Demonstration. Dabei traf ihn eine von einem britischen Soldaten abgefeuerte Kugel. Im März 1937 nahm Gamal das Studium an ei-

Gamal Abdel Nasser als Schüler der Militärakademie in Kairo

ner Militärakademie auf, nachdem eine Bewerbung im vorangegangenen Jahr abgelehnt worden war. In der Armee, hoffte er, könne er etwas tun, um sein Land zu verändern.

Doch womit beginnen? Im September 1939 schrieb Nasser an einen Freund: „Wo ist der Mann, der das Land erneuert, so daß der schwache und gedemütigte Ägypter sich wieder aufrichten und frei und unabhängig leben kann? Wo ist Würde? Wo ist Nationalismus? Wo ist die sogenannte Aktivität unserer Jugend?

Man sagt, der Ägypter sei ein Feigling, der beim leisesten Geräusch erschrecke. Er braucht einen Führer, der ihn in den Kampf für sein Vaterland führt. ... Wir haben wiederholt gesagt, daß wir die Nation aus ihrem Schlaf erwecken. Aber – leider! – wurde bis jetzt nichts ausgeführt."[1]

Auf der Suche nach einer tragfähigen Orientierung beschäftigte sich Nasser mit dem Marxismus. Er hatte Kontakte zur Gemeinschaft Junges Ägypten, zu den Muslimbrüdern und zum linken Flügel des Wafd.

Nasser hielt nach Neuem Ausschau, ohne sich vorerst von überkommenen Vorstellungen und auch von Vorurteilen trennen zu können.

So identifizierte er – wie heute noch weithin in Entwicklungsländern üblich – den Kommunismus, der eine politische Bewegung ist, mit dem Atheismus, der zu seinen weltanschaulichen Grundlagen gehört. „Mir wurde wiederholt angetragen, Mitglied der Kommunistischen Partei zu werden", berichtete er im Juni 1962 in einem Interview mit der Londoner „Sunday Times" über seine Studentenzeit. „Aber obwohl ich die marxistische Lehre und die Schriften Lenins mit Sympathie studiert hatte, sah ich mich zwei hauptsächlichen Hindernissen gegenüber, von denen ich wußte, daß sie unüberwindbar waren. Erstens ist der Kommunismus seinem Wesen nach atheistisch. Ich jedoch war stets ein aufrichtiger Muslim und glaubte unerschütterlich, daß es eine Kraft gibt, die über den Menschen steht, nämlich Gott, der unser aller Geschick beherrscht. Es ist völlig unmöglich, ein guter Muslim und ein guter Kommunist zu sein. Zweitens wurde mir bewußt, daß der Kommunismus notwendig eine gewisse Kontrolle durch die kommunistischen Parteien der Welt einschließt. Das habe ich gleichfalls nicht akzeptiert."[2]

Anwar as-Sadat wurde im selben Jahr wie Nasser geboren, am 25. Dezember 1918, in Abu'l-Kum, einem kleinen Dorf im Nildelta, zwischen Kairo und Alexandria gelegen. Auch er entstammte einer Bauernfamilie. Seine Mutter war Sudanesin. 1925 siedelte seine Familie nach Kairo über. 1936, nach dem Schulbesuch, trat er in die Militärakademie ein, die er zwei Jahre später verließ. In der Truppe nahm er bald den Dienst in einer Nachrichteneinheit auf.

Das Leben der anderen Männer, die zu den Freien Offizieren fanden, war ähnlich verlaufen. Drei von ihnen erblickten im selben Jahr wie Nasser und Sadat das Licht der Welt. Aufgrund ihrer Herkunft aus den dörflichen und städtischen Zwischenschichten kannten sie die Nöte und Sehnsüchte der Bevölkerung. Als Schüler oder Studenten nahmen sie an antibritischen Demonstrationen teil. Zwischen 1936 und 1940 besuchten sie die Militärakademie. Sie unterhielten Kontakte zu den hauptsächlichen oppositionellen Strömungen – zur Gemeinschaft Junges Ägypten, zu

den Muslimbrüdern, zur Linken. Die Gemeinsamkeit ihres Anliegens ließ sie seit 1939 Kontakte zueinander und nach einer gemeinsamen Plattform des Handelns suchen.

Erfahrungen, die sie im Palästinakrieg machten, beschleunigten den politischen Reifeprozeß der Freien Offiziere.

Nasser nahm als Major an den Kämpfen im Negev teil. Bei Faludscha wurde seine Einheit von israelischen Truppen eingeschlossen. Durch Gegenangriffe suchte sie sich zu befreien. „Wir kämpften in Palästina, aber unsere Träume waren in Ägypten", schrieb Nasser wenige Jahre später in seiner Schrift „Philosophie der Revolution" über diese Zeit. „Unsere Kugeln waren auf den Feind gerichtet, der uns in den Schützengräben gegenüberlag, aber unsere Herzen kreisten um unser fernes Vaterland, das wir als eine Beute der Wölfe zurückgelassen hatten." Unfähigkeit und Mißwirtschaft, so Nasser, hatten die Armee König Faruks völlig herunterkommen lassen.[3]

Für Sadat gewann der Krieg in Palästina eine ähnliche Bedeutung. „Die Ägypter sind unvorbereitet, übereilt und improvisiert in den Kampf gezogen, und vor allem hatten sie nicht das entsprechende Kriegsmaterial... Eine zweite Reaktion war der Unwille. Auf dem Schlachtfelde mußten die Kämpfer Beweise geradezu verbrecherischer Unfähigkeit und daraus resultierende schmachvolle Situationen erleben. Das empörte sie gegen die Männer, die sie in diese Lage gebracht hatten. Waren sie erst wieder daheim, so gelobten sie sich, dann würden die Dinge anders werden. Der Palästinafeldzug ist ein auslösendes Moment für die Julirevolution gewesen."[4]

1949 nahm die Gemeinschaft der Freien Offiziere, die sich jetzt auch so nannte, feste Umrisse an, in Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen und Strömungen in und außerhalb der Armee. An ihrer Spitze stand ein Exekutivkomitee. Ihm gehörten zunächst 9, später 13 Mitglieder an. Nasser wurde Vorsitzender der Organisation. In den folgenden Jahren fanden die Freien Offiziere unter den niederen und mittleren Offizieren im Heer und in der Luftwaffe – nicht in der Flotte, in der es starke probritische Einflüsse gab – viele Anhänger.

Die Freien Offiziere hatten ziemlich allgemeine Vorstellungen über ihre Aufgabe. Sie sahen: Ihr Land war von Großbritannien abhängig. Seine inneren Strukturen waren hinfällig. Das Königshaus stützte faktisch die Kolonialherrschaft, unterdrückte das Volk, hielt es in Armut und Unwissenheit und erwies sich als unfähig, die dringenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Beides, die Fremdherrschaft und ihre einheimischen Stützen, wollten die Freien Offiziere abschaffen. Dabei glaubten sie – das ent-

sprach ihrer kleinbürgerlich-nationalistischen Vorstellungswelt –, im Namen des ganzen Volkes sprechen und handeln zu müssen.

Juli 1952: ein Staatsstreich?

Ursprünglich beabsichtigten die Freien Offiziere, 1954 die Macht zu ergreifen. Verschiedene Umstände veranlaßten sie, diesen Termin vorzuverlegen.

Im Dezember 1951 gerieten sie in eine offene Konfrontation zum König. Es ging um die Wahlen zum Exekutivkomitee des Klubs der Armeeoffiziere. Üblicherweise wurden die Kandidaten des Königs gewählt. Doch dieses Mal stellten die Freien Offiziere eigene Kandidaten auf, darunter General Muhammad Nagib für das Präsidentenamt. König Faruk zeigte sich erbost; sein ohnehin vorhandenes Mißtrauen gegenüber der Armee vergrößerte sich.

Die Ereignisse am Schwarzen Samstag im Januar 1952 signalisierten, wie explosiv die Situation, wie unfähig zum Handeln zugleich die Regierung war. Die Kabinette lösten in rascher Folge einander ab, ohne daß die Herrschenden aus ihrer Krise herauskamen.

Besorgt verfolgten die USA die Vorgänge in Ägypten. Könnten mit einer weiteren Schwächung britischer Positionen nicht grundsätzlich imperialistische Interessen be- und getroffen werden? Kermit Roosevelt, ein höherer CIA-Beamter, stellte im März 1952 Kontakte zu den Freien Offizieren her. Er gelangte in den Folgemonaten zu der Überzeugung, daß der von diesen geplante Staatsstreich den amerikanischen oder westlichen Interessen nicht schaden werde, daß vielmehr das Offizierskorps die einzig glaubhafte Alternative zum Farukregime darstelle. Die Freien Offiziere ihrerseits vergewisserten sich, daß sich die USA bei einer Machtübernahme durch sie wohlwollend-neutral verhalten würden.[5]

Anfang Juli 1952 siedelte der König samt Hof, wie zur Sommerzeit üblich, nach Alexandria über. Am 19. Juli wurden zwei Armee-Einheiten, die mit der Sache der Revolution sympathisierten, nach Kairo verlegt. Einen Tag darauf erfuhren die Freien Offiziere, daß Faruk beabsichtigte, einige von ihnen verhaften zu lassen. Sie entschlossen sich, unverzüglich zu handeln. Ihr Plan sah vor, die militärischen Schlüsselpositionen inner- und außerhalb von Kairo zu besetzen. Danach sollte der Verwaltungs- und Regierungsapparat verändert werden.

In der Nacht vom 22. zum 23. Juli war es soweit. Die Freien Offiziere ließen das im Kubba-Palast in Kairo versammelte Oberkommando der Armee in Gewahrsam nehmen. Ihnen ergebene Einheiten besetzten die strategisch wichtigen Punkte Kairos. Am frühen Morgen des 23. Juli lag die Macht in der Armee und im Staat in ihren Händen.

Alles war „friedlich" verlaufen. Nur wenige Schüsse waren gefallen. 2 Menschen hatten den Tod gefunden, 7 Verletzungen erlitten. Sadat verbrachte die entscheidenden Stunden, wie er in seiner Autobiographie schreibt, im Kino, wo er gemeinsam mit seiner Frau drei Filme ansah. Da er die Parole nicht kannte, gab es für ihn hinterher Schwierigkeiten, Zugang zu seiner Armee-Einheit zu bekommen.[6]

Hatte ein Staatsstreich stattgefunden, wie ihn die USA erwarteten? Das war zunächst nicht ohne weiteres auszumachen. Die Freien Offiziere unterrichteten noch zu früher Stunde USA-Botschafter Jefferson Caffery von ihrer Machtübernahme. Es handle sich um eine innerägyptische Angelegenheit, erklärten sie, und warnten vor einer britischen Intervention.[7]

Faruk wandte sich in derselben Nacht an Caffery. Nur eine ausländische Intervention könnte ihn und die Dynastie retten, erklärte er hilfesuchend.[8] Als er auf taube Ohren stieß, wurde er bescheidener. Ob sich nicht ein amerikanischer Zerstörer in der Nähe von Alexandria befinde, der ihn notfalls in Sicherheit bringen könne, fragte er. Washington antwortete, kein Kriegsschiff sei nahe genug stationiert.[9]

Nagib, 52 Jahre, als General unter den Freien Offizieren der Rangälteste, wurde neuer Oberkommandierender der Armee. In einer Erklärung, die er über den Rundfunk verbreiten ließ, hieß es: „Hinter Ägypten liegt der dunkelste Abschnitt seiner Geschichte; Korruption und politische Unbeständigkeit haben es erniedrigt und zersplittert. Die Zersetzung hat sogar auf die Armee übergegriffen ... Deshalb haben wir eine Säuberungsaktion durchgeführt und die Armee jetzt Männern übergeben, zu deren Können, Sauberkeit und patriotischer Gesinnung das Volk vertrauen haben darf."[10]

Noch am Tage der Machtergreifung nannten die Freien Offiziere 6 Grundsätze als Ziele ihrer Aktion, die sie im Februar oder März des Jahres erarbeitet hatten: Beseitigung der Fremdherrschaft und ihrer ägyptischen Handlanger; Abschaffung des Großgrundbesitzes; Liquidierung der Monopole und der Vorherrschaft des Kapitals über die Regierung; Schaffung einer starken nationalen Armee; Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit; Aufbau einer gesunden Demokratie.[11]

General Nagib (zweiter von rechts) im Kreis seiner Offiziere

Das war schon konkreter und weitergehend als die Aussagen, die Nagib machte. Doch wer sollte dieses Programm durchsetzen?

Die Freien Offiziere wollten offenbar keine Politiker werden. Sie beabsichtigten, das Land von den gröbsten Übeln zu reinigen, um dann zu ihren militärischen Pflichten zurückzukehren und die Regierungsgeschäfte politischen „Profis" zu überlassen. Nur so ist es zu erklären, daß ihr Exekutivkomitee am 24. Juli 1952 Ali Mahir mit der Leitung des Kabinetts beauftragte, einen Mann, der, damals 68 Jahre alt, bereits Faruk als Ministerpräsident gedient hatte. Er repräsentierte den Teil der einheimischen Bourgeoisie, der sich auf den Imperialismus orientierte.

Über das weitere Schicksal des Königs gab es Meinungsverschiedenheiten. Einige Offiziere wollten ihn hinrichten lassen. Nasser widersprach ihnen. Faruk sei ohnehin entehrt und ohne Macht – er wolle aus ihm keinen Märtyrer machen.

Nagib übergab am 26. Juli Mahir ein Ultimatum, das dieser dem König aushändigte. Darin hieß es: „Die Armee, Repräsentantin des Volkswillens, fordert Eure Majestät auf, abzudanken und am selben Tag das Land zu verlassen."[12]

Der König fügte sich. Seine letzten 6 Stunden in Ägypten verbrachte er mit Packen. Sein Gepäck bestand schließlich aus 204 Stücken. Noch am 26. Juli, um 18 Uhr, bestiegen er, seine Frau und sein sechsjähriger Sohn die königliche Jacht. USA-Botschaf-

Panzerpatrouille zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach dem Rücktritt König Faruks

ter Caffery, der während des Packens im Palast gewartet hatte, begleitete Faruk zum Hafen. Dort fand sich auch Nagib ein. Zum Abschied sagte er dem König: „Sie, Effendi, haben uns gezwungen zu tun, was wir getan haben." Faruks Antwort, so Nagib, habe ihm für den Rest seines Lebens ein Rätsel aufgegeben. „Ich weiß, Sie haben getan, was ich schon immer selbst tun wollte."[13]

Der König ging ins Exil. Die konstitutionelle Monarchie bestand vorerst weiter. Ein Regentschaftsrat sollte fortan die Belange des Hofes wahrnehmen.

Die unter der Königsherrschaft privilegierten Klassen und Schichten, die noch stark waren, suchten unter der demagogischen Losung „Rettet die Demokratie!" verlorene Positionen zurückzugewinnen. Die Offiziere mußten deshalb, wollten sie ihren Idealen treu bleiben, die errungene Macht stabilisieren und effektiv gebrauchen. Am 17. August schufen sie einen Revolutionsrat. Am 7. September ließen sie 50 führende konterrevolutionäre Politiker verhaften. Ali Mahir wurde am selben Tag als Ministerpräsident durch Nagib abgelöst, der auch den Vorsitz des Revolutionsrates übernommen hatte. Die politischen Parteien sollten, so verlangte es ein am 9. September verabschiedetes Gesetz, ihre Pro-

gramme, Satzungen und die Namen ihrer Vorstandsmitglieder bekanntgeben. Als nur 15 von ihnen diesem Verlangen nachkamen, wurden sie am 16. Januar 1953 alle aufgelöst. Ungefähr 500 Offiziere mußten in den ersten drei Monaten nach dem Machtwechsel die Armee verlassen. Offiziere mit höheren Dienstgraden, die als nicht sonderlich gefährlich galten, erhielten einträgliche Posten in Ministerien und im diplomatischen Dienst.

Die ersten Erfahrungen, die die Freien Offiziere machten, waren ernüchternd und lehrreich. „Vor dem 23. Juli hatte ich mir eingebildet, die ganze Nation dränge zur Tat und sei bereit; sie warte also nur auf die Vorhut, die die Mauer der Tyrannei erstürmen solle, um in geordneten und geschlossenen Reihen auf dem Wege zum großen Ziel zu folgen", berichtet Nasser in seiner 1952/53 verfaßten Schrift „Philosophie der Revolution". „Meiner Ansicht nach sollten wir wie eine Gruppe todesmutiger Kämpfer auftreten, die nach wenigen Stunden ihren Auftrag erfüllt hätten. ... Plötzlich aber, nach dem 23. Juli, sah ich mich der Wirklichkeit gegenüber. Die Vorhut war in der Tat in Aktion getreten. Sie hatte die Mauer der Tyrannei im Sturm genommen und den Despoten gestürzt. Dann aber hatte sie innegehalten und darauf gewartet, daß die wohlgefügten Scharen aufbrechen würden. Zwar stießen viele zur Vorhut, doch wie weit klafften Wirklichkeit und Vorstellung auseinander! Die Massen waren in zahlreiche Gruppen und Grüppchen gespalten, was den Marsch zum großen Ziel zum Stillstand brachte... Ich fühlte..., daß die Aufgabe der Vorhut nicht beendet sei, sondern daß sie erst beginne."[14]

Die Freien Offiziere stellten sich der Herausforderung. Dabei wohnte dem Weg, den sie eingeschlagen hatten, eine eigene Logik inne. Die Offiziere folgten ihr, zuweilen zögernd, nicht immer gradlinig, experimentierend, dazulernend. In ihrem Vorgehen zeichneten sich zunehmend Konturen einer antifeudalen und antiimperialistischen Revolution ab. Sprachen sie zur Kennzeichnung ihrer politischen Identität zunächst vorwiegend von der „Armeebewegung", so verstanden sie sich in der Folgezeit auch verbal immer mehr als Revolutionäre.

Mit dem König war die Spitze der Feudalhierarchie beseitigt worden. Am 9. September 1952 ging das neue Regime einen Schritt weiter: Gegen den heftigen Widerstand der Großgrundbesitzer legte es die Höchstgrenze für Bodenbesitz auf 200 Feddan je Person fest. Ali Mahir – er gehörte zu den bourgeoisen Kreisen, die große Ländereien ihr eigen nannten – hatte dafür plädiert, die Höchstgrenze auf 500 Feddan festzulegen. Es zählte dies zu seinen Meinungsverschiedenheiten mit den Freien Offizieren, die zu seinem Rücktritt führten. Das neue Regime

schaffte ferner die feudalen Titel wie Pascha und Bey ab. Am 18. Juni 1953 proklamierte es die Republik. Nagib wurde ihr erster Präsident.

Die Landreform setzte Zeichen, bewegte sich indessen in engen Grenzen. 2136 Grundbesitzer mußten 820 000 Feddan bebaubaren Bodens gegen Entschädigung abgeben. Das beste Land behielten sie. Vielfach waren dies mehr als 200 Feddan, weil sie Ländereien an Familienmitglieder überschrieben. 1958 verfügte die Regierung deshalb, daß der gesamte Bodenbesitz einer Familie 360 Feddan nicht überschreiten darf. 150 000 Kleinbauern – von insgesamt 2,5 Millionen – erhielten Parzellen zwischen 2 und 5 Feddan. Sie hatten dafür zu zahlen. Sie konnten dies in Raten tun, verteilt auf 30 Jahre, bei 3 Prozent Zinsen.

Ein weiteres Problem, dem sich die regierenden Militärs gegenübersahen: die ausländische Präsenz im Lande. Großbritannien besaß am Suezkanal eine große Militärbasis, etwa 5 Kilometer breit und über 100 Kilometer lang, mit Einrichtungen und Vorräten im Wert von 1,5 Milliarden Dollar. 80 000 Soldaten waren dort noch stationiert. Die ägyptische Regierung verlangte die Räumung der Basis. Großbritannien sträubte sich; es wollte wenigstens einige Positionen behalten und erbat hierfür die Hilfe der USA. Doch Ägypten gab nicht nach. Die Briten mußten schließlich in einer am 19. Oktober 1954 in Kairo unterzeichneten Übereinkunft zustimmen, ihre Truppen im Verlauf von 20 Monaten aus der Suezkanalzone abzuziehen. Am 18. Juni 1956 verließ das letzte britische Militärkontingent das Land. „Heute hat Ägypten seine volle Freiheit errungen", erklärte Nasser aus diesem Anlaß in Ismailia. „Der Sieg, nach dem Generationen unserer Landsleute strebten, ist Wirklichkeit geworden. Heute erlangen wir unsere Ehre und Freiheit zurück. Und doch fühlen wir im tiefsten Innern, daß dies nicht das Ende des Kampfes ist, sondern nur das Ende einer seiner Etappen."[15]

Es ging nicht nur um Großbritannien, sondern um das Verhältnis zum Imperialismus überhaupt.

Rivalitäten, die zwischen imperialistischen Mächten auf der Jagd nach Kolonien und kolonialen Einflußsphären auftraten, ließen Nationalisten nicht selten hoffen, im Kampf gegen die „eigene" Kolonialmacht bei deren Rivalen Beistand zu finden. Im ersten Weltkrieg hatten Ägypter in dieser Hinsicht auf das kaiserliche Deutschland, den Kriegsgegner Großbritanniens, gesetzt.[16] Im zweiten Weltkrieg wiederholte sich ähnliches: Als die Truppen des deutschen Generals Erwin Rommel in Nordafrika vorrückten, suchten Offiziere, die später der Gemeinschaft der Freien Offiziere angehörten – unter ihnen Sadat –, Kontakte zu Repräsentanten des faschistischen Deutschlands zu knüpfen.[17] Maßgebliche Freie Offiziere waren von den USA beeindruckt, die sich in

ihren Augen grundsätzlich von den traditionellen Kolonialmächten unterschieden. „Als ich zur Macht kam, stand ich in der Gunst der Amerikaner", schrieb Nasser dazu. „Ich sprach Englisch. Ich las ihre Zeitschriften. Ich bewunderte ihre Träume und ihre technischen Fertigkeiten. Ich dachte, es könne nichts Besseres als den ‚American way of life' geben, und ich glaubte naiv an ihren Antikolonialismus."[18]

Die USA verstärkten Mitte der fünfziger Jahre ihre Bemühungen, Entwicklungsländer in Militärpakte einzubinden, die sich gegen den Sozialismus und die Sache der nationalen Befreiung richteten. Die amerikanische Außenpolitik war, wie der USA-Politiker und Wissenschaftler J. K. Galbraith in seinen Memoiren schreibt, „von einer einzigen, alles andere dominierenden Leidenschaft bestimmt: der Niederwerfung des Kommunismus. Das Christentum, ja Jesus selbst segnete diesen Kreuzzug ab. Jeder antikommunistische Despot war ein Verbündeter; überall bestand unsere Politik darin, militärische Allianzen zu schließen und die Ärmsten zu bewaffnen."[19] Die USA richteten auch an Ägypten das Ansinnen, einem antisowjetischen Pakt, der „Middle East Defense Organization", beizutreten. Das wirkte auf die ägyptische Führung desillusionierend. Als USA-Außenminister John Foster Dulles 1953 in Kairo vorsprach, um für den Pakt zu werben, erwiderte ihm Nasser: Nicht die Sowjetunion bedrohe sein Land, sondern die Briten seien seit 70 Jahren als Okkupanten präsent. Wenn er einem Pakt beitrete, dem auch Großbritannien angehöre, werde er die Achtung und das Vertrauen seines Volkes verlieren.[20]

Ägypten lehnte auch den Bagdad-Pakt ab. Es trug entscheidend dazu bei, daß diesem Pakt außer dem Irak, nach dessen Hauptstadt er seinen Namen erhielt, kein weiterer arabischer Staat beitrat.

Ägypten bezog in der Auseinandersetzung mit konkreter imperialistischer Politik eine ihrem Gehalt nach grundsätzlich antiimperialistische Position, für die sich der Begriff „Nichtpaktgebundenheit" einbürgerte. Und es solidarisierte sich mit Staaten, die in dieser Frage auf gleiche Weise reagierten. Nasser reiste im April 1955 nach Indonesien, um an der Bandung-Konferenz teilzunehmen. Er traf dort mit Vertretern von weiteren 28 unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas zusammen. Mit seiner Jugend und seiner stattlichen Erscheinung zog er die Blicke vieler auf sich. Nasser spürte in Bandung: Sein Land befand sich auf dem richtigen Wege. Und er stand nicht allein. Die ägyptische Delegation beteiligte sich an der Erarbeitung der 10 Grundsätze der friedlichen Koexistenz, die außerordentliche Bedeutung gewannen.

Zusammen mit Jawaharlal Nehru (1889–1964), dem damaligen indischen Ministerpräsidenten, und Josip Broz Tito (1892–1980), dem damaligen Staatspräsidenten Jugoslawiens, mit denen ihn eine tiefe Freundschaft verband, nahm Nasser in der Folgezeit eine führende Position in der sich formierenden Bewegung der Nichtpaktgebundenen ein.

Nagib tritt zurück – die Revolution bleibt

Das neue Regime stützte sich zunächst auf die Bourgeoisie. Als es am 14. August 1952 zu einem großen Streik in der Baumwollspinnerei von Kafr ad-Dawar kam, setzte es Polizei und reguläre Truppen ein. Es ließ zwei Arbeiter als „Rädelsführer" verurteilen und hinrichten. Einige Offiziere machten „kommunistische Agitation" für die Streikaktion verantwortlich.

Die Profilierung der Revolution ging mit Differenzen und Differenzierungen unter den Kräften einher, die sie eingeleitet hatten. Nagib machte sich zum Sprecher restaurativer Bestrebungen. Unter Berufung auf ein bürgerlich-liberales Legalitätsprinzip und einen formalen Demokratiebegriff setzte er sich für eine Rückkehr zum alten parlamentarischen Mehrparteiensystem, für die Abhaltung von „freien Wahlen" zum neuen Parlament sowie für die ausschließliche Ausübung der Regierungsgeschäfte durch „zivile" Politiker ein. Die meisten Offiziere sahen darin eine Gefährdung der Revolution. Sie wollten, um einer Restauration zuvorzukommen, die Macht in ihren Händen konzentriert wissen. Nagib, der bei der Bevölkerung Popularität genoß, wurde im Ergebnis komplizierter Auseinandersetzungen seiner Funktionen enthoben. Nasser, bis dahin stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister, wurde am 18. April 1954 Ministerpräsident und Vorsitzender des Revolutionsrates. Ab 23. Juni 1956, nach Annahme einer neuen Verfassung, bekleidete er auch das Amt des Präsidenten der Republik. 99,9 Prozent der Ägypter, die zur Wahl gingen, stimmten für ihn. Mit ihm gewannen diejenigen Kräfte die Oberhand, die für eine konsequente Fortsetzung des eingeschlagenen revolutionären Kurses eintraten. Der Revolutionsrat löste sich auf, nachdem die neue Staatsmacht Gestalt angenommen hatte.

Die Muslimbrüder hatten ungefähr zwei Jahre mit dem Revolutionsrat koexistiert. Sie hatten gehofft, die Freien Offiziere in ihrem Sinne lenken zu können. Jetzt waren sie enttäuscht: Das neue Ägypten gründete sich – entgegen ihren Bestrebungen –

nicht auf die Grundsätze des ursprünglichen Islam. Aus ihrer Enttäuschung heraus wollten sie Nasser beseitigen. Als dieser am 26. Oktober 1954 auf einer Kundgebung in Alexandria sprach, feuerte Mahmud Abd al-Latif, ein Mitglied der Muslimbruderschaft, neun Schüsse auf ihn ab. Über Nassers Kopf zersprang eine Glühbirne, einige Personen wurden verletzt. Nasser forderte die Anwesenden auf, ihre Plätze nicht zu verlassen. „Mein Leben gehört euch, mein Blut ist ein Opfer für Ägypten", fuhr er fort. „Ich spreche zu euch mit Gottes Hilfe, nachdem die Schädlinge versuchten, mich zu töten. Gamal Abdel Nassers Leben ist euer Eigentum. Ich habe für euch gelebt, und ich will dies bis zu meinem Tode tun, kämpfend um euretwillen."[21] Als Nasser am folgenden Tage nach Kairo zurückkehrte, empfingen ihn 200 000 Menschen. Das Regime verbot die Muslimbruderschaft und ließ ihre Führer verhaften. 6 ihrer Mitglieder, darunter der Attentäter, erhielten die Todesstrafe.

In den Auseinandersetzungen mit den Muslimbrüdern ließ Nasser keinen Zweifel an seinem eigenen Engagement für den Islam aufkommen. Im August 1954 unternahm er die Pilgerfahrt nach Mekka. Im September 1954 wurde der Islamische Kongreß mit Sadat als Generalsekretär geschaffen. Er knüpfte Kontakte zu konservativen religiösen Kräften, um sie für das neue Regime zu gewinnen.

Um die patriotischen Kräfte in die Revolution einzubeziehen, war im Januar 1953 die Befreiungsorganisation gegründet worden. Ihr traten offiziellen Angaben zufolge 2 Millionen Ägypter bei. Doch gab es weder eine wirkliche Konzeption für sie – ihre allgemeine Losung lautete „Einheit, Ordnung, Arbeit" –, noch erhielt sie Kompetenzen. Nach knapp vier Jahren hörte sie auf zu existieren, ohne Nennenswertes geleistet zu haben.

Hier lag der schwächste Punkt der 1952 begonnenen revolutionären Entwicklung: Die Werktätigen fanden keine Gelegenheit, sich zu organisieren und die Revolution in die eigenen Hände zu nehmen. Nasser spürte diesen Schwachpunkt, doch er tat wenig, eine radikale Änderung herbeizuführen. Das sollte es konterrevolutionären Kräften nach seinem Tode erleichtern, die Macht an sich zu reißen.

Die ägyptischen Kommunisten sahen anfangs nicht die revolutionäre Perspektive, die sich mit der Machtergreifung der Freien Offiziere eröffnete. Einige sprachen von einem amerikanischen Militärputsch, der stattgefunden habe, beziehungsweise von einer Militärdiktatur, die errichtet worden sei. Unter den Freien Offizieren gab es antikommunistische Vorurteile. Sie ließen Kommunisten verhaften und ins Gefängnis werfen. Nach 1955 ent-

spannte sich die Situation. Die Kommunisten begannen, ihren Standpunkt zu revidieren und antiimperialistische Schritte der Regierung zu unterstützen.

Stichwort „Lesseps"

Die Suezkanalgesellschaft blieb nach der Machtergreifung der Freien Offiziere vorerst eine Position des Auslandskapitals in Ägypten, seine wichtigste und eine außerordentlich profitträchtige obendrein. Der Nennwert einer Suezkanalaktie war von 1858 bis 1952 von 500 auf 85 000 Francs gestiegen. Ägypten erhielt jährlich lediglich 300 000 £E beziehungsweise seit 1949 7 Prozent des Bruttogewinns. Im Jahre 1955 flossen aus den Einnahmen, die der Suezkanal erbrachte, über 32 Millionen £E in imperialistische Staaten.

Konnten die Ägypter sich auf Dauer mit diesem Zustand abfinden?

Seit Jahrzehnten verlangte die ägyptische Nationalbewegung die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft. Im Ausland lebende ägyptische Patrioten wandten sich Anfang 1918, durch die Oktoberrevolution ermutigt, an die in Brest-Litowsk tagende Konferenz. Unter Berufung auf die Haltung der Sowjets zur nationalen Frage erbaten sie Unterstützung für ihre Forderung nach Abzug der britischen Truppen aus Ägypten und Übergabe des Suezkanals in die Hände des ägyptischen Volkes. Nur ein freies Ägypten, erklärten sie, könne den Kanal schützen und allen Nationen während des Krieges wie in Friedenszeiten freie Durchfahrt garantieren.[22] (Eine am 29. Oktober 1888 in Konstantinopel abgeschlossene Konvention hatte die Schiffahrt auf dem Kanal geregelt. „Der Suez-Schiffahrtskanal soll immer frei und offen sein, in Kriegs- und Friedenszeiten, für jedes Handels- und Kriegsschiff, ohne Unterschied der Flagge", hieß es in Artikel I.[23])

Mitte der fünfziger Jahre bahnte sich in dieser Frage eine Entscheidung an.

Es ging zunächst um zwei Probleme, die für die Zukunft Ägyptens von existentieller Bedeutung waren. Israel, 1948 als neuer Staat in Nahost dazugekommen, profilierte sich proimperialistisch und trat zunehmend antiarabisch auf. Die ägyptische Armee brauchte schweres Kriegsgerät, um die Souveränität des Landes zu verteidigen. Zum anderen machte es sich erforderlich, bei Assuan einen neuen, größeren Hochdamm zu errichten (der

alte stammte aus dem Jahre 1902). Mit dem zu bauenden Damm sollte – nicht zuletzt, um dem Bevölkerungszuwachs Rechnung zu tragen, der 1952 bereits 300 000 Menschen jährlich betrug – eine neue Energiequelle gewonnen und zusätzlich Land bewässert werden. (Die Bevölkerung war von 1900 bis 1950 um 80 Prozent gewachsen, die landwirtschaftliche Nutzfläche hatte jedoch nur um 26 Prozent zugenommen.)

Die ägyptische Führung ersuchte aus ihrer damaligen kleinbürgerlich-nationalistischen Haltung heraus in beiden Fragen imperialistische Mächte um Hilfe – vergebens. Die imperialistische Seite glaubte, Ägypten sei hier erpreßbar, und sie wollte das neue Regime von seinem revolutionären Kurs abbringen. Die USA und Großbritannien erklärten sich am 17. Dezember 1955 bereit, bei der Finanzierung des Assuan-Hochdammprojektes mitzuwirken. Doch am 19./20. Juli 1956 zogen sie ihre Angebote zurück. Ihre Begründung: Ägypten sei einem so aufwendigen Projekt nicht gewachsen. Die USA informierten darüber in einer Pressemitteilung, ohne die ägyptische Seite zuvor in Kenntnis gesetzt zu haben.

Doch Nasser und seine Gefährten ließen sich nicht einschüchtern.

Im September 1955 traf Ägypten mit der ČSR eine Abmachung, der zufolge es schwere Waffen erhielt. Es handelte sich unter anderem um über 500 gepanzerte Fahrzeuge – darunter 230 Panzer –, um ungefähr ebenso viele Artilleriegeschütze und um etwa 200 Flugzeuge. Die Bezahlung sollte nicht in Devisen, sondern durch Lieferung von Produkten der ägyptischen Landwirtschaft – Baumwolle, Reis – erfolgen.

Ein knappes Jahr später, am Abend des 26. Juli 1956, gab Nasser in einer Rede in Alexandria die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft bekannt. Der entscheidende erste Artikel des hierfür vorbereiteten Gesetzes, das er im vollen Wortlaut vorlas, lautete: „Die internationale Gesellschaft für den Seekanal von Suez wird als ägyptische Aktiengesellschaft verstaatlicht. Ihre sämtlichen Mittel, Rechte und Verpflichtungen gehen an den (ägyptischen) Staat über. Alle ihre zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehenden Verwaltungseinrichtungen werden aufgelöst. Die Aktionäre und Inhaber der Gründeraktien werden für die in ihrem Besitz befindlichen Aktien und Anteile ... entschädigt. Die Entschädigung wird ausgezahlt, nachdem der (ägyptische) Staat das gesamte Besitztum der verstaatlichten Gesellschaft übernommen hat."[24] Nasser sprach insgesamt drei Stunden. Wiederholt wechselte er zwischen Hocharabisch und der Umgangssprache. Noch während er sprach, übernahmen Ägypter die Verwaltung des Kanals. „Lesseps", der Name des Mannes, der den Kanalbau geleitet hatte, war dafür das Stichwort in der Rede.

Räumung der Suezkanalzone durch die Briten

Ägypten unternahm hier zwei Schritte, die über ihre unmittelbare Bedeutung hinaus im antiimperialistischen Kampf Maßstäbe setzten. Es brach die Monopolstellung imperialistischer Mächte bei der Lieferung von Waffen und militärischen Ausrüstungen an Entwicklungsländer. Mit der Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft ging es kühn gegen das Auslandskapital im Lande vor. Indem die Ägypter Kolonialpositionen untergruben und andere Völker ermutigten, ihrem Beispiel zu folgen, brachten sie Bleibendes in den Prozeß der Zerschlagung des imperialistischen Kolonialsystems ein.

Die internationalen Reaktionen auf das ägyptische Vorgehen waren gegensätzlich. Die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft wurde, wie die indische Zeitung „National Herald" schrieb, „von allen jenen Völkern begrüßt, die sich in den letzten Jahren von fremder Herrschaft befreiten, politische Gleichberechtigung mit den fortgeschrittenen Nationen des Westens errangen und nun nach ökonomischer Gleichheit streben"[25]. Die imperialistische Seite zeigte sich überrascht und empört; zu dem Verlust, den sie erlitt, kam die Furcht, noch Schlimmeres könne auf sie zukommen. „Wenn Nasser mit seinem Streich davonkommt, werden die britischen und die anderen westlichen Interessen in Nahost dahinschwinden", meinte die Londoner „Times" am 1. August 1956.[26]

Schlacht um den Suezkanal

Eine Schlacht entbrannte um den Suezkanal, zunächst eine diplomatische, dann eine militärische.

Imperialistische Staaten – voran die unmittelbar betroffenen, Frankreich und Großbritannien, die die Unterstützung der USA hatten – versuchten politisch, Ägypten zum Verzicht auf seine volle Souveränität zu zwingen. Eine Konferenz, für den 16. August nach London einberufen, sollte die Einrichtung einer „Internationalen Behörde für den Suezkanal" beschließen. USA-Außenminister Dulles meinte in einem Gespräch zur Konferenzvorbereitung, es müsse ein Weg gefunden werden, „um Nasser dazu zu bringen, wieder auszuspucken, was er zu schlucken versucht"[27].

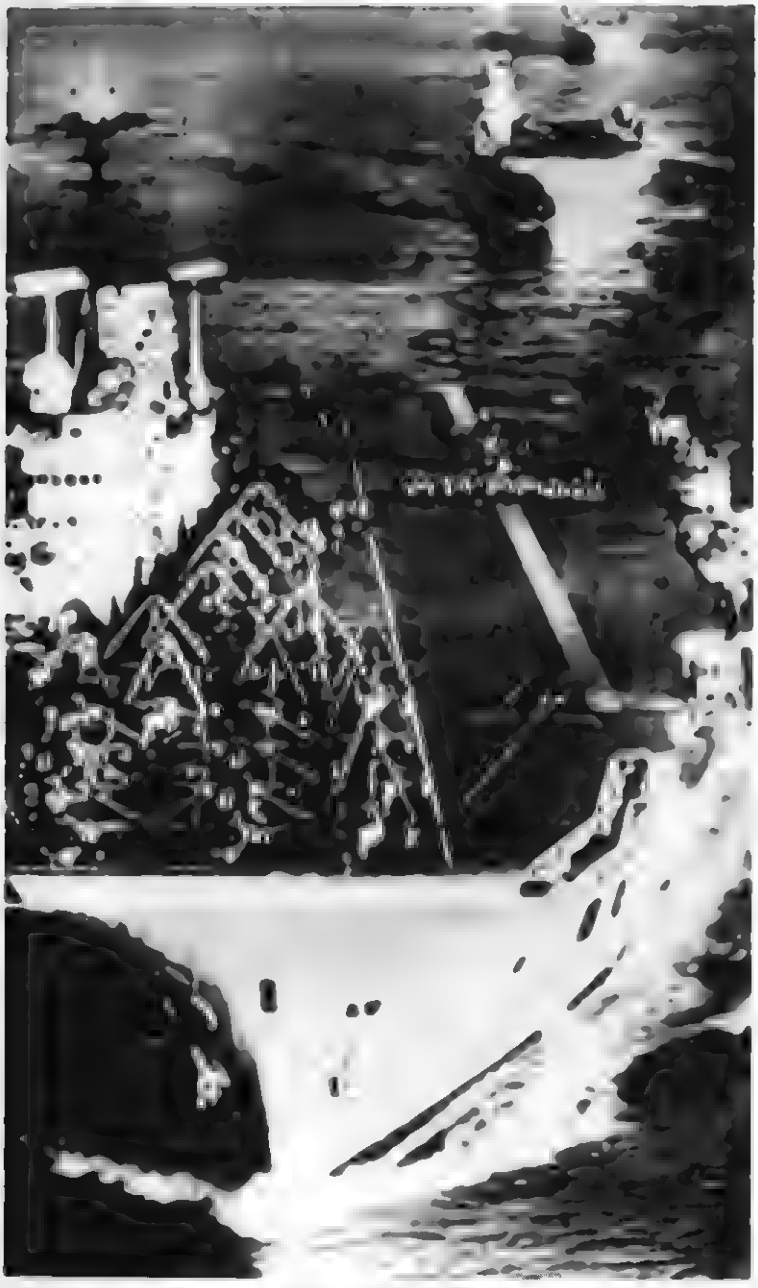
Die Konferenz fand bei einer Beteiligung von 22 Staaten vom 16. bis 23. August 1956 statt. Ägypten nahm an ihr nicht teil.

Seine Interessen nahmen die UdSSR und einige Entwicklungsländer wahr. Eine Mehrheit der Konferenzteilnehmer wollte ein „bestimmtes Organ" eingesetzt wissen, das die Suezkanalschiffahrt betreiben sollte. Sie stieß indessen bei Nasser, dem eine Kommission unter Leitung des australischen Ministerpräsidenten Robert Menzies das Ansinnen vortrug, auf Widerstand.

Auch eine zweite Konferenz, die vom 19. bis 21. September in London zusammentrat, richtete hier nichts aus.

Der britische Ministerpräsident Anthony Eden hatte ursprünglich sofort nach Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft militärisch zuschlagen wollen. Er war daraufhin belehrt worden, daß die britischen Streitkräfte dazu nicht in der Lage seien. Imperialistische Staaten nutzten nun die Zeit der Verhandlungen, einen militärischen Überfall vorzubereiten. Sie wollten nicht nur den Suezkanal zurückgewinnen, sondern der nationalen Befreiungsbewegung eine schwere Niederlage zufügen. Den Franzosen ging es, wie Anthony Nutting, damals Staatsminister im britischen Außenministerium, später rückschauend schrieb, „gar nicht so sehr um den Suezkanal, sondern in erster Linie um Algerien. Sie waren überzeugt, der algerische Widerstand werde zusammenbrechen, sobald Nasser vernichtet sei."[28] Israel beteiligte sich an den Aggressionsvorbereitungen. Es beabsichtigte, in einem Krieg sein Territorium zu erweitern.

Geheim, wie Verschwörer, trafen sie sich am 23. Oktober 1956 in Sèvres bei Paris: die Ministerpräsidenten Frankreichs und Israels, Guy Mollet und David Ben Gurion, und der Außenminister Großbritanniens, Selwyn Lloyd. Es gab Unstimmigkeiten, denn jeder wollte am Erfolg beteiligt sein, das eigene Risiko jedoch so gering wie möglich halten. (Großbritannien hatte zunächst gegen eine Partnerschaft mit Israel überhaupt Bedenken; es fürchtete, sein bereits beträchtlich geschrumpfter Einfluß in Nahost könne durch sie völlig schwinden.) Jedoch einigten sich die Politiker schließlich. Israel, so der gemeinsame Aggressionsplan, greift am Nachmittag des 29. Oktober Ägypten an, mit dem Ziel, am darauffolgenden Tag den Suezkanal zu erreichen. Danach fordern Frankreich und Großbritannien die beiden kriegführenden Parteien auf, die Feindseligkeiten sofort einzustellen und ihre Truppen 10 Meilen vom Kanal zurückzuziehen. Ägypten soll sich darüber hinaus mit einer vorübergehenden Besetzung der Schlüsselpositionen am Kanal durch britisch-französische Streitkräfte einverstanden erklären, um, wie es hieß, bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens die freie Durchfahrt für die internationale Schiffahrt sicherzustellen. Falls die ägyptische Regierung der an sie gerichteten Aufforderung nicht innerhalb von 12 Stunden zustimmt, erfolgt am frühen Morgen des 31. Oktober 1956 ein britisch-französischer Angriff auf Ägypten.[29]



Bedrohung des Suezkanals durch britische Flugzeugträger

Großbritannien und Frankreich hatten einst die größten Kolonialreiche der Welt erobert; die britischen Kolonien umfaßten am Vorabend des ersten Weltkrieges 33 Millionen Quadratkilometer mit 400 Millionen Menschen, die französischen mehr als 10 Millionen Quadratkilometer mit annähernd 50 Millionen Menschen. Beide Mächte glaubten – es entsprach dies dem Geist und den Praktiken des kalten Krieges –, nach alter Kolonialherrenart zu Erpressung und militärischer Gewalt greifen zu können. Ihre Kalkulation: Entweder Nasser akzeptiert das Ultimatum, dann büßt er sein Prestige ein und ist politisch ein toter Mann; oder er lehnt ab, dann würden ihm Briten und Franzosen militärisch den Todesstoß versetzen. Daß der einkalkulierte Krieg sich weiten, möglicherweise zu einem Weltkrieg werden könnte, scherte die Aggressoren nicht.

Israel griff, wie mit den Partnern abgesprochen, am 29. Oktober 1956 auf der Sinaihalbinsel Ägypten an. Um 17 Uhr sprangen etwa 400 Fallschirmjäger am Osteingang des Mitlapasses ab, ungefähr 50 Kilometer vom Suezkanal entfernt. Die 202. Fallschirmjägerbrigade, zu der sie gehörten und die Ariel Scharon – er machte sich später als Rechtsradikaler in der Politik seines Landes einen Namen – kommandierte, stieß über Kuntilla gen Westen vor, bis zum Mitlapaß; dort vereinigte sie sich am Abend des 30. Oktober mit ihrem Vortrupp. Am Abend des 29. Oktober noch rückte die israelische 4. Infanteriebrigade in Richtung Kusseima vor.

Israel begann, wie Chaim Herzog schreibt, den „Sinai-Feldzug" leise und zögernd. Ägypten habe 24 Stunden lang nicht sicher gewußt, ob es sich um einen Krieg handle oder um eine Vergeltungsmaßnahme gegen Aktionen, die Palästinenser vom Ghazastreifen aus unternahmen. (Die palästinensische Nationalbewegung war im Prozeß ihrer Neuformierung begriffen, und ihre Vertreter gingen, um ihrem Anspruch auf einen eigenen Staat Geltung zu verschaffen, mit Kommandounternehmen gegen Israel vor.) Die Israelis hätten, so Herzog, die leise und zögernde Kriegseröffnung gewählt, um die Möglichkeit zu haben, die Operation abzublasen und ihre Truppen zurückzuziehen, falls ihre Verbündeten ihren Teil des gemeinsamen Planes nicht durchführten.[30]

Die britische und französische Regierung richteten am 30. Oktober das vorgesehene Ultimatum an Ägypten und Israel. Die Ägypter lehnten ab, die Israelis stimmten zu. Daraufhin schalteten sich am 31. Oktober die Briten und Franzosen unmittelbar in die Aggression ein. Sie sprachen von einer „Polizeiaktion". Tatsächlich bombardierten sie ägyptische Großstädte und Flughäfen. Dadurch verschafften sie den Israelis eine absolute Luftüberlegenheit, was für die Operationen in den Wüstengebieten der Sinaihalbinsel entscheidende Bedeutung gewann. Sie bereiteten

zugleich die Landung eigener Truppen vor. Und sie rechneten damit, die Bombardements würden unter der Bevölkerung Schrekken verbreiten und so zum Sturz des revolutionären Regimes beitragen. Ein vom britischen Geheimdienst auf Zypern betriebener Sender, der sich „Freies Ägypten" nannte, hatte zuvor schon die Absetzung Nassers verlangt. Andernfalls, drohte er, würden die ägyptischen Städte ausradiert.

Ägypten geriet in eine kritische Situation. Es ging um seine staatliche Souveränität wie um das Schicksal der 1952 begonnenen Revolution. Doch Nasser verlor auch angesichts der militärischen Überlegenheit seiner Gegner nicht die Nerven. Er wandte sich an sein Volk: „Wir werden kämpfen und uns nicht ergeben. Wir werden jedes Dorf und jede Ortschaft verteidigen. Jeder Ägypter ist heute ein Angehöriger der Nationalen Befreiungsarmee."[31]

Die Sowjetregierung brandmarkte in einer am 31. Oktober veröffentlichten Erklärung die israelische Aggression. Sie nannte sie einen Vorwand für die Westmächte – in erster Linie für Frankreich und Großbritannien –, ihre Truppen auf das Territorium arabischer Staaten, insbesondere in die Suezkanalzone, einmarschieren zu lassen.[32]

Der UNO-Sicherheitsrat konnte, da ihn Frankreich und Großbritannien durch ihr Veto blockierten, in dieser Frage nichts tun. Daraufhin trat die UNO-Vollversammlung zusammen und verurteilte in den frühen Morgenstunden des 2. November mit großer Mehrheit das Vorgehen der Aggressoren. Die kriegführenden Parteien wurden aufgefordert, sofort das Feuer einzustellen, einen Waffenstillstand abzuschließen und ihre Truppen hinter die ursprünglichen Grenzen zurückzuziehen.

Die Aggressoren ignorierten die UNO-Forderungen. Israelische Truppen setzten ihren Vormarsch auf der Sinaihalbinsel fort. Am 5. November eroberten sie Scharm asch-Scheich. An diesem Tage faßten britische und französische Fallschirmjäger auch im nördlichen Teil der Suezkanalzone Fuß. Port Said fiel, obwohl die Ägypter es heldenhaft verteidigten.

Die Aggressoren gingen einem klaren militärischen Sieg entgegen. David Ben Gurion hielt vor der Knesseth eine „Siegesansprache": Die Israelis hätten ein Gebiet erobert, dreimal so groß wie ihr eigenes Land noch eine Woche zuvor. Dennoch mußten die Aggressoren, für sie unerwartet, eine schwere Niederlage hinnehmen. Die Welt hatte sich gegenüber der Zeit, da alte Kolonialpraktiken Erfolg verhießen, entscheidend verändert. Das war der Hintergrund der unerwarteten Wende.

In den Trümmern der von den Briten zerstörten Hafenstadt Port Said wühlen Kinder und Frauen nach etwas Eßbarem.

Es gab den Sozialismus. Seine Hauptmacht, die Sowjetunion, war politisch, ökonomisch, militärisch und moralisch stark genug, imperialistische Aggressoren in die Schranken zu weisen. Am Nachmittag des 5. November, nach Ausweitung der Aggression, richtete sie Botschaften an Großbritannien, Frankreich und Israel. Sie warnte vor einer Fortsetzung der Aggression, die sie einen unverhohlenen Kolonialkrieg nannte. Sie sprach von der Gefahr, daß der Krieg in Ägypten auf andere Länder übergreifen und sich in einen Weltkrieg verwandeln könne. Unmißverständlich erklärte sie: „Wir sind fest entschlossen, durch Einsatz von Gewalt die Aggressoren zurückzuschlagen und den Frieden im Nahen Osten wiederherzustellen."[33] Andere sozialistische Staaten, darunter die DDR, erklärten sich gleichfalls mit dem ägyptischen Volk solidarisch.[34] (Nach der Auffassung von Nehru war die sowjetische Warnung vor militärischen Operationen der entscheidende Faktor, der die Aggressoren bewog, einem Waffenstillstand zuzustimmen.[35])

Die nationale Befreiungsbewegung war erstarkt und im Begriff, das imperialistische Kolonialsystem zu zerschlagen. Entwicklungsländer solidarisierten sich mit Ägypten.

Schließlich stießen die Agressoren in imperialistischen Staaten, darunter in ihren eigenen, auf Widerstand. In Großbritannien

Die englische Bevölkerung verurteilt die britische Aggression in einer machtvollen Kundgebung auf dem Trafalgar Square.

etwa protestierten, als die Luftangriffe auf Ägypten bekannt wurden, Werktätige auf der Straße und Abgeordnete der Labour Party im Unterhaus.

Hinzu kamen zwischenimperialistische Rivalitäten.

Die USA wollten aus der Situation einen doppelten Nutzen ziehen. Sie waren grundsätzlich dafür, der nationalen Befreiungsbewegung einen schweren Schlag zu versetzen. Deshalb billigten sie im Grunde das Vorgehen der drei Aggressoren. Zugleich wollten sie in Nahost Positionen der „traditionellen" Kolonialmächte einnehmen. USA-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärte in einer Rundfunkbotschaft zum Konflikt um den Suezkanal, daß seine Regierung „die Anwendung von Gewalt nicht für klug und geeignet zur Lösung internationaler Konflikte" halte.[36] Die drei Aggressoren konnten so, als sie sich mit einem weltweiten Widerstand konfrontiert sahen, nicht mit der offenen Unterstützung der USA rechnen.

Die UNO-Vollversammlung mußte, da Großbritannien, Frankreich und Israel zunächst nicht reagierten, ihre Forderungen nach Feuereinstellung wiederholen. Ferner beschloß sie die Aufstellung einer UNO-Streitmacht, der United Nations Emergency Force (UNEF).

Die Briten und Franzosen beendeten am 6. November die

Kampfhandlungen. Bis zum 22. Dezember zogen sie ihre Truppen vom ägyptischen Territorium zurück. Die israelischen Machthaber zögerten zunächst, die eroberten Gebiete herauszugeben, doch mußten auch sie sich schließlich zum Rückzug entschließen. Die UNEF wurde daraufhin auf der Sinaihalbinsel und im Ghazastreifen stationiert.

In dem Krieg verloren ungefähr 4000 Ägypter ihr Leben. Auf der Seite der Aggressoren gab es etwa 200 Tote.

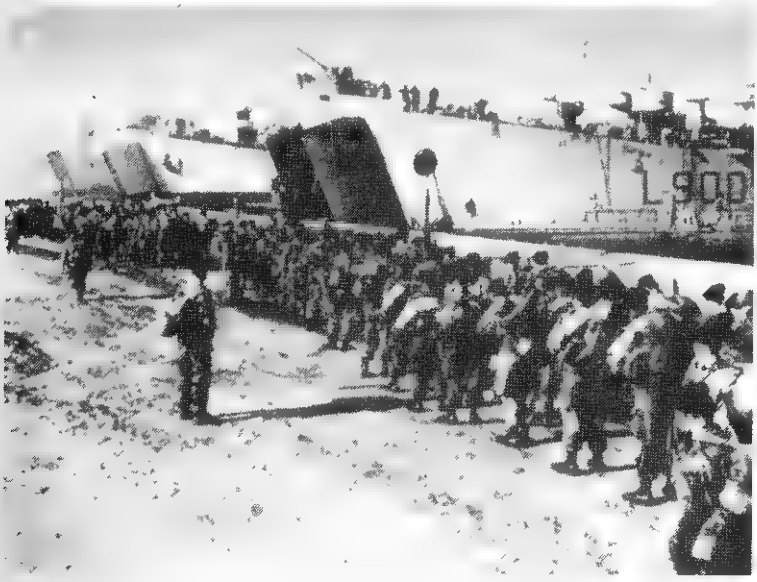
Über 50 im Verlauf der Kampfhandlungen versenkte Schiffe blockierten den Suezkanal. Nach Beseitigung der Schäden konnte am 29. März 1957 die Schiffahrt auf ihm wieder aufgenommen werden.

„Von nun an schien alles möglich…"

Die diplomatische und militärische Schlacht um den Suezkanal stellte einen Höhepunkt in den nach dem zweiten Weltkrieg geführten internationalen Klassenauseinandersetzungen dar. Sie zeigte, wohin die Weltentwicklung verläuft: von Ausbeutung und Unterdrückung im nationalen und internationalen Rahmen hin zu einem gleichberechtigten Neben- und Miteinander der Menschen und Völker. Weil Ägypten sich auf die bereits im weltrevolutionären Prozeß errungenen Positionen stützen konnte, vermochte es sich gegenüber zwei imperialistischen Mächten und Israel zu behaupten. Indem es nicht aufgab, hat es seinerseits die Sache der Revolutionäre und Demokraten in der Welt gefördert.

Die 1952 in Gang gekommene Revolution bestand ihre erste schwere Bewährungsprobe. Zwar erhielt die Konterrevolution Auftrieb, wie Nasser später feststellte. „Es gab auch Verräter in dieser Zeit. Aber die Zuverlässigkeit des Volkes besiegte sie. … Dieses Volk vertrat die Revolution."[37] Ägypten hatte, wie Fenner Brockway in seiner universalhistorischen Geschichte der antikolonialen Revolution schreibt, jetzt wirklich seine Unabhängigkeit errungen. Die britische Herrschaft war endgültig vernichtet.[38]

Was geschah, verband sich mit Nassers Namen. Die Aggressionsmächte hatten den Ägypter politisch vernichten wollen. Der britische Premierminister verbarg nicht den Haß, den er gegen ihn empfand. Er verglich ihn mit Adolf Hitler. Doch Eden mußte im Januar 1957 zurücktreten – ein offenes Eingeständnis seiner



Abzug französischer Truppenverbände aus Port Said

Niederlage. Nasser blieb. Er war der Sieger. Er verkörperte die Revolution. Seine Autorität in Ägypten, in der arabischen Welt wie international nahm sprunghaft zu. Viele Ägypter nannten ihn *ar-ra'īs* – das Oberhaupt, den Führer, den Chef (denjenigen, der an der Spitze steht). Zwar hatte Nasser, die Reaktion war in Nahost noch stark, nicht wenige politische Gegner, doch aufgrund seiner Popularität wagte kaum ein anderer arabischer Staatsmann, ihn offen anzugreifen.

Die Haltung Ägyptens ermutigte arabische Patrioten. Von den Palästinensern, die sich nach ihrer Niederlage 1948/49 erneut zum Widerstand formierten, berichtet Abu Ijad (Salah Chalaf), der zu den Gründern von Fatah, der größten Widerstandorganisation, gehörte: Sie seien zutiefst beeindruckt gewesen von der Kühnheit, mit der Nasser Großbritannien und Frankreich herausforderte. Der ägyptische Präsident habe seinem Volk einen unveräußerlichen Besitz zurückgegeben – zugleich aber auch allen Arabern, ja sogar allen Völkern der dritten Welt ihre Würde und ihr Selbstvertrauen. „Von nun an schien alles möglich, sogar die Befreiung Palästinas."[39]

Noch 1956 formierte sich in der irakischen Armee eine Geheimorganisation Freie Offiziere, die sich – programmatisch dafür schon die Wahl des Namens – die revolutionäre Entwicklung in

Port Said wieder in ägyptischer Hand

Ägypten zum Vorbild nahm. Ihre Mitglieder lehnten das monarchische Regime unter König Faisal II. und seine proimperialistische Politik ab, insbesondere die noch bestehende Bindung des Landes an Großbritannien und seine Mitgliedschaft im Bagdad-Pakt.

In Libyen schlossen sich gleichfalls patriotische Offiziere zu einem Bund der Freien Offiziere zusammen. Sie wollten der „Nasser-Bewegung" nacheifern, der „einzig revolutionären Bewegung der arabischen Welt"[40]. Ihre eigene Revolution, die sie 1969 mit dem Sturz des Königs Idris einleiteten, verstanden sie als „Fortsetzung der ägyptischen Revolution vom 23. Juli"[41] beziehungsweise als „Zweig der Nasser-Revolution"[42]. Mu'ammar al-Gaddafi, ihr Führer, Sohn armer Beduinen, erklärte im Januar 1972 in einem Interview: „Nasser hat die Wünsche der arabischen Nation verkörpert... Wir wollen die Ziele, die Nasser verkörperte, verwirklichen."[43]

Ägypten hatte kaum den Angriff auf den Suezkanal zurückgeschlagen, da sah es sich einer neuen Herausforderung gegenüber: der Eisenhower-Doktrin.

USA-Präsident Eisenhower übermittelte Anfang 1957 dem Kongreß seines Landes eine Botschaft – als Doktrin dann nach ihm benannt –, in der er behauptete, in Nahost sei ein Machtvakuum

entstanden und die dortigen Staaten würden vom „internationalen Kommunismus" bedroht. Von hier aus leitete er das Recht für die USA ab, sich in die inneren Angelegenheiten der nahöstlichen Staaten einzumischen. Dreierlei faßte er ins Auge: Förderung der ökonomischen Entwicklung, um „nationale Unabhängigkeit" zu gewährleisten; Unterstützung und Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet; unmittelbaren Einsatz von USA-Streitkräften, um die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit von Staaten zu schützen, die einer bewaffneten Aggression von seiten „irgendeiner durch den internationalen Kommunismus beherrschten Nation" ausgesetzt seien.[44]

Noch im Februar 1957 lehnte Ägypten die Eisenhower-Doktrin ab.

Seine Führer, permanent mit unverhüllter und verhüllter imperialistischer Aggressivität konfrontiert, wurden in ihrer antiimperialistischen Haltung entschiedener. Sie bekräftigten für ihr Land die Position der Nichtpaktgebundenheit. Als Kwame Nkrumah 1958 Kairo besuchte – sein Land, die ehemalige britische Kolonie Goldküste, war im Jahr zuvor als Ghana staatlich souverän geworden –, erklärte Nasser zu seiner Begrüßung: „Würden wir an einen der Blöcke gebunden sein, wären wir nichts weiter als ein bedeutungsloser Anhang, dessen Wort keinerlei Einfluß hätte. Eine selbständige Politik, gegründet auf Nichtpaktgebundenheit und positiven Neutralismus, wird demgegenüber aus unseren Ländern eine starke Kraft machen, die ihren eigenen Standpunkt vertreten kann. Einer solchen Position wird man überall in der Welt mit Respekt begegnen."[45]

Zum Antiimperialismus gehörte, daß sich die Beziehungen Ägyptens zu sozialistischen Staaten vertieften. Die Sowjetunion ermöglichte durch Finanzhilfe, die Entsendung von Fachkräften und die Lieferung technischer Ausrüstungen den Bau des Assuandammes. Nasser besuchte im April 1958 erstmals die Sowjetunion. Beide Seiten bekräftigten die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und verurteilten den Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen. DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl kam im Januar 1959 zu einem Freundschaftsbesuch nach Kairo. Im Ergebnis der Gespräche wurden Generalkonsulate in den Hauptstädten beider Länder errichtet.

Im Lande arbeitete das revolutionäre Regime, es war dies der innere Aspekt größerer Konsequenz im Antiimperialismus, auf eine als „Ägyptisierung" verstandene Schwächung des Auslandskapitals hin. Es setzte fort, was es mit der Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft begonnen hatte. Am 15. Januar 1957 gründete es die Staatliche Wirtschaftsorganisation. Gleichzeitig verfügte es, daß die ausländischen Banken, Versicherungsgesellschaften und Importagenturen vollständig in ägyptisches Eigen-

tum zu überführen seien. Für britische und französische Unternehmen sollte dies sofort erfolgen, während anderen eine Übergangszeit von 5 Jahren eingeräumt wurde.

Bis 1961 war die „Ägyptisierung" im wesentlichen abgeschlossen. Kein anderes Entwicklungsland hatte bis zu diesem Zeitpunkt so weitreichende Maßnahmen gegen das Auslandskapital ergriffen.

Anmerkungen

1 Akhir Sa'a, Kairo, 23. Juli 1958.
2 Sammlung von Reden und Erklärungen des Präsidenten Gamal Abdel Nasser, 4. Teil: Februar 1962–Juni 1964, Kairo o. J., S. 114 (arab.).
3 G. A. Nasser: Philosophie der Revolution, o. O., o. J., S. 12 (arab.).
4 A. El Sadat: Die ägyptische Revolution, Düsseldorf – Köln 1970, S. 120.
5 P. J. Vatikiotis: Nasser and his Generation, a. a. O., S. 108.
6 A. El-Sadat: Unterwegs zur Gerechtigkeit. Auf der Suche nach Identität: Die Geschichte meines Lebens, Wien – München – Zürich – Innsbruck 1978, S. 123.
7 M. Heikal: Das Kairo-Dossier, a. a. O., S. 38f.
8 B. St. Clair McBride: Farouk of Egypt. A Biography, London 1967, S. 191f.
9 M. Heikal: Das Kairo-Dossier, a. a. O., S. 39f.
10 Nach A. El Sadat: Die ägyptische Revolution, a. a. O., S. 150.
11 Nach H. Hafis: Die Revolution des 23. Juli, Kairo 1964, S. 23 (arab.).
12 Nach D. Hopwood: Egypt: Politics and Society 1945–1981, London – Boston – Sydney 1982, S. 38.
13 B. St. Clair McBride: Farouk of Egypt, a. a. O., S. 199.
14 G. A. Nasser: Philosophie der Revolution, a. a. O., S. 18ff. (arab.).
15 Sammlung von Reden und Erklärungen des Präsidenten Gamal Abdel Nasser, 1. Teil: 1952–1958, Kairo o. J., S. 509 (arab.).
16 Vgl. L. Rathmann: Ägypter im Exil (1914–1918) – Patrioten oder Kollaborateure des deutschen Imperialismus? In: Asien in Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge der Asienwissenschaftler der DDR zum XXIX. Internationalen Orientalistenkongreß 1973 in Paris, Berlin 1974, S. 1ff.
17 A. El-Sadat: Unterwegs zur Gerechtigkeit, a. a. O., S. 42ff.
18 Nach J. Lacouture: Nasser. A. Biography, London 1973, S. 366.
19 J. K. Galbraith: Leben in entscheidender Zeit. Memoiren, München 1982, S. 327.
20 M. Heikal: Das Kairo-Dossier, a. a. O., S. 45f.
21 al-Ahram, Kairo, 27. Oktober 1954 (arab.).
22 Die Ägypter und Brest-Litowsk. In: Vossische Zeitung, Berlin, 4. Januar 1918
23 The Suez Canal Problem. July 26–September 22, 1956. A Documentary Publication. The Department of State, Washington 1956, S 17.
24 Sammlung von Reden und Erklärungen des Präsidenten Gamal Abdel Nasser, 1. Teil: 1952–1958, a a. O., S 561f. (arab.).
25 National Herald, Delhi – Lucknow, 31. Juli 1956.
26 The Times, London, 1. August 1956.

27 The Memoirs of Sir Anthony Eden. Full Circle, London 1960, S. 437.
28 A. Nutting: Die Suezverschwörung 1956. Der ehemalige britische Staatsminister enthüllt das anglo-französische Komplott zum Sturz Nassers, Wien 1967, S. 122.
29 M. Dayan: Die Geschichte meines Lebens, Wien – München – Zürich 1976, S. 183f.
30 Ch. Herzog, Kriege um Israel: 1948 bis 1984, a. a. O., S. 139.
31 Dokumentation der Zeit, Berlin, Heft 131, Dezember 1956, S. 810
32 Prawda, Moskau, 5. November 1956.
33 Ebenda.
34 Die DDR und die arabischen Staaten, Dokumente 1956–1982, Ausgewählt und eingeleitet von W. und A. Bator, Berlin 1984, S. 60f.
35 National Herald, Delhi – Lucknow, 10. November 1956.
36 Oriente Moderno, Rom, Band 36, 1956, S. 664.
37 The Egyptian Gazette, Kairo, 3. Mai 1967.
38 F. Brockway: The Colonial Revolution, London 1973, S. 193.
39 Abu Ijad: Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser. Mit einem Vorwort und unter Mitarbeit von E. Rouleau, Düsseldorf – Wien 1979, S. 46.
40 M. Bianco: Kadhafi. Der Sohn der Wüste und seine Botschaft, Hamburg 1975, S. 76.
41 Ebenda, S. 184.
42 Der Marsch des Menschen in der Libyschen Arabischen Republik, o. O., o. J. (1975), S. 18.
43 Der Spiegel, Hamburg, 31. Januar 1972, S. 82.
44 Documents on the Middle East, Ed. by R. H. Magnus, Washington 1969, S. 86ff.
45 Nach B. Korany: Social Change, Charisma and International Behaviour: Toward a Theory of Foreign Policy-Making in the Third World, Leiden – Genf 1976, S. 103.

Chancen für den Sozialismus?

Die Freien Offiziere stellten aufgrund ihrer kleinbürgerlich-nationalistischen Überzeugung die Gesellschaft, die sie im eigenen Lande vorfanden, vorerst nicht in Frage. Die Ägypter bildeten in ihren Augen eine große Familie. Jeder hatte in dieser gewissermaßen einen angestammten Platz, der Grundeigentümer wie der Fellache, der Kapitalist wie der Arbeiter.

Fanden sich die Freien Offiziere folglich mit den krassen sozialen Kontrasten ab – mit der Kluft zwischen den Reichen, die im Luxus schwelgten, und den Armen, die ums Überleben kämpften?

Keineswegs. Hier wollten sie etwas ändern, doch ohne gleich die überkommenen Gesellschaftsstrukturen radikal umzukrempeln. Ein gewisser „Ausgleich" sollte stattfinden. Jedem sollte Gerechtigkeit zuteil werden, was bedeutete: ihm sollte zukommen, was ihm an seinem Platz in der als naturwüchsig aufgefaßten Gliederung der Gesellschaft zustand.

„Soziale Gerechtigkeit"

„Soziale Gerechtigkeit" wurde zur Formel für diese Programmatik.

„Wir sehen uns (im Staat) Fellachen, Arbeitern, Grundbesitzern und Kapitaleigentümern gegenüber", erklärte Gamal Abdel Nasser am 19. April 1954 vor Bauern und Arbeitern, als er nach Kafr ad-Dawar unterwegs war, um dort an Fellachen Bodenbesitzurkunden zu verteilen. „Wir wirken im Interesse aller und unterstützen keine Gruppe gegen eine andere... Wir werden zwischen al-

len Richter sein, indem wir sowohl dem Unternehmer als auch dem Fellachen und Grundbesitzer Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wir streben danach, eine feste Zusammenarbeit unter all diesen Gruppen herbeizuführen. Freiheit für alle! Gleichberechtigung für alle! Gerechtigkeit für alle!"[1] Nasser sprach sich auch für eine Politik der „ausgeglichenen Möglichkeiten" aus.[2] Durch sie sollte eine „gesunde Gesellschaft" errichtet werden, in der der Reiche Stütze des Armen ist.[3]

Muhammad Nagib hegte ähnliche Vorstellungen. Rückschauend schrieb er: „Vom ersten Augenblick der Revolution an waren meine Gedanken mit den Barfüßigen im Galabija-Gewand verbunden, die meinem Auto in der Hoffnung nachliefen, aus ihrer Tragödie und aus ihrem Leid erlöst zu werden. Wenige Tage nach der Revolution erklärte ich gegenüber dem Vertreter von ‚United Press', daß unser Ziel die Annäherung der Klassen sei, daß wir die große Kluft zwischen den Großgrundbesitzern und den Landlosen zuschütten wollen. ... Ich hatte keine klare Vorstellung von der Methode sozialen Veränderns. Mich bestach der Ausdruck ‚soziale Gerechtigkeit'."[4]

Nasser und seine Gefährten tasteten sich in der Folgezeit zu einer tragfähigen Gesellschaftsprogrammatik vor.

Im Jahre 1955 sprach Nasser erstmals von Sozialismus, um das Ziel der ägyptischen Revolution zu kennzeichnen. Ägypten, obwohl ökonomisch schwach, müsse sich gegenüber Versuchen imperialistischer Mächte behaupten, es durch Paktbeziehungen in den Kampf gegen den Weltsozialismus einzubeziehen, führte er aus. Dadurch durchlaufe es ein entscheidendes Stadium seiner Entwicklung. „Wenn jetzt keine richtige Orientierung erfolgt, dann können wir das Ziel der Revolution nicht verwirklichen und eine Gesellschaft errichten, in der ein hoher Lebensstandard herrschen und das Vaterland in Wirtschaft und Produktion stark sein wird."[5]

Im selben Jahr, nach seiner Rückkehr von der Bandung-Konferenz, kam Nasser erneut auf den Sozialismus zu sprechen. Die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft sei unumgänglich, erklärte er, damit das Vaterland „im Namen der Mehrheit und nicht der Minderheit regiert wird"[6].

Am 5. Dezember 1957 trat Nasser vor der Dritten Genossenschaftskonferenz in Kairo auf. Die 1952 in Ägypten begonnene Revolution enthalte zwei Revolutionen, führte er aus: eine politische und eine soziale. Jetzt näherten sich die Ägypter einem neuen, einem „Übergangsstadium". In ihm gehe es darum, eine „sozialistische, demokratische und kooperative Gesellschaft" zu errichten, „die frei ist von politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ausbeutung". Der erstrebte Sozialismus sei „die Entwicklungsform, die vor allem andern das Heil des Volkes im Auge"

habe. Mit ihm wolle man das private Kapital nicht verlieren, solange es zum Wohl der Allgemeinheit arbeite. „Wir werden uns nicht einmischen, nur um den Kapitalismus zu liquidieren, aber wir fühlen, daß es unsere Pflicht ist, ihn zu überwachen. Denn wir glauben, daß das Kapital für die Steigerung unserer Produktion und unserer Volkswirtschaft wichtig ist, aber andererseits sollten wir uns vor der Herrschaft des Kapitals über die Regierung schützen und dafür sorgen, daß es zum Segen der Mehrheit des Volkes verwendet wird."[7]

Nasser wollte nicht, wie er wiederholt betonte, vorgegebenen Theorien folgen. Er experimentierte, um für Ägypten ein Gesellschaftsmodell zu finden, das seiner Tradition entsprach. Das ließ ihn mitunter bereits gesammelte Erfahrungen geringschätzen und anderswo gemachte Fehler wiederholen. Doch experimentierend, Fehler eingestehend und korrigierend, nach Neuem Ausschau haltend, folgte er letztlich der dem Kampf um nationale und soziale Befreiung innewohnenden Logik. Er orientierte auf den Sozialismus, um im antiimperialistischen Kampf größere Konsequenz zu gewinnen. Soziale Gerechtigkeit sollte die eigene Gesellschaft gegenüber dem Imperialismus stärken und ihren Mitgliedern die Möglichkeit geben, die Früchte der nationalen Befreiung zu ernten.

Geborgenheit: Verlust und Illusion

Hatte der Sozialismus in einem Entwicklungsland wie Ägypten überhaupt eine Chance?

Karl Marx und Friedrich Engels hatten den wissenschaftlichen Sozialismus in Europa begründet. Im Kapitalismus, der sich dort zuerst herausgebildet hatte, waren die gesellschaftlichen Strukturen durchschaubarer geworden als in den vorangegangenen Gesellschaftsformationen. Und mit ihm entstand und wuchs das Proletariat, berufen und befähigt, die kapitalistische Gesellschaft durch die sozialistische Revolution zu überwinden. In Ägypten dominierte der Kapitalismus, wenngleich relativ weit entwickelt, demgegenüber noch nicht. Die meisten Menschen lebten noch unter vorkapitalistischen Verhältnissen. Die Arbeiterklasse war schwach, zahlenmäßig, vor allem aber auch politisch.

Das schlug sich im Verhalten und Bewußtsein der Ägypter nieder.

Dorfgemeinschaft und Familie mit den ihnen eigenen Solidar-

verbindungen und -verpflichtungen überlagerten beziehungsweise modifizierten weithin den für den Kapitalismus eigenen Klassenantagonismus. Kapitalisten agierten als „Väter" ihrer Arbeiter und deren Familien. Einer namens Mustafa berichtete auf Befragen einer Wissenschaftlerin, daß er seine Beschäftigten – er hatte 35 – aus dem Dorf hole, in dem sein Vater Land besitze. Viele hätten schon zuvor für seine Familie gearbeitet, deshalb kenne er sie gut. „Ich habe gern persönlichen Kontakt zu meinen Arbeitern; ich ermutige sie und helfe ihnen, wenn sie Schwierigkeiten haben. Es ist nicht ungewöhnlich für sie, mich um Mitternacht aufzusuchen mit Problemen wie Krankheit, Heirat und so weiter, und ich löse ihre Probleme. Einigen gab ich 200 Pfund, damit sie ihre Töchter verheiraten konnten, ohne das Geld zurückzufordern. Ich zahle einem Arbeiter je Tag lieber 3 als 5 Pfund, damit ich in der Lage bin, ihm Hilfe anzubieten, wenn er welche braucht. Einige bekamen von anderen Firmen bessere Angebote, doch niemand von ihnen verließ mich, da sie mir gegenüber eine solche Treue empfinden. Wir sind eher eine Familie als eine Arbeitsstätte. Wenn ich zusätzliche Aufträge habe, kommen sie zuweilen zu mir, um aus freien Stücken Überstunden zu leisten, damit wir unsere Termine einhalten."[8]

Körperliche Arbeit war weithin noch mißachtet. Derjenige, der sie zu leisten hatte, stand in der sozialen Hierarchie ziemlich unten. Das machte es beispielsweise schwer, einen Facharbeiternachwuchs heranzubilden. Viele junge Leute drängten nach „Jobs" im Büro. Und hier wiederum wirkte der Staatsdienst wie ein Magnet. Das zeigte sich auch im Bereich der Heiratsvermittlung. Familien der Zwischenschichten – sie arrangierten vielfach noch die Heiraten ihrer Kinder – bevorzugten für ihre Söhne oder Töchter Partner, die im Staatsdienst standen, ein festes – wenngleich schmales – Einkommen und Aussicht auf Pension hatten.

Traditionelles reichte bis in die Intimsphäre. Von einem „netten Mädchen", das eine Familie als Ehefrau für ihren Sohn ins Auge faßte, erwartete man, daß sie vor der Ehe keine sexuellen Beziehungen unterhielt. Nach islamischem Brauchtum wurde sie – ebenso wie die Jungen – bereits als Kind beschnitten, damit sie später den sexuellen Verkehr nicht als angenehm empfindet – den Mann „nicht begehrt", wie es hieß. In den ärmeren und weniger gebildeten Schichten vor allem hielt man an der Beschneidung noch fest. „In den kalten Ländern des Nordens, wo das Blut langsamer fließt, besteht kein Bedürfnis für eine solche Operation", meinte ein Mann aus dieser sozialen Umgebung. „Aber hier in den warmen Ländern sind wir mehr emotional und weniger beherrscht. Es ist gar nicht vorstellbar, was unsere Frauen ohne diese Operation tun würden. Sicher wäre ein Mann allein nicht genug, um sie zu befriedigen."[9]

Allerdings zeichnete sich bereits ein Wandel überkommener Verhaltens- und Denkweisen ab. Immer wieder ausbrechende Streiks zeugten davon, daß sich Arbeiter ihrer Klasseninteressen bewußt wurden. Die sich formierende Arbeiterklasse gewann Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein. Das zeigte sich deutlich am Assuan-Hochdamm, bei dessen Bau zudem Tausende Fellachen in die neue Klasse hineinwuchsen.

Auch in der Intimsphäre gab es Veränderungen. Eine Frau aus einem oberägyptischen Dorf berichtete, daß sie in den fünfziger Jahren ihre Tochter hatte beschneiden lassen, gegen ihren eigenen Willen, auf Drängen von Verwandten und Freunden. Eine einfache Dorffrau, die sauber erschien, habe für 5 Pfund die Klitoris ohne Anästhesie entfernt. Das Kind habe geschrien und geblutet. Danach sei es krank und blaß geworden und habe lange gebraucht, bis es sich erholte. 7 Jahre später hätte die zweite Tochter beschnitten werden müssen. Doch inzwischen habe sich im Dorf ein Meinungsumschwung vollzogen. Was früher erreicht werden sollte, empfand man jetzt als störend: Männer, argumentierten viele Dorfbewohner, würden Frauen, die als Kind einem solchen Eingriff unterzogen worden waren, nicht gern heiraten, da ihr Sexualverlangen zuwenig ausgeprägt sei. Ende der siebziger Jahre gab es in Ägypten 10 Millionen beschnittene Frauen – die Hälfte der weiblichen Bevölkerung.[10]

Indem das Traditionelle sich in seiner Komplexität reproduzierte, bewies es ein starkes Beharrungsvermögen. Doch es war keine unüberwindbare Barriere für neue Entwicklungen.

Und Marx, Engels und W. I. Lenin hatten festgestellt: Nachdem der Sozialismus weltgeschichtliche Realität ist, kann auch ein Land zu ihm gelangen, ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium zu durchlaufen. Die bereits existierenden sozialistischen Staaten geben einem solchen Land dann ein Beispiel. Und sie können ihm Beistand leisten.[11]

Sozialistische Orientierung: das andere wagen

Die ägyptischen Führungskräfte nutzten die Chance, die sich ihnen hier objektiv bot.

Nasser glaubte zunächst, die Probleme des Landes im Geiste einer Klassenharmonie lösen zu können. Noch im Jahre 1960 er-

klärte er: „Wir entwickeln uns heute in friedlicher Weise, ohne jeden Klassenhaß, im Rahmen einer Art Koexistenz zwischen allen Angehörigen der Nation. Dies haben wir vielleicht zum erstenmal in der modernen Geschichte mit Erfolg verwirklicht. Es gibt Klassen, doch sie arbeiten zusammen, um ein soziales Gleichgewicht zu schaffen, die sozialen Barrieren zu beseitigen und jeden Bürger in den Stand zu setzen, das Leben zu führen, das er sich und seinen Nachkommen wünscht."[12]

Nasser zeigte sich hier sozialreformistischem Gedankengut verpflichtet, das – vornehmlich aus Großbritannien importiert – in Ägypten eine lange und starke Tradition hatte. Es ging mit bürgerlichem und kleinbürgerlichem Nationalismus einher. Und mit der Erfahrungswelt des antikolonialen Kampfes war das Ideal der Klassenharmonie bis zu einem gewissen Grade vereinbar: Hier stand der Hauptfeind außerhalb der eigenen Nation, so daß die Beseitigung innerer Konflikte als erstrebenswert erscheinen mochte, um die eigene Position zu festigen.

Im staatlich souverän gewordenen Ägypten sah es indessen ganz und gar nicht nach Ausgleich und Harmonie aus.

Die Bourgeoisie hatte einen Teil der Unternehmen übernommen, die in Reaktion auf die Dreieraggression 1956 „ägyptisiert" worden waren. Tausende, die darauf gewartet hatten, reich zu werden, fanden nach den Worten des ägyptischen Wissenschaftlers Anwar Abdel-Malek „unter dem Zeichen des Nationalismus und der Revolution endlich die Möglichkeit dazu"[13]. Der einheimische Kapitalismus, in Ägypten ohnehin relativ weit entwickelt, erfuhr eine beträchtliche Stärkung. Damit ging auf sozialem Gebiet eine Polarisierung einher: 1958 entfielen auf 1,56 Prozent der Bevölkerung ungefähr 35 Prozent des Nationaleinkommens. Die etwa 420 Millionäre, die es gab, besaßen rund 1 Milliarde £E an Vermögen.[14]

Es ging dabei nicht nur um die innere Gestaltung der ägyptischen Gesellschaft. Nasser und seine Gefährten hatten die ägyptische Bourgeoisie wiederholt ermahnt, in Unternehmen zu investieren, die die nationale Wirtschaftskraft des Landes stärkten. Doch vergebens. Die meisten ägyptischen Kapitalisten liebten weiterhin den risikoarmen Profit. Sie kauften Land, bauten Häuser. Investitionsintensive Bereiche wie die Schwerindustrie, die für die ökonomische Unabhängigkeit des Landes entscheidende Bedeutung gewannen, mieden sie. Damit legten sie nicht nur ein parasitäres Verhalten an den Tag. Sie begünstigten imperialistische Einflußnahme auf innerägyptische Verhältnisse.

Ägypten befand sich am Scheideweg. Konnte eine Förderung von Kapitalismus – das war die Frage, die die gesellschaftliche Praxis selbst aufwarf – auf Dauer einhergehen mit dem Bemühen um größere Konsequenz im Antiimperialismus?

Die ägyptischen Führungskräfte entschieden sich. Sie gingen – die wichtigsten Gesetze hierzu erließen sie im Juli 1961 – gegen das Großkapital wie den noch existenten Großgrundbesitz vor. So wurden alle Banken und Versicherungsgesellschaften sowie weitere Unternehmungen verstaatlicht. An über 80 Gesellschaften beteiligte sich die Regierung mit mindestens 50 Prozent des Kapitals. Ein neues Bodenreformgesetz sah vor, daß eine Person künftig nur noch höchstens 100 Feddan – das sind 42 Hektar – Boden einschließlich Brach- und Weideland besitzen durfte.

Entgegen ihrem bisherigen Bekenntnis zur Klassenharmonie praktizierten Nasser und seine Gefährten Klassenkampf. Sie begannen, den neuen Sachverhalt auch theoretisch zu verarbeiten, sich hierbei dem Marxismus-Leninismus nähernd. In einer Rede am 22. Juli 1961, dem Jahrestag der Revolution, sprach Nasser davon, daß die Revolution danach strebe, „die sich aus dem Klassenkampf ergebenden Probleme zugunsten der Klasse zu lösen, die bisher ökonomisch benachteiligt war, aber alle Werte schafft". „Wir hatten keine andere Wahl, als der Klasse, die in der Vergangenheit ihre Machtpositionen errungen hatte, die Waffen mit unseren Methoden aus der Hand zu nehmen."[15]

In der Praxis wie in der Theorie zeichnete sich eine Orientierung auf den Sozialismus ab.

Im Mai 1962 legte Nasser den Entwurf einer „Charta der nationalen Aktion" vor. Darin wurde die sozialistische Orientierung weiter theoretisch fundiert. Ägypten sollte sich auf der Grundlage der Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus entwikkeln. Als Ziele der Revolution nannte der Entwurf Freiheit, Sozialismus und Einheit. Arbeiter und Bauern sollten die ihnen gebührende Rolle im gesellschaftlichen Leben spielen und deshalb in den zu wählenden Gremien mindestens 50 Prozent der Mitglieder stellen.

Die Prinzipien der Charta waren heftig umstritten. Bürgerliche Kräfte verlangten, um ihren Widerstand gegen die sozialistische Orientierung institutionell zur Geltung zu bringen, die Zulassung einer Oppositionspartei. Einen fünfzigprozentigen Anteil von Arbeitern und Bauern in allen gewählten Gremien lehnten sie entschieden ab.

Ein Kongreß der Volkskräfte, der am 21. Mai 1962 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, verabschiedete die Charta nach eingehender Diskussion. Damit verbunden war die Gründung der Arabischen Sozialistischen Union (ASU). Ihr sollten alle Bürger

beitreten können, mit Ausnahme feudaler und kapitalistischer Elemente.

Die ägyptischen Führungskräfte verstanden unter dem wissenschaftlichen Sozialismus, zu dem sie sich bekannten, nicht den Marxismus-Leninismus. Doch mit ihrem Bekenntnis grenzten sie sich gegenüber Konzeptionen eines „nationalen (arabischen usw.) Sozialismus" ab, die die Allgemeingültigkeit der zum Sozialismus führenden gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten ignorierten beziehungsweise negierten. Sie betrachteten den Sozialismus als die einzig mögliche Alternative zum Kapitalismus, der in ihren Augen untrennbar mit dem Kolonialismus und dem Imperialismus verbunden war.

Konkret ging es ihnen hauptsächlich um dreierlei.

Erstens: Ein starker staatlicher Sektor, geschaffen durch die Verstaatlichung von Privatunternehmen wie durch Neuinvestitionen, sollte die Macht des Großkapitals einschränken und der antiimperialistischen Staatspolitik eine stabile wirtschaftliche Basis verleihen.

Zweitens: Den Sozialismus verstanden sie als eine „moderne Gesellschaft", geeignet, die überkommene Rückständigkeit zu überwinden.

Drittens: Die bisher sozial Benachteiligten sollten im Sinne sozialer Gerechtigkeit – in Übereinstimmung mit den humanistischen Traditionen des Islam – einen größeren Anteil am Nationaleinkommen haben.

Die Kommunistische Partei unterstützte die neue Orientierung der ägyptischen Führungskräfte. Um ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, in der ASU mitzuarbeiten, beschloß sie 1964, sich als selbständige Organisation aufzulösen.

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre realisierte Ägypten seinen ersten Fünfjahrplan. Die Bilanz: Es ging vorwärts, zwar nur langsam – doch konnte das verwundern? Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit war angesichts wachsender Bevölkerung zu erhöhen. Zu Beginn des Fünfjahrplanzeitraums lebten in Ägypten über 25,5 Millionen Menschen, an seinem Ende über 29,5 Millionen. Das Nationaleinkommen stieg in diesen Jahren jährlich um 6 Prozent, insgesamt von 1,3 Milliarden auf 1,75 Milliarden £E. Für den einzelnen Ägypter bedeutete das ein jährliches Wachstum um knapp 10 £E, von etwas über 50 auf annähernd 60 £E. (1 ägyptisches Pfund entsprach zu diesem Zeitpunkt etwa 8 Mark.)

Besonders rasch entwickelte sich die industrielle Produktion, jährlich um etwa 12 Prozent. Beschränkte sie sich vor der Revolution wesentlich auf Konsumgüter, so erzeugte sie jetzt auch Eisen, Stahl und Elektrizität.

Die Führung hegte weitergehende Erwartungen. Das Nationaleinkommen sollte sich in 10 Jahren verdoppeln

Die Sowjetunion stand Ägypten zur Seite. Sie half, dies war von besonderer Tragweite, beim Bau des Assuan-Hochdamms, dessen erste Stufe 1964 fertiggestellt wurde. Hatte Nasser sich an sozialistische Länder zunächst in kritischen Situationen um Hilfe gewandt – so zwecks Waffenlieferungen und Hilfe beim Bau des Assuan-Hochdamms –, so erhielten die Beziehungen Ägyptens zu ihnen zunehmend eine strategische Grundlage. Sie gründeten sich auf gemeinsame Interessen im antiimperialistischen Kampf wie bei der Neugestaltung der Gesellschaft.

Ineffektive Bürokratie

Ließ sich der in Ägypten eingeschlagene Kurs stabilisieren? Konnten diejenigen, die hinter ihm standen, ihn gegen seine Gegner verteidigen?

Die Machtfrage war vorerst geklärt. Nasser hatte die staatliche Macht weitgehend in seinen Händen konzentriert. Er stützte sich auf die Armee. Ihm ergebene Kampfgefährten hatten Schlüsselstellungen in den Sicherheitsorganen, im Staatsapparat, in der Wirtschaft und in den öffentlichen Medien inne. Wenn er sich an die Bevölkerung wandte – und dies tat er immer wieder in entscheidenden Situationen –, konnte er mit Zustimmung rechnen.

Nasser war so zum überragenden Führer geworden, zur Verkörperung der Revolution.

Doch überforderte ihn das nicht?

Die staatliche Administration war aufgebläht und ineffektiv. Die Nasser-Regierung erließ ein Gesetz, wonach ein Universitätsabsolvent, der jährlich bis zu einem bestimmten Termin anderswo keine Anstellung fand, in den Staatsdienst aufgenommen wurde. Dadurch wuchs die Bürokratie weiter. In ihrer Allgegenwart wirkte sie lähmend auf die Werktätigen: Sie erstickte Initiativen und nährte zugleich die Hoffnung, jede Bewegung müsse „von oben" kommen. Die im Staatsapparat und im staatlichen Wirtschaftssektor Beschäftigten profitierten mehr als andere von sozialen Maßnahmen. So brachte ein Bauprogramm ihnen eine spürbare Verbesserung ihrer Wohnbedingungen.

Die Arabische Sozialistische Union sollte die Werktätigen in den revolutionären Prozeß einbeziehen. 1968 zählte sie 5 Millionen Mitglieder. Doch davon betätigten sich nur etwa 10 Prozent aktiv. Arbeiter und Bauern – es war definitorisch schon unklar, wer eigentlich dazu zu rechnen sei – hatten wenig in ihr zu sagen. In den Leitungsorganen gaben vielfach Vertreter der ehemals privilegierten Klassen den Ton an. Bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie beherrschten die Gesamtorganisation. Das 1965 ins Leben gerufene Institut für sozialistische Studien, das durch Verbreitung wissenschaftlicher Vorstellungen helfen sollte – in ihm wirkten Marxisten mit –, eine politische Vorhut innerhalb der ASU heranzubilden, änderte daran wenig.

Die Gegner des Regimes waren demgegenüber noch stark, und sie zogen Nutzen aus Schwierigkeiten und Halbheiten im revolutionären Prozeß. Nach dem Fünfjahrplan zeigten sich in der Wirtschaft Krisenerscheinungen. Das Nationaleinkommen, zuvor jährlich um 6 Prozent gestiegen, fiel 1965/66 um 5 Prozent. Die Werktätigen mußten Preissteigerungen und Einkommensminderungen hinnehmen. Großkapital und Grundbesitz hatten sich, wenngleich in ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht beschnitten, nicht nur behaupten können; in einigen Industriezwei-

Gamal Abdel Nasser, 1964

gen vergrößerte das Privatkapital seinen Anteil an der Produktion. Kapitalistische Elemente machten sich im staatlichen Wirtschaftssektor breit und verdienten in und an ihm.

Nasser entging diese Entwicklung nicht. Er sprach von einer „neuen Klasse", die sich bilde. Doch blieb er letztlich untätig in dieser Frage.

Experiment mit arabischer Einigung

Die Erfolge, die Nasser auf nationaler Ebene errang, brachten panarabische Verpflichtungen mit sich. Viele Araber sahen in ihm den Vorkämpfer der arabischen Einheit, Nasser, der sich als Ägypter wie als Araber fühlte, sah die ägyptische Revolution in einen gesamtarabischen Wirkungskreis hineingestellt. Er konnte nicht umhin, sich allgemeinarabischen Angelegenheiten zu widmen.

Im Januar 1958 trug die syrische Baath-Partei, die den Panarabismus zum obersten Grundsatz erkoren hatte – ihr Slogan: „Eine arabische Nation mit einer ewigen Sendung" –, Nasser an, ihr Land mit Ägypten zu vereinigen. Nasser stimmte zu. Er sah eine Chance, die arabische Position im antiimperialistischen Kampf zu stärken. „Das Arabische, nicht der Pharaonismus ist unsere politische Ideologie"[16], bekannte er. Die Vereinigung fand unverzüglich statt, noch im Februar 1958. Die Vereinigte Arabische Republik (VAR) entstand. Nasser wurde mit 99,9 Prozent der von den Bürgern des neuen Staates abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt.

War damit ein erster entscheidender Schritt zur Einigung aller Araber getan, zudem im Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts?

Viele arabische Patrioten hofften das. Reaktionäre schlossen das nicht aus, was sie um ihre Positionen bangen ließ. König Saud von Saudi-Arabien gab Abd al-Hamid Sarradsch, dem Chef des syrischen Geheimdienstes, 2 Millionen Pfund, damit dieser Nasser ermorden ließ. Doch der Syrer händigte den Scheck Nasser aus. Ein Skandal entstand, der Saud zwang, die Regierungsgewalt an seinen Bruder Faisal abzutreten.

Die VAR wurde indessen nicht zum Eckstein der arabischen Einheit. Sie war zu überstürzt zustande gekommen. Dadurch trug sie den Gegebenheiten in Syrien nicht hinreichend Rechnung. Die ägyptische Bourgeoisie, weiter entwickelt und stärker als die

syrische, ging daran, die syrische Region der Vereinigten Arabischen Republik zu ihrem Ausbeutungsobjekt zu machen. Jeder ägyptische Offizier, so später eine kritische syrische Stimme, sei in Syrien aufgetreten, als sei er Nasser persönlich.[17] Politische Parteien waren in der VAR verboten, darunter auch die Baath-Partei, die die Initiative zur Einigung ergriffen hatte. Die Kommunisten mußten in die Illegalität gehen. Das alles weckte bei Syrern Vorbehalte und Widerstand gegen den Einheitsstaat. Hinzu kam, daß die syrische Bourgeoisie durch die im Juli 1961 erlassenen antikapitalistischen Gesetze, die auch sie betrafen, verschreckt wurde.

Am 28. September 1961 löste sich Syrien im Ergebnis eines Militärputsches aus dem Unionsverband der Vereinigten Arabischen Republik. Nasser zeigte sich darüber enttäuscht. Doch er nahm es widerstandslos hin.

Das Scheitern der VAR schärfte seinen Blick für soziale Realitäten. „Wir sind Opfer einer gefährlichen Illusion geworden ...", erklärte er in einer Rundfunkansprache am 16. Oktober 1961. „Stets haben wir uns geweigert, einen Burgfrieden mit dem Imperialismus zu schließen, doch haben wir den Fehler begangen, einen Burgfrieden mit der inneren Reaktion zu machen. Wir vertraten folgende Auffassung: Mögen die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den reaktionären Elementen noch so groß sein, so sind wir doch Söhne eines Vaterlandes und teilen ein gemeinsames Schicksal. Die praktische Erfahrung aber hat uns die Fehlerhaftigkeit dieser Vorstellungen gelehrt. Zur selben Zeit, da wir glaubten, die Klassenwidersprüche auf friedliche Weise beseitigen zu können, schritt die Reaktion in die entgegengesetzte Richtung."[18]

1963, nachdem in Syrien die Baath-Partei die Macht ergriffen hatte, stand erneut das Projekt einer arabischen Einigung zur Diskussion, dieses Mal zwischen Ägypten, Syrien und Irak. Im März und April verhandelten darüber führende Vertreter der syrischen und der irakischen Baath-Partei mit Nasser. Protokolle der Gespräche wurden veröffentlicht. Es ging in ihnen nicht nur um das Vereinigungsprojekt, sondern auch um das Verständnis zentraler politischer Kategorien. Nasser agierte vorsichtig und souverän. Der Baath-Partei warf er vor, nur Losungen, aber keine klaren Vorstellungen von Freiheit und Sozialismus zu haben. Dem Vereinigungsprojekt stand er aufgrund seiner Erfahrungen skeptisch gegenüber.[19]

Die Skepsis Nassers war durchaus berechtigt: Am 17. April unterzeichneten Vertreter der drei Staaten ein Abkommen, doch schon nach wenigen Monaten, nachdem in Syrien ein Vorstoß pronasseristischer Kräfte fehlschlug, erwies es sich als gegenstandslos.

Um das Profil der syrischen Baath-Partei rangen Reformisten und revolutionäre Demokraten miteinander. Eine Entscheidung fiel am 23. Februar 1966: Revolutionär-demokratische Kräfte setzten sich durch und stabilisierten die sich bereits abzeichnende Orientierung auf den Sozialismus.

Auf andere Art erfüllte Ägypten panarabische Verpflichtungen in Nordjemen. Dort stürzten im September 1962 Armee-Einheiten unter General Abdallah as-Sallal das theokratische – sich auf das islamische Gesetz stützende – Imam-Regime, das das Land in Rückständigkeit hielt, und proklamierten die Republik. Der gestürzte Imam Muhammad al-Badr, der als Herrscher erst kurz zuvor seinen Vater Ahmad abgelöst hatte, erhielt indessen von Saudi-Arabien und Jordanien Unterstützung. Das brachte das neue Regime in Bedrängnis. Sallal erbat Hilfe von Nasser. Der ägyptische Präsident zögerte. Er wußte um die Schwierigkeiten, die ihn erwarten würden. Doch ging es nicht um das Schicksal einer Revolution? Er entsandte einige Berater und ein Bataillon Truppen nach Nordjemen. Die Schwäche der Republikaner und die massiven Vorstöße der Royalisten zwangen ihn indessen, sein Engagement zu erweitern. 1965 befanden sich 60 000 bis 70 000 ägyptische Soldaten in Nordjemen; sie verfügten über Panzer, Artillerie und Luftunterstützung.

Ägypten trug schwer an dieser Last. Seine Soldaten waren nicht gewohnt, in den Bergen und bei großer Kälte zu kämpfen. Tausende starben. Aus dem Staatshaushalt flossen täglich eine halbe Million Dollar in den Jemen-Krieg.

1961 hatte sich, die Impulse der Bandung-Konferenz aufgreifend und fortführend, in Belgrad die Bewegung der Nichtpaktgebundenen im eigentlichen Sinne formiert. Ihre zweite Gipfelkonferenz, an der 47 Mitgliedsstaaten teilnahmen, fand vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo statt. Sie verlangte, den Kolonialismus bedingungslos, vollständig und endgültig zu beseitigen.[20] Die Teilnehmer dankten in einer Sonderresolution „dem tapferen Volk, der Regierung und dem hervorragenden Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Seiner Exzellenz Gamal Abdel Nasser, für die ausgezeichnete Art und Weise, in der sie diese Konferenz moralisch und materiell organisiert haben"[21].

Israels konterrevolutionärer Krieg (1967)

Imperialistische Kreise zeigten sich durch die auf den Sozialismus orientierten Entwicklungen in Ägypten und Syrien alarmiert. Sie fürchteten, beide Länder als Ausbeutungsobjekte zu verlieren. Mehr noch: Konnte die sozialistische Orientierung, für die sich zudem ein Mann von der Autorität Nassers engagierte, nicht in anderen Ländern Beifall finden und nachvollzogen werden?

Israel machte sich die Interessen und Sorgen imperialistischer Kreise zu eigen. Zugleich hoffte es zu erreichen, was ihm 1956 mißlungen war: eine Erweiterung seines Territoriums.

Die Israelis nahmen gegenüber Syrien eine drohende Haltung ein. Sie provozierten militärische Zwischenfälle an der israelisch-syrischen Grenze. Dort konzentrierten sie 1967 auch Truppen. Generalstabschef Yitzhak Rabin behauptete am 12. Mai 1967, keine Regierung in Nahost könne sich sicher fühlen, ehe nicht die syrische Regierung gestürzt sei.[22] Ministerpräsident Levi Eschkol sprach davon, daß ein israelisch-syrischer Krieg unvermeidlich werden könne.

Ägypten konnte hier nicht gleichgültig bleiben. Am 4. November 1966 hatte es sich vertraglich verpflichtet, Syrien im Falle einer israelischen Aggression Beistand zu leisten. Die ägyptische Regierung ließ jetzt Truppen an die Grenze zu Israel verlegen. Von UNO-Generalsekretär U Thant verlangte sie, die seit 1956 auf der Sinaihalbinsel und im Ghazastreifen stationierten Einheiten der UNEF (United Nations Emergency Force) zurückzuziehen. Am 19. Mai begann der Abzug der 3400 Mann starken Truppe. 3 Tage später sperrte Ägypten den Golf von Akaba für israelische Schiffe sowie für andere Schiffe, die strategische Materialien nach Israel transportierten.

Die Situation in Nahost spitzte sich außerordentlich zu. Ein neuer Krieg drohte.

Nasser warnte Israel. Er vertraute darauf, daß die Araber für einen möglichen Waffengang gewappnet seien. „Sollte Israel uns oder einen beliebigen anderen arabischen Staat angreifen, so sind alle für diese Konfrontation gerüstet", erklärte er am 28. Mai auf einer Pressekonferenz.[23] Am folgenden Tag führte Nasser vor der Nationalversammlung aus, die Araber seien nicht nur mit

Auf einer Pressekonferenz versucht Moshe Dayan, die israelische Aggression zu rechtfertigen.

Israel konfrontiert, sondern auch mit jenen Kräften, die hinter diesem Staat stünden und ihn unterstützten, „dem Westen". „Der Westen hat unsere ideellen Werte, Gefühle und Rechte mißachtet... Nunmehr sind wir bereit zur Konfrontation." Auch gehe es nicht nur um den Golf von Akaba und die UNO-Sicherheitstruppe; „wir wollen die vollständige Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes"[24].

Nasser wählte hier scharfe Worte. Zionisten nahmen sie als Beleg für ihre demagogische Behauptung, Ägypten wolle Israel angreifen und liquidieren. Manche mißverstanden den ägyptischen Präsidenten. Doch Nasser sprach zu den Machthabern eines Staates, der schon einmal sein Land überfallen hatte und erneut auf eine Aggression zusteuerte. Eine andere Frage war: Worauf gründete sich die Zuversicht, mit der Nasser einem möglichen israelischen Angriff entgegensah? Waren die Araber tatsächlich hinreichend gewappnet?

In Israel beschwor die Kriegshysterie eine Regierungskrise herauf. Kritiker warfen Ministerpräsident Eschkol, der zugleich das Verteidigungsministerium leitete, vor, zu schwach und unentschlossen zu sein. Sie verlangten, ein „starker Mann" solle ihn ersetzen oder an seine Seite treten. Daraufhin wurde am 1. Juni eine „Regierung der nationalen Einheit" gebildet, in die Moshe Dayan als Verteidigungsminister und Menachem Begin als Minister ohne Geschäftsbereich eintraten.

In den folgenden Tagen legte Dayan der Regierung seine Aggressionspläne vor. Diese stimmte ihnen zu. Der Hauptschlag sollte danach gegen Ägypten geführt werden. Es blieb dem Ministerpräsidenten und dem Verteidigungsminister überlassen, den Zeitpunkt des Angriffs festzulegen.

Konnte Israel mit einem militärischen Erfolg rechnen? Ägypten, Jordanien und Syrien, die möglichen Aggressionsopfer, verfügten zusammen über 335 000 Soldaten, 2100 Panzer und Sturmgeschütze sowie 558 Kampfflugzeuge. Israel hatte 275 000 Soldaten, 1050 Panzer und Sturmgeschütze sowie 290 Kampfflugzeuge. Die arabische Seite war damit zahlenmäßig überlegen. Doch in der Kampfkraft, vornehmlich in der Ausbildung, Organisation und Planung seiner Streitkräfte, hatte Israel beträchtliche Vorteile.

Die Israelis begannen den Krieg am 5. Juni 1967 um 9 Uhr Ortszeit (7 Uhr MEZ). Sie verfolgten konterrevolutionäre und räuberische Ziele: Sie wollten die progressiven Regime in Kairo und Damaskus stürzen und den Arabern Land nehmen.

Gleich zu Kriegsbeginn griff die israelische Luftwaffe, die unter dem Kommando von Mordechai Hod stand, 19 ägyptische Luftstützpunkte auf der Sinaihalbinsel, im Nildelta, im Niltal und im Raum von Kairo an. In 3 Stunden gelang es ihr, drei Viertel der ägyptischen Luftwaffe (300 Flugzeuge) am Boden zu vernichten und ägyptische Radarstationen außer Betrieb zu setzen.

Die ägyptischen Medien verschwiegen zunächst die Katastrophe. Sie meldeten eigene Erfolge, die es nicht gab. Das desorientierte die Ägypter, ebenso ihre Bundesgenossen.

Gegen Mittag des 5. Juni griff die israelische Luftwaffe Jordanien und Syrien an. Jordanien verlor 28 Kampfflugzeuge – seinen gesamten Bestand. Syrien büßte über 50 Flugzeuge ein, die knappe Hälfte seiner Luftstreitkräfte.

Die Israelis beherrschten jetzt den Luftraum. Angesichts des Geländes, das weithin keine natürliche Deckung bot, erlangte das entscheidende Bedeutung für den Ausgang der Kämpfe.

Eine halbe Stunde nach Beginn der Luftangriffe stießen israelische Bodentruppen auf der Sinaihalbinsel nach Westen und Südwesten vor. Die ägyptischen Soldaten leisteten etwa 2 Tage lang Widerstand – teilweise erbittert –, dann zogen sie sich zurück. Zwar verfügten die Ägypter über starke Panzerkräfte, doch waren diese im Wüstengelände schutzlos den israelischen Flugzeugen ausgesetzt.

Der ägyptische Oberbefehlshaber Abd al-Hakim Amer gab, als sich die Niederlage abzeichnete, einander widersprechende Befehle. Bei einigen Kommandeuren trat Panik auf. Das ließ den Rückzug ihrer Verbände in eine planlose Flucht münden.

Am 8. Juni erreichten die Israelis den Suezkanal. Ägyptischen

Israelis im Ghazastreifen

Verbänden, die sich über den Mitlapaß nach Westen zurückziehen wollten, schnitten sie den Rückzug ab. Auf dem Flugplatz von Scharm asch-Scheich landeten israelische Fallschirmjäger; sie rückten den Golf von Suez entlang nach Norden vor. Viele ägyptische Soldaten gerieten in israelische Gefangenschaft, darunter etwa 20 Generale und 500 Offiziere.

Die USA hatten vor der Küste der Sinaihalbinsel 22 Kilometer nordwestlich von al-Arisch das Spionageschiff „Liberté" stationiert. Israelische Piloten, die es offenbar mit einem ägyptischen Kriegsschiff verwechselten, griffen es an. 34 Besatzungsmitglieder fanden den Tod, 164 wurden verwundet. Das Schiff kam mit eigener Kraft nach Malta.

Noch am 5. Juni gingen israelische Bodentruppen auch gegen Jordanien vor. Die jordanische Armee wurde von irakischen Verbänden unterstützt. Dennoch geriet sie in große Schwierigkeiten. „Die Situation am Westufer (des Jordan – M. R.) wird hoffnungslos", telegrafierte der ägyptische General Abd al-Mun'im Rijad, der die Operationen an der israelisch-jordanischen Front befehligte, am 6. Juni nach Kairo. „Die israelische Offensive erstreckt sich auf alle Frontabschnitte. Wir werden Tag und Nacht von israelischen Flugzeugen bombardiert und können uns nicht wehren, denn der größte Teil der syrischen, jordanischen und irakischen Luftstreitkräfte ist außer Gefecht gesetzt worden."[25] Bis zum 7. Juni hatten die Israelis das jordanische Gebiet westlich des Jordan, die sogenannte Westbank, erobert.

Erbittert wurde um die Altstadt von Jerusalem gekämpft, die

im Ergebnis des Krieges von 1948/49 an Jordanien gefallen war. Soldaten der Arabischen Legion unter dem Kommando von Brigadegeneral Ata Ali verteidigten sie. Den Israelis gelang es, die Verteidiger einzuschließen. Versuche jordanischer Verbände, den Eingeschlossenen zu Hilfe zu kommen, scheiterten an der israelischen Luftwaffe. Am 7. Juni besetzten israelische Truppen die Altstadt.

Am 9. Juni, nachdem es den Krieg gegen Ägypten und Jordanien zu seinen Gunsten entschieden hatte, ging Israel gegen Syrien vor. Seine Truppen trafen auf starken Widerstand und erlitten empfindliche Verluste. Dennoch nahmen sie, Panzer und Infanterie wirkten hierbei zusammen, innerhalb von 2 Tagen die befestigten Golanhöhen und die Stadt Kuneitra ein. Die Frontlinie schob sich bis auf 60 Kilometer an Damaskus heran.

Die kriegführenden arabischen Staaten erlitten eine katastrophal zu nennende militärische Niederlage. Sie mußten hohe Verluste hinnehmen. In den Kämpfen fielen 11 500 ägyptische und 1000 syrische Soldaten. Jordanien zählte über 6000 Gefallene und Vermißte. Israel gab die Zahl seiner Toten mit 670 und die seiner Verwundeten mit 2563 an. Die ägyptische Armee verlor 80 Prozent ihres Kriegsgeräts.

Die demokratische Weltöffentlichkeit war alarmiert durch den Krieg in Nahost.

Noch am 5. Juni forderte die Sowjetunion Israel auf, die Kriegshandlungen einzustellen und seine Truppen hinter die (1949 ausgehandelten – M. R.) Waffenstillstandslinien zurückzuziehen. Von der UNO verlangte sie, die israelische Handlungsweise zu verurteilen und unverzüglich die zur Herstellung des Friedens im Nahen Osten erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.[26] Die Staaten des Warschauer Vertrages erklärten sich am 9. Juni „voll und ganz mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker solidarisch"[27]. Die UdSSR und weitere sozialistische Staaten brachen die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Kommunistische Parteien und andere demokratische Kräfte sowohl in imperialistischen Staaten als auch in Entwicklungsländern nahmen gegen die israelische Aggression Stellung.

Der UNO-Sicherheitsrat trat am 5. Juni zu einer Sondersitzung zusammen. Die israelische Delegation behauptete zunächst, ihr Land sei von Ägypten angegriffen worden. 20 Minuten später stellte die ägyptische Delegation den Sachverhalt richtig. Am 6. Juni verlangte der Sicherheitsrat einstimmig die sofortige Feuereinstellung. Als das ohne Erfolg blieb, wiederholte er am folgenden Tag seine Forderung, diesmal mit größerem Nachdruck.

Nacheinander erklärten sich Jordanien (am 7. Juni), Ägypten (am 8. Juni) und Syrien (am 9. Juni) zur Feuereinstellung bereit. Israel setzte vorerst seine Aggression fort. Es wurde dabei von

den USA und Großbritannien begünstigt. Der USA-Vertreter im Sicherheitsrat, Arthur Goldberg, sprach sich gegen eine Verurteilung Israels und gegen einen Truppenabzug aus. Statt dessen legte er einen Resolutionsentwurf vor, der Gespräche zwischen den am Krieg beteiligten Staaten vorsah.[28] Der Rückzug der israelischen Truppen sollte Gegenstand von Verhandlungen sein. Die USA räumten damit von vornherein den Israelis die Chance einer Gebietserweiterung ein.

Die USA konnten sich indessen dem energischen Drängen der Sowjetunion nach einer raschen Friedensregelung in Nahost nicht lange widersetzen. Am Abend des 10. Juni stellte Israel offiziell die Kampfhandlungen ein; am Tag zuvor war es vom Sicherheitsrat zum drittenmal dazu aufgefordert worden.

Der Krieg hatte 6 Tage gedauert. Das gab ihm einen seiner Namen: „Sechstagekrieg".

Bitternis der Niederlage

Viele Ägypter mochten zunächst nicht glauben, was ihnen in den 6 Tagen widerfuhr. Hatte ein schrecklicher Traum sie heimgesucht? Die Konfrontation mit der Wirklichkeit erschütterte sie zutiefst. Sicher waren manche nüchtern genug gewesen, nicht an einen Sieg zu glauben. Doch eine Niederlage von diesem Ausmaß hatte wohl kaum jemand erwartet. Überall und immer wieder wurde die Frage gestellt und diskutiert: Wie konnte es dazu kommen?

Es blieb zu registrieren: Auf der arabischen Seite minderte die komplexe Rückständigkeit, wie sie Entwicklungsländern eigen ist, beträchtlich die Fähigkeit, Krieg zu führen. Die Soldaten – zumeist Fellachen, des Lesens und Schreibens unkundig, durch Fehlernährung und Krankheiten körperlich geschwächt – waren weithin weder befähigt noch motiviert, die moderne Kriegstechnik, die ihnen zur Verfügung stand, zu meistern. Israel setzte demgegenüber die Vorzüge einer industriell entwickelten Gesellschaft gekonnt in militärische Kampfkraft um. Es stand nicht nur modernes Kriegsgerät zur Verfügung – seine Möglichkeiten wurden auch optimal genutzt.

Die arabische Seite war zudem uneins. Die überfallenen Staaten erhielten nur sehr begrenzt von anderen militärische Hilfe. Sie koordinierten nicht einmal untereinander ihre Verteidigung. Dadurch konnte Israel seine Gegner nacheinander bekämpfen,

zuerst Ägypten und Jordanien, dann Syrien. Zwar gab es ein „Vereinigtes Arabisches Oberkommando", doch nur auf dem Papier; faktisch blieb es unwirksam.

Auseinandersetzungen, die regional und national um die sozialistische Orientierung entbrannt waren, begünstigten das israelische Vorgehen. Konservativen und reaktionären arabischen Staaten kam eine militärische Niederlage Ägyptens und Syriens gelegen. Ägyptische und syrische konterrevolutionäre Kräfte gingen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die progressiven Regime im eigenen Lande vor.

In Ägypten hatten hohe Offiziere vor dem Krieg Nasser falsch über das militärische Kräfteverhältnis in der Region informiert. Während der Kriegstage verhielten sie sich in entscheidenden Situationen untätig. War es Unfähigkeit? Oder Sabotage?

Angesichts der Niederlage ließen rechtsstehende Offiziere die Maske fallen. Geschart um Verteidigungsminister Muhammad Schams Badran, den sie zu ihrem Sprecher machten, suchten sie Nasser zum Rücktritt zu zwingen.

Nasser hatte die wohl schwersten Stunden seines Lebens durchzustehen. Am 9. Juni wandte er sich über das Fernsehen an seine Landsleute. Sein Gesichtsausdruck war gequält, er schien wie vom Donner gerührt, schilderte ihn ein französischer Journalist.[29] Er übernahm die volle Verantwortung für die militärische Niederlage. Und er teilte seinen Entschluß mit, alle offiziellen Ämter aufzugeben. Als seinen Nachfolger schlug er Zakarija Muhi ad-Din vor.

Kaum war Nassers Rücktritt bekannt geworden, strömten in Kairo und in anderen ägyptischen Städten Millionen von Menschen auf Straßen und Plätzen zusammen. Sie forderten ihren Präsidenten auf, in seinem Amt zu verbleiben. Ihre Losungen: „Kein neuer Imperialismus mehr!", „Keine Dollars!", „Kein anderer Führer als Gamal!"

Die Demonstrationen hielten bis zum 10. Juni an.

Wie 1956 an seinem Sieg, so nahmen Araber von Marokko bis Irak jetzt an der Niederlage Nassers teil. „In der gesamten arabischen Welt kam es spontan zu massiven und erschütternden Protestdemonstrationen", schreibt der Palästinenser Abu Ijad. „Die Massen tobten in ihrem Schmerz und verlangten von dem Mann, der sie zur Niederlage geführt hatte, daß er auf seinem Posten ausharre. Der Freudentaumel, mit dem die Israelis Nassers Rücktritt begrüßten, brachte schließlich auch uns zu der Einsicht, daß es unsere Pflicht war, ihn in der Not nicht fallenzulassen. ... Unser Wille, an seiner Seite auszuhalten, verstärkte sich um so mehr, als wir in den darauffolgenden Tagen feststellten, wie sehr die

Bourgeoisie und die reaktionären Regierungen den Jubel der Israelis über den Zusammenbruch des nasseristischen Regimes geteilt hatten."[30]

Nasser machte seinen Rücktrittsentschluß rückgängig. Er wolle, erklärte er, auf seinem Platz und an der Stelle bleiben, wo das Volk ihn haben wolle, bis gemeinsam die Spuren der Aggression getilgt sein würden.[31]

Bürgerliche Autoren knüpften an die dramatischen Vorgänge jener Tage mancherlei Spekulationen. Einige meinten, Nasser habe taktiert; er habe seinen Rücktritt nur angeboten, weil er sicher gewesen sei, das Volk stehe hinter ihm. Andere behaupteten, die Ägypter seien auf die Straße geschickt worden. Nun, was im Kopf des Präsidenten vorging, als er sich zum Rücktritt entschloß, läßt sich nicht rekonstruieren. Vielleicht hoffte er, daß das Volk ihn halten werde. Sicher ist, und die Augenzeugen jener Tage bestätigen es durchweg: Die Ägypter gingen aus eigenem Antrieb auf die Straße. Sie standen ihrem Führer bei, der geschlagen und gedemütigt worden war.

Ein großer Augenblick in der ägyptischen Geschichte.

Anmerkungen

1 Sammlung von Reden und Erklärungen des Präsidenten Gamal Abdel Nasser, 1. Teil: 1952–1958, a. a. O., S. 123 (arab.).
2 Ebenda, S. 48.
3 Ebenda, S. 63.
4 M. Nagib: Mein Wort an die Geschichte. In: al-Hawadis, Beirut, 2. November 1973, S. 38 (arab.).
5 Sammlung von Reden und Erklärungen des Präsidenten Gamal Abdel Nasser, 1. Teil: 1952–1958, a. a. O., S. 289 (arab.).
6 Ebenda, S. 311.
7 Cairo-Brief. Presse-Büro der Ägyptischen Botschaft, 23. Dezember 1957. Wortlaut der Rede Präsident Nassers vor der Dritten Genossenschaftskonferenz in Kairo, gehalten am 5. Dezember 1957: Soziale Revolution zum Wohl des ganzen Volkes!
8 A. B. Rugh: Family in Contemporary Egypt, Syracuse 1984, S. 43.
9 Ebenda, S. 160.
10 Ebenda, S. 160f.
11 F. Engels: Nachwort (1894) (zu „Soziales aus Rußland"). In: K. Marx, F. Engels: Werke, Band 22, Berlin 1982, S. 428f.; W. I. Lenin: Werke, Band 31, Berlin 1983, S. 232.
12 President Gamal Abdel-Nasser's Speeches and Press Interviews, July–September 1960, Kairo o. J., S. 70.
13 A Abdel-Malek: Ägypten: Militärgesellschaft. Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser, Frankfurt a. M. 1971, S. 209
14 Geschichte der Araber. Von den Anfangen bis zur Gegenwart. Verfaßt von einem Autorenkollektiv unter Leitung von L. Rathmann, Band 6: Der Kampf um den Entwicklungsweg in der arabischen Welt, Berlin 1983, S. 103.

15 Sammlung von Reden und Erklärungen des Präsidenten Gamal Abdel Nasser, 3. Teil: Februar 1960–Januar 1962, Kairo 1965, S. 450f. (arab.).
16 P. J. Vatikiotis: Nasser and his Generation, a. a. O., S. 235.
17 M. H. Kerr: The Arab Cold War. Gamal 'Abd al-Nasir and his Rivals, 1958–1970, London – Oxford – New York 1977, S. 51.
18 Sammlung von Reden und Erklärungen des Präsidenten Gamal Abdel Nasser, 3. Teil: Februar 1960–Januar 1962, a. a. O., S. 566f. (arab.).
19 M. H. Kerr: The Arab Cold War, Gamal 'Abd al-Nasir and his Rivals, 1958–1970, a. a. O., S. 60, 56f.
20 Dokumente der Nichtpaktgebundenen. Hauptdokumente der 1. bis 6. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten 1961–1979. Ausgewählt und eingeleitet von R. Wünsche, Berlin 1981, S. 45.
21 Ebenda, S. 61.
22 Nach E. Rouleau, J.-F. Held, J. und S. Lacouture: Die dritte Schlacht. Israel und die Araber, Frankfurt a. M. – Hamburg 1967, S. 139.
23 al-Ahram, Kairo, 29. Mai 1967 (arab.).
24 al-Ahram, Kairo, 30. Mai 1967 (arab.).
25 Nach: König Hussein von Jordanien. Mein Krieg mit Israel, Aufgezeichnet von V. Vance und P. Lauer, Wien – Münschen – Zürich 1969, S. 95.
26 Prawda, Moskau, 6. Juni 1967.
27 Dokumentation der Zeit, Berlin, Heft 386, Juli 1967, S. 19.
28 Prawda, Moskau, 7. und 15. Juni 1967.
29 D. Hopwood: Egypt: Politics and Society 1945–1981, a. a. O., S. 76.
30 Abu Ijad: Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, a. a. O., S. 82.
31 al-Ahram, Kairo, 11. Juni 1967 (arab.).

„In einem Rennen mit dem Tode"

Durch die israelische Aggression hatte sich in Nahost eine neue Situation ergeben. Israel hielt fortan arabische Gebiete besetzt, etwa dreimal so groß wie sein eigenes Staatsgebiet. Erneut, wie schon 20 Jahre zuvor, waren Araber aus ihrer Heimat vertrieben worden, diesmal 350 000 Menschen.

Sicherheitsratsresolution 242

Ägypten litt in mehrfacher Hinsicht unter den Aggressionsfolgen. Es hatte die Sinaihalbinsel verloren, auf der sich große Manganerz-, Erdöl- und Steinkohlevorkommen befinden. Der Suezkanal, zur Grenze geworden, fiel als Deviseneinnahmequelle fort (1966/67 hatte er 93 Millionen £E gebracht). Der Fremdenverkehr erlitt einen Einbruch: 1966/67 hatten fast 190 000 europäische Touristen das Land besucht, 1967/68 waren es nur noch 58 000.

Zu den materiellen traten die politisch-moralischen Schäden. Auch wenn das Regime die militärische Niederlage überstanden hatte – politisch ging es geschwächt aus ihr hervor. Dadurch schrumpften seine Möglichkeiten, gesellschaftlichen Fortschritt zu realisieren. Demgegenüber konnte die Reaktion einen Geländegewinn verbuchen, den sie auszubauen gedachte. Sie lastete die Niederlage einfach der sozialistischen Orientierung an, die sich ihrer Meinung nach dadurch diskreditiert hatte. „Den arabischen Orient hat eine gefährliche ideologische Seuche befallen, die sich als ‚revolutionärer Sozialismus' bezeichnet", schrieb Salah ad-Din al-Munadschid. „Erst seit einem Jahrzehnt hat sie sich bei uns verbreitet. Doch sie warf den arabischen Orient in seiner Entwicklung um ein halbes Jahrhundert zurück. Denn sie hat ihn

zerstückelt, zerfleischt und in Aufruhr versetzt. Diese Krankheit trat zuerst in Syrien und Ägypten auf. ... Die Katastrophe im arabisch-israelischen Krieg ist vor allem eine Niederlage der revolutionären Sozialisten gewesen."[1]

Die neue Situation warf die Frage auf: Sollte es den Israelis erlaubt sein, die Früchte ihrer Aggression zu behalten und zu genießen? Es ging dabei nicht nur um Nahost, sondern auch um die Gestaltung der internationalen Beziehungen. Hier hatte der Prozeß der Entspannung begonnen. Sollte und konnte er fortgeführt werden? Oder würde es den Verfechtern des kalten Krieges gelingen, verlorenen Boden zurückzuerobern?

Die arabischen Staaten zeigten sich entschlossen – dies bekundeten sie auf einer Gipfelkonferenz, die am 29. August 1967 in Khartum (Sudan) begann –, die im Junikrieg verlorenen Territorien zurückzugewinnen. Das sollte auf politischem Wege geschehen. Saudi-Arabien, Kuweit und Libyen verpflichteten sich, Ägypten und Jordanien regelmäßig finanziell zu unterstützen. Erdölproduzierende und -exportierende arabische Staaten setzten, wie sie es nannten, Erdöl als „politische Waffe" ein. Dies bedeutete unter anderem, daß sie ihre Erdöllieferungen an die USA und Großbritannien zeitweilig unterbrachen. Sichtbare Wirkungen zeitigte die „Erdölwaffe" allerdings nicht.

Der UNO fiel es schwer, zur neuen Situation im Nahostkonflikt eine klare Haltung einzunehmen. Die Sowjetunion und andere Staaten, die die gerechten Belange der Araber vertraten, konnten sich zunächst nicht eindeutig durchsetzen. Die USA suchten zu verhindern, daß Israel als Aggresor verurteilt wurde. Andere Staaten, die durchaus befürworteten, daß sich Israel auf die Waffenstillstandslinien von 1949 zurückzog, scheuten sich, die israelische Aggression als solche zu brandmarken.

Im Ergebnis langer Bemühungen verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat im November 1967 die Resolution 242, in der er die „Unzulässigkeit von Gebietserwerb durch Krieg" feststellte. Um einen gerechten und dauerhaften Frieden in Nahost zu erreichen, sollten zwei Prinzipien angewandt werden: (1) Die israelischen Truppen ziehen sich aus den während des Krieges besetzten Gebieten zurück; (2) jede Art von Kriegführung wird beendet, und für jeden Staat in der Region werden Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit gewährleistet. Ferner verlangte der Sicherheitsrat die Freiheit der Schiffahrt durch internationale Wasserwege der Region und eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems.[2] Gunnar Jarring, ein schwedischer Diplomat, fiel die Aufgabe zu, im Auftrag des UNO-Generalsekretärs zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln.

Hoffnung auf Neubeginn

Wie sollte es in Ägypten weitergehen? Gab es Chancen für einen Neubeginn?

Der Krieg war kaum zu Ende, da setzten am Suezkanal erneut Kampfhandlungen ein. Es begann am 1. Juli 1967 mit einem ägyptisch-israelischen Artillerie- und Panzerduell. Im Herbst weiteten sich die Kämpfe, die als „Erschöpfungskrieg" in die Geschichte eingingen, aus. Am 21. Oktober 1967 beschoß ein ägyptisches Raketenboot, das im Hafen Port Said vor Anker lag, den israelischen 1710-Tonnen-Zerstörer „Eilat" mit Boden-Boden-Raketen. Nach 3 Treffern sank der Zerstörer. Von den 199 Besatzungsmitgliedern wurden 47 als tot oder vermißt und 90 als verwundet gemeldet.

Chaim Herzog kommentiert: „Der Vorfall erregte weltweites Interesse, da dies das erste Mal in der Geschichte war, daß ein Kriegsschiff durch Raketenbeschuß versenkt wurde. Das Zeitalter der Seeraketen war angebrochen."[3] Am 25. Oktober beschossen die Israelis Suez. Raffinerie, Benzindepots und petrolchemische Anlagen gingen in Flammen auf. Das Feuer wütete mehrere Tage. Ägypten erlitt Verluste von über 100 Millionen Dollar. 11 Ägypter wurden getötet, 92 verwundet.

Viele Ägypter flohen aus den am Suezkanal gelegenen Städten Suez, Ismailia und Kantara. Die Anzahl der Flüchtlinge betrug schließlich 750 000.

Als Israel im Juni 1967 den Krieg begann, befanden sich ägyptische Truppen noch in Jemen. Ende 1967 zog Ägypten 40 000 Soldaten von dort ab. Der Jemen-Krieg dauerte noch bis zum Sommer 1969. Im Ergebnis einer Verständigung zwischen Ägypten und Saudi-Arabien konnte er dann beigelegt werden. Den jemenitischen Republikanern blieben entscheidende Positionen.

Führungskräfte und Werktätige in Ägypten versuchten, mit der Niederlage und ihren Folgen fertig zu werden.

Amer und Badran, die für die militärische Katastrophe unmittelbar Verantwortlichen, sowie weitere hohe Offiziere traten zurück oder wurden entlassen. Insgesamt mußten 400 bis 500 Offiziere ihren Dienst quittieren. Amer nahm sich am 14. September 1967 das Leben.

Im Februar 1968 verurteilte ein Gericht 2 Luftwaffenoffiziere wegen Fahrlässigkeit im Junikrieg zu geringfügigen Strafen und sprach 2 weitere frei. Viele Ägypter waren über diese Milde em-

Nasser auf dem Nationalkongreß der ASU, 1970

pört. Tausende Arbeiter und Studenten gingen in Kairo, Alexandria und Heluan aus Protest auf die Straße.

Nasser, mehr gefordert als je zuvor, war ein kranker Mann. Seit 1958 litt er unter Diabetes. Arteriosklerose und Herzgefäßkrankheiten waren hinzugekommen. Ununterbrochen peinigten ihn Schmerzen. Zwecks medizinischer Behandlung weilte er in der Sowjetunion. Die Ärzte rieten ihm dringend, physische und psychische Anstrengungen zu vermeiden. Doch er mißachtete ihre Ratschläge. Zuviel blieb zu tun. Den Entschluß, krankheitshalber zurückzutreten, 1968 und 1969 gefaßt, verwarf er jeweils wieder; er befürchtete, das ägyptische Volk könne einen solchen Schritt als Kapitulation auffassen.

Ein Programm für die Zukunft nahm Gestalt an. Muhammad Hasanein Heikal entwickelte Gedanken dazu in Leitartikeln der Tageszeitung „al-Ahram", deren Chefredakteur er war. Am 30. März 1968 sprach Nasser im Rundfunk und Fernsehen. In seiner Rede, die fortan „Programm des 30. März" genannt wurde, trug er drei Grundgedanken vor. Erstens: Die Werktätigen sollen eine größere Rolle im Leben der Gesellschaft spielen. Zweitens: In Industrie und Landwirtschaft müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um das Niveau der Produktion zu erhöhen und Vollbeschäftigung zu erreichen. Drittens: Mehr Sachlichkeit ist gefragt, „klares Denken, stärkere Konzentration und genauere Planung".[4]

Nasser und seine Gefährten hielten hier grundsätzlich an ihrer Orientierung fest. Doch geschwächt, mußten sie Abstriche vornehmen. Wichtig war für sie, Erreichtes zu erhalten.

Am 2. Mai 1968 billigten die Ägypter das „Programm des 30. März" mit über 99 Prozent der abgegebenen Stimmen. Danach fanden in der ASU Wahlen zu den verschiedenen Leitungsebenen statt.

Das Programm war eine Sache, seine Umsetzung eine andere. Es gelang der Führung nicht, die Kräfte des Volkes auf die zu lösenden Aufgaben zu konzentrieren und damit den revolutionären Kurs zu stabilisieren; Bemühungen hierzu blieben im Ansatz stekken. Statt dessen verstärkten sich kapitalistische Entwicklungen. Eine Reihe von Beschränkungen, denen das Kapital unterworfen war – zum Beispiel im Import und Export –, wurden gelockert oder aufgehoben. Zunehmend wagten reaktionäre Kräfte Vorstöße. Sie gingen, auch auf Terror setzend, gegen Fortschrittskräfte vor.

Im November 1968 demonstrierten erneut Werktätige, jetzt gegen das Regime. Sie verlangten größere Konsequenz im Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde. Das konnte für die Führungskräfte eine Ermutigung sein, barg jedoch auch die Gefahr in sich, die herrschende Ordnung weiter zu destabilisieren. Das Regime verteidigte sich. Demonstranten riefen: „Gamal, du schläfst; erwache!" Oder: „Setze deine Armee gegen Dayan ein, nicht gegen uns."

Die Sowjetunion unterstützte Ägypten in dieser schweren Zeit. Sie ersetzte das verlorene Kriegsmaterial. Sowjetische Berater waren im militärischen wie im zivilen Bereich tätig. Mit sowjetischer Hilfe ging der Bau des Assuan-Hochdamms weiter; im Januar 1971 wurde er fertiggestellt.

„Rogers-Plan": Kapituliert Nasser?

Während Ägypter und Israelis am Suezkanal einander materiell zu erschöpfen und moralisch zu zermürben suchten, unternahmen die USA in Nahost einen politischen Vorstoß, in dem sich eine strategische Neuorientierung abzeichnete.

USA-Präsident Richard Nixon hatte im Juli 1969 in einer Rede auf der Pazifikinsel Guam gefordert – daraus wurde eine nach

ihm benannte Doktrin –: Sein Land soll stärker andere Staaten und deren Potenzen heranziehen, um eigene wie gesamtimperialistische Interessen wahrnehmen zu lassen. Das „zentrale Thema" der Nixon-Doktrin bestand darin, wie er selbst formulierte, „daß die Vereinigten Staaten sich an der Verteidigung und dem weiteren Aufbau verbündeter und befreundeter Nationen beteiligen werden, daß aber Amerika nicht *alle* die Pläne ausarbeiten, nicht *alle* die Programme aufstellen, nicht *alle* die Entscheidungen ausführen und nicht die *gesamte* Verteidigung der freien Nationen der Welt übernehmen kann – und auch nicht übernehmen wird. Wir werden dort helfen, wo es wirklich darauf ankommt und als in unserem Interesse liegend erachtet wird."[5]

In Vietnam orientierte die Nixon-Doktrin auf eine „Vietnamisierung" des Krieges. Vietnamesen sollten für die USA kämpfen. Das hieß dann noch „Deeskalation".

In Nahost hatten die USA, nachdem der Einfluß der „traditionellen" Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien nach der Dreieraggression 1956 drastisch zurückgegangen war, zunehmend auf Israel gesetzt. Das zahlte sich bis zu einem gewissen Grad aus: Die israelische Aggression 1967 hatte das progressive Regime in Ägypten spürbar geschwächt. Die Kehrseite: Aufgrund ihrer einseitigen Bindung an Israel büßten die USA in der arabischen Welt beträchtlich an Ansehen ein. Dort aber befanden sich gewaltige Erdölvorkommen. Und Erdöl gewann im Ergebnis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die industriell entwickelten kapitalistischen Staaten sprunghaft an Bedeutung. Die USA-Regierung modifizierte deshalb ihre überkommene Nahoststrategie. Sie hielt an ihrem strategisch zu nennenden Bündnis mit den israelischen Machthabern fest. Zugleich suchte sie gegenüber Israel eine gewisse Distanz aufzubauen, um ihre Beziehungen zu arabischen Staaten zu verbessern. Und ein arabisch-israelischer „Ausgleich" sollte dazu führen, daß die regionale Reaktion – der Nixon-Doktrin folgend – zunehmend USA- und gesamtimperialistische Interessen wahrnahm.

Analog zur „Vietnamisierung" des Vietnamkriegs zielte das auf eine „Arabisierung" des Nahostkonflikts.

USA-Außenminister William Rogers tätigte einen ersten Vorstoß, um dieses Konzept durchzusetzen. Im März 1969 entwickelte er einen Plan, der darauf hinauslief, die Möglichkeit separater Abmachungen zwischen Ägypten und Israel zu erkunden. Konkret schlug er vor, an den ägyptisch-israelischen und an der jordanisch-israelischen Grenze Korrekturen vorzunehmen, während über den Ghazastreifen und Jerusalem verhandelt werden sollte.

Für Nasser war das eine Herausforderung.

Am 24. März 1970 sprach er vor der Nationalversammlung davon, daß die amerikanischen Vorschläge darauf abzielten, die ägyptisch-israelischen, nicht aber die jordanisch-israelischen und die syrisch-israelischen Beziehungen zu regeln. „Wir weisen das Prinzip separater Lösungen zurück", führte er aus, „weil das Ziel dieses Vorgehens darin besteht, Ägypten als den politischen und militärischen Schwerpunkt von der Angelegenheit fortzubekommen, um durch israelischen und amerikanischen Druck zu erreichen, daß Israel weiterhin arabisches Territorium besetzt halten kann. Wir können nicht akzeptieren, daß das arabische Problem in verschiedene getrennte Probleme zerlegt wird. Wenn wir von Rückzug sprechen, dann meinen wir den Rückzug von allen arabischen Territorien."[6]

Die Sowjetunion nahm eine gleiche Haltung ein. Sie charakterisierte die USA-Vorschläge als proisraelisch. Die Nahostproblematik, dies war ihre Auffassung, könne nur in ihrer Komplexität – „als Paket" – gesehen und gelöst werden.[7]

Rogers ließ sich durch den Widerstand, auf den er traf, nicht beirren. Er modifizierte seine Vorschläge. Am 19. Juni 1970 sprach er sich für einen begrenzten Waffenstillstand zwischen Ägypten und Israel aus. Ferner sollten beide Seiten ihre Bereitschaft erklären, die Sicherheitsratsresolution 242 in allen Teilen zu erfüllen und mit Jarring in Verhandlungen zu treten. Rogers operierte geschickt: Um Widerstand gegen sein Vorgehen abzubauen, brachte er die Sicherheitsratsresolution ins Spiel, die er zugleich unterlaufen wollte, indem er an die USA als Vermittler dachte. Vorsichtig orientierte er erneut auf zweiseitige Verhandlungen.[8]

Die Sowjetunion riet zur Vorsicht gegenüber den neuen Vorschlägen. Sie anerkannte die konstruktiven Elemente, die diese enthielten, insofern und soweit sie auf die Sicherheitsratsresolution Bezug nahmen.

Ägypten akzeptierte am 22. Juli 1970 die von Rogers unterbreiteten Vorschläge.

Viele Araber waren überrascht und bestürzt. Kapitulierte Nasser vor den USA, oder ging er einen ersten Schritt in diese Richtung? Radikale Kräfte argwöhnten das. Tatsächlich wollte Nasser in einer überaus schwierigen Situation nicht die geringste Möglichkeit auslassen, um auf politischem Wege eine Nahostregelung zu erlangen. Das machte er deutlich in einer Rede, die er am 23. Juli hielt. Die USA-Vorschläge, meinte er, enthielten gegenüber der Sicherheitsratsresolution 242 nichts Neues. Zugleich bekundete er die Entschlossenheit seines Landes, notfalls das, was es durch Gewalt verloren habe, durch Gewalt zurückzunehmen.[9]

Jordanien nahm eine ähnliche Haltung wie Ägypten ein.

Algerien, Irak, Syrien und die PLO wiesen den Rogers-Plan zurück. Die Regierungen Iraks und Ägyptens tauschten Noten aus, die in einem scharfen Ton gehalten waren.

Israel sprach sich im August 1970 offiziell für den Rogers-Plan aus. Doch fand es sich nicht zu den geringsten Zugeständnissen bereit, die erforderlich gewesen wären, damit dieser auch hätte funktionieren können. Verhandlungen sollten, wie der israelische Außenminister Abba Eban in einem Interview die Position seiner Regierung skizzierte, „den Schlüssel zu territorialen Abmachungen bilden". Es sollte sich um „arabisch-israelische Verhandlungen" handeln, „bei denen die Sowjets übergangen werden und ihre zentrale Rolle verlieren".[10]

Der Rogers-Plan scheiterte. Im August 1970 kam es indessen zu einem Waffenstillstand von 90 Tagen, der später verlängert wurde. Mit ihm endete der „Erschöpfungskrieg" am Suezkanal.

„Schwarzer September" für Palästinenser

Nasser hatte sich in diesen Monaten noch einer anderen Herausforderung zu stellen: dem Bürgerkrieg in Jordanien.

Nach der schweren Niederlage, die die Palästinenser in den Jahren 1947 bis 1949 erlitten hatten, waren sie für einige Zeit politisch gelähmt. Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre begannen sich in ihren Reihen nationale Widerstandsorganisationen zu formieren. Im Oktober 1959 wurde in Kuweit die Fatah gegründet, die eine bürgerlich-patriotische Position einnahm. Am 1. Januar 1965 führte sie eine bewaffnete Aktion gegen eine israelische Pumpstation durch, womit sie in ihrem Verständnis die „palästinensische Revolution" begann. Um den bewaffneten Kampf zur Befreiung Palästinas aufzunehmen, hatte die Bewegung der Arabischen Nationalisten (BAN) 1964 ein Regionalkommando Palästina geschaffen, in dessen Rahmen sich militärische Abteilungen bildeten, die „Helden der Rückkehr" und die „Jugend der Rache". Auf dem ersten Palästinensischen Nationalkongreß, der vom 28. Mai bis 2. Juni 1964 in Jerusalem tagte, nahm – die Initiative hierzu ging von der Arabischen Liga aus – die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) Gestalt an.

Von der arabischen Niederlage im Juni 1967 waren die Palästinenser unmittelbar und hart betroffen. Mit dem Westjordangebiet und dem Ghazastreifen gingen die letzten Teile des Gebietes an Israel verloren, das die UNO 1947 für einen zu gründenden pa-

lastinensischen Staat vorgesehen hatte. Reguläre arabische Armeen, von denen manche palästinensischen Patrioten gehofft hatten, sie würden ihnen zu ihren Rechten verhelfen, mußten in einem Zeitraum von 2 Jahrzehnten die dritte Niederlage gegen Israel hinnehmen. Die PLO, unter ihrem ersten Führer Ahmad asch-Schukeiri in bürokratischen Strukturen erstarrt, trat im Junikrieg nicht in Erscheinung. Nach dem Krieg sahen sich die palästinensischen Patrioten in neuer Weise gefordert, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Weitere Widerstandsorganisationen entstanden, darunter die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (PDFLP), as-Saika (Der Blitzstrahl) und die Arabische Befreiungsfront (ALF). Fatah leitete in der PLO, in der sie entscheidenden Einfluß gewann – ihr Führer Jasir Arafat wurde Vorsitzender des PLO-Exekutivkomitees –, eine Wende ein. Im palästinensischen Widerstand insgesamt verstärkten sich Linksentwicklungen, verbunden mit einer Annäherung progressiver nichtproletarischer Kräfte – vor allem in den beiden „Front"-Organisationen – an den Marxismus-Leninismus.

Der sich formierenden und erstarkenden palästinensischen Nationalbewegung ging es, dies war und blieb ihr gerechtes Anliegen, um die nationale Identität und Eigenstaatlichkeit der Palästinenser. In der Formulierung ihrer Programmatik knüpfte sie an die nationalistische Haltung an, die arabische Staaten in den vierziger Jahren gegenüber Israel eingenommen hatten. Das bedeutete: Sie nahm ganz Palästina – in den Grenzen des britischen Mandats – als Heimat der Palästinenser in Anspruch. Seine Teilung betrachtete sie als illegal. Der israelische Staat, der den Palästinensern soviel Unrecht und Leid zugefügt hatte, sollte verschwinden. Das Ziel war ein neuer Staat – ein „demokratisches Palästina", wie manche formulierten –, in dem Araber und Juden gemeinsam ihre Geschicke gestalten.

Diese Programmatik war gleichermaßen radikal wie illusionär. Sie entsprang dem kleinbürgerlichen Milieu, das in den neuen Widerstandsorganisationen dominierte, und war Ausdruck wie Kompensationsversuch politischer Schwäche. Als Ansatzpunkt, um etwas in Bewegung zu bringen, mochte sie gerechtfertigt sein, wenngleich sie das gerechte Anliegen, das ihr zugrunde lag, in gefährlicher Weise verzerrte. Zur ernsten Gefahr mußte sie werden, wenn sie politisch-ideologisch festgeschrieben, das heißt zur eigenen Strategie und Ideologie erhoben wurde.

Nasser verfolgte die Neuformierung des palästinensischen Widerstandes mit großer Anteilnahme. Er unterstützte die PLO tatkräftig. Das schloß Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten nicht aus. Ägypten akzeptierte die Sicherheitsratsresolution 242. Die PLO hingegen lehnte sie ab, weil sie die Palästinen-

ser nur als Flüchtlinge behandelte und nicht von ihrem Recht auf einen eigenen Staat sprach. Im Zusammenhang mit dem Rogers-Plan äußerten sich die Meinungsverschiedenheiten in offener Polemik. Doch verständigten sich schließlich Nasser und die PLO-Führung. Nasser mahnte zu größerem Realismus. In einem längeren Gespräch wandte er sich, so Abu Ijad, in ironischem Ton an Arafat: „Wie viele Jahre werden Sie Ihrer Meinung nach brauchen, um den zionistischen Staat zu zerstören und im gesamten befreiten Palästina einen neuen geeinigten und demokratischen Staat aufzubauen?" Nasser warf der PLO-Delegation vor, eine „unrealistische" Politik zu betreiben; ein „Mini-Staat" in Transjordanien und im Ghazastreifen sei besser als nichts, erklärte er.[11]

Die arabische Reaktion war beunruhigt über Wiedergeburt und Erstarken des palästinensischen Widerstandes, von dem zudem sozialrevolutionäre Impulse ausgingen. Die Palästinenser, staatenlos, lebten und wirkten auch in Staaten, in denen sie herrschte. Konnten sie nicht zur Bedrohung überkommener Herrschaftsstrukturen werden?

In Jordanien kam es zur blutigen Konfrontation. Die Hälfte der 2,2 Millionen zählenden Bevölkerung waren Palästinenser. Die Widerstandsorganisationen verfügten über starke Positionen und versuchten, ihren Bewegungsraum zu erweitern. Die USA und die herrschenden Familien des Landes drängten König Hussein, nicht untätig zu bleiben. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten eskalierten 1970 zum Bürgerkrieg. Die Palästinenser gerieten nach anfänglichen Erfolgen in eine schwierige Situation und mußten hohe Verluste hinnehmen. Der September des Jahres 1970 wurde für sie zum „Schwarzen September". (Unter diesem Namen agierten später Terrorgruppen, um dem Widerstandswillen des palästinensischen Volkes erneut Zuversicht zu geben.)

Nasser engagierte sich persönlich, um zu vermitteln. Er spornte sich selbst an: „Männer, Frauen und Kinder sterben in Jordanien. Wir befinden uns in einem Rennen mit dem Tode."[12] Er berief eine Konferenz arabischer Staats- und Regierungschefs nach Kairo ein. Am 27. September wurde dort ein Abkommen unterzeichnet. Es sah unter anderem einen Waffenstillstand und den Rückzug der bewaffneten Kräfte von den Bevölkerungszentren vor. Auch sollten beide Seiten ihre Gefangenen freilassen.

Bilanz: 9 neue Lebensjahre

In den Anstrengungen, Frieden in Jordanien herbeizuführen, hatte Nasser seine letzte Lebenskraft verbraucht. Als er am 28. September 1970 den Emir von Kuweit, der an der Kairoer Konferenz teilgenommen hatte, auf dem Flughafen verabschiedete, verspürte er ein Schwindelgefühl und starke Schweißausbrüche. Seine Begleiter brachten ihn sofort nach Hause. Die herbeigerufenen Ärzte stellten einen schweren Herzinfarkt fest. Ihre Bemühungen blieben erfolglos. Nasser starb um 18.15 Uhr.

Die Ägypter konnten den Tod ihres Präsidenten zunächst nicht fassen. Sie kamen nach Kairo, um an der Beisetzung des Toten teilzunehmen. 10 Millionen waren es. Viele ergriff Verzweiflung. Tumulte brachen aus. Dabei fanden 46 Personen den Tod. 80 wurden so stark verletzt, daß sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Der Verlust, der die Ägypter und alle an Fortschritt und Frieden interessierten Menschen traf, beherrschte damals die Empfindungen. Heute, mit größerer zeitlicher Distanz, läßt er sich gedanklich klarer fassen.

Nasser reifte zur überragenden Persönlichkeit. Das vermochte er, weil er die Hoffnungen und Bestrebungen seines Volkes verkörperte. Er selbst verstand sich, wie er wiederholt formulierte, als „Ausdruck einer Bewegung"[13].

Das galt in dreifacher Hinsicht:

Nasser war ein Patriot. Die von ihm geführten Freien Offiziere beseitigten eine ethnisch fremde Dynastie und setzten direkter äußerer Einflußnahme ein Ende. Er wurde damit zum Begründer des ägyptischen Nationalstaats. Ägypten gehörte jetzt den Ägyptern, wie Patrioten dies im Urabi-Aufstand gefordert hatten.

Nasser war ein Revolutionär. Er nahm, nach anfänglichem Zögern, überkommene Macht- und Gesellschaftsstrukturen nicht hin, sondern ging daran, sie umzugestalten, im Interesse seines Volkes im allgemeinen und der Werktätigen im besonderen. Zu seiner Zeit setzte er damit Maßstäbe im Kampf für nationale und soziale Befreiung.

Nasser kämpfte für den Frieden. Er gehörte zu den Mitbegründern und Führern der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, deren Gewicht in der internationalen Arena bis in die Gegenwart

Die Ägypter trauern um ihren Präsidenten.

wächst. Er weigerte sich, auch darin Maßstäbe setzend, sein Land in den kalten Krieg einbeziehen zu lassen, den imperialistische Kräfte – vornehmlich in den USA – gegen den realen Sozialismus und die Sache der nationalen Befreiung entfachten.

Das 20. Jahrhundert geht allmählich seinem Ende entgegen. Schon heute läßt sich sagen: Nasser hat es mitgeprägt. Neben Männern wie Jawaharlal Nehru und Fidel Castro verkörpert er den Aufbruch von Völkern, die kolonial oder halbkolonial versklavt waren, zu neuer historischer Größe.

Proimperialistische Autoren setzen Nasser immer wieder herab. Er habe, behaupten sie, sein Land nicht aus der Rückständigkeit herausgeführt. Seine ehrgeizigen Pläne hätten ihn daran gehindert. Einen Diktator nennen sie ihn, einen „roten Pharao".

Zunächst einmal: Ein menschliches Leben ist begrenzt. Neben dem, was ein Mensch geleistet hat – und sei es noch soviel –, bleibt vieles ungetan. Will jemand einem Menschen Gerechtigkeit widerfahren lassen, muß er zunächst und vor allem die erbrachten Leistungen würdigen. Den objektiven Maßstab hierfür liefert die Geschichte selbst, mit ihren Möglichkeiten und Notwendigkeiten.

Nasser hat getan, was in seiner Situation zu tun war. Besseres läßt sich über einen Mann nicht sagen. Er hat zuweilen geirrt. Doch wer wird als Politiker und Revolutionär geboren? Sein Regierungsstil paßte nicht in die Normen bürgerlicher Demokratie. Doch seit wann sind diese geeignet, einem Volk zu nationaler und sozialer Befreiung zu verhelfen? Die Bourgeoisie erfand sie, um ihre Macht zu stabilisieren.

Der Vorwurf, Nasser habe Ägypten in seiner Rückständigkeit belassen, ist grobschlächtige Heuchelei. Kein Volk konnte bisher im Verlauf einer Generation die komplexen Folgen imperialistischer Kolonialherrschaft auch nur annähernd überwinden. Dazu bedarf es offenbar vieler Jahrzehnte. Und was Ägypten betrifft: Imperialistische Mächte und ihr Bundesgenosse Israel haben das ihnen Mögliche getan, das Land zu hindern, an der Bewältigung seiner drängenden Probleme zu arbeiten, mit der Dreieraggression 1956, dem Junikrieg 1967, dem „Erschöpfungskrieg" am Suezkanal.

Was Ägypten unter Nasser dennoch auch in Überwindung der überkommenen Rückständigkeit erreichte, kann sich sehen lassen. Die Fläche des kultivierten Landes wuchs von 1952 bis 1970 um 15 Prozent. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Lernenden an Schulen und Hochschulen um 300 Prozent. 1952 kam ein Arzt auf 5000, 1970 auf 2000 Einwohner. Und die Lebenserwartung er-

höhte sich von 43 auf 52 Jahre. Nasser half so, dem Leben eines jeden Ägypters – im Durchschnitt berechnet – 9 Jahre hinzuzufügen. Auch das gehört zu seiner Lebensbilanz.

Anmerkungen

1 Salah al Munadschid: Wohin treibt die arabische Welt? Die erste kritische Stimme eines führenden Arabers; mit einem Vorwort von H. Vocke, München 1968, S. 24, 39.
2 The Arab-Israeli Conflict. Readings and Documents, Ed. by J. N. Moore, Princeton 1977, S. 1083f.
3 Ch. Herzog: Kriege um Israel. 1948–1984, a. a. O., S. 231.
4 Das Programm des 30. März, Kairo o. J. (arab.).
5 Bericht des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Richard Nixon, an den Kongreß vom 18. Februar 1970 über die amerikanische Außenpolitik in den siebziger Jahren. In: Europa Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn, 10. April 1970, S. D 152.
6 al-Ahram, Kairo, 26. März 1970 (arab.).
7 Prawda, Moskau, 14. Januar 1970; The New York Times, New York, 13. Januar 1970.
8 Europa Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn, 10. Oktober 1970, S. D 449f.
9 Vgl. ebenda, S. D 462f.
10 Ebenda, S. D 440f.
11 Abu Ijad: Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, a. a. O., S. 119.
12 al-Ahram, Kairo, 29. September 1970 (arab.).
13 M. Heikal: Autumn of Fury. The Assassination of Sadat, London 1983, S. 59.

Sadat, Anwalt der Konterrevolution

Nasser hatte zu Lebzeiten niemanden neben sich, der annähernd sein Format erreicht hätte.

Seit Dezember 1969 war Anwar as-Sadat Vizepräsident, ein bis dahin politisch ziemlich farbloser Mann – ein Mann, der keinen Schatten wirft, wie man so sagt. Er hatte zuvor Posten innegehabt, bei denen es hauptsächlich auf Repräsentation ankam: Sekretär des Islamischen Kongresses und der Nationalen Union, Sprecher der Nationalversammlung. Als Vizepräsident blieb er ziemlich inaktiv. Die Öffentlichkeit kannte ihn zwar, doch respektierte sie ihn nicht sonderlich.

Sadat wurde der Nachfolger Nassers. Zunächst rückte er automatisch als Vizepräsident nach. Am 15. Oktober wählten ihn die Ägypter mit 90 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten. Am folgenden Tag legte er vor der Nationalversammlung den Verfassungseid ab.

Glaubt man, was Muhammad Hasanein Heikal im Dezember 1982 in „al-Ahali" berichtete, so hatte Nasser durch Vergeßlichkeit diese Nachfolgeregelung vorprogrammiert. Nasser sei, so Heikal, zur V. Arabischen Gipfelkonferenz geflogen, die vom 19. bis 23. Dezember 1969 in Rabat (Marokko) stattfand. Ihm zugegangene Informationen besagten, daß ein Attentat auf ihn geplant war. Für alle Fälle wollte er den zu diesem Zeitpunkt vakanten Posten des Vizepräsidenten besetzen und ernannte Sadat. Es sollte dies nur ein Provisorium für einige Tage sein. Nach seiner Rückkehr, die sich verschob, und mit einer Fülle von Problemen konfrontiert, vergaß Nasser die Angelegenheit. Sadat hatte so im September 1970 die beste Ausgangsposition, neuer Präsident zu werden.[1]

Die Ägypter betrachteten Sadat als Kampfgefährten Nassérs. Ihre Wahlentscheidung für ihn galt weniger der Person als der Kontinuität in der Politik. Nicht wenige hielten seine Präsidentschaft für eine Verlegenheits- und Übergangslösung.

Sadat überrascht

Sadat überraschte seine Landsleute, diejenigen, die von ihm eine Fortführung der Nasserschen Politik erhofften, wie diejenigen, die in ihm nur einen „Präsidenten auf Zeit" vermuteten.

Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, die, unter Nasser zurückgedrängt und geschwächt, nach der militärischen Niederlage 1967 Morgenluft gewittert hatten, sahen ihre Stunde gekommen. Sie gingen daran, sich für die erlittene Macht- und Gewinneinbuße zu rächen. Sadat wurde ihr Mann. Er bekannte sich vorerst zu Nasser und dessen Erbe. Dann unternahm er überraschend Vorstöße, die nicht zu diesem Bekenntnis paßten. Stieß er auf zu großen Widerstand, gab er nach. Schließlich zeichnete sich sein Kurs immer klarer ab: Er führte weg vom Antiimperialismus, hin zur Kapitulation vor Imperialismus und Zionismus.

Sadat machte sich zum Anwalt der Konterrevolution.

Drei Entwicklungen griffen dabei ineinander.

Erstens: Sadat ging gegen Rivalen vor, die das Nassersche Erbe verteidigten. Er beschuldigte sie, „geheime Machtzentren" in der ASU und im Staat zu bilden.

Die Auseinandersetzungen entzündeten sich zunächst – am 21. April 1971 in einer Sitzung des Hohen Exekutivkomitees der ASU – an einer scheinbar nebensächlichen Frage. Sadat engagierte sich für eine Union mit Syrien und Libyen. Seine Gegner, an deren Spitze der neue Vizepräsident Ali Sabri stand, lehnten dieses Projekt ab. Tatsächlich ging es um Grundfragen der Innen- und Außenpolitik. Sadat sprach sich innenpolitisch für eine „Liberalisierung" aus, das heißt für eine Liquidierung der sozialistischen Orientierung und eine Förderung des Kapitalismus. Außenpolitisch setzte er auf imperialistische Staaten, insbesondere die USA. Seine Opponenten stellten sich ihm in beidem entgegen. Die Auseinandersetzung um das Unionsprojekt wurde zur Kraftprobe.

Es gelang Sadat erstaunlich rasch, die Opposition auszuschalten. Am 2. Mai 1971 enthob er Sabri seines Postens. Am 13 Mai traten 6 Minister zurück, die zur Opposition gehörten, darunter der Innenminister Scha'arawi Gum'a und der Verteidigungsminister Muhammad Fauzi. Rechneten sie mit Unterstützung bei den

Volksmassen? Wollten sie mit ihrem Schritt ihrerseits Sadat zum Rücktritt zwingen? Faktisch gaben sie freiwillig gewichtige Machtpositionen auf. Sadat nahm ihren Rücktritt an. Er hatte freie Bahn, die er nutzte, auf allen Ebenen der ASU und des Staates Gegner verhaften zu lassen.

Vor dem ASU-Nationalkongreß im Juli 1971 nannte Sadat diese Mai-Ereignisse eine „Kursberichtigung" der ägyptischen Revolution.

Zweitens: Noch im Jahre 1970 stellte Sadat Kontakte zu den USA her, zu denen sein Land zu diesem Zeitpunkt keine diplomatischen Beziehungen unterhielt. Er signalisierte seine Bereitschaft, die engen Bindungen Ägyptens an die Sowjetunion zu lösen.[2]

Die USA begriffen offenbar zunächst nicht die Chance, die sich ihnen bot. Ihre verantwortlichen Politiker teilten die damals verbreitete Meinung vom Übergangscharakter des Sadat-Regimes. Sadat selbst schreibt, daß der USA-Diplomat Elliot Richardson, der am Begräbnis Nassers in Kairo teilgenommen hatte, seinem Außenminister in Washington berichtet habe, der neue ägyptische Präsident werde kaum mehr als 4 oder 6 Wochen in seinem Amt bleiben. „Die Zukunft Ägyptens sei völlig ungewiß."[3]

Sadat nahm einen neuen Anlauf. Am 4. Februar 1971 erklärte er vor dem Parlament – er nannte dies seine „Friedensinitiative" –, Ägypten sei bereit, einen Friedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen und den Suezkanal wieder zu eröffnen, falls die Israelis als Gegenleistung sich bis zum Katmia-, Gidi- und Mitlapaß auf der Sinaihalbinsel zurückzögen und ägyptische Truppen auf das Ostufer des Kanals übersetzen könnten.

Jetzt reagierten die USA. Am 4. Mai 1971, 2 Tage nachdem Ali Sabri seines Amtes enthoben worden war, traf ihr Außenminister William Rogers in Kairo ein. 18 Jahre waren vergangen, seit mit John Foster Dulles ein Außenminister der Vereinigten Staaten Kairo besucht hatte.

Die USA hielten an ihrer bereits im Rogers-Plan niedergelegten Zielsetzung fest, die ägyptisch-israelischen Beziehungen separat zu regeln. Ägypten etwa könne – einer Information des iranischen Schahs zufolge – die Sinaihalbinsel zurückerhalten, und zwar zu Bedingungen, die es vom „Rest" der arabischen Welt isolieren würden.[4] Sadat und Rogers erzielten offenbar auf dieser Grundlage ein Übereinkommen. Doch die Israelis weigerten sich, ägyptische Truppen auf das Ostufer des Suezkanals übersetzen zu lassen. Auch wollten sie bei möglichen Verhandlungen oder Verträgen die Grenzen vom 5. Juni 1967 nicht erwähnt wissen. Die USA kamen aufgrund dieser israelischen Weigerung nicht weiter.

Sadat zeigte sich enttäuscht. Er habe sein Vertrauen in die

USA verloren, erklärte er.[5] Das hinderte ihn nicht, Kontakte zu den USA aufrechtzuerhalten, hauptsächlich durch Vermittlung Saudi-Arabiens. Im April 1972 richteten beide Seiten einen „vertraulichen Kanal" zueinander ein. Henry Kissinger, Sicherheitsberater von Präsident Nixon, schaltete sich unmittelbar in die USA-Nahostpolitik ein. Seine Absicht war, wie er schreibt, „die Bindungen Ägyptens an die Sowjetunion zu schwächen"[6].

Im Mai 1972 führte das Zentrum für politische und strategische Studien im Verlagshaus „al-Ahram" ein Symposium zu Fragen der ägyptischen Außenpolitik durch. Die internationale Situation war der dominierenden Überzeugung zufolge wesentlich durch das Gegenüber der beiden „Supermächte" UdSSR und USA gekennzeichnet. Ägypten müsse, forderten prominente Teilnehmer, seine Beziehungen zu den USA wiederherstellen; ignoriere es diese „Supermacht", werde es total abhängig von der anderen, der UdSSR.[7]

Drittens: Sadat machte die Beziehungen seines Landes zur Sowjetunion, die für Nasser strategische Bedeutung gewonnen hatten, zum Schacherobjekt in seinen Verhandlungen mit den USA. Er lavierte dabei unberechenbar und hinterhältig. Zunächst, am 27. Mai 1971, schloß er mit der Sowjetunion einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit ab. Er sprach von einer „prinzipiellen" und „dauerhaften Freundschaft", die beide Länder miteinander verbinde.[8]

Im folgenden Jahr, im Juli 1972, verzichtete Sadat auf die Hilfe sowjetischer Militärberater in Ägypten, die daraufhin das Land verließen. Darunter, meinte er beschwichtigend, solle die ägyptisch-sowjetische Freundschaft nicht leiden. Doch in der Folgezeit sprach er immer häufiger und aggressiver von Differenzen, die es seit längerer Zeit mit der sowjetischen Führung gebe. Die Sowjetunion habe Ägypten nicht die gewünschten Waffen geliefert. Und sie habe der ägyptischen Entscheidung nicht zugestimmt, die an Israel verlorenen Gebiete notfalls gewaltsam zurückzugewinnen.

„Wir Ägypter sind eine Familie"

Studentengruppen und einige Intellektuelle suchten die Öffentlichkeit zu alarmieren. Doch in ihrer übergroßen Mehrheit verhielten sich die Ägypter passiv. Spürten sie nicht die Gefahr, die auf sie zukam?

Die Konterrevolution steht in scharfem Kontrast zur Revolution. Als sie sich in Ägypten zu Beginn der siebziger Jahre anbahnte, wurde das indessen nicht sogleich augenfällig. Die soziale Revolution unter Nasser war im Ansatz steckengeblieben. Sie ging mit der Fortexistenz vorkapitalistischer und einer begrenzten Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse einher. Die Konterrevolution machte sich Inkonsequenzen und Halbheiten im revolutionären Prozeß zunutze, um ihn dann insgesamt zu liquidieren.

Der bürgerliche beziehungsweise kleinbürgerliche Nationalismus erfuhr – bereits seit 1967, als Reaktion auf die militärische Niederlage – eine Reaktivierung. Die Ägypter seien eine Familie, argumentierte Sadat, als er im Mai 1971 seine Gegner ausschaltete. Durch seine Wahl zum Präsidenten sei er zum Familienoberhaupt berufen. Als solches könne er nicht zulassen, daß es unter dem Familiendach Streit gebe; dies behindere die gemeinsame Lösung der anstehenden Aufgaben.[9]

Im antikolonialen Kampf war der bürgerliche und kleinbürgerliche Nationalismus ein leidenschaftliches patriotisches Bekenntnis. Jetzt hatte sich seine gesellschaftliche Funktion gewandelt. Er diente der Konterrevolution als Nebelwand. Die Konterrevolutionäre beanspruchten, Sachwalter gesamtnationaler Interessen zu sein, während sie ihre Gegner, die Revolutionäre, als nationale Störenfriede und Außenseiter beiseite zu schieben beziehungsweise zu liquidieren trachteten.

Die Dorfgemeinde, tatsächlich längst im Zerfall begriffen, stellte Sadat als Ur- und Vorbild der ägyptischen Gesellschaft dar. Im September 1972 erklärte er: Der Kapitalismus war nichts für uns. Unter dem Parteiensystem litten wir, deshalb haben wir uns mit der Revolution von 1952 von ihm befreit. Der Marxismus, der die Diktatur des Proletariats und damit einer Klasse proklamiert, ist auch nicht gut für uns. „Charakter und Motivierung unseres Volkes liegen darin, daß es eine Familie bildet, in der jeder davon weiß, was dem Ganzen wiederfährt. ... Seit uralten Zeiten gibt das Dorf ein treues Bild unseres Volkes, das eine Familie darstellt. Dies ist ein Volk, das an die Liebe glaubt und in dem jeder mit seinen Gefährten im Dorf Trauer, Freude und die Arbeit auf dem Felde teilt – jederzeit, wie in der Familie."[10]

Sadat kam auf dieses Thema auch in seiner Autobiographie zu sprechen. Er schilderte, wie er 1942 wegen Kontakten zu zwei deutschen Spionen eingesperrt worden war. „Ich fühlte mich völlig verloren. Was sollte ich tun? Ich würde nun für eine ziemlich lange Zeit im Gefängnis bleiben müssen, und was würde nachher mit mir geschehen? Was blieb mir zu tun, mir, der degradiert und

dessen Armeekarriere zerstört worden war?" Da kam ihm plötzlich, so Sadat, der Gedanke an sein Dorf. „Er gab mir unglaubliche Kraft. Mein Dorf war da, im Herzen des Nildeltas, und natürlich würde ich eines Tages dorthin zurückkehren. Warum sollte ich mir denn dann Sorgen um meine Zukunft und um mein Schicksal machen? In seiner Heimat – in seinem Dorf – findet der Mensch Seelenfrieden. Alle Bewohner des Dorfes haben an diesem inneren Frieden teil, so gering, arm oder schwach sie auch sein mögen. Denn jeder besitzt ein Heim oder doch zumindest die Vorstellung eines Heimes. Selbst wenn seine tatsächliche Heimstätte nur aus einem Zimmer, einem Waschraum und einer gemauerten Bank besteht. Sobald ein Mensch die Tür hinter sich geschlossen hat, kann es für ihn keinen größeren Seelenfrieden geben. Dies ist die Quintessenz des bäuerlichen Lebens: Seelenfrieden und Sicherheit."[11]

Eine andere Entwicklung kam Sadat zugute: Die Wiederbelebung des Islam. Viele Ägypter suchten in der Religion einen Weg aus der politisch-moralischen Krise, in die die militärische Niederlage 1967 sie gestürzt hatte. Im Frühjahr 1968 strömten Wochen hindurch Abend für Abend Tausende, Muslims wie Kopten, bei einer koptischen Kirche in Zaitun, einem Vorort von Kairo, zusammen, weil dort angeblich wiederholt die Jungfrau Maria erschienen war. Zeitungen veröffentlichten Bilder, auf denen diese Erscheinung auszumachen sein sollte, und Interviews mit Augenzeugen. Sadat verlangte von den Ägyptern, sie sollten Stärke aus ihrem religiösen Glauben schöpfen, der ihre „mächtigste Waffe" sei.[12] Unter Berufung auf den Islam und in Zusammenarbeit mit muslimischen Würdenträgern suchte er sein Regime zu legitimieren und zu stabilisieren. Er ließ ein eigenes islamisches Radioprogramm einrichten. Die normalen Programme, ob Radio oder Fernsehen, unterbrachen fünfmal am Tage ihre Sendungen, um zum Gebet zu mahnen. Das Fernsehen zeigte, wie Sadat an jedem Freitag – wie der Islam dies von seinen männlichen Anhängern verlangt – eine Moschee aufsuchte.

König Faisal von Saudi-Arabien unterstützte die konservativen religiösen Kräfte in Ägypten. Er bot Scheich Abd al-Halim Mahmud, dem Rektor von al-Azhar, der höchsten islamischen Einrichtung, 100 Millionen Dollar für einen Feldzug gegen den Atheismus und für den Triumph des Islam. Tatsächlich überwies er nur eine erste Rate von 40 Millionen Dollar. Da der damalige ägyptische Ministerpräsident Mamduh Salim harte Währung brauchte, lenkte er das Geld in das Finanzministerium und zahlte den Rektor in einheimischer Währung aus. Dieser wurde aktiv. Persönlich schrieb er einige Bücher gegen den Kommunismus.

Eine besondere Rolle sollten die Muslimbrüder spielen. Sadat hatte vor der Revolution Kontakte zu ihnen unterhalten. 1940 war

er erstmals mit Hassan al-Banna zusammengetroffen, den er nach seinen eigenen Worten grenzenlos bewunderte.[13]

In den Jahren, in denen die Muslimbrüder mit den Freien Offizieren in Fehde lagen, hatte sich in ihrer Gedankenwelt einiges geändert. Das Zentrum des islamischen Neofundamentalismus stellte jetzt Pakistan dar. Sein Hauptvertreter war der Pakistaner Abu'l-A'la al-Maududi geworden. Ihm zufolge sind Menschen, die sich weigern, die Oberherrschaft Gottes anzuerkennen, Rebellen. „Auch wenn sie sich nicht schlecht benehmen und weder Verderben noch Gewalttätigkeit verbreiten, bleiben sie Aufrührer, und ihre scheinbar guten Taten sind von geringem Wert. Solche Menschen sind wie Gesetzesbrecher."[14] In Ägypten hatte Sayyid Qutb die Ideen Maududis mit leidenschaftlichem Engagement verbreitet. 1954 war er zusammen mit anderen Muslimbrüdern eingesperrt worden. Inzwischen entlassen, wurde er nach einer Verschwörung der Muslimbrüder im Jahre 1965 erneut verhaftet und dieses Mal gehängt.

Zu Beginn der siebziger Jahre gab es unter den ägyptischen Muslimbrüdern verschiedene Elemente. Die einen dachten hauptsächlich an Gewalt und Terror; sie saßen entweder in Gefängnissen oder betätigten sich im Untergrund. Andere lebten im Ausland. Wieder andere versuchten, sich in Ägypten einzurichten.

Im Sommer 1971 kamen Vertreter der Muslimbrüder, geleitet von Said Ramadan, der einige Jahre in Saudi-Arabien gelebt hatte, zu einem geheimen Treffen mit Sadat zusammen. König Faisal befürwortete eine Aussöhnung. Sadat meinte, sie alle seien mit denselben Feinden konfrontiert, nämlich mit Atheismus und Kommunismus, nicht zu erwähnen die überlebenden nasseristischen Ideen. Er bot seinen Verhandlungspartnern ein Bündnis an.[15] Doch aufgrund ihrer langjährigen Verfolgungen durch die Freien Offiziere mißtrauten ihm diese vorerst.

In den Folgejahren entschloß sich ein Teil der Muslimbrüder, Sadat zu unterstützen. Umar at-Talmasani wurde ihr Repräsentant. Usman Ahmad Usman, ein reicher und einflußreicher Bauunternehmer, eng mit dem Sadat-Regime liiert, förderte sie.

Die Kanalüberquerung (1973)

Als Sadat politisch nicht weiterkam, erklärte er 1971 zum „Jahr der Entscheidung". Die israelische Okkupation arabischer Territorien sollte in ihm beendet werden. Das Jahr ging zu Ende – nichts

Überquerung des Suezkanals durch ägyptische Truppen

geschah. Sadat entschuldigte sich: Ein unerwarteter Nebel an der Kampffront habe seine Pläne über den Haufen geworfen. Die Ägypter verspotteten ihren Präsidenten. Das Jahr 1971 werde, so ein Scherzwort, durch Präsidentenerlaß um einige Monate verlängert.

Sadat geriet in eine schwierige Situation. Er hatte versucht, sich bei den USA und Israel anzubiedern. Doch die Israelis waren nicht bereit, auch nur ein Stück des geraubten Bodens herauszugeben.

1972 sprach Sadat erneut davon, daß Ägypten, um die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen, vorbereitet und entschlossen sei, einen Krieg gegen Israel zu führen. Zugleich mahnte er, Geduld zu haben.

1973 war nach den Worten des ägyptischen Präsidenten eine „totale Konfrontation" herangereift. Sie verlange vom Volk eine Mobilisierung all seiner Kräfte.

Am 6. Oktober 1973, um 14 Uhr, begannen Ägypten und Syrien einen Krieg gegen Israel. Die Israelis waren überrascht. Nachdem Sadat ihnen in den beiden Jahren zuvor wiederholt mit Krieg gedroht hatte, glaubten sie wohl nicht mehr an den Ernst seiner

Von den Israelis zurückgelassene kampfunfähige Panzer

Drohungen. Zudem gelang es den Arabern, ihre Kriegsvorbereitungen geheimzuhalten.

Zwar griffen die Araber an – dennoch fuhrten sie einen gerechten Krieg Sie betraten keinen israelischen Boden Sie gingen daran, Gebiete, die Israel ihnen 1967 geraubt hatte, zurückzuerobern.

Der „Oktoberkrieg", wie er später genannt wurde, verlief in 3 Phasen.

In der ersten Phase gingen die Araber in die Offensive

Die agyptische Luftwaffe, sie stand unter dem Kommando von Muhammad Husni Mubarak, leitete die Kampfhandlungen ein. Ungefahr 240 Flugzeuge bombardierten israelische Stellungen hinter den Frontlinien: Boden-Luft-Raketenbatterien, Gefechtsstande, Radar- und Artilleriestationen. Gleichzeitig eroffneten etwa 2000 Geschütze das Feuer In den ersten Minuten des Krieges gingen 10 500 Geschosse auf israelische Stellungen nieder – 175 Geschosse in der Sekunde.

Um 14 15 Uhr, als die agyptischen Flugzeuge von ihren Einsatzen zuruckkehrten, uberquerten die Ägypter den Suezkanal an 3 Abschnitten Im Norden unterhalb von Kantara, im Gebiet von Ismailia und sudlich der Bitterseen zwischen Schalufa und Kubri.

Sie benutzten kleine Schlauchboote mit Außenbordmotoren, Hubschrauber, Amphibienpanzer und rasch zu errichtende Pontonbrücken. In kurzer Zeit hatten 80 000 Ägypter das Ostufer des Kanals erreicht, die als uneinnehmbar geltende Bar-Lev-Linie erstürmt und durchschnittlich 16 Kilometer zurückgelegt. Sie führten Panzer und anderes Kriegsgerät mit sich.

Syrische Panzereinheiten rückten auf den Golanhöhen an 2 Stellen vor: auf der Straße nach Kuneitra in südwestlicher Richtung, zum anderen sichelförmig nach Nordwesten – von Rafid nach Chusnija. In erbitterten Kämpfen durchbrachen sie israelische Stellungen. Die israelische 188. Panzerbrigade wurde fast völlig vernichtet, ebenso die 7. Panzerbrigade. Den Syrern gelang es auch, den strategisch bedeutsamen Berg Hermon zu erobern. Hubschrauber setzten hier Soldaten eines Spezialbataillons ab.

Die sowjetischen Waffen, die die Araber einsetzten, erwiesen sich als außerordentlich effektiv. Die Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM 2, SAM 3 und SAM 6 schränkten den Bewegungsraum der israelischen Luftwaffe stark ein. Am ersten Tag schon verloren die Israelis 35 Flugzeuge. Sowjetische Panzerabwehrraketen ermöglichten es Infanteristen, feindliche Panzer zu bekämpfen.

Am 10. Oktober begann eine zweite Kriegsphase. Die Offensive der Araber geriet ins Stocken. Für etwa 4 Tage stagnierten die Kampfhandlungen.

Am 14. Oktober gingen die Israelis zur Offensive über. Sie leiteten damit die dritte und letzte Phase des Krieges ein.

Die Wende hatte sich zuerst an der syrisch-israelischen Front abgezeichnet: Israelische Verbände überschritten am 11./12. Oktober die Waffenstillstandslinie von 1967 und besetzten zusätzlich arabisches Territorium. Am 22. Oktober gelang es ihnen – beim zweiten Versuch –, den Berg Hermon zurückzuerobern. Einen israelischen Vorstoß auf Damaskus konnten die Syrer, unterstützt von irakischen und jordanischen Panzerverbänden, aufhalten.

Auf der Ostseite des Suezkanals entbrannte am 14. Oktober eine heftige Panzerschlacht, an der etwa 2000 Panzer beteiligt waren. Die Ägypter verließen den „Schutzschirm", den Boden-Luft-Flugabwehrraketen ihnen boten, und mußten hohe Verluste hinnehmen. Über 250 ihrer Panzer wurden zerstört, und 1000 Soldaten fanden den Tod oder wurden verletzt.

Am folgenden Tag schickte sich ein kombinierter Panzer-Infanterie-Verband der Israelis unter dem Kommando von Ariel Scharon an, den Suezkanal in Richtung Westen zu überqueren. Er schlug zunächst durch die ägyptische Front zum Ostufer des Kanals eine Bresche. Am 16. Oktober um 1.35 Uhr setzte er im Gebiet des Deversoir, des einstigen Abflusses des Ptolemäischen Kanals, über. Die Israelis errichteten einen Brückenkopf, der sich um 8 Uhr vom Großen Bittersee aus 5 Kilometer nach Norden er-

streckte. Der Widerstand, auf den sie trafen, war relativ gering. Demgegenüber entbrannten um den Korridor, den sie sich zum Kanal gebahnt hatten, heftige Kämpfe.

Die Israelis konnten ihren Brückenkopf vergrößern. Sie erreichten die Außenbezirke Ismailias. Durch einen Vorstoß nach Süden gingen sie daran, die ägyptische 3. Armee einzuschließen. Indem sie Boden-Luft Raketen der Ägypter zerstorten, konnten sie die eigene Luftwaffe in größerem Umfang einsetzen.

Die Israelis hielten jetzt afrikanischen Boden besetzt. Das war neu gegenüber den vorangegangenen Kriegen.

Wie hatte es dazu kommen können?

Sadat machte in seinen Memoiren den damaligen Stabschef Sa'ad ad-Din asch-Schadhili dafür verantwortlich. Dieser habe von ihm den Befehl erhalten, den israelischen Brückenkopf zu liquidieren. Statt zu handeln, habe er mit Einholen von Informationen Zeit verschwendet. Am 19. Oktober sei er als „nervöses Wrack" unverrichteterdinge zurückgekehrt.[16]

Schadhili wies diese Beschuldigung zurück. Sadat selbst trage die Hauptverantwortung für den israelischen Durchbruch. Er habe zwei Panzerdivisionen auf das Ostufer des Suezkanals geschickt, die er, Schadhili, auf dem Westufer habe belassen wollen. Sadat sei auch dagegen gewesen, ägyptische Truppen vom Ostufer des Kanals zurückzunehmen und zur Bekämpfung des Brückenkopfes einzusetzen.[17]

Die Sowjetunion ergriff die Initiative zur Beendigung der Kampfhandlungen. Gemeinsam mit den USA legte sie am 22. Oktober den Entwurf eines Friedensappells vor, der vom UNO-Sicherheitsrat verabschiedet wurde. Die Resolution – sie trägt die Nummer 338 – forderte die kriegführenden Parteien auf, in den Positionen, die sie innehaben, das Feuer einzustellen und alle militärischen Aktivitäten zu beenden. Nach Einstellung des Feuers sollte damit begonnen werden, die Resolution 242 (1967) in allen ihren Teilen zu verwirklichen. Ferner sollten unter geeigneter Schirmherrschaft Verhandlungen aufgenommen werden, um zu einem gerechten und dauerhaften Frieden in Nahost zu gelangen.[18]

Die kriegführenden Parteien akzeptierten grundsätzlich den Appell des Sicherheitsrates. Israel setzte dennoch die Kämpfe fort. Seine Truppen drangen am 23. Oktober bis zum Hafen Adabiya am Golf von Suez vor. Sie besetzten über 2000 Quadratkilometer afrikanischen Bodens. Als sie die Straße Kairo–Suez bei Kilometer 109 abriegelten, war die ägyptische 3. Armee auf dem Ostufer des Suezkanals, zu der 20 000 Mann und etwa 200 Panzer gehörten, faktisch vom Hinterland abgeschnitten. Ausbruchsversuche der Ägypter mißlangen. Die Israelis bombardierten und zerstörten das Material, das zum Rückzug vom Ost- auf das Westufer er-

forderlich gewesen wäre. Erst am 25. Oktober, nachdem der Sicherheitsrat seinen Appell erneuert hatte (Resolution Nummer 339), fanden die Kämpfe ein Ende.

Was brachte der Krieg?

Er forderte hohe Opfer an Menschen und Material. Die Zahl der Toten betrug auf der israelischen Seite etwa 2500, auf der arabischen Seite zwischen 7000 und 8000. Israel dürfte 1000 Panzer verloren haben, Syrien und Ägypten jeweils zwischen 500 und 1000. Insgesamt wurden rund 500 Flugzeuge zerstört.

Betrachtet man den Gesamtverlauf des Krieges, so gab es weder einen eindeutigen Sieger noch einen eindeutigen Verlierer. Doch das sagt nicht alles. Die Araber demonstrierten, daß sie kämpfen und siegen können. Sie zerstörten damit den Mythos, wonach Israel die unbesiegbare regionale „Supermacht" sei. Damit wiederum verbesserten sie die Bedingungen, um zu einem gerechten und dauerhaften Frieden in Nahost zu gelangen.

Die Chance, hier voranzukommen, ergab sich mit der Nahostfriedenskonferenz, die am 21. Dezember in Genf zusammentrat. An ihr nahmen neben UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim die Außenminister der UdSSR, der USA, Ägyptens, Jordaniens und Israels teil. Auf der Konferenz, die 2 Tage dauerte, standen sich unversöhnliche Positionen gegenüber. Dennoch bot sie einen Ansatzpunkt, um einer Konfliktregelung näherzukommen, einfach schon dadurch, daß sie die Konfliktpartner zusammenführte. Befürworter einer Entspannung plädierten deshalb in der Folgezeit für ihre Wiedereinberufung. Es hätte dann auch neben Syrien, das eingeladen war und fernblieb, die PLO hinzugezogen werden müssen.

Kräfte des Imperialismus und der regionalen Reaktion schlugen einen anderen Weg ein. Sie orientierten auf separate israelisch-arabische Vereinbarungen. Israel sollte dadurch die Chance erhalten, allgemeinimperialistische und eigene Interessen durchzusetzen.

Ägypten folgte dieser Orientierung. Am 25. Oktober regelte es mit Israel die Versorgung seiner eingeschlossenen 3. Armee. Dann ging es um grundsätzliche Belange. Am 18. Januar 1974 wurde in einem Zelt am Kilometerstein 101 auf der Straße von Suez nach Kairo zwischen beiden Seiten ein „Abkommen über die Streitkräfteentflechtung" unterzeichnet, das durch die Vermittlung von USA-Außenminister Henry Kissinger zustande gekommen war. Die Israelis zogen sich daraufhin vom Westufer des

Präsident Anwar as-Sadat

Suezkanals zurück. Am 1. September 1975 schlossen Israel und Ägypten ein zweites Truppenentflechtungsabkommen ab.

Diese Schritte hätten, ihr eingeordnet, einer komplexen Konfliktregelung dienen können. Durch separate Vereinbarungen zustande gekommen, zielten sie in die entgegengesetzte Richtung.

Politik der „offenen Tür"

Im April 1974 legte Sadat ein programmatisches Dokument vor, unter Bezugnahme auf den vorangegangenen Krieg „Oktoberpapier" genannt. Er skizzierte darin Leitlinien für die Entwicklung Ägyptens bis zum Jahr 2000. Die Nassersche Revolution sollte fortgeführt, von negativen Erscheinungen jedoch gereinigt werden. Das Parlament billigte das „Oktoberpapier". In einem Referendum im Mai 1974 erhielt es 99,95 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Im September 1974 legte Sadat dem Parlament ein zweites Papier vor. Es befaßte sich mit der ASU, einem „Haus des Widerspruchs", wie sie genannt wurde. Ein Komitee erhielt die Aufgabe, Meinungen über die Zukunft der ASU und des Landes zu

sammeln. Es trug eine breite Skala von Auffassungen zusammen. Arbeiter und Bauern setzten sich dafür ein, die Ziele der Revolution unter allen Umständen zu bewahren, wozu sie die Bodenreform, kostenlose medizinische Betreuung und Erziehung, die Existenz staatlicher Industriebetriebe und die Beteiligung der Arbeiter an ihrer Leitung rechneten. Der ASU und dem Einparteiensystem standen sie loyal gegenüber. Studenten- und Frauenorganisationen wollten gleichfalls an der Revolution festhalten. Linkskräfte nannten die von Nasser konzipierte und verfochtene Orientierung grundsätzlich richtig. Sie sei lediglich unvollkommen verwirklicht worden, weshalb mit größerer Konsequenz für sie gestritten werden müsse. Rechtskräfte verlangten Pressefreiheit, ein parlamentarisches Mehrparteiensystem sowie einen starken Privatsektor. Vertreter der „Mitte" verwiesen vorsichtig auf das Positive an der Nasserschen Politik, meinten jedoch einschränkend, diese sei nicht hinreichend vom Volk kontrolliert worden.[19]

Was wollte Sadat mit der Volksmeinung? Er hatte längst entschieden. Radikaler als zuvor verfolgte er einen konterrevolutionären Kurs. Freimütiger auch.

Mit einer Politik der „Öffnung" *(infitah)* – oder, wie ihre populäre Bezeichnung hieß, der „offenen Tür" – lud Sadat ausländisches Kapital ein, in Ägypten zu investieren, in der Industrie, im Bau-, Transport- und Bankwesen, im Tourismus, kurzum, nahezu überall. Das Oktoberpapier sah dies vor. Das Gesetz Nummer 43 von 1974, 1977 durch das Gesetz Nummer 32 ergänzt, steckte den Rahmen dafür ab. Neue ausländische Unternehmungen erhielten bis zu 15 Jahre Steuerbefreiung. Gegen Nationalisierung und Konfiskation sollten sie geschützt sein. Port Said wurde zum Freihafen. Ausländische Firmen sollten sich dort niederlassen und reexportieren.

Sadat belebte die ASU noch einmal, um sie dann schrittweise zu liquidieren. Zunächst, im März 1976, ließ er, um sich bürgerlich-parlamentarischen Spielregeln anzunähern, in ihrem Rahmen „Plattformen" einrichten (*minbar* bzw. – Plural – *manabir* genannt, wie die Predigtkanzeln in den Moscheen), eine linke, eine mittlere, eine rechte. Im selben Jahr fanden Parlamentswahlen statt. Von den 350 Parlamentssitzen entfielen auf die Mitte, die Sadat stützte, 280, auf die Rechte 12, auf die Linke 4 und auf unabhängige Kandidaten die übrigen. Noch im selben Jahr kündigte Sadat an, daß aus den „Plattformen" Parteien hervorgehen sollten. Die Linken nannten sich Vereinigte Nationale Progressive Partei (VNPP), die Rechten Freie Sozialistische Partei und die Vertreter einer sogenannten Mitte Arabische Sozialistische Partei.

Außenpolitisch setzte Sadat noch stärker auf die USA. Allein sie seien befähigt, behauptete er, den Nahostkonflikt zu lösen. Mindestens „99 Prozent aller Karten des Spiels" seien in ihrer

Hand.[20] Den mit der Sowjetunion im Mai 1971 abgeschlossenen Freundschafts- und Beistandspakt kündigte Ägypten einseitig im März 1976. Dies war von einer massiven antikommunistischen und antisowjetischen Verleumdungskampagne begleitet. Immer wieder behauptete Sadat demagogisch, die Sowjetunion habe erbetene und versprochene Hilfe nicht gewährt.

Einen Erfolg verbuchte Ägypten in diesem Zeitraum: Am 5. Juni 1975 wurde der Suezkanal wiedereröffnet. An den Feierlichkeiten hierzu nahm der Kreuzer „Little Rock" teil, das Flaggschiff der 6. Flotte der USA. Sadat hatte ursprünglich gewünscht, zwei USA-Kriegsschiffe sollten in dem Konvoi fahren, da er befürchtete, die Israelis würden sein Schiff beschießen. Er begnügte sich schließlich mit dem Kreuzer.[21] Der Kanal wurde in der Folgezeit mit Hilfe ausländischer Firmen verbreitert und vertieft, um mit dem wachsenden Volumen der Schiffe, vor allem der Öltanker, Schritt zu halten.

Erfolgreich gestaltete sich auch der Tourismus. 1972 besuchten 500 000 Touristen das Land; das war der Jahresdurchschnitt vor dem Juni 1967. 1975 betrug diese Zahl 800 000.

Insgesamt zeitigte, dies zeichnete sich bald ab, der von Sadat eingeleitete Kurs verhängnisvolle Folgen für Ägypten.

Die Politik der „Öffnung" setzte keine produktiven Impulse frei. Statt dessen förderte sie, dafür entstand eine Art Treibhausklima, parasitär-kapitalistische Entwicklungen. Der Privatsektor wuchs zu Lasten des staatlichen Sektors. So ließ sich um die staatliche Aluminiumfabrik beim Assuan-Hochdamm eine Reihe kleinerer Privatunternehmer nieder, die das Aluminium weiterverarbeiteten und die aus ihm hergestellten Güter vermarkteten, dies mit dem Ziel, möglichst hohe Gewinne zu erzielen, während das Staatsunternehmen gesetzlich verpflichtet war, seine Kosten und seine Gewinnspanne niedrig zu halten. Eine Schicht bildete sich heraus, die zwischen dem Auslandskapital und der einheimischen Bourgeoisie vermittelte und sich durch Spekulation wie Korruption hemmungslos bereicherte. Der Import ausländischer Waren, insbesondere von Luxusgütern, schnellte empor. „Jeder, der ausländische Währung hatte, konnte importieren, was immer er wollte, um es einer nach Konsumgütern hungrigen Bevölkerung zu verkaufen – und diese durch die Fernsehreklame noch hungriger zu machen", schreibt M. H. Heikal dazu.[22] Von Port Said aus fand kaum Export statt; von den Gütern, die in den Hafen kamen, nahmen 80 Prozent ihren Weg auf den ägyptischen Markt.

Die Lage der Werktätigen verschlechterte sich. Ungefähr zwei Fünftel der Erwerbsfähigen waren nicht oder nicht regelmäßig beschäftigt. Der private Konsum je Kopf der Bevölkerung lag 1974 um 7,4 Prozent niedriger als ein Jahrzehnt zuvor. Die Inflationsrate betrug im selben Jahr 40 Prozent.

Die ägyptische Gesellschaft polarisierte sich immer stärker, wie Heikal feststellt. Auf der einen Seite befanden sich die „fetten Katzen" mit ihren Anhängseln, vielleicht 150 000 Menschen, auf der anderen der Rest der Bevölkerung.[23] Damit sammelte sich sozialer Sprengstoff an. Doch die „fetten Katzen" kümmerte das wenig. Der Staat war ihrem Verständnis zufolge, wie ein ägyptischer Intellektueller formulierte, „ein einfacher Mechanismus, um den ruhigen Schlaf der Reichen vor der Schlaflosigkeit der Armen zu schützen"[24].

Das funktionierte allerdings nicht immer.

Am 16. Oktober 1976 verlangte Paul M. Dickie, der Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IMF) in Kairo, in einem an die ägyptische Regierung gerichteten Memorandum einige „Wirtschaftsreformen". Dazu sollten gehören eine Abwertung des ägyptischen Pfundes und eine drastische Senkung der Subventionen, die staatlicherseits für eine Reihe Grundnahrungsmittel sowie für Brennstoffe und Kleidung gewährt wurden. Am 17. Januar 1977 gab die Regierung Preiserhöhungen zwischen 3 und 30 Prozent für 25 wichtige Waren bekannt, darunter für Öl, Zucker, Reis und Mehl.

Bereits am 1. Januar 1975 hatten Werktätige spontan gegen die steigenden Lebenshaltungskosten protestiert. Jetzt steigerte sich der Protest. Am 18. Januar 1977 brachen explosionsartig Unruhen aus, zunächst in Alexandria und Kairo, dann in weiteren Städten. Demonstranten riefen: „Sadat, Sadat, du machst Millionen, wir aber hungern!", „Sadat, wenn wir schon Hungers sterben sollen, dann vorwärts, laß uns gleich erschießen!" ASU-Büros und Polizeistationen wurden angegriffen, ebenso große Autos und Nachtbars, die als Sinnbilder der Korruption und des Reichtums galten.

Die Unruhen überraschten Sadat in Assuan. Überstürzt kehrte er nach Kairo zurück. Ein Flugzeug stand bereit, notfalls ihn und seine Familie nach Teheran zu bringen.

Am nächsten Tag dauerten die Unruhen an. Um sie zu beenden, operierte Sadat zweigleisig: Er ließ die Armee eingreifen und schießen – 79 Menschen starben, 1000 wurden verwundet –, und er nahm die Preiserhöhungen zurück. Er gestand damit ein, daß seine Politik den Zorn der Bevölkerung provoziert hatte. Doch offiziell suchte er die Schuldigen anderswo, bei den Linken. Er ließ Hunderte von ihnen verhaften. Der Großscheich von Azhar ersuchte unter Hinweis auf die Ereignisse, die er eine „ernste Warnung" nannte, konservative arabische Staaten um Hilfe für Ägypten.[25]

Sadat in Jerusalem (1977)

Sadat liebte Überraschungen. Sie gehörten zu seinem politischen Stil. Erlaubten sie es ihm doch, sich publikumswirksam in Szene zu setzen.

Die größte Überraschung, die er in seinem Leben inszenierte, kündigte er nebenbei an. Es war der 9. November 1977. Sadat sprach vor dem Parlament. Er sei bereit, erklärte er, an der Nahostkonferenz in Genf teilzunehmen. Bis ans Ende der Welt wolle er gehen, wenn er nur verhindern könne, daß ein ägyptischer Soldat oder Offizier verwundet werde. Er fügte hinzu: „Sogar nach Jerusalem. Israel wird erstaunt sein zu hören, wenn es mich hier zu Ihnen sagen hört, daß ich bereit bin, in sein Haus zu gehen, nämlich in die Knesseth, um zu ihm zu sprechen."[26]

Manche Zuhörer glaubten, Sadat improvisiere. Es handle sich dabei um eine eher rhetorische Wendung. Oder um einen Versprecher. Arafat war eigens zu der Parlamentssitzung eingeladen worden. Die Präsidentenmaschine hatte ihn von Tripolis (Libyen) nach Kairo gebracht. Hinterher erklärte er: „Sadat setzte mir einen Turban auf den Kopf", was bedeutete: Er hielt mich zum Narren. Der Präsident ließ die befremdende Passage aus dem Redetext, der in Ägypten veröffentlicht wurde, streichen. Im Ausland erschien sie und verblüffte.

War Sadats Absicht, nach Jerusalem zu gehen, wirklich verblüffend? Sein Entschluß lag auf der Linie der von ihm seit Jahren verfolgten Politik. Allerdings: Unter welchen Umständen er ihn faßte und warum er diesen Zeitpunkt wählte, das ist bis heute nicht ganz klar.

Was den Zeitpunkt betrifft: Die Chancen wuchsen, daß die Nahostfriedenskonferenz erneut in Genf zusammentreten würde. Am 1. Oktober 1977 hatten die UdSSR und die USA in einer gemeinsamen Erklärung die Initiative hierzu ergriffen. Im Rahmen einer umfassenden Nahostregelung sollten alle konkreten Fragen gelöst werden, hieß es, „darunter auch derartige Schlüsselfragen wie der Abzug der israelischen Truppen von den während des Konflikts von 1967 okkupierten Territorien, die Palästina-Frage einschließlich der Garantierung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung der Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit".[27]

Mit seiner geplanten Jerusalem-Reise blockierte Sadat eine komplexe Regelung der Nahostprobleme.

Von USA-Präsident J. Carter ermuntert, hatte er zunachst daran gedacht, mit Shimon Peres, dem Repräsentanten der Israelischen Arbeiterpartei (IAP), zu verhandeln, in dem er den neuen israelischen Ministerpräsidenten sah. Verschiedene Politiker, darunter Kissinger und König Hassan von Marokko, hatten Kontakte zwischen beiden hergestellt. Doch dann wurde im Ergebnis der Knessethwahlen vom 17. Mai 1977 Menachem Begin, Chef des rechtsextremen Likud, Ministerpräsident. Bei seinem Besuch in Washington im Juli 1977 erklärte Begin dem amerikanischen Präsidenten, daß er bereit sei, die gleichen Vereinbarungen zu treffen wie Peres, ja daß sein Bewegungsraum wohl noch größer sei. Zur selben Zeit ließ Israel Ägypten wissen, es sei an direkten Kontakten interessiert. Als USA-Außenminister Cyrus Vance am 1. August 1977 nach Kairo kam, berichtete er Sadat von den Gesprächen zwischen Carter und Begin.[28]

Moshe Dayan, im Juni 1977 israelischer Außenminister geworden, führte im August desselben Jahres Gespräche mit dem Schah des Iran. Im September verhandelte er in Marokko mit Hassan at-Tuhami, einem Vertrauten Sadats. Dabei soll er ein Treffen Begins mit dem ägyptischen Präsidenten vorgeschlagen haben.

Am 29. Oktober traf Sadat in Bukarest ein. Dort hatte er, wie schon zuvor im August Begin, mit Nicolae Ceauşescu einen Gedankenaustausch über mögliche Direktkontakte zwischen Ägypten und Israel. Am 31. Oktober flog Sadat nach Teheran weiter. Auf diesem Flug will er, wie er berichtet, erstmals die klare Vorstellung gewonnen haben, nach Jerusalem zu gehen. Davon unterrichtete er in der iranischen Hauptstadt den Schah. Dieser informierte über seine Gespräche mit Dayan.

Eins ist sicher: Sadat setzte sich in Szene, doch die USA führten Regie. Ihnen lag daran, ihren Einfluß in der Region zu verbreitern. Deshalb suchten sie einen in ihrem Interesse liegenden Ausgleich zwischen arabischen Führungskräften und den zionistischen Machthabern in Israel.

Am 19. November 1977 begab sich Sadat nach Israel, nachdem er zuvor offiziell eingeladen worden war. Um 20 Uhr landete seine Maschine auf dem Internationalen Flughafen „Ben Gurion" nahe Tel Aviv. Am folgenden Tag trat er vor der Knesseth in Jerusalem auf. Er trug Forderungen vor, die im wesentlichen auch andere arabische Staaten vertraten: Räumung der seit 1967 besetzten

Sadat und Begin in Jerusalem

arabischen Territorien; Verwirklichung des Rechtes des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechtes auf Schaffung eines eigenen Staates; das Recht eines jeden Landes der Region, in Frieden und gesicherten Grenzen zu leben; Gestaltung der Beziehungen aller Staaten des Nahen Ostens im Einklang mit den Grundsätzen der UNO-Charta; Beendigung des Kriegszustandes.[29] Doch das war nicht das Entscheidende. Mit seinem Alleingang verzichtete Sadat auf die kollektive Verhandlungsstärke der Araber und auf eine komplexe Regelung des Nahostkonflikts. Und indem er die von Israel besetzten arabischen Territorien zum Verhandlungsgegenstand machte, signalisierte er seine Bereitschaft, auf ihre völlige Herausgabe zu verzichten.

Begin verstand Sadat genau in diesem Sinn. In einem Interview, das er wenige Wochen später gab, meinte er, Sadat habe gewußt, was ihn in Israel erwarte. „Er wußte, daß wir nie die nochmalige Zweiteilung Jerusalems billigen, nicht auf die Grenzen von 1967 zurückkehren und nie unsere Siedlungen in Judäa, Samaria (gemeint ist Westjordanien – M. R.) und dem Ghazastreifen räumen würden. Unsere Position war immer wie folgt: Wenn Präsident Sadat nach Jerusalem kommen will, um über diese Fragen zu debattieren, so ist das sein gutes Recht, wir aber haben keinerlei Absicht, unsere oben genannten Positionen zu ändern." Die mögliche Hoffnung Sadats, daß Israel nachgeben könne, nannte Begin einen „Versuch der Selbstüberredung".[30]

Sadat blieb bis zum 21. November in Jerusalem.

Bürgerliche Journalisten – über 2000 waren nach Israel gekommen – sprachen von „Stunden, die Weltgeschichte machen"[31]. Sie feierten Sadat als „Mann des Jahres", vereinzelt gar als „Mann des Jahrhunderts". Auch den „Willy Brandt der arabischen Welt" nannten sie ihn.[32]

Für die Palästinenser waren es schmerzliche Stunden. Abu Ijad berichtet, wie er das Geschehen am Fernsehapparat verfolgte: „Das Flugzeug rollt langsam aus... Ich halte den Atem an, und plötzlich erwacht in mir eine törichte Hoffnung: Sadat wird nicht erscheinen! In letzter Minute hat er sich entschlossen, doch nicht nach Israel zu fliegen! Aber dann dreht sich mir der Magen, und meine Kehle ist wie zugeschnürt. In den aufflammenden Scheinwerferkegeln erscheint der ägyptische Präsident wie ein Licht aus der Finsternis. Er schüttelt die Hände. Einer nach dem anderen defilieren die Henker unseres Volkes an mir vorüber: Begin, Dajan, Scharon, Generale in Galauniform. Während die zionistische Nationalhymne erklingt, verharrt Sadat, der ‚Sieger des Oktoberkrieges', regungslos vor der Fahne der Besatzungsmacht. Einigen meiner Kameraden rollen Tränen über das Gesicht. In den folgenden 40 Stunden werde ich meine Augen nicht mehr vom Fernsehapparat lassen, denn Minute für Minute verfolge ich diesen Besuch, Inbegriff der Ehrlosigkeit und der Schande."[33]

Es folgten separate Verhandlungen zwischen ägyptischen und israelischen Politikern. Sadat spielte ein doppeltes Spiel. Nach außen bekundete er, arabische Interessen zu verteidigen. Faktisch verriet er die Araber, insbesondere die Palästinenser. Als er im März 1978 in Ismailia mit dem israelischen Verteidigungsminister Ezer Weizman zusammentraf, erklärte er diesem: „Ich habe die PLO aus meinem Lexikon gestrichen. ... Aber das kann ich nur Ihnen sagen – nicht Begin, weil Begin am nächsten Tag verkünden würde: ‚Sadat schließt die PLO aus!' Ich muß den Arabern sagen können: ‚Die Araber auf der West Bank und in Gaza werden ihre Zukunft selbst gestalten können, und die Israelis werden diese Gebiete verlassen.'"[34] Auf die Frage Weizmans, wer die Verantwortung für Westjordanien und Ghaza übernehmen solle, entgegnete Sadat: „Wenn Jordanien in die Verhandlungen eintritt – dann Jordanien, die Vertreter der in diesen Gebieten ansässigen Bevölkerung und Sie." Weizman daraufhin: „Daraus entnehme ich, daß es keinen palästinensischen Staat geben wird." Sadat: „Richtig! Wenn ich das aber Begin sage, wird er es am nächsten Tag von allen Dächern rufen. *Ihnen* kann ich sagen: kein Staat! Und einige militärische Stützpunkte für Israel."[35]

Als er sein Gespräch mit Sadat noch einmal überdachte, wurde Weizman, wie er schreibt, besserer Stimmung. „Genau wie wir war der ägyptische Präsident nicht an einem Palästinenserstaat

interessiert; er war bereit, unsere Siedlungen in West-Jordanien an Ort und Stelle zu belassen; er würde an Husseins Stelle treten, wenn der König an den Verhandlungen nicht teilnehmen sollte. Ich war froh, daß Aaron Barak (Rechtsberater des israelischen Kabinetts – M. R.) unserem Gespräch beigewohnt hatte; ohne ihn als Zeugen würde mir in Israel keiner glauben."[36]

Am 15. März 1978 überfielen die Israelis den Libanon und stießen bis zum Litani vor. Sadat nahm den israelischen Aggressionsakt hin. Für Weizman war dies, wie er schreibt, „ein wichtiger Test für die künftigen Beziehungen zwischen Ägypten und Israel"[37]. Der Widerstand, auf den sie im Lande wie in der Weltöffentlichkeit trafen, zwang die israelischen Aggressoren indessen zum Rückzug.

Dreiergipfel in Camp David (1978)

Zu Beginn des Jahres 1978 gerieten die ägyptisch-israelischen Separatverhandlungen ins Stocken.

Was waren die Ursachen?

Sadat ließ sich in Ägypten als Friedenshelden feiern. Viele Ägypter glaubten seinen Beteuerungen, in Jerusalem für den Frieden gefochten zu haben. Sie hofften, mit einer Beruhigung der äußeren Situation werde sich ihre komplizierte Lebenslage verbessern.

Sadat fand Beifall auch bei einigen konservativen Regimen in der Region. So bei der sudanesischen Führung. Der Schah des Iran nannte sein Vorgehen „würdevoll" und männlich.[38] Er wollte König Hussein von Jordanien dazu bewegen, Ägypten zu unterstützen.

Doch weitaus stärker als die Zustimmung war der Widerstand, auf den Sadat in Nahost stieß. In Ägypten widersetzten sich die Linken und die Muslimbrüder seiner Politik. Auf regionaler Ebene formierte sich – ein erstes Treffen fand Anfang Dezember 1977 in Tripolis (Libyen) statt – eine Front des Widerstandes und der Standhaftigkeit. Ihr gehörten Libyen, Algerien, Syrien, Irak, die VDR Jemen und Vertreter des arabischen Volkes von Palästina an. In der „Deklaration von Tripolis" verurteilte die Front die Jerusalem-Reise Sadats als Schlag gegen die Interessen der arabischen Völker. Sie verlangte unter anderem, die politischen und diplomatischen Beziehungen zur ägyptischen Regierung einzufrieren und jegliche Unterstützung Ägyptens einzustellen [39]

Präsident Carter mit Sadat und Begin im Weißen Haus in Washington 1979

Der Widerstand zeitigte Wirkungen. Er trug dazu bei, daß sich Jordanien nicht an den Separatverhandlungen beteiligte. Er machte es Sadat schwer, die Konsequenzen seiner Jerusalem-Reise zu ziehen. Hinzu kam, daß Begin maßlose Forderungen stellte; er verlangte vom ägyptischen Präsidenten nicht mehr und nicht weniger als die offene Kapitulation.

In dieser für ihre Nahoststrategie mißlichen Situation rissen die USA die Verhandlungsführung an sich. J. Carter lud Begin und Sadat zu einem Gipfeltreffen nach Camp David ein.

Camp David, eine Art Siedlung in der Hügellandschaft von Maryland, etwa 100 Kilometer von Washington entfernt, diente als Erholungssitz für den Präsidenten.

Am 5. September begann dort der Dreiergipfel. Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig. Nach den ersten Plenarzusammenkünften vermieden es Begin und Sadat nach Möglichkeit, miteinander zu sprechen. Carter pendelte zwischen ihnen. Seine Delegation erarbeitete Entwürfe für das erwünschte Abkommen, einen nach dem anderen, insgesamt 23.

Wiederholt entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, die Verhandlungen stünden kurz vor dem Abbruch. Gab es substantielle Meinungsverschiedenheiten, die eine Einigung erschwerten? Oder suchte Sadat, als Alibi für seine Kapitulation, den Eindruck von Unnachgiebigkeit zu erwecken? Beides kam wohl zusammen.

Am 17. September unterzeichneten die Verhandlungspartner zwei „Rahmen"-Vereinbarungen, eine „für den Frieden im Nahen Osten", eine andere „für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel". Dadurch wurden die ägyptisch-israelischen Beziehungen aus einer möglichen komplexen Nahostregelung herausgelöst. Sadat versuchte, das vorerst zu verbergen. Auf seinen Wunsch hin unterzeichneten die Vertragspartner zuerst das allgemeinere, dann das speziellere Abkommen, doch an der Sachlage änderte das nichts. Der „Rahmen für den Frieden im Nahen Osten" sah vor, den Palästinensern im Westjordanland und im Ghazastreifen „volle Autonomie" zu gewähren, die von einer „Selbstverwaltungskörperschaft" (Verwaltungsrat) auszuüben sei. Nach einer „Übergangszeit" von 5 Jahren sollte, unter Mitwirkung Jordaniens, der endgültige Status dieser Gebiete vereinbart werden. Sadat gab somit, wie in dem Gespräch mit Weizman angekündigt, die Forderung nach Eigenstaatlichkeit für die Palästinenser preis, ohne dazu legitimiert zu sein. In dem anderen „Rahmen" bekundeten Ägypten und Israel ihre Absicht, innerhalb von 3 Monaten einen „Friedensvertrag" abzuschließen. Ägypten sollte die Sinaihalbinsel zurückerhalten, sich bei der Stationierung von Streitkräften dort allerdings Beschränkungen unterwerfen.[40] Das war die Belohnung, die Sadat für seinen Verrat erhielt. Zu Hause konnte er sie als greifbaren Erfolg vorweisen.

Zusätzlich zu den beiden Abkommen tauschten Begin und Sadat Briefe aus. In ihnen fixierten sie ihre unterschiedlichen Positionen zu einigen Fragen. So wollte Begin in Negierung ihrer nationalen Identität den in den Vertragstexten verwandten Begriff „Palästinenser" beziehungsweise „palästinensisches Volk" als „palästinensische Araber" interpretiert wissen. Unter „Westbank" sollten „Judäa" und „Samaria" – zwei alttestamentliche Namen für das betreffende Gebiet – zu verstehen sein.

Auch trafen die Verhandlungspartner Absprachen, die geheim blieben. Israel und Ägypten wurde eine wachsende Rolle bei der Bekämpfung des „sowjetischen Einflusses" in Nahost und Nordafrika zugewiesen. Die USA verpflichteten sich, Ägypten ökonomisch wie bei der Modernisierung der Streitkräfte zu helfen.[41]

Die Akteure von Camp David behaupteten, ein Friedenswerk vollbracht zu haben. Bürgerliche Publizisten bejubelten sie. Wenige Wochen nach dem Dreiergipfel wurde Begin und Sadat in Oslo der Friedensnobelpreis zugesprochen.

Schwarzer Humor?

Was in Camp David geschah – mit Frieden hatte es nichts zu tun.

Begin rühmte sich offen des Erfolgs, den er mit USA-Unterstützung errungen hatte. Keinesfalls sei die für die Palästinenser ins Auge gefaßte „Autonomie" mit „Souveränität" identisch, erklärte er. Ein Staat habe ein Parlament, eine Regierung, eine Armee, diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten und so weiter. „Die Bewohner von Judäa, Samaria und Ghaza können all dies nicht haben, denn wenn sie es erlangten, würden sie nicht nur über ihre, sondern auch über unsere Zukunft entscheiden."[42]

Am 2. November 1978 trafen sich 20 arabische Staaten und die PLO zu einer Gipfelkonferenz in Bagdad. Sie dauerte bis zum 5. November. Ägypten war nicht geladen. Eine Delegation unter Leitung des libanesischen Ministerpräsidenten Salim al-Hoss reiste nach Kairo, um Sadat zu bewegen, von den Separatvereinbarungen abzurücken, doch wurde sie dort nicht empfangen. Die Konferenz beschloß daraufhin, die Vereinbarungen von Camp David nicht zu billigen und ihre Folgen abzulehnen. Separate Abmachungen einer arabischen Regierung über das Palästinenserproblem erklärte sie für unzulässig.

So unter Druck gesetzt, zögerte Sadat, die in Camp David getroffenen Vereinbarungen in dem vorgegebenen Tempo zu verwirklichen. Verbal pochte er auf gesamtarabische Positionen, die er faktisch längst aufgegeben hatte. Die vorgesehene Dreimonatsfrist verstrich, ohne daß der geplante „Friedensvertrag" abgeschlossen wurde.

Erneut schalteten sich die USA unmittelbar ein. Am 26. März 1979 wurde in Washington ein ägyptisch-israelischer Friedensvertrag unterzeichnet. Carter setzte seine Unterschrift mit darunter, nach der Formel „Bezeugt durch". Ägypten und Israel vereinbarten, den Kriegszustand, in dem sie sich noch miteinander befanden, zu beenden und sich jeglicher feindseliger Handlungen gegeneinander zu enthalten. Die Grenze zwischen Ägypten und dem ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina sollte gelten, womit für den Status des Ghazastreifens jedoch keine Aussage getroffen war. Im Falle eines Konflikts sollten die Pflichten des Vertrages Vorrang haben (auch vor den gesamtarabischen Bindungen Ägyptens – M. R.).[43]

Die im November 1978 in Bagdad vertretenen Staaten sowie die PLO hatten die sich aus Camp David ergebenden Folgen abgelehnt. Was wollten und konnten sie jetzt tun? 18 Staaten sowie die PLO entsandten Ende März 1979 Vertreter zu einer Konferenz nach Bagdad; außer Ägypten fehlten Sudan, Oman und Somalia. Die Konferenzteilnehmer beschlossen: Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten; Suspendierung der Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga und

zeitweilige Verlegung des Sitzes und der Abteilungen dieser Institution nach Tunis; Einstellung jeglicher finanzieller, materieller und technischer Hilfe für Ägypten. Ferner wurde die Rolle der USA beim Zustandekommen der Vereinbarungen von Camp David und des Separatvertrages verurteilt.[44]

In Bagdad waren sich keineswegs alle von vornherein darin einig, wie konsequent sie gegen Ägypten vorgehen wollten. Einige Politiker mochten insgeheim mit Sadat sympathisieren. Doch der Protest gegen die von diesem verfolgte Politik war in der arabischen Welt insgesamt so einhellig und stark, daß nahezu alle Regierungen sich ihn zu eigen machten. Innerarabische Gegensätze spitzten sich dadurch weiter zu.

Im April 1979 passierte das erste israelische Schiff den Suezkanal. Die Ägypter kehrten nach al-Arisch auf der Sinaihalbinsel zurück. Im Februar 1980 eröffnete Israel in Kairo eine Botschaft.

Taba, ein 900 000 Quadratmeter umfassender Streifen am Golf von Akaba, 7 Kilometer südlich von Eilat gelegen, blieb aus der Regelung ausgeklammert, die den Rückzug der Israelis von der Sinaihalbinsel vorsah. Israel beanspruchte dieses Gebiet für sich. Es focht die Rechtmäßigkeit der bisherigen Grenzziehung an, nach der Taba zu Ägypten gehört. Eine besondere ägyptisch-israelische Verhandlungskommission sollte den Streitfall aus der Welt schaffen.

Anmerkungen

1 al-Ahali, Kairo, 8. Dezember 1982 (arab.).
2 A. El-Sadat: Unterwegs zur Gerechtigkeit. Auf der Suche nach Identität: Die Geschichte meines Lebens, Wien – Zürich – Innsbruck 1978, S. 320 ff.
3 Ebenda, S. 321.
4 M. Heikal: Sphinx and Commissar. The Rise and Fall of Soviet Influence in the Arab World, London 1978, S. 235.
5 Speeches and Interviews by President Anwar El Sadat, September 1970–December 1971, Kairo (1975), S. 540.
6 H. A. Kissinger: Memoiren 1968–1973, München 1979, S. 1373.
7 I. Fahmy: Negotiating for Peace in the Middle East, Cairo – London – Canberra 1983, S. 5 ff.
8 Neues Deutschland, Berlin, 12. Juni 1971.
9 R. Israeli: The Public Diary of President Sadat, Part one: The Road to War (October 1970–October 1973), Leiden 1978, S. 49 ff.
10 Ebenda, S. 263.
11 A. El-Sadat: Unterwegs zur Gerechtigkeit, a. a. O., S. 53 f.
12 R. Israeli: The Public Diary of President Sadat, Part one: The Road to War (October 1970–October 1973),a. a. O., S. 48.
13 A. El-Sadat: Unterwegs zur Gerechtigkeit, a. a. O., S. 32 f.
14 S. A. Maudoodi: Weltanschauung und Leben im Islam, Freiburg i Br. 1971, S. 35
15 M. Heikal: Autumn of Fury, a. a. O., S. 116
16 A. El-Sadat: Unterwegs zur Gerechtigkeit, a. a. O., S. 305.

17 Der Spiegel, Hamburg, 27. November 1978, S 199
18 Neues Deutschland, Berlin, 23. Oktober 1973.
19 D. Hopwood: Egypt: Politics and Society 1945–1981, a. a. O., S 113
20 R. Israeli: The Public Diary of President Sadat. Part three: The Road of Pragmatism (June 1975–October 1976), Leiden 1979, S 1019.
21 I. Fahmy: Negotiating for Peace in the Middle East, a a. O., S. 81 f.
22 M. Heikal: Autumn of Fury, a. a. O., S. 86.
23 Ebenda, S. 88.
24 Ebenda, S. 199.
25 R. W. Baker: Egypt's Uncertain Revolution under Nasser and Sadat, Cambridge, Massachusetts – London 1978, S. 165 f.
26 Archiv der Gegenwart, Bonn – Wien – Zürich, 22. November 1977, S. 21 376.
27 Neues Deutschland, Berlin, 3. Oktober 1977.
28 M. Heikal: Autumn of Fury, a. a. O., S. 94 f.
29 The Speech of President Mohammed Anwar El Sadat to the Knesset, Sunday 10th Tilhegga 1397, 20th November 1977, S. 28 f.
30 Der Spiegel, Hamburg, 23. Januar 1978, S. 92.
31 BZ, (West-) Berlin, 21. November 1977.
32 Stern, Hamburg, 22. Dezember 1977; Der Spiegel, Hamburg, 28. November 1977, S. 140.
33 Abu Ijad: Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, a. a. O., S. 284.
34 E. Weizman: Eine Schlacht für den Frieden, München 1981, S. 302.
35 Ebenda, S. 302 f.
36 Ebenda, S. 305.
37 Ebenda, S. 288.
38 A. Saikal: The Rise and Fall of the Shah, Princeton, New Jersey, 1980, S. 168.
39 Neues Deutschland, Berlin, 6. Dezember 1977.
40 Europa Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn, 34. Jahr, 2. Folge, 25. Januar 1979, S. D 47 ff.
41 Middle East Contemporary Survey, Volume Two: 1977–1978, Hrsg. C. Legum, H. Shaked, D. Dishon, J. Dyck, New York – London 1979, S. 125.
42 Ma'ariv, Tel Aviv, 1. Oktober 1978.
43 Europa Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn, 34. Jahr, 9. Folge, 10. Mai 1979, S. D 235 ff. – Vgl. St. L. Spiegel: The Other Arab-Israeli Conflict. Making America's Middle East Policy, from Truman to Reagan, Chicago–London 1985, S. 353 ff.
44 Neues Deutschland, Berlin, 2. April 1979.

„Erstmals töteten die Ägypter ihren Pharao"

6

Die USA hatten wenig Zeit und Gründe, sich über die Vereinbarungen, für die Camp David zum Stichwort wurde, zu freuen. Gewiß, Sadat war ihr Bundesgenosse geworden. Doch sie verloren, nahezu zeitgleich, einen anderen: Mohammad Reza Pahlawi, Schah des Iran.

Das politische Panorama in Nah- und Mittelost veränderte sich in dramatischer Weise.

Schah im ägyptischen Exil

Am 1. Dezember 1971 hatte Großbritannien seine Militärstützpunkte „östlich von Suez" – das heißt im Golfgebiet – aufgelöst. Dadurch war im imperialistischen Verständnis in der Region ein „Vakuum" entstanden. Die USA, in Vietnam ihren schmutzigen Krieg eskalierend, konnten sich selbst nicht unmittelbar in Nah- und Mittelost engagieren. „Der Kongreß hätte das nie geduldet, und die Öffentlichkeit hätte es nicht unterstützt", schreibt Henry Kissinger in seinen Memoiren. Er fährt fort: „Zum Glück war der Iran bereit, diese Aufgabe zu übernehmen."[1] Das Schahregime „profilierte" sich als proimperialistische regionale „Ordnungsmacht", als „Gendarm am Golf". „Das alles ließ sich ohne finanzielle Beteiligung der USA erreichen, denn der Schah war bereit, die Rüstungsgüter mit dem Erlös aus seinem Öl zu bezahlen", meint Kissinger dazu. Ohne diese Entwicklung, ergänzt er, wäre es für Sadat „unmöglich oder doch sehr schwierig gewesen..., sich später dem Westen zuzuwenden"[2].

Der Schah hatte gute Gründe, den USA zu Diensten zu sein. Mit Hilfe der CIA hatte er Anfang der fünfziger Jahre seinen

Thron gegen eine patriotische Bewegung unter Mohammad Mossadegh verteidigen können. Seitdem regierte er das Land als absoluter Herrscher. Grausam unterdrückte er jede oppositionelle Bewegung mit Hilfe seines Geheimdienstes SAVAK, der nicht nur im eigenen Lande, sondern auch im Ausland operierte. Ferner stand ihm eine Armee von 500 000 Mann zur Verfügung, ausgerüstet mit modernem Kriegsgerät unterhalb der atomaren Schwelle.

Der Schah schien ein mächtiger Mann zu sein. Doch er konnte nicht verhindern, daß sich die gesellschaftlichen Widersprüche im Lande, das noch stark von Feudalstrukturen geprägt war, zuspitzten und in der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit seinem Regime wuchs. Er selbst trug, freilich ungewollt, zu dieser für ihn gefährlichen Entwicklung bei. Mitte der sechziger Jahre begann er mit einem Reformprogramm, „Weiße Revolution" genannt, kapitalistische Entwicklungen zu forcieren. Die USA, die ihren treuen Bundesgenossen nicht verlieren wollten, hatten ihm im Interesse einer Systemstabilisierung dazu geraten. Tatsächlich gelang es, überkommenes Konfliktpotential zu mildern. Doch neue Widersprüche bildeten sich heraus beziehungsweise bereits vorhandene verschärften sich, insbesondere im Zusammenhang mit der verstärkten Formierung der beiden Grundklassen des Kapitalismus, des Proletariats und der Bourgeoisie. Die seit 1973 sprunghaft steigenden Erdöleinnahmen wirkten wie Öl, das jemand ins Feuer gießt. Eine revolutionäre Situation entstand.

Die Opposition formierte sich hauptsächlich auf dem Boden des Islam. Ihre Programmatik artikulierte Ajatollah Ruhollah al-Musawi al-Chomeini, 1902 geboren, vom Schah des Landes verwiesen und seit 1964 im Exil. Er forderte: Allein das islamische Gesetz ist für den Muslim verbindlich. Deshalb müßten die Muslims das gottlose, den USA hörige Schahregime stürzen und einen „islamischen Staat" errichten.[3]

Millionen Iraner machten sich die Forderung Chomeinis zu eigen. Mit elementarer Wucht fegten sie 1978/79 in einer antimonarchischen und antiimperialistischen Revolution, die das Attribut „islamisch" erhielt, das Schahregime hinweg. Der Schah mußte das Land verlassen. Chomeini kehrte als gefeierter Sieger aus dem Exil zurück – zuletzt lebte er in Frankreich. Am 11. März 1979 verließ Iran die CENTO, die, nachdem wenige Tage später auch Pakistan und die Türkei ausschieden, aufhörte zu existieren. Die USA-Präsenz im Lande wurde wesentlich eingeschränkt.

Der Schah war noch ein reicher Mann. 50 Milliarden Dollar, aus dem Volk herausgepreßt, hatte er ins Ausland geschafft. Dennoch gelang es ihm nicht ohne weiteres, sich im Exil einzurichten. Er ging zunächst nach Ägypten. Von dort aus reiste er über

Marokko, die Bahamas und Mexiko in die USA. Erwartete er dort Dank für geleistete Dienste? Früher war er ein hochgeehrter Gast. Jetzt, ohne Land und Macht, empfand man seine Anwesenheit als störend. Er kehrte am 24. März 1980 nach Ägypten zurück. Sadat gewährte ihm Asyl auf Lebenszeit.

Am 27. Juli 1980 starb der Schah in Ägypten. Dort wurde er auch begraben. Farah, seiner Witwe, fiel es schwer, sich mit dem Ende der Dynastie und ihrem Schicksal abzufinden. Noch in einem Ende 1982 gegebenen Interview bezeichnete sie das Verhältnis zwischen ihrem Mann und dem iranischen Volk als „einmalig". Leider habe dann „religiöser Fanatismus" eine „kollektive Hysterie" erzeugt, „in der man das Volk gar nicht wiedererkennen konnte".[4]

Die USA traf der Sturz des Schahregimes empfindlich. Es ging nicht nur um den Verlust des Bundesgenossen. Gerade seine USA-Hörigkeit kostete den Schah den Thron. Das grub sich nachhaltig in das Bewußtsein vieler Menschen ein, auch in das herrschender Kreise.

USA-Präsident J. Carter reagierte aggressiv und anmaßend. Er erklärte im Januar 1980 – es wurde dies zu einer nach ihm benannten Doktrin –, „ein Versuch einer auswärtigen Macht, die Kontrolle über den Persischen Golf zu übernehmen", würde als „Angriff auf die vitalen Interessen der USA verstanden" und „mit allen verwendbaren Mitteln, eingeschlossen militärische Gewalt, zurückgewiesen werden".[5] Gemäß einer bereits 1977 erlassenen Direktive bauten die USA ihre „schnelle Eingreiftruppe" (Rapid Deployment Force – RDF) auf. Anfang der achtziger Jahre standen ihr 200 000 Mann zur Verfügung.

Ronald Reagan, Carters Nachfolger, trachtete und trachtet danach, Nah- und Mittelost in seine Politik der Konfrontation und Hochrüstung einzubinden. Er möchte dort, alte Kolonialstrukturen wiederbelebend, die USA-Präsenz ausbauen. Im Zusammenhang damit will er die Staaten der Region in einen globalen Feldzug gegen den realen Sozialismus und die Sache der nationalen Befreiung einbeziehen. USA-Interessen sollen so, wie der BRD-Wissenschaftler Werner Ruf formuliert, mehr und mehr unverhüllt und direkt durchgesetzt sowie jeder „kommunistische Einfluß" eingedämmt werden, „wobei jede Regung nationaler oppositioneller Kräfte in den mit den USA verbundenen feudalistischen Regimen... schon gleich als kommunistische Verschwörung a priori gebrandmarkt ist".[6]

Die „neoglobale" USA-Politik verschärfte spezifisch regionale Spannungen.

Die iranische Revolution hatte kaum gesiegt, da brach – am 22. September 1980 – ein Krieg zwischen Irak und Iran aus. Es ging in ihm um eine Grenzziehung, die aus der Kolonialzeit stammte.

Ihr zufolge war der Schatt al-Arab bis hin zur Tiefenwassermarkierung an seinem Ostufer dem Osmanischen Reich und danach dem aus ihm hervorgegangenen Irak zugefallen. Der Iran war damit nicht einverstanden. Eine 1975 getroffene Regelung zwischen Iran und Irak blieb eine Episode. Zum überkommenen Grenzkonflikt trat neuer Konfliktstoff, geboren aus Ambitionen regionaler Vorherrschaft. Der Kriegsausbruch wurde durch die internationale „Großwetterlage" begünstigt, doch führten und führen beide Seiten den Krieg gewissermaßen „auf eigene Rechnung". Der Politikwissenschaftler Dieter Senghaas (BRD) spricht von einem „markanten Wendepunkt" in Richtung „auf eine größere ‚Verselbständigung' der Konflikte in der Dritten Welt".[7]

Gegensätze zwischen arabischen Staaten reproduzierten beziehungsweise modifizierten sich im Zusammenhang mit dem Krieg. Ägypten ergriff ebenso wie Saudi-Arabien und Jordanien Partei für den Irak, während Syrien, Libyen und Algerien sich an die Seite des Iran stellten.

17 000 Millionäre: auch eine Bilanz

Ägypten stürzte durch die Politik des Sadat-Regimes in eine tiefe Krise, die alle Seiten seines gesellschaftlichen Lebens erfaßte.

Sadat hatte das Land den USA ausgeliefert. Persönlich suchte er den Eindruck zu vermeiden, Marionette zu sein. Er gab sich als welterfahrener Seniorpartner. Aus dieser Haltung heraus und für Nahost, Afrika und den Indischen Ozean die Gefahr einer sowjetischen Bedrohung beschwörend, spornte er die USA zu größerer Aggressivität gegenüber der UdSSR an. Weil die Amerikaner noch unter dem „Vietnamkomplex" litten, meinte er, hätten sie den Sowjets erlaubt, „am hellichten Tage" Afghanistan zu „erbeuten". „Ihr müßt die Politik beenden, die Ihr nach dem Vietnamkrieg, nach Watergate und all den Akten der Bloßstellung eingeschlagen habt. ... Eure Strategie sollte darauf gerichtet sein, die Sowjetunion ernstlich zu zügeln."[8]

In der arabischen Welt stand Ägypten weitgehend isoliert da. Der Sitz der Arabischen Liga, in Kairo zwischen Nil und Tahrir-Platz gelegen, war verwaist. Nur ein Notdienst für die Wartung des Gebäudes wurde aufrechterhalten. Die Botschaften fast aller

arabischen Staaten waren geschlossen. Nur noch zwei arabische Fluggesellschaften, die tunesische und die der Jemenitischen Arabischen Republik, flogen Kairo an.

Sadat konzentrierte die politische Macht immer mehr in seinen Händen. Im Sommer 1978 ließ er die ASU endgültig auflösen und die Nationaldemokratische Partei (NDP) als Regierungspartei gründen. Er nannte dies eine demokratische Aktion, die in der Geschichte nicht ihresgleichen kenne. Ideologie der neuen Partei sollte ein „demokratischer Sozialismus" sein. Als seine Grundsätze wurden in einem Papier, das unter Leitung von Sufi Abu Talib, dem Rektor der Kairo-Universität, erarbeitet worden war, soziale Gerechtigkeit und Freiheit genannt. Klassenkampf, gewaltsame Revolution und Diktatur des Proletariats wurden ausdrücklich abgelehnt, Privateigentum an Produktionsmitteln anerkannt und eine Reformierung der Gesellschaft durch friedliche Mittel befürwortet. Was die Partei versprach, enthielt ihre Losung: „Nahrung für jeden, eine Wohnung für jeden und Wohlstand für alle."[9]

Wirtschaftlich gab es einen gewissen Aufschwung, hervorgerufen vor allem durch die steigenden Erdölpreise. Ägypten selbst produzierte Erdöl, 1980 rund 32 Millionen Tonnen (gegenüber 8,5 Millionen Tonnen 1973). Davon verbrauchte es 12 Millionen Tonnen, so daß noch ein Überschuß für den Export blieb. Ägypten partizipierte zugleich am Reichtum der erdölproduzierenden und -exportierenden Staaten der Arabischen Halbinsel. Touristen kamen von dort ins Land. Ebenso Investitionen, die hauptsächlich ins Bank- und Hotelwesen flossen. Mit der wachsenden Anzahl von Öltankern, die den Suezkanal durchfuhren, wuchsen die Einnahmen aus den Kanalgebühren; sie betrugen 1980 ungefähr 1 Milliarde Dollar. Arabische Staaten unterstützten überdies aus einer solidarischen Haltung heraus Ägypten. Die Angaben über den Umfang, in dem dies geschah, weichen stark voneinander ab; es dürfte sich für die Jahre 1970 bis 1981 um eine Gesamtsumme zwischen 14 Milliarden und 22 Milliarden Dollar gehandelt haben. Einige Staaten zahlten offenbar noch, nachdem sie offiziell ihre Beziehungen zu Ägypten abgebrochen hatten.

Es handelte sich indessen um eine wirtschaftliche Scheinblüte, die Ägypten erlebte.

Immer mehr Auslandskapital kam ins Land. Nasser hatte das Bankwesen nationalisiert. Sadat öffnete der Chase Manhattan Bank unter ihrem Präsidenten Rockefeller den Weg ins ägyptische Bankgeschäft. 1981 operierten 56 ausländische Banken in Ägypten.

Der produktive Bereich verkümmerte. Nur 22 Prozent der Gesamtinvestitionen flossen in die Industrie. Die landwirtschaftliche Produktion stagnierte. Ihre Pro-Kopf-Produktion ging sogar leicht

zurück. Immer weniger war sie in der Lage, die Ägypter zu versorgen. Ende der fünfziger Jahre hatten 5 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs importiert werden müssen, 1981 waren es 50 Prozent.

Es wuchs die Verschuldung Ägyptens. Als Sadat Präsident wurde, betrug sie 3 Milliarden Dollar. Zu Beginn der achtziger Jahre war sie auf 26 Milliarden Dollar, das heißt auf das Zehnfache, gestiegen. Ägypten mußte jetzt jährlich 2 Milliarden Dollar für den Schuldendienst aufbringen. Diese Summe entsprach den Einnahmen aus den Suezkanalgebühren und der Erdölförderung.

Offiziellen Angaben zufolge erhöhte sich der durchschnittliche Lebensstandard der Ägypter, berechnet nach dem Pro-Kopf-Verbrauch in konstanten Preisen, in den siebziger Jahren jährlich um 9,5 Prozent. Doch diese Berechnung war in zweifacher Hinsicht irreführend. Sie berücksichtigte nur ungenügend die galoppierende Inflationsrate; Ende der siebziger Jahre lag diese bei 25 Prozent. Und indem sie Durchschnittswerte angab, ignorierte sie, daß eine parasitäre Schicht, die „fetten Katzen", zu der auch Mitglieder der Familie Sadat gehörten, sich hemmungslos bereicherte, was mit der Ausbreitung von Korruption, Vetternwirtschaft und Machtmißbrauch einherging, während für die große Mehrheit der Bevölkerung das Realeinkommen stagnierte oder sich minderte. Das Ergebnis: Die Kluft zwischen arm und reich, die sich unter Nasser verringert hatte, wuchs. Während sich 5 Prozent der Bevölkerung 21,5 Prozent des Nationaleinkommens aneigneten, verblieben auf der Gegenseite für 20 Prozent der Bevölkerung, die sich aus den ärmsten Schichten rekrutierten, nur 5 Prozent des Nationaleinkommens. Die Zahl der Millionäre kletterte von 500 im Jahre 1975 auf 17 000 im Jahre 1981.

Konkret sah das Ende der siebziger Jahre so aus: 11,8 Prozent der Familien gaben im Jahr weniger als 150 £E aus, 2,3 Prozent zwischen 1000 und 2000 £E und 0,4 Prozent mehr als 2000 £E.[10] 66,8 Prozent aller Familien, so der Herausgeber einer Zeitung, verfügten je Tag über 1 £E (oder weniger). Er schloß daran die Überlegung: „Was kann man mit diesem mäßigen Budget wirklich kaufen? Ein Kilo Bohnen kostet annähernd 35 Piaster, das billigste Fleisch kostet das Kilo ein Pfund, und ein anspruchsloses Luxusgut wie ein Päckchen Zigaretten kostet 30 Piaster. Und was ist mit der Kleidung und der Miete für eine wachsende Familie?"[11] 1980 wurde das Mindestgehalt für einen Beschäftigten im Staatssektor auf 20 £E heraufgesetzt. Im darauffolgenden Jahr erhöhten sich die Gehälter für die Universitätsabsolventen, die in den Regierungsdienst traten, von 32 auf 38 £E. Angesichts der hohen Inflationsrate wurde eine Teuerungszulage gewährt. Sie betrug für eine einzelne Person 4 £E, für einen verheirateten Mann 6 £E, für ein verheiratetes Paar mit einem Kind 8 £E – bis zu einer Höchstgrenze von 10 £E je Monat.[12]

Die Zahl der Ägypter, die im Ausland arbeiteten, war zu Beginn der achtziger Jahre auf 3 Millionen gestiegen. Das entlastete den einheimischen Arbeitsmarkt. Und dadurch kamen mehr Devisen ins Land. Die Kehrseite: Ins Ausland gingen auch Fachkräfte, die Ägypten selbst brauchte. So fehlten Universitätslehrer – an manchen Fakultäten bis zur Hälfte –, worunter der Lehrbetrieb litt. Die Möglichkeit, im Ausland rasch zu Geld zu kommen, wirkte demoralisierend. Viele Ägypter richteten ihr Sinnen und Trachten auf einen Auslandsjob. Begriffe, die diese Orientierung ausdrückten, wurden zu „Kodewörtern für Erfolg", wie der ägyptische Soziologe Sa'ad ad-Din Ibrahim formuliert. Als Beispiel nennt er „Saudi-Arabien", „Kuweit", „Vertrag" *(aqd)* und „günstige Gelegenheit" *(fursa)*.[13] Ihre Tätigkeit zu Hause nahmen die so Wartenden nicht mehr ernst; sie diente nur noch zur Überbrückung. Nach vier Jahren im Ausland hatten Tätigkeits- und Verdienstmöglichkeiten zu Hause vollends ihren Reiz verloren. Das mitgebrachte Geld, zwar bald verbraucht, setzte Maßstäbe. Erneut richtete sich der Blick nach draußen.

Im Lande entwickelte sich der Dollar zur zweiten Währung. Er verdrängte das ägyptische Pfund, das durch die Inflation verfiel. Es gab zwei Kurse, zu denen er gehandelt wurde, einen offiziellen und einen auf dem schwarzen Markt. Allenthalben, auf der Straße, in Geschäften, in Hotels trafen Ausländer auf Ägypter, die „harte Währung" zu Schwarzmarktpreisen aufkaufen wollten. Eine zunehmende Zahl von Leistungen konnte nur erlangen, wer Dollar für sie zu bieten hatte.

Sadat ließ in seinem persönlichen Lebensstil das Parasitentum, das er förderte, augenfällig werden. Neben seinem Wohnsitz in Kairo standen ihm weitere Residenzen zur Verfügung, so am Mittelmeer, am Suezkanal, auf der Sinaihalbinsel, am Nildamm nördlich von Kairo und bei Assuan. Nach dem Beispiel des USA-Präsidenten und von diesem geschenkt, besaß er ein eigenes Flugzeug, eine Boeing 707. Sein Tag verlief gemächlich. Er stand etwa um 9 Uhr auf. Nur wenige Stunden widmete er der Arbeit. Bereits vormittags handhabte er Wodka als Stimulans; dieser hatte seiner Meinung nach den Vorteil, nicht nur farb-, sondern auch geruchlos zu sein. Von 16.30 Uhr bis 19 Uhr oder 19.30 ruhte er. Abends schaute er sich in seinem Privatkino ein oder zwei Spielfilme an. Alle ägyptischen und ausländischen Filme wurden erst dem Präsidenten zugesandt, bevor sie dem Zensor zugingen.[14]

In Opposition: Linke, muslimische Radikale

Sadat verstand es Jahre hindurch, viele Ägypter über das hinwegzutäuschen, was im Lande vor sich ging. Er machte Versprechungen, die bei der Bevölkerung Hoffnungen weckten, die er jedoch nicht einzulösen vermochte. Um der drohenden Desillusionierung zu begegnen, ersetzte er die alten Versprechungen durch neue. „Er war ein Schauspieler", charakterisieren ihn die beiden Journalisten David Hirst und Irene Beeson. „Er hatte den Instinkt eines Spielers. Vor allem aber war er ein vollendeter Opportunist. Es gab keine Gottheit, die er nicht entthront, kein Prinzip, dem er nicht abgeschworen, keine Richtung, die er nicht geändert, keinen Freund, den er nicht im Stich gelassen, und keinen Feind, den er nicht umarmt hätte. Er nahm keine Haltung ein, deren Gegensatz er nicht selbst verkörperte. Beständig war er nur in seiner Unbeständigkeit. Die Politik veränderte sich, bis zur Unkenntlichkeit, nur die Person... in ihrem Opportunismus und in ihrer Verlogenheit blieb dieselbe."[15]

Dennoch konnte Sadat nicht verhindern, daß sich in der ägyptischen Bevölkerung Desillusionierung über ihn und seine Politik ausbreitete. Abgeschwächt zwar, wirkte das Nassersche Erbe weiter, Maßstäbe setzend. Die Opposition, die es von Anfang an gab, weitete sich aus und erstarkte. Zu ihr gehörten hauptsächlich Linke und muslimische Fundamentalisten.

1975 war die Ägyptische Kommunistische Partei (ÄKP) neu gegründet worden. Ihre 1964 erfolgte Selbstauflösung erwies sich als problematisch. Zwar hatten die Kommunisten geholfen, die ASU, in der sie tätig waren, politisch-ideologisch zu profilieren. Doch fehlte ihnen ein Forum zur Selbstverständigung, mithin auch die Möglichkeit, sich zur Partei der Arbeiterklasse zu entwikkeln.

Der Neubeginn war außerordentlich schwer. Die Mitglieder der Partei wurden vom Sadat-Regime verfolgt und eingekerkert. In einer durch Islam und Nationalismus dominierten und vom imperialistischen Antikommunismus gespeisten öffentlichen Meinung erschien die Linke vielen, wie der ägyptische Soziologe Ghali Schukri schreibt, als Mischung von Atheismus, Blutvergießen und allgemeiner Revolte gegen die herrschenden Sitten.[16] (Der

Vorwurf des „Atheismus" kommt angesichts der im Islam verkörperten Einheit von Religion, Gesellschaft und Staat einer Verketzerung als asozial oder gar kriminell gleich.)

Die kommunistische Bewegung blieb zudem zersplittert. Einige kleinere Gruppen tendierten zum Linksradikalismus beziehungsweise Trotzkismus. Zu ihnen gehörte die „Gruppe des 8. Januar", die sich durch Kritik an der Selbstauflösung der KP im Jahre 1964 zu profilieren suchte.

Auf ihrem I. Parteitag, der im September 1980 illegal stattfand, verabschiedete die ÄKP ihr Programm, das danach ergänzt und präzisiert wurde. Sie versteht sich darin als Partei der Arbeiterklasse und als untrennbarer Bestandteil der arabischen nationalen Befreiungsbewegung. Als Endziel nennt sie die Errichtung der sozialistischen und schließlich der kommunistischen Gesellschaft. Unmittelbar gehe es jedoch um die Rettung des Vaterlandes aus den Klauen der Konterrevolution. Zu diesem Zweck kämpft die Partei für ein strategisches Bündnis – sie nennt es „nationaldemokratische Front" –, das die Arbeiterklasse, die armen, kleinen und mittleren Bauern, die Kleinbourgeoisie und Teile der Bourgeoisie, die sich mit den Wünschen der Volksmassen in Übereinstimmung befinden, umfaßt. Zugleich trat sie für „Etappenbündnisse" und „Teilvereinbarungen" ein, die allen offenstehen, die die Politik des Marionettenregimes völlig oder in einigen Punkten ablehnen. Die Partei respektiert traditionelle gesellschaftliche Gegebenheiten wie den Islam. So spricht sie sich dafür aus, daß der Staat die für die Ausübung der religiösen Riten erforderlichen Gotteshäuser zur Verfügung stellt und wartet. Ferner soll Ägypten in der Organisation der Islamischen Konferenz eine aktive, positive und avantgardistische Rolle spielen.[17]

Die Vereinigte Nationale Progressive Partei – aus der ASU zunächst als „Plattform" hervorgegangen, hatte sie sich 1977 als eigene Partei konstituiert – sucht die oppositionellen Kräfte zusammenzufassen, und zwar in zweifacher Hinsicht. Einmal vereint sie in sich linkspatriotische Kräfte, und zwar marxistisch-leninistische, nationalistisch-nasseristische und („aufgeklärt"-) islamische. Sie respektiert jede der „eingebrachten" Positionen. Aus gemeinsamen Bemühungen sollen Standortbestimmung und strategische Orientierung der Partei erwachsen. Die VNPP will zum anderen alle patriotischen Kräfte in Gestalt einer nationalen Front um sich scharen, damit diese stark genug werden, eine alternative Politik in Ägypten durchzusetzen.

Die VNPP, geführt von Chalid Muhi ad-Din, einem Kampfgefährten Nassers, verschaffte sich einen nicht geringen Respekt im Lande, auch bei Andersdenkenden. Dennoch war sie, wenngleich legal, immer wieder heftigen Angriffen und mitunter auch Verfolgungen seitens der Herrschenden ausgesetzt.

Die VNPP charakterisierte auf der 2. Tagung ihres I. Parteitages am 9. und 10. April 1981 die allseitige Abhängigkeit Ägyptens von den USA als „Satellitentum". Dazu rechnete sie die Gewährung von Militärbasen an die USA, die politisch einseitige, die Nichtpaktgebundenheit preisgebende Bindung an die USA, womit die israelische Präsenz im Lande und die Aufgabe der Unterstützung der Palästinenser einhergehe, ökonomisch die Politik der „offenen Tür", die zu einer gefährlichen Vernachlässigung der eigenen Produktion zugunsten von Importen und zu einer dramatischen Verschuldung des Landes geführt habe. Kulturell zeige sich „Satellitentum" darin, daß man sich von der nationalen, islamischen und afrikanischen Identität Ägyptens lossage und den amerikanischen „way of life" übernehme. Die produktiven Kräfte des Landes würden zerstört, während das Parasitentum gedeihe.

Die Partei setzte sich mit der Frage auseinander, warum die Opposition gegen das „Satellitentum" im Lande noch vergleichsweise schwach war. Als Ursachen dafür nannte sie unter anderem: Die Mehrheit der Bevölkerung sei noch keine 30 Jahre alt, habe also nur geringe oder keine politische Erfahrung; die Politik der „offenen Tür" habe nicht nur parasitären Teilen der Bourgeoisie, die ihre Heimat nicht lieben, sondern ausplündern, entscheidende Positionen verschafft – vom Parasitentum und im Zusammenhang damit von der Korruption seien größere Teile der Bevölkerung in ihrer Psyche beeinflußt worden.

Eine „Front zur nationalen Rettung" sei erforderlich, so die VNPP, um drei Hauptgefahren zu begegnen: (1) dem Verlust der nationalen Unabhängigkeit auf politischer, ökonomischer, militärischer und kultureller Ebene; (2) dem Fehlen der Demokratie; (3) der Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung. In der Front müßten alle Kräfte zusammenwirken, die in den genannten Fragen gemeinsame Interessen haben.

Die VNPP erzielte in Realisierung ihres Programms Fortschritte. Sie erfuhr die Unterstützung der „Sammlung ägyptischer Patrioten im Ausland", die sich im März 1979 formierte. Sie beteiligte sich an der „Ägyptischen Nationalen Front", die am 27. März 1980 in Damaskus gegründet wurde, mit dem ehemaligen ägyptischen Generalstabschef Sa'ad ad-Din asch-Schadhili als Generalsekretär. (Dieser hatte sich nach dem Oktoberkrieg 1973 mit Sadat entzweit.)

Die VNPP wirkte initiativreich in der Nationalen Front, die 1981 in Ägypten entstand, an der Seite der Sozialistischen Arbeiterpartei unter Ibrahim Schukri und anderer Oppositioneller, darunter „unabhängiger" Parlamentsabgeordneter.

Größere Resonanz als die Linken erlangte in der Bevölkerung die Opposition, die sich aus dem islamischen Fundamentalismus heraus formierte.

Widersprüchliches vollzog sich hier. Sadat förderte islamisch-fundamentalistische Bestrebungen, um sein Regime zu stabilisieren. Doch Fundamentalisten gerieten gerade von ihrer Programmatik her, Gesellschaft heute auf der Grundlage eines in seiner ursprünglichen Reinheit wiederhergestellten Islam zu gestalten, in Gegensatz zur Sadatschen Politik. Sie klagten, inspiriert von der „islamischen Revolution" in Iran, den Staat an, sich nicht auf das islamische Recht zu gründen, sondern eine Allianz mit den USA und einen Separatfrieden mit Israel eingegangen zu sein.

Die traditionsreichste Kraft im fundamentalistischen Lager waren die Muslimbrüder. Ohne legalisiert zu sein, konnten sie ziemlich ungehindert wirken. An den Universitäten betätigten sie sich legal in Gestalt „islamischer Gruppen" und nahmen großen Einfluß auf das Universitätsleben. Sie legten – schon äußerlich auszumachen: die Mädchen trugen vielfach Schleier, die Männer Bärte – fest, was gelehrt wurde und was nicht, was auf dem Campus gegessen wurde (als „islamische Speisen" galt) und was nicht. Die Monatsschrift der Muslimbrüder „ad-Da'wa" („Der Ruf", gemeint zum Islam), 1954 verboten, konnte seit 1976 wieder erscheinen. Sie erreichte 1980/81 eine Auflage von 500 000 Exemplaren. Ihre Autoren verdammten die ägyptisch-israelischen Separatvereinbarungen als tödliche Gefahr für den Islam. Umar at-Talmasani meinte im Oktober 1979, die 40 Millionen Ägypter sollten im *dschihad*, im heiligen Krieg, für die Wiederherstellung ihrer Rechte kämpfen. Würden dabei auch 30 Millionen als Helden und Mudschahidin – Widerstandskämpfer – sterben, so blieben 10 Millionen, die als freie Menschen leben könnten, ohne unter der Schande zu leiden.[18]

Neue fundamentalistische Organisationen und Gruppen hatten sich formiert oder waren, anderswo entstanden, in Ägypten tätig geworden. Muslimbrüder nahmen teilweise Einfluß auf sie, sei es personell, sei es durch ihre Gedankenwelt. Doch zeigten sich die Neugründungen radikaler als die Muslimbruderschaft, bereit auch, zur bewaffneten Gewalt zu greifen.

Hierher gehörte die Islamische Befreiungspartei, 1950 in Jordanien gegründet, mit relativ starken Positionen in Libanon. Junge Männer aus ihren Reihen marschierten am 18. April 1974 unter Führung von Salih Sarriya, einem jungen Doktor der Philosophie, zur Militärakademie in Kairo-Heliopolis. Dort versorgten sie sich mit Waffen. Mit Freiwilligen, die sich ihnen anschlossen, zogen sie zum Gebäude der ASU, um Sadat und seine Gefährten zu töten und selbst die Macht zu übernehmen. Es war ein gleichermaßen todesmutiger und hoffnungsloser Versuch. Einige Teilnehmer wurden noch während der Rebellion getötet, ihre Führer später gehängt.[19]

1971 hatte sich die „Gemeinschaft der Muslims" formiert, die

die ägyptischen Sicherheitsbehörden später „Gemeinschaft der Bezichtigung des Unglaubens und der Auswanderung" nannten. Ihre Mitglieder wollten mit der Gesellschaft, in der sie lebten und die sie als ungläubig betrachteten, nichts zu tun haben. Daher auch der Name ihrer Gemeinschaft. Im Juli 1977 entführten sie den früheren Waqf-Minister (Minister für religiöse Stiftungen) Scheich Muhammad Hussein ad-Dahabi. Er hatte früher mit ihnen sympathisiert, dann jedoch, als Minister, in einem *fetwa*, einem islamischen Rechtsgutachten, gegen sie Stellung genommen. Als Bedingung für seine Freilassung verlangten die Entführer eine Erklärung im Rundfunk, daß das Land nicht nach den Prinzipien des Islam regiert werde und daß sich dies ändern müsse. Damit kamen sie nicht durch, woraufhin sie den Entführten töteten. Der Prozeß, der ihnen gemacht wurde, endete mit der Verkündung von 5 Todesurteilen und 12 lebenslänglichen Freiheitsstrafen.

Zu den Fundamentalisten gehörte die „Islamische Gesellschaft". Sie bestand aus kleinen Gruppen, die sich *anaqud* – Weintrauben (Singular: *unqud*) – nannten. Jede Gruppe operierte selbständig. Für den Fall, daß einer von ihnen etwas passierte, sollten die übrigen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden – wie das Abfallen einer Beere nicht die ganze Traube zerstören mußte. Die Führer der Gruppen trafen sich – vielfach in Moscheen –, um ihre Aktionen abzustimmen.

Es gab weitere fundamentalistische Zusammenschlüsse. So in Alexandria die „Soldaten Allahs", die „Gemeinschaft des Heiligen Krieges" und die „Organisation des Heiligen Krieges".[20]

Die radikalen Fundamentalisten waren keine Massenbewegung. Doch sie verfügten in weiten Bevölkerungskreisen über Sympathien, was ihnen, falls nötig, Unterstützung sicherte.

Selbst Kräften, die gemeinsam mit Sadat die Initiative zu einer Neuorientierung der ägyptischen Politik ergriffen hatten, ging dieser inzwischen zu weit.

Mitte der siebziger Jahre geriet Muhammad Hasanein Heikal in Konflikt mit dem ägyptischen Präsidenten. Er verlor seine Posten als Direktor des Verlagshauses „al-Ahram" („Die Pyramiden") und als Chefredakteur der gleichnamigen Zeitung.

Worum es Heikal ging, erklärte er in der Einführung zu seinem 1978 erschienenen Buch „Sphinx and Commissar". Er habe, schrieb er, eine kritische Haltung einnehmen müssen, als seiner Meinung nach die Sowjetunion nach dem Tod Nassers zu großen Einfluß in der arabischen Welt gewonnen habe. Doch er habe nicht den Einfluß der einen „Supermacht" durch den der anderen ersetzen wollen. Deshalb habe er gegen die wachsende Macht der USA in der Region Stellung genommen.[21]

Als Sadat sich entschloß, nach Jerusalem zu reisen, stieß er auf den Widerstand seines Außenministers Isma'il Fahmi. Dieser trat wenige Tage vor der Jerusalem-Reise zurück.

Fahmi hatte sich zunächst gegen enge Beziehungen seines Landes zur Sowjetunion gewandt. Ägypten, so formulierte er, habe 20 Jahre „in der sowjetischen Garage geparkt". Dies sei falsch gewesen, nicht weil es sich konkret um die Sowjetunion, sondern um einen ausländischen Staat und eine „Supermacht" gehandelt habe. Im Interesse der Unabhängigkeit sei es unumgänglich gewesen, gute Beziehungen zu den USA herzustellen. Das habe jedoch nicht bedeuten dürfen, einen radikalen Wechsel von der einen „Supermacht" zur anderen vorzunehmen. Um im Bilde zu bleiben: Es sei nicht darum gegangen, die „sowjetische Garage" zu verlassen, um in der amerikanischen „zu parken".[22]

Fahmi wandte sich gegen die Jerusalem-Reise Sadats, weil diese, so meinte er, ausschließlich Israel Vorteile brachte. Die Vorbereitungen zur Nahostfriedenskonferenz seien unterbrochen und die Sowjetunion aus dem „Friedensprozeß" ausgeschaltet worden. Israel habe jetzt die Palästinenserproblematik in seinem Sinne handhaben können.

Rückblickend setzt sich Fahmi mit der Frage auseinander, warum Sadat nach Jerusalem gegangen sei. Wirkliche Argumente habe der ägyptische Präsident für diesen Schritt nicht vorbringen können. Die eigentliche Initiative, so Fahmi, sei offenbar von den Israelis ausgegangen. Diese hätten Sadats Charakter eingehend studiert und insbesondere dessen eitles Verlangen einkalkuliert, als Mann der „großen Geste" international beachtet und bewundert zu werden.[23]

1977/78 formierte sich die „Neue Wafd-Partei". Sie knüpfte an die Autorität an, die Jahrzehnte zuvor der Wafd besessen hatte, und wollte die Macht vom Präsidenten auf das Parlament verlagern. 22 Parlamentsabgeordnete traten ihr bei, viele aus den Reihen der „Unabhängigen". Damit war sie, ohne sich dem Wähler gestellt zu haben, im Parlament zur zweitstärksten Partei geworden. Doch schon nach wenigen Monaten löste sie sich aus Protest gegen den Druck, den das Regime auf sie ausübte, auf.

Attentatsvorbereitungen

Sadat versicherte immer wieder, die ganze Bevölkerung stehe hinter ihm. Dennoch blieb ihm die sich weitende Opposition nicht verborgen. Er reagierte verunsichert. Drohte seinen Opponenten. Ergriff Maßnahmen, um ihren Bewegungsraum drastisch einzuschränken. Zugleich warb er um die Gunst der Bevölkerung.

Am 29. April ließ Sadat im Parlament ein „Gesetz zum Schutz der Moral" verabschieden. Es sollte die Opposition mundtot machen, weshalb der Volksmund es „Gesetz der Schande" nannte. Sein Entwurf war weithin auf scharfe Kritik gestoßen, deshalb hatte das Parlament die Liste der politischen „Delikte", die es unter Strafe stellte, reduziert. Straftaten blieben: die Propaganda einer antireligiösen Ideologie; eine Beeinflussung der Jugend, sich von religiösen und patriotischen Werten abzuwenden; Aktivitäten im Dienste einer ausländischen Regierung oder einer Körperschaft, die den Interessen Ägyptens schadet.[24]

Im Frühjahr 1981 bestritt Sadat, daß es eine authentische und gesunde Opposition im Lande gebe. Die Oppositionellen seien nur damit beschäftigt, Verleumdungen auszustreuen und „zu opponieren um der Opposition willen". Er kündigte an, innerhalb der regierenden NDP einen oppositionellen Flügel zu installieren. Die NDP sei dann beides: Regierungs- und Oppositionspartei.[25]

Der Bevölkerung machte Sadat erneut Versprechungen, in einer Rede vor dem Parlament am 14. Mai 1980, die er als die bedeutendste seines Lebens und eine der bedeutendsten in der ägyptischen Geschichte ankündigen ließ. Jeder Mann und jede Frau sollten in 2 oder 3 Jahren eine angemessene Wohnung und eine glückliche Familie haben. In Ägypten werde Wohlfahrt nach dem westeuropäischen und amerikanischen Modell einziehen.[26]Am folgenden Tag übernahm Sadat neben seinem Präsidentenamt das Amt des Ministerpräsidenten. Ihm standen hier 6 Stellvertreter zur Seite, von denen Fu'ad Muhi ad-Din als sein persönlicher Vertreter als der einflußreichste galt.

Um der islamischen Opposition zu begegnen, mahnte Sadat zunehmend, Religion und Politik auseinanderzuhalten. Zugleich wollte er an seiner Treue zum Islam keinen Zweifel lassen. In einem Referendum am 22. Mai 1980 ließ er Artikel 2 der Verfassung revidieren. Danach sollte die *scharia*, das islamische Gesetz, „die Hauptquelle der Gesetzgebung" sein. (Zuvor hatte hier der unbestimmte Artikel „eine" gestanden.)

Wenngleich ungewollt, verschärfte Sadat mit diesem Schritt die Situation. Die muslimischen Fundamentalisten waren mit ihm nicht zufrieden; sie wollten Taten sehen. Nichtmuslimische Ägypter zeigten sich beunruhigt. Die Kopten – in ihren Reihen gab es Bemühungen um eine Renaissance ihrer kulturellen Identität – sahen sich von 2 Seiten her bedroht, vom staatlichen wie vom oppositionellen Fundamentalismus.

Die angespannte Situation entlud sich in muslimisch-koptischen Feindseligkeiten. Mitte Juni 1981 kam in einem Armenviertel Kairos blutige Gewalt ins Spiel. Es gab 17 Tote, 112 Verwundete. 6 Wochen später, am 2. August, explodierte in einer koptischen Kirche während einer Hochzeit eine Handgranate – 3 Tote, 56 Verwundete.

Sadat nahm die religiösen Auseinandersetzungen zum Anlaß, um gegen die Opposition loszuschlagen. Anfang September 1981 verhafteten die Sicherheitsbehörden über 3000 Ägypter, darunter prominente Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, Schriftsteller und Geistliche, so Heikal und Talmasani. Schenuda III., Papst der Kopten, verlor sein Amt. Zeitungen und Zeitschriften der Opponenten wurden verboten. Restriktive Maßnahmen galten den Studenten. Das Studienjahr begann 3 Wochen später.

Ahnte Sadat, was auf ihn zukam?

Vorbereitungen, ihn zu töten, liefen im vollen Gange.

Die „Islamische Gesellschaft" gelangte zu der Überzeugung, Sadat sei rechtens zum Tode verurteilt. Der Mufti Umar Abd ar-Rahman war gefragt worden: „Ist es gesetzlich, das Blut eines Herrschers zu vergießen, wenn dieser nicht gemäß den von Gott gegebenen Richtlinien regiert?" Der Mufti hatte geantwortet, dies sei gesetzlich. Allerdings enthielten weder die Frage noch die Antwort einen Namen.

Eine Gruppe der „Islamischen Gesellschaft" entschloß sich, das Todesurteil auszuführen.

Wer waren diese Männer?

Zu ihnen gehörte Muhammad Abd as-Salam Faradsch, von Beruf Elektroingenieur. Er fungierte als das religiöse Oberhaupt der Gruppe. 1980 hatte er ein Büchlein verfaßt „Das fehlende Gebet". Unter Berufung auf historische Beispiele sprach er sich dafür aus, Herrscher, die heuchlerische Muslims seien, zu beseitigen.

Da gab es den Oberstleutnant Abud Abd al-Latif Hassan az-Zamr. Er arbeitete im militärischen Geheimdienst. Als er spürte, daß er beobachtet wurde, ging er, um seiner Verhaftung zuvorzukommen, in den Untergrund. Er leitete die Gruppe militärisch.

Da war Oberleutnant Chalid Ahmad Schauqi al-Islambuli. Am 14. November 1957 erblickte er in Mallawi (Oberägypten) als

Sohn eines Juristen das Licht der Welt. Er hatte einen Bruder und zwei Schwestern. Die Familie war patriotisch und konservativ eingestellt. Chalid erhielt seinen Namen, weil Nassers Sohn so hieß. Ursprünglich sollte er Pilot in der Luftwaffe werden, doch bestand er die erforderliche Prüfung nicht. Daraufhin besuchte er die Artillerieschule, die er 1978 beendete. Seine Einheit lag in der Nähe von Kairo.

Ende Januar, Anfang Februar 1981 trafen sich Mitglieder der *unqud.* Sie erwogen ein Attentat auf die Residenz des Präsidenten am Nildamm nördlich von Kairo. Doch zuviel sprach dagegen. Das Gelände war gut bewacht. Den Hubschrauber mit dem Präsidenten an Bord abzuschießen stellte ein Risiko dar. Es flogen immer drei Hubschrauber: Woher sollte man wissen, in welchem Sadat saß?

Ein anderer Plan bestand darin, ein Attentat während der Parade am 6. Oktober 1981 auszuführen. Er nahm Gestalt an.

Am 23. September 1981 erfuhr Islambuli, daß er an der Parade teilnehmen werde, als Kommandeur einer Abteilung von 12 Geschützen.

Am folgenden Tag probten die Paradeeinheiten. Islambuli passierte die Stelle, an der zwei Wochen später der Präsident sitzen würde. Er kam zu dem Ergebnis: Ein Attentat läßt sich durchführen. Allerdings sei dafür große Kühnheit vonnöten. Und er bedürfe der Hilfe.

Am 25. September teilte er seine Beobachtungen und Überlegungen Faradsch mit. Er fragte, ob er drei Helfer sowie Munition haben könne. (Es war verboten, bei der Parade scharfe Munition mitzuführen.)

Am Tag darauf brachte Faradsch zu einem Treffen bei Abdu-l-Hamid Abd as-Salam, einem früheren Offizier, der, um Gott besser dienen zu können, Buchhändler geworden war, zwei Freiwillige mit: Ata Tayil Hamida, Ingenieur und Reserveoffizier, sowie Husain Abbas Muhammad. Er erklärte den Anwesenden, daß das Unternehmen mit Sicherheit den Märtyrertod einschließe – ob sie dazu bereit seien. Alle bejahten. Sie schworen absolute Geheimhaltung. Bevor sie sich voneinander verabschiedeten, lasen sie ungefähr eine Stunde im Koran.

Mit Zamr, dem militärischen Leiter der Gruppe, gab es eine Auseinandersetzung. Als er von dem Attentatsplan erfuhr, widersetzte er sich ihm. Er sei schwierig auszuführen, gab er zu bedenken. Auch reiche die Tötung Sadats nicht aus. Ziel müsse es sein, die Macht zu übernehmen. Doch Faradsch wies diese Einwände zurück. Islambuli könne den Plan ausführen, versicherte er. Und das erfolgreiche Attentat werde eine neue Situation schaffen, die man ausnutzen müsse. Neben Sadat würden andere Säulen der Staatsmacht fallen. Daraufhin würden sich die Volksmassen er-

heben, wie das in Iran geschehen sei. Zamr ließ sich umstimmen.

Am Abend des 2. Oktober waren die Attentatsvorbereitungen im wesentlichen abgeschlossen. Die Attentäter hatten sich über 100 Schuß Munition vom Kaliber 7,62 Millimeter beschafft, darunter hochexplosive Spezialmunition mit zusätzlicher Brandwirkung. Offen blieb noch, ob Abd as-Salam, der Buchhändler, sich an dem Attentat beteiligen werde. Zwei Tage später fiel auch hier eine positive Entscheidung. Inzwischen hatten die Attentäter weitere Munition, darunter Handgranaten, erhalten, ferner 1 Maschinengewehr, 1 Revolver, 3 Schlagbolzen, 3 Magazine für automatische Gewehre und 1 Magazin für eine Maschinenpistole.

Islambuli mußte sich von 3 regulären Bedienungsmitgliedern des Geschützes befreien, mit dem er fuhr. Einer der Soldaten war ohnehin erkrankt. Einen anderen beurlaubte er. Den dritten schickte er mit einem Sonderauftrag anderswohin. Seine Gefährten, die Soldatenuniform angelegt hatten, schleuste er mit einem gefälschten Schreiben in seine Einheit. Er ließ das Gerücht verbreiten, bei den Neuankömmlingen handle es sich um Männer vom Geheimdienst, die aus Sicherheitsgründen an der Parade teilnehmen würden. Munition, Schlagbolzen und so weiter transportierten die Attentäter in einem Samsonitekoffer.

In Vorbereitung der Parade waren die Schlagbolzen aus den automatischen Gewehren entfernt worden. Islambuli ließ 3 Waffen, die für das Attentat verwendet werden sollten, durch ein Stückchen Stoff in den Läufen kennzeichnen. Gegen Morgen wurden die 3 Gewehre geladen. Um 6.30 Uhr bestiegen die Besatzungen ihre Fahrzeuge. Islambuli nahm Granaten mit, die er in seinem Fahrzeug verteilte, ferner ein gefülltes Magazin, das er gegen das leere in der Maschinenpistole seines Fahrers austauschte. Letzteren hatte er fortgeschickt; er sollte Sandwiches einkaufen.

Islambuli hinterließ einen Brief an seine Familie, der nach seiner Verhaftung geöffnet werden sollte. Darin hieß es: „Bitte, versteht mich. Ich habe kein Verbrechen begangen. Was ich tat, tat ich für Gott, den Barmherzigen, den Mächtigen. Ich wünsche nichts für mich. Ich erwarte keine Begünstigung oder Belohnung. Wenn jemand von Euch meinetwegen Unrecht erleidet, bitte, vergebt mir."[27]

Vor dem Attentat

Islambuli vor der Tribüne

Während der Parade verlief alles nach Plan. Islambuli saß neben dem Fahrer. Sein Wagen fuhr in der Kolonne rechts, der Tribüne am nächsten. Als sie die Tribüne erreicht hatten, zog Islambuli seine Pistole und befahl dem Fahrer zu stoppen. Dieser trat so stark auf die Bremse, daß der Wagen ins Schleudern geriet.

Als der Wagen stand, sprang Islambuli heraus und warf eine Handgranate. Zwei seiner Gefährten warfen gleichfalls Granaten. Daraufhin eröffneten sie das Feuer. Zunächst standen sie noch auf dem Kasten des Wagens, dann sprangen sie ab. Islambuli ergriff die Maschinenpistole, die in der Fahrerkabine lag. Gefolgt von Abbas Muhammad, erreichte er die vordere Stuhlreihe der Tribüne, wo Sadat saß. Die beiden anderen rannten zur Seite und gaben von dort aus Deckungsfeuer.

Sein Verteidiger trug später im Prozeß vor, Islambuli habe, als er die Tribüne erreichte, dem Vizepräsidenten und dem Verteidigungsminister gegenübergestanden und ihnen zugerufen: „Geht

Das Attentat

mir aus dem Weg. Ich will nur diesen Hundesohn!" Heikal meint dazu: Ob Islambuli diese Worte gebraucht habe, könne man nicht mehr feststellen. Wenn er es getan habe, sei es unvereinbar gewesen mit dem Plan der Verschwörer, so viele höchste Repräsentanten der Regierung wie möglich zu beseitigen. Andererseits sei denkbar, daß Islambuli, als er sich Sadat gegenübersah, in seinem Haß gegen diesen Mann, den er als Erztyrannen betrachtete, alles andere vergaß. Jedenfalls habe Islambuli weiter auf den Körper des Präsidenten gefeuert, als dieser schon getroffen war, vermutlich in der Annahme, daß der Präsident eine kugelsichere Weste trage, und in der Entschlossenheit, keine Chance auszulassen.[28]

So starb Sadat. „Erstmals tötete das ägyptische Volk seinen Pharao", kommentiert Heikal seinen Tod.[29]

Nach dem Attentat flüchteten die Täter. Drei wurden noch am selben Tage, der vierte am 9. Oktober festgenommen.

2 Tage nach Sadats Tod brachen in Mittel- und Oberägypten Unruhen aus. In Assiut erstürmten schwerbewaffnete Fundamentalisten das Hauptquartier der Polizei und des Sicherheitsdienstes. Die Kämpfe dauerten 3 Tage. Die Regierung konnte sie erst zu ihren Gunsten entscheiden, als sie Fallschirmjägereinheiten einsetzte. Es gab mindestens 300 Tote.

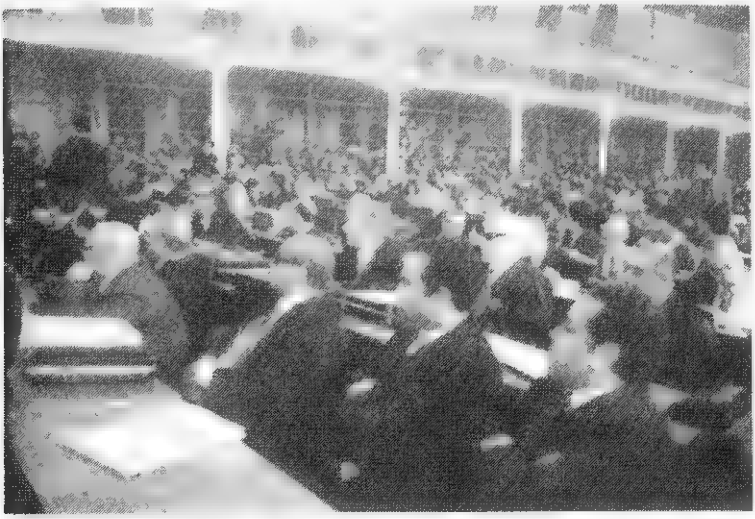
Die Reaktionen auf Sadats Tod waren gegensätzlich.

Politiker in imperialistischen Staaten, speziell in den USA, bekundeten Betroffenheit. Hatten sie nicht erst kürzlich einen Vasallen in Iran verloren? Nun das. Eine Katastrophe. USA-Präsident Ronald Reagan sprach vom „Märtyrertod" dieses „rechtschaffenen und tapferen Mannes". J. Carter pries Sadat als den größten Führer, den er je getroffen habe und der mehr für den „Frieden auf Erden" getan habe als irgend jemand in diesem Jahrhundert.

Arabische Patrioten triumphierten. In Syrien tanzten Menschen auf den Straßen. Radio Damaskus erklärte: „Der Verräter ist tot! ... Das ist ein Sieg. ... Unsere Kameraden der ägyptischen Armee haben uns gerächt." In Beirut feuerten Libanesen ihre Waffen, mit denen sie sonst einander bekämpften, in die Luft ab. In Libyen veranstalteten Autofahrer Hupkonzerte.[30]

Am 10. Oktober 1981 wurde Sadat begraben. In den Straßen Kairos waren außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Fürchteten die Verantwortlichen Unruhen? Oder erwarteten sie ähnliche elementare Ausbrüche der Trauer wie zu Nassers Begräbnis? Die Ägypter kümmerten sich kaum um ihren toten Präsidenten. Zu oft hatte er sie zu Lebzeiten irregeführt. Gleichgültigkeit dominierte.

Das Begräbnis gestaltete sich hauptsächlich zu einer Angele-



Gerichtsverhandlung gegen muslimische Radikale

genheit des Auslandes. USA-Präsident Reagan hatte aus Sicherheitsgründen nicht kommen können oder wollen. Er schickte 3 seiner Vorgänger – Richard Nixon, Gerald Ford, J. Carter. Großbritannien war durch Prinz Charles, den früheren Ministerpräsidenten James Callaghan und Außenminister Lord Peter Carrington vertreten. Aus Frankreich reisten Präsident François Mitterand und dessen Vorgänger Valéry Giscard d'Estaing an, aus der BRD Bundeskanzler Helmut Schmidt. Menachem Begin fehlte nicht. Von den 24 Mitgliedern der Arabischen Liga hatten der Sudan den Staatspräsidenten Dscha'far Muhammad an-Numeiri, Oman den Sultan Qabus und Somalia einen rangniederen Politiker entsandt. Alle übrigen Ligamitglieder waren ferngeblieben.

„Allah ist unser Richter"

War das Attentat ein Erfolg?

In ihm zeichneten sich Möglichkeiten und Grenzen des islamischen Fundamentalismus ab. In ihm konnte sich eine Antihal-

tung artikulieren, konkret: der Zorn ägyptischer Patrioten gegen den Verrat Sadats. Davon geleitet, beseitigten die Attentäter im Alleingang den ägyptischen Präsidenten. Doch wie weiter? Ihnen stand nicht nur die Person Sadat, sondern die ganze Staatsmacht gegenüber. Sie zu ersetzen, dafür hatten sie kein tragfähiges Konzept. Der Glaube an einen Aufstand der Massen erwies sich als Illusion. Wem sollten die Menschen folgen? Es gab keine Organisation, die ihre Führung hätte übernehmen können. Die Vorstellung, im ursprünglichen Islam Richtlinien für die Lösung brennender Probleme der Gegenwart zu finden, ließ sich nicht in die Tat umsetzen.

So waren die Attentäter erfolgreich – und doch unterlagen sie.

Das Oberste Kriegsgericht, ihm gehörten 3 Generale an, begann am 21. November 1981 seine Verhandlungen gegen 24 Personen, angeklagt des Mordes an Sadat. Der Prozeß unterlag besonderer Geheimhaltung. Einige Angeklagte verzichteten auf einen Rechtsanwalt. „Gott ist unser Verteidiger", äußerten sie.

Die Angeklagten erklärten sich nicht schuldig im Sinne der Anklage. In einer Vernehmung nach den Motiven seiner Tat befragt, führte Islambuli an: Die Gesetze des Landes hätten nicht mit den islamischen Gesetzen übereingestimmt, worunter Muslims zu leiden gehabt hätten. Er verwies auf die in Camp David getroffenen ägyptisch-israelischen Separatvereinbarungen. Und er sprach davon, daß muslimische Führer eingekerkert und mißhandelt worden seien.[31] Er habe, so Islambuli, einen Ungläubigen getötet, und darauf sei er stolz. Die Verteidiger brachten vor, das Attentat auf Sadat sei eine Reaktion auf den „Staatsterrorismus" gewesen. Das Sadat-Regime habe sich als „unislamisch" entlarvt, indem es durch Terror und Mord geherrscht habe. Die Attentäter hätten ihre Grundpflicht als Muslims erfüllt, „eine ungerechte und tyrannische Regierung zu bekämpfen".[32]

Am 3. März 1982 beendete das Oberste Kriegsgericht seine Hauptverhandlung. Am 6. März 1982 verkündete es die Urteile. 5 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, und zwar Chalid Ahmad Schauqi al-Islambuli, Abdu-l-Hamid Abd as-Salam, Ata Tayil Hamida, Husain Abbas Muhammad und Muhammad Abd as-Salam Faradsch. Für 17 weitere Angeklagte sah das Gericht Zwangsarbeit vor. 2 sprach es frei.

Das Gericht berief sich in der Urteilsbegründung, die 232 Seiten umfaßte, auf den Koran, die Sunna, die Grundsätze der *scharia* und die Meinung muslimischer Rechtsgelehrter. Zu diesem Dokument kamen die Protokolle der Anklage mit 754 Seiten und die Sitzungsprotokolle mit 750 Seiten.[33]

Während des Prozesses befanden sich die Angeklagten in Käfigen, die an einen Zoo erinnerten. In Losungen und Liedern be-

kannten sie, im Geiste des Islam gehandelt zu haben. „Allah ist der Größte!" – „Allein Allah ist unser Richter!"

Die Verteidiger hatten gefordert, den Termin der Urteilsverkündung zu verschieben. Denn sie hatten erst für 10 Angeklagte Plädoyers halten können. Auch war wiederholt die Anhörung von Zeugen und Gutachtern, auf die sie Wert legten – dazu gehörten der Staatspräsident und der Verteidigungsminister –, abgelehnt worden. Doch das Gericht gab ihrer Forderung nicht statt.

Die der Regierung verbundene Presse rechtfertigte die Gerichtsurteile. Die Ermordung Sadats sei ein Akt des nationalen Verrats, nicht des Heroismus gewesen, behauptete sie. Doch viele Ägypter empfanden Sympathie für Islambuli und seine Gefährten. Die Oppositionsparteien – die Sozialistische Arbeiterpartei, die VNPP und die Liberalen Sozialisten – bezeichneten in einer gemeinsamen Erklärung das Attentat als „unverfälschte Äußerung des Willens des ägyptischen Volkes und der arabischen und islamischen Nation". Sie forderten den Staatspräsidenten auf – es war dies inzwischen Muhammad Husni Mubarak –, die Gerichtsurteile zurückzuweisen.[34]

Der Präsident bestätigte am 20. März 1982 die Urteile. Einen Revisionsantrag lehnte er am 14. April ab.

Am 15. April 1982, kurz vor dem Morgengrauen, erschoß ein Kommando Islambuli auf dem Gelände der Kaserne Dschebel Ahmar. Husain Abbas Muhammad, Reserveoffizier, war die gleiche Todesart beschieden. Die anderen 3 zum Tode Verurteilten wurden zur selben Zeit im Gefängnis Bab al-Chalq gehängt.

Über 1000 Fundamentalisten befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch in Gefängnissen.

Anmerkungen

1 H. A. Kissinger: Memoiren 1968–1973, a. a. O., S. 1340.
2 Ebenda.
3 Vgl. Ajatollah Chomeini: Der islamische Staat. Aus dem Persischen übersetzt und herausgegeben von Nader Hassan und I. Itscherenska, Berlin 1983.
4 Der Spiegel, Hamburg, 22. November 1982, S. 174.
5 Botschaft von US-Präsident Carter an den Kongreß vom 23. Januar 1980. Nach Défense Nationale, Paris, Heft 7/1981, S. 54.
6 W. Ruf: Krisenherd Mittelmeer. In: L. Brock, B. Meyer (Hrsg.) Die Zukunft der Sicherheit in Europa (Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. XI), Baden-Baden 1984, S. 135.
7 D. Senghaas: Militarische Konflikte in der Dritten Welt. Quantitative Beobachtungen und politische Bewertung. In: Leviathan, Nr. 2/1984, S. 274.

8 Nach Middle East Contemporary Survey, Volume Four: 1979–80, New York – London 1981, S. 363.
9 D. Hopwood. Egypt: Politics and Society 1945–1981, a. a. O., S. 115.
10 A. B. Rugh: Family in Contemporary Egypt, a. a. O., S. 295.
11 The Egyptian Gazette, Kairo, 4. Mai 1979.
12 A. B. Rugh: Family in Contemporary Egypt, a. a O., S. 242.
13 Saad Eddin Ibrahim: Oil, Migration and the New Arab Social Order. In M. H. Kerr, El Sayed Yassin. Rich and Poor States in the Middle East. Egypt and the New Arab Order, Boulder, Colorado – Kairo 1982, S. 51.
14 M. Heikal: Autumn of Fury, a. a. O., S. 171f.
15 D. Hirst, I. Beeson: Sadat, London 1981, S. 354.
16 G Shoukri Egypt Portrait of A President, 1971–1981. The Conter-Revolution in Egypt. Sadat's Road to Jerusalem, London 1981, S. 230.
17 Dokumente des I. Parteitages der Ägyptischen Kommunistischen Partei. I. Parteiprogramm. Dieses Programm wurde vom I. Parteitag einstimmig beschlossen, September 1980.
18 ad-Da'awa, Kairo, Oktober 1979 (arab.).
19 M. Heikal: Autumn of Fury, a. a. O., S. 130f.
20 M. Grzeskowiak: Extremistische islamische Gruppierungen in Ägypten nach 1970. In: asien, afrika, lateinamerika, Berlin, Heft 4/1980, S. 671 ff.; G. Kepel: The Prophet and Pharaoh. Muslim Extremism in Egypt, London 1985.
21 M. Heikal: Sphinx and Commissar. The Rise and Fall of Soviet Influence in the Arab World, a. a. O., S. 10.
22 I. Fahmy: Negotiating for Peace in the Middle East, a. a. O., S. 102.
23 Ebenda, S. 282ff.
24 al-Akhbar, Kairo, 20. März 1980 (arab.).
25 May, Kairo, 4. Mai 1981; al-Ahram, Kairo, 26. Juni 1981 (arab.).
26 al-Ahram, Kairo, 15. Mai 1980 (arab.).
27 M. Heikal: Autumn of Fury, a. a. O., S. 253.
28 Ebenda, S. 255.
29 Ebenda.
30 D. Hirst, I. Beeson: Sadat, a. a. O., S. 12f.
31 M. Heikal: Autumn of Fury, a. a. O., S. 246.
32 Middle East Contemporary Survey, Volume Six: 1981–82, New York – London 1984, S. 451.
33 al-Ahram, Kairo, 25. März 1982 (arab.).
34 Middle East Contemporary Survey, Volume Six: 1981–82, a. a. O., S 452.

Mubarak, der neue Präsident

Muhammad Husni Mubarak wurde Nachfolger Sadats. Er rückte zunächst nach, da er Vizepräsident war. Am 13. Oktober 1981 wählten ihn die Ägypter mit 98 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Präsidenten. Zunächst bekleidete er auch das Amt des Ministerpräsidenten, das er jedoch am 3. Januar 1982 an Fu'ad Muhi ad-Din abgab.

Mubarak wurde 1928 geboren. In seiner Jugend erlebte er noch den antikolonialen Kampf. Einer bestimmten politischen Richtung schloß er sich nicht an. Seine berufliche Laufbahn ist untrennbar mit dem Nationalstaat Ägypten verbunden. Er trat der Armee bei und wurde Kampfflieger. 1957, 1961 und 1967 nahm er an Kursen in der UdSSR teil. Die Ausbildung als Pilot für Langstreckenbomber absolvierte er „mit Auszeichnung". 1967 wurde er Kommandeur der Luftwaffenakademie, 2 Jahre später Stabschef der Luftwaffe. Er bereitete die ägyptische Luftwaffe als deren Chef erfolgreich auf den Oktoberkrieg 1973 vor. Im April 1975 übernahm er das Amt des Vizepräsidenten. Sein höchster militärischer Rang war Luftmarschall.

Eine saudiarabische Zeitschrift glaubt, in seiner militärischen Laufbahn den Schlüssel für Mubaraks Charakter und Führungsstil gefunden zu haben. Als Pilot für Langstreckenbomber habe er gelernt, umsichtig und „gemäßigt" zu sein; das Für und Wider bei Entscheidungen genau abzuwägen. Dies zeichne ihn, Mubarak, auch als Präsidenten aus.[1]

Sicher ist: Der neue ägyptische Präsident trat ein schweres Erbe an. In der internationalen Arena wehte ein eisiger Wind. Die USA trieben ihre Kriegsvorbereitungen voran und faßten eine Militarisierung des Weltraums ins Auge. Dadurch eröffnete sich eine „neue und beängstigende Dimension der Rüstung", wie Bhupendra Jasani und Christopher Lee in einem Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI formulieren.[2] In Nahost hatte sich im Zusammenhang mit dem

Sadats Nachfolger Muhammad Husni Mubarak

eisiger werdenden internationalen Klima eine neue Situation herausgebildet. In Ägypten war nach elfjährigem Sadat-Regime Bilanz zu ziehen.

Israelis in Libanon

Am 6. Juni 1982 überfielen die Israelis Libanon. Obwohl libanesische und palästinensische Patrioten ihnen heftigen Widerstand entgegensetzten, stießen sie dank ihrer überlegenen Kriegsmaschinerie rasch ins Landesinnere vor. Im Zusammenspiel mit den Falangisten, rechtsextremistischen libanesischen Militäreinheiten, schlossen sie Westbeirut ein und belagerten es für Wochen. Artillerie, Panzer und vor der Küste liegende Kriegsschiffe nahmen es Tag für Tag unter Beschuß. Flugzeuge feuerten Raketen ab und warfen Bomben, darunter Phosphor-, Kugel- und Splitter-

Opfer der israelischen Terrorangriffe auf Westjordanl

bomben, die Opfer vornehmlich unter der Zivilbevölkerung forderten. Ganze Straßenzüge verwandelten sie in Ruinen. Tausende von Menschen fanden in den Trümmern den Tod oder wurden verletzt. Immer wieder ausbrechende Brände bildeten Rauchschwaden, die den Himmel verdunkelten.

Libanon spielte lange Zeit eine gewisse Sonderrolle in Nahost. Das hing mit seiner geographischen Lage wie mit seiner Geschichte zusammen. Es war Jahrhunderte hindurch „Kreuzweg der Kriegsnationen". Kulturen prallten aufeinander. Seine Gebirgslandschaft bot zugleich denen, die nicht standhalten konnten, Rückzugsmöglichkeiten. Die Maroniten, die aus einer christlichen Sektengründung im 5. Jahrhundert am Fluß Orontes hervorgegangen waren, hatten in ihr eine Heimat gefunden. Ebenso die Drusen, Nachfahren einer im 11. Jahrhundert in Ägypten einsetzenden islamischen Protestbewegung. Vom Nil auch kamen die Schiiten, privilegiert durch die Fatimidenkalifen, und die Sunniten, die den Glauben der Mamluken, der Nachfolger der Fatimiden, teilten. Die Religionsgemeinschaften wurden zu Feudalgesellschaften, jeweils mit einem absoluten Herrscher an der Spitze. Sie gerieten in die Zwistigkeiten europäischer Kolonialmächte, die am Ostufer des Mittelmeers Fuß zu fassen suchten. Im Ergebnis des ersten Weltkrieges setzte sich schließlich Frankreich als Mandatsmacht durch. In Ausübung seiner Herrschaft stützte es sich hauptsächlich auf den maronitischen Bevölkerungsteil, in dem einflußreiche Familien die Bindung zum Arabertum lockerten und sich – überzeugt, in der Tradition der Phönizier zu stehen – stärker auf Europa orientierten. Emile Eddé, ein Vorkämpfer maronitischer Vorrechte in Libanon und zeitweilig Präsident seines Landes, erklärte, an die Muslims gewandt: „Wer sich bei uns im christlichen Libanon nicht wohl fühlt, der kann sich auf dem Meer draußen umschauen!"

Im Sommer 1940 eroberten britische Truppen den Libanon. Charles de Gaulle, Repräsentant des Freien Frankreich, ließ am 27. September 1941 durch General Georges Catroux seine Unabhängigkeit verkünden. Ein 1943 abgeschlossener „Nationalpakt" verlieh dem Land eine gewisse Stabilität. Ihm zufolge besetzten nicht politische Parteien, die es gab, sondern Religionsgemeinschaften gemäß ihrer Größe Parlamentssitze und Staatsämter (Konfessionalismus). Der Nationalpakt sah ferner vor, daß Libanon zwar der arabischen Welt angehören, doch zugleich einen „besonderen Charakter" besitzen und eigene kulturelle Beziehungen zum Abendland – das heißt zu Europa – unterhalten sollte.

Im Frühjahr 1944 erlangte Libanon volle Eigenstaatlichkeit. Das Land erlebte einen allseitigen Aufschwung. Vom Nahostkonflikt blieb es lange Zeit nahezu unberührt. „Schweiz des Orients" wurde es genannt.

Seiner Stabilität fehlte indessen eine hinreichende Fundierung. Das Land, das sich kapitalistisch entwickelte, hatte große wirtschaftliche, soziale und politische Probleme. Der Dienstleistungssektor – Banken, Verlagswesen und Tourismus spielten in ihm eine erstrangige Rolle – war unverhältnismäßig aufgebläht, während Landwirtschaft und Industrie zusammen lediglich 30 Prozent des Bruttosozialprodukts erzeugten. Eine tiefe Kluft trennte die Reichen – 5 Prozent der Bevölkerung verfügten über 50 Prozent des Nationaleinkommens – von den Armen, zu denen die Hälfte der Bevölkerung gehörte. Der Konfessionalismus, eine feudale Institution, die den Chefs der Clans in ihren Bereichen noch immer weitgehende Machtbefugnisse einräumte, stand in Widerspruch zu den politischen Erfordernissen einer kapitalistischen Entwicklung. Zudem stimmte die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung nicht mehr mit dem Schlüssel überein, nach dem Parlamentssitze und Staatsämter verteilt wurden: Der Nationalpakt war davon ausgegangen, daß – wie in den dreißiger Jahren – 52 Prozent der Libanesen Christen und 48 Prozent Muslims sind; der christliche Bevölkerungsteil war inzwischen jedoch auf 40 Prozent zurückgegangen und der muslimische auf 60 Prozent gestiegen, durch natürlichen Bevölkerungszuwachs wie durch den Zustrom palästinensischer Muslims.

Wiederholt brachen in Libanon Konflikte offen aus. 1975 begann ein Bürgerkrieg. In ihm kämpften die verschiedenen sozialen, politischen, ethnischen und religiösen Gruppen um einen möglichst hohen Anteil an der Machtausübung. Ebenso ging es um die Rolle des Landes im Nahostkonflikt. Nationale, regionale und internationale Gegensätze verschmolzen miteinander.

Was wollten die Israelis im Juni 1982 in Libanon?

Zu Beginn ihrer Aggression, der sie den Namen „Frieden für Galiläa" – damit ist der Nordteil Israels gemeint – gaben, sprachen sie davon, einen knapp 40 Kilometer tiefen „Sicherheitskordon" schaffen zu wollen, um palästinensische Kommandos daran zu hindern, israelisches Territorium zu beschießen. Libanon sollte von „fremden Truppen" gesäubert werden und seine „Souveränität" zurückerhalten, damit es mit Israel einen „Friedensvertrag" abschließen könne.

Diese Argumente sollten die Weltöffentlichkeit beruhigen. Tatsächlich verfolgten die israelischen Machthaber weitergehende Ziele. 1981 hatten sie mit den USA eine „strategische Allianz" vereinbart, und ihr regionales Vorgehen ordnete sich dem globalen USA-Konfrontationskurs ein. Erstens wollten sie die PLO zerschlagen, deren Zentren und Hauptverbände sich nach ihrer Niederlage 1970 in Jordanien in Libanon befanden. Die Palästinenser sollten dadurch ihres politischen Rückgrats beraubt und dazu gebracht werden, ihren Kampf um nationale Identität und Eigen-

Israelische Soldaten gehen brutal gegen palästinensische Frauen und Kinder vor.

staatlichkeit aufzugeben. Israel würde dann auf Dauer Westjordanien und den Ghazastreifen annektieren können. Zweitens dachten die Israelis daran, in Libanon im Zuge einer „Neuordnung" der Verhältnisse die national-progressive Bewegung auszuschalten. Mit den Falangisten, deren neuer Führer Baschir Dschemaijel noch während der Kämpfe zum Staatspräsidenten gewählt wurde, sollten rechte, isolationistische Kräfte an die Macht gebracht werden, die mit Israel kooperieren. Auch Gebietserwerb auf Kosten Libanons faßten die Israelis ins Auge. Drittens hofften die israelischen Machthaber – und hier vor allem verfochten sie Interessen des Imperialismus und der regionalen Reaktion –, mit den palästinensischen und libanesischen Patrioten die antiimperialistischen und revolutionären Kräfte in der ganzen Region, zunächst vornehmlich in Syrien, zu treffen.[3]

Dieses Vorgehen setzte „Camp David" fort – und führte zugleich die mit ihm verbundenen Beteuerungen, der Region Frieden zu bringen, ad absurdum. Die Israelis hatten freie Hand, gegen Libanon vorzugehen, weil mit Ägypten die stärkste Macht aus der Reihe der arabischen Konfrontationsstaaten ausgeschieden war. Die arabische Welt duldete wie gelähmt den israelischen Völkermord an Palästinensern und Libanesen. Sie verharrte noch in diesem Zustand, als Falangisten im Zusammenspiel mit den israelischen Aggressoren vom 16. bis 18. September 1982 in den beiden Lagern Sabra und Schatila ungefähr 3000

palästinensische Flüchtlinge hinschlachteten. Zum anderen trachteten die Israelis danach, Staaten und politische Kräfte, die nicht freiwillig kapitulieren wollten, einzeln gewaltsam zur Kapitulation zu treiben: die PLO, Libanon und schließlich Syrien.

Die USA beteiligten sich faktisch an der israelischen Aggression. Nicht nur, daß sie mit ihrer Politik der Konfrontation und Hochrüstung „Klima" und Leitlinien für sie geschaffen hatten. Beide Seiten hatten sich zuvor abgesprochen. Mit einer jährlichen Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von ungefähr 3 Milliarden Dollar sowie durch umfangreiche Waffenlieferungen gaben die USA den israelischen Machthabern die Mittel für ihre Aggression in die Hand, während sie im UNO-Sicherheitsrat durch ihr Veto eine wirksame Verurteilung der Aggression verhinderten.

Die USA setzten darüber hinaus ihre schon unter Präsident Carter unternommenen Versuche fort, in der Region eine militärische Präsenz auszubauen. Sie nahmen die israelische Aggression als willkommenen Vorwand, Truppen in Libanon zu stationieren.

Am 1. September 1982 legte USA-Präsident Ronald Reagan einen Nahostplan vor. Politisch verfolgte er dasselbe Ziel, für das die Israelis gemordet hatten und noch mordeten: die Kapitulation der Palästinenser. Die Vereinbarungen von Camp David blieben die Grundlage seiner Politik, erklärte er. Der „Friedensprozeß" sollte verbreitert werden, insbesondere durch die unmittelbare Einbeziehung Jordaniens und der Palästinenser. Dem arabischen Volk von Palästina wollte er für eine Übergangsperiode von 5 Jahren eine „Selbstverwaltung" zugestehen, einen eigenen Staat sollte es jedoch – dies wurde ausdrücklich zweimal vermerkt – auch dann nicht erhalten. Für die Zeit danach faßte Reagan, dies war eine Variante von „Camp David", eine Assoziation der Palästinenser mit Jordanien ins Auge. Damit geriet er in Widerspruch zu der Absicht Israels, Westjordanien und den Ghazastreifen auf Dauer zu annektieren. Ihm war offenbar vordringlich daran gelegen, das in der arabischen Welt stark gesunkene amerikanische Ansehen aufzubessern und König Hussein für eine Beteiligung am Camp-David-„Verhandlungsprozeß" zu gewinnen. Doch ging er nicht so weit, von Israel zu fordern, die besetzten arabischen Gebiete, um die es sich handelte, an Jordanien herauszugeben. Jerusalem sollte „ungeteilt" – das heißt unter israelischer Souveränität – bleiben.[4]

Im Mai 1983 gelang es den Israelis, unterstützt von den USA, mit Libanon einen Separatvertrag abzuschließen. Er entsprach den Leitlinien von „Camp David". Libanon verpflichtete sich, nur die militärische Unterstützung eines Landes in Anspruch zu nehmen, das auch diplomatische Beziehungen zu Israel unterhielt. Er war dadurch unter anderem gehalten, mit Syrien zu brechen. Auf

seinem Territorium sollten keine Aktivitäten – auch keine propagandistischen – geduldet werden, die sich gegen Israel richteten. Abkommen, die mit dem Separatvertrag nicht in Einklang zu bringen waren, sollten hinfällig sein. Für Libanon hätte das den Austritt aus der Arabischen Liga bedeutet. Um die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Staaten hatte sich ein „Verbindungskomitee" zu kümmern, dem auch die USA angehörten.[5]

Die Israelis schienen ihren Kriegszielen nahe zu sein. Doch ihr militärischer Sieg verwandelte sich in eine politische Niederlage.

Mit ihrer Aggression stießen die israelischen Machthaber weltweit auf Widerstand, selbst, das war neu, in zionistischen Kreisen. In Israel formierte sich noch während der Kämpfe eine Antikriegsbewegung. Am 26. Juni demonstrierten 20 000, am 3. Juli 100 000 Menschen. Am 25. September 1982, nachdem die Verbrechen von Sabra und Schatila bekannt geworden waren, gingen in Tel Aviv aus Protest 400 000 Israelis auf die Straße – zur bis dahin größten Demonstration in der Geschichte ihres Landes.

Im Herbst 1983 mußten die Israelis mit dem Rückzug aus Libanon beginnen. Widerwillig zogen sie sich in Etappen zurück, dies im Bemühen, politisch-militärische Positionen innerhalb der libanesischen Bevölkerung aufzubauen und zu hinterlassen. Wie schon beim Einmarsch, mordeten sie, zerstörten Häuser und Einrichtungen der Infrastruktur. Konfliktstoff blieb zurück. Amin Dschemaijel, der anstelle seines im September 1982 bei einem Attentat getöteten Bruders Baschir Präsident geworden war, kündigte im März 1984 den mit Israel geschlossenen Separatvertrag. Der Druck libanesischer Patrioten wie anderer arabischer Staaten brachte ihn dazu. Gegen ihn rebellierten innerhalb der Forces Libanaises proisraelische Kräfte.

Die israelische Libanon-Aggression führte den Ägyptern vor Augen, wohin „Camp David" ihr Land gebracht hatte: Es war vertraglich einem Staat verbunden, der gegen arabische Brudervölker Krieg führte.

Der rechtsextremistische Likud-Block, der die Aggression in Libanon zu verantworten hatte, verlor bei den Knessethwahlen 1984 seine Mehrheit. Der Unwillen der Bevölkerung, der sich darin äußerte, fand indessen bei der Regierungsneubildung keinen Niederschlag. Die „Regierung der nationalen Einheit" unter Shimon Peres, in der der Likud und die IAP Hauptpartner sind, hält an dem mit den USA getroffenen strategischen Übereinkommen fest. Auch sonst machte sie sich Likud-Positionen zu eigen: Es soll keinen palästinensischen Staat geben, mit der PLO wird nicht verhandelt, im Westjordangebiet und im Ghazastreifen werden die vorhandenen jüdischen Siedlungen geschützt und neue

errichtet.[6] Für das Land hatte die Aggressionspolitik ungeachtet massiver USA-Unterstützung ökonomisch katastrophale Folgen: Die Inflationsrate betrug 1984 470 Prozent,[7] die Zahl der Arbeitslosen 85 000.

„Neue arabische Ordnung"

Die globalen und regionalen Spannungen führten dazu, daß in der Region außerordentlich hohe Summen für die Rüstung ausgegeben werden. 1983 handelte es sich um über 70 Milliarden Dollar.

Israel hat sein gesamtgesellschaftliches Leben auf Aggression eingerichtet. Der militärisch-industrielle Komplex ist maßlos aufgebläht und wurde zum bestimmenden Faktor des Wirtschaftslebens. Er umfaßt etwa 800 Betriebe mit ungefähr 300 000 Beschäftigten.[8] Zu den bewaffneten Kräften gehören 174 000 Männer und Frauen, wobei sich diese Zahl durch ein ausgeklügeltes Reservistensystem auf 500 000 erhöhen läßt. (100 000 Reservisten können bereits innerhalb von 24 Stunden mobilisiert werden.) Die Rüstungsausgaben betrugen 1983 rund 7 Milliarden Dollar. Es waren dies 45 Prozent des Staatshaushalts beziehungsweise 35,7 Prozent des Bruttosozialprodukts. Dadurch wächst Israels ohnehin schon existentiell zu nennende Abhängigkeit von den USA.

Saudi-Arabien gab 1983 27 Milliarden Dollar für Rüstung aus, bei einer vergleichsweise kleinen Armee von 50 000 Mann. Im selben Jahr betrugen die Rüstungsausgaben in Irak 8 Milliarden Dollar (Armeestärke: 642 000 Mann), in Ägypten und Syrien jeweils 2,5 Milliarden Dollar (die ägyptische Armeestärke: über 400 000 Mann, die syrische: etwa 360 000 Mann).[9]

Der irakisch-iranische Krieg dauerte an. Im Verlauf von 4 Jahren hatte er 680 000 Tote, annähernd 1 Million Verletzte sowie materielle Schäden für beide Seiten in Höhe von etwa 100 Milliarden Dollar gefordert.[10]

In der arabischen Welt bildete sich im Ergebnis einer ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus eine „neue Ordnung" heraus, wie einige Publizisten diese Erscheinung nennen.[11] Staaten, deren Infrastruktur noch relativ schwach entwickelt ist, erzielten aufgrund ihrer sprunghaft gestiegenen Erdöleinnahmen das höchste Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in der Welt. 1982 erreichte es in den Vereinigten Arabischen Emira-

ten 28 000 Dollar, in Katar 25 000 Dollar, in Kuweit 20 500 Dollar, in Saudi-Arabien 11 300 Dollar und in Libyen 10 000 Dollar. In Ägypten lag es demgegenüber im selben Jahr kaum über 500 Dollar, in Sudan unter 400 Dollar.[12] Die Beziehungen der Staaten zueinander wandelten sich dadurch. Aus den reicheren flossen Kapitalströme in die ärmeren, während Arbeitskräfte sich in die umgekehrte Richtung bewegten. 6 erdölproduzierende und -exportierende Staaten verfügten 1980 über ein Auslandsvermögen von ungefähr 320 Milliarden Dollar.[13]

Die hohen Rüstungsausgaben, wenngleich gerechtfertigt, insofern und soweit sie der Selbstbehauptung gegenüber der Aggressivität imperialistischer und zionistischer Kräfte dienen, behindern die Entwicklung der Region. Und sie verstärken die ohnehin ungleichmäßige Entwicklung: Reichen Staaten fällt es relativ leicht, die erforderlichen Summen aufzubringen, während es bei anderen an die ökonomische Substanz geht, oder sie müssen finanzkräftigere um Hilfe bitten, was zu Abhängigkeiten führen kann. Mit der Ansammlung von Rüstungsgütern wächst zudem die Gefahr, daß der regionale Konflikt eskaliert.

Reichtum schlägt unter den gegebenen Verhältnissen eines abhängigen Kapitalismus nicht automatisch in Entwicklung um. Zwischen 1973 und 1980 gaben arabische Staaten 90 Prozent ihrer Erdölgewinne für nichtproduktive Güter und Waren aus und legten nur 10 Prozent produktiv an. Tendenziell bildete sich eine, wie Na'im Aschhab formuliert, „dekadente Konsumgesellschaft" heraus. „Ihr Charakteristikum sind verstärkte individualistische Tendenzen und Stimmungen bei ziemlich breiten Bevölkerungsschichten, gepaart mit einer Abschwächung der nationalen, patriotischen Gefühle."[14]

In einigen Staaten der Region wurden mit Hilfe des Erdölreichtums krasse soziale Mißstände gemildert. Insgesamt indessen wuchs die Kluft zwischen arm und reich. Von rund 160 Millionen Arabern zu Beginn der achtziger Jahre lebten nach Hischam Scharabi ungefähr 2 Prozent im Luxus, etwa 10 Prozent erfreuten sich eines bescheidenen Wohlstands, während fast 90 Prozent um das bloße Überleben kämpften.[15] Sich vertiefende soziale Spannungen führten wiederholt in einer Reihe von Ländern zu Unruhen. Letztere weiteten sich im Frühjahr 1985 in Sudan so weit aus, daß die Regierung unter Präsident Numeiri gestürzt wurde.

Konservative und rechte Kräfte konnten aufgrund der ihnen zugewachsenen Finanzkraft in einigen Staaten wie tendenziell in der Region ihre Positionen verbessern. Verfechter des Fortschritts gerieten mitunter in schwierige Situationen. In einer

Reihe von Fällen wurden und werden Kommunisten grausam von den Herrschenden verfolgt.

Staaten, in denen konservative beziehungsweise rechte Kräfte die Macht ausüben, treten indessen international nicht notwendigerweise antisozialistisch und antisowjetisch auf. Sie machen vielmehr ernste Vorbehalte gegenüber dem von den USA initiierten antikommunistischen und antisowjetischen Kreuzzug geltend. In der Palästina- und Jerusalemfrage unterstützen sie Aspekte des antiimperialistischen Kampfes, wobei sie sich weithin vom Panarabismus oder/und von der Verpflichtung zur islamischen Solidarität leiten lassen. Hierher gehören die acht Prinzipien, die König Fahd 1982, als er noch Kronprinz war, zur Lösung des Nahostkonflikts entwickelte. Danach sollen sich unter anderem die Israelis von allen besetzten arabischen Gebieten zurückziehen und ihre dort errichteten Siedlungen niederreißen. Für die Palästinenser ist ein unabhängiger Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt vorgesehen. Alle Staaten der Region sollen in Frieden leben.[16] Dieser „Fahd-Plan", wie er fortan hieß, wurde von der Arabischen Liga wie von der Organisation der Islamischen Konferenz aufgegriffen.[17] In Zurückweisung von Einmischungsversuchen der USA gründeten Staaten der Arabischen Halbinsel den Golf-Kooperationsrat (GCC). Oman zeigte in der regionalen und internationalen Konfliktsituation eine realistische Haltung. Zur UdSSR nahm er diplomatische Beziehungen auf. Auch andere konservative Staaten streben nach guten Beziehungen zur Sowjetunion. In ihren Medien ist zwar Antikommunismus, jedoch kaum militant geäußerter Antisowjetismus zu finden.

Ein Widerspruch? Zweifellos. Er resultiert aus den objektiven Gegebenheiten. Die Herrschenden in den Staaten, um die es sich hier handelt – vornehmlich in den auf der Arabischen Halbinsel gelegenen –, sind an der Erhaltung überkommener Gesellschaftsstrukturen, in denen ihre Herrschaftspositionen wurzeln, interessiert. Das läßt sie in der Innenpolitik antikommunistisch agieren. Doch eine Beteiligung an einem antisowjetischen Kreuzzug auf internationaler Ebene, der droht, in einen heißen Krieg umzuschlagen, kann nicht nur ihre gesellschaftlichen Positionen, sondern auch ihre physische Existenz gefährden. Schon ein Blick auf die Landkarte belehrt sie darüber. Zudem sind konservative Kräfte bis zu einem gewissen Grad lernfähig. Der Sturz des Schahs Reza Pahlawi 1978/79 und die Ermordung Sadats 1981 führten eindringlich vor Augen: Wer sich in Nah- und Mittelost offen als proimperialistische – speziell proamerikanische – Marionette zu erkennen gibt, läuft Gefahr, politisch oder physisch ein toter Mann zu sein.

Landläufige Kategorien wie „konservativ", „rechts" oder „reaktionär" wollen angesichts der veränderten Bedingungen neu

durchdacht sein. Wer eine Haltung einnimmt, die den Weltfrieden sichern hilft, leistet im Sinne der Formierung einer „Koalition der Vernunft" einen für die Menschheit konstruktiven Beitrag, auch wenn ihn die Bewahrung archaischer gesellschaftlicher Verhältnisse motivieren mag.

Zurück zu den Arabern

Mubarak knüpfte nicht dort an, wo Nasser aufgehört hatte. Auch wenn er das gewollt hätte – er hätte es nicht gekonnt. Nasser gewann Profil und Autorität in einer Dynamik des antikolonialen und antiimperialistischen Kampfes, die es so nicht mehr gibt. Für die gesellschaftliche Entwicklung sind vorerst die Weichen gestellt. Und da ist Mubarak Präsident eines Landes, das sich – wie andere arabische Länder – kapitalistisch entwickelt und in dem die Bourgeoisie die Macht innehat.

Innerhalb dieser Bourgeoisie, die ohnehin heterogen ist, vollzogen sich indessen Lernprozesse. Einflußreichen Kreisen wurde klar: Der Weg, den Sadat eingeschlagen hat, führt in eine nationale Katastrophe. Deshalb sagten sich Politiker wie Fahmi und Heikal, die Sadat ursprünglich bei der Wegewahl beraten hatten, schließlich von ihm los. Mubarak verkörpert den sich hier abzeichnenden Wandel. Im persönlichen Leben wie in seiner Politik ist er um Solidität bemüht. Dem Parasitären im ägyptischen Kapitalismus sagte er den Kampf an. Wegen Korruption, Amtsmißbrauch und so weiter strengte er Gerichtsverfahren an. Auch Verwandte Sadats mußten sich vor Gericht verantworten.

In der allgemeinen Kampagne gegen die Mißwirtschaft vergangener Jahre äußerte sich auch Umar at-Talmasani, führender Kopf der Muslimbrüder. Er beklagte, daß es in Ministerien Unterschlagung und Diebstahl gegeben habe, ohne daß dies jemand, auch nicht die Parlamentsabgeordneten, angeprangert hätte. Eine Reihe der dafür Verantwortlichen sei noch heute in ihren Ämtern. Talmasani fragt: „Wer war derjenige, der Übergriffe auf die Ländereien des Staates vornahm?! Welche Macht behütete ihn?! Die Verwandtschaft?! Die Verschwägerung?! Trage mich, so trage ich dich?!" Die Epoche Sadats sei mit einer einzigen Sache befaßt gewesen, „nämlich, die Opposition zu umzingeln oder sie zu zerstückeln, selbst die muslimischen Propagandisten, insbesondere die Muslimbrüder".[18]

Für die Scheinblüte der Wirtschaft unter Sadat ist die Zeche zu

zahlen. Die begrenzte Prosperität, die es im Lande gab, hing hauptsächlich von den Erdölpreisen ab, und diese begannen zu sinken, zwischen Anfang 1981 und Dezember 1982 um 20 Prozent, danach noch stärker. Konkret bedeutete das: Es gingen nicht nur die ägyptischen Erdöleinnahmen zurück (die erkundeten Ölvorräte reichen offenbar ohnehin nur noch für etwa zehn Jahre); von den Ägyptern, die in Libyen beschäftigt waren, verloren 1981 etwa 30 000 ihre Arbeit. Die Importabhängigkeit des Landes stieg. 75 Prozent des Weizens müssen importiert werden. 1982 belief sich der Import auf 8,5 Milliarden Dollar, der Export hingegen nur auf 4 Milliarden Dollar.[19] Diejenigen, die unter Sadat Macht und Reichtum gewannen, behielten im allgemeinen beides, und bei weitem nicht alle zogen Lehren aus der Vergangenheit.

Mubarak setzt aus einem patriotischen Engagement heraus auf diejenigen Kräfte der Bourgeoisie, die produktiv für ihr Land tätig werden. In Fixierung und Durchsetzung seiner Politik versucht er Realist zu sein und bei seinen Landsleuten den Sinn für Realismus zu stärken. Die Menschen müssen mit der Wirklichkeit leben, erklärte er Anfang April 1982. „Sie müssen wissen, daß der Verbrauch eingeschränkt und die Verschwendung beendet werden muß. Wir haben uns der Realität zu stellen, um ihr gemäß zu leben und zu handeln.... Ich kann nicht etwas versprechen, was ich nicht erfüllen kann."[20] Bei anderer Gelegenheit forderte Mubarak größere Anstrengungen. Vom Himmel regne es weder Gold noch Silber. Harte Arbeit sei vonnöten, um Hoffnungen in greifbare Tatsachen zu verwandeln.[21] Mit dem Ziel, einer Gesundung der Wirtschaft näherzukommen, bildete Mubarak im September 1985 ein neues Kabinett mit dem Ökonomieprofessor Ali Lutfi an der Spitze. Vorgesehen ist unter anderem, dem noch immer starken Preisanstieg zu begegnen und die Defizite in der Zahlungs- und Handelsbilanz zu verringern.

Außenpolitisch beteuert Mubarak, zu den in Camp David getroffenen Vereinbarungen zu stehen. Doch setzt er die Politik seines Vorgängers nicht gradlinig fort. Gewiß, Anfang 1985 schlug er vor, Vertretungen Ägyptens und Israels sowie eine jordanisch-palästinensische Delegation in den USA beziehungsweise in Ägypten zu Verhandlungen zusammenzuführen.[22] Das mochte der in Camp David fixierten Orientierung entsprechen. Mubarak ist indessen nicht bereit, sich in seiner Politik nahtlos den USA-Plänen einzuordnen. Er möchte vielmehr, gestützt auch auf Westeuropa, stärker die nationalen Interessen Ägyptens zur Geltung bringen und einen größeren eigenen Bewegungsraum gewinnen. Demonstrativ erhöhte er das Engagement seines Landes in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Israel gegenüber pocht er auf eigenständige ägyptische Positionen. Ohne sich völlig von einer Politik separater Abmachungen loszusagen, beteiligt er sich

zunehmend an der Suche nach einer kollektiven Regelung für den Nahostkonflikt, bei der die PLO wie die UdSSR beteiligt sind.

Taba blieb zwischen Ägypten und Israel umstritten. Beide Seiten einigten sich schließlich, den Konflikt einer internationalen Schiedskommission zu unterbreiten. Dadurch war der Weg geebnet für ein Treffen zwischen Mubarak und Peres 1986.

Nicht immer ist die Linie, die die agyptische Regierung verfolgt, von vornherein auszumachen.

Als Mubarak in der ersten Oktoberhälfte 1984 in Jordanien weilte, traf Usama al-Baz, sein politischer Berater und erster Stellvertreter des Außenministers, im jordanischen Fernsehen zwei Feststellungen. Israel bedrohe nicht nur den regionalen, sondern auch den Weltfrieden. Und: Ägyptens Verpflichtungen gegenüber seinen arabischen Nachbarn hätten Vorrang gegenüber seinen Beziehungen zu anderen Staaten, insbesondere auch gegenüber den mit Israel eingegangenen Verpflichtungen. Abd al-Halim Abu Ghazala, der Verteidigungsminister, erklärte demgegenüber, als er während eines Manövers auf der Sinaihalbinsel von Reportern nach diesen Äußerungen befragt wurde, Baz bekleide kein öffentliches Amt. Zwischen ihm und der ägyptischen Regierung bestünden keinerlei Beziehungen.[23]

Sicher ist: Mubarak ebnet den Weg, Ägypten mit einem gewissen Führungsanspruch in die Gemeinschaft der arabischen Staaten zurückzuführen. Das zeichnete sich ab, als sich zu Beginn 1984 einflußreiche Kräfte in der Organisation der Islamischen Konferenz dafür einsetzten, die Suspendierung der ägyptischen Mitgliedschaft, die als Reaktion auf die ägyptisch-israelischen Separatvereinbarungen vorgenommen worden war, rückgängig zu machen, was inzwischen geschah. Am 25. September 1984 nahmen Ägypten und Jordanien ihre diplomatischen Beziehungen zueinander wieder auf. Dieser Schritt fand bei einer Reihe anderer arabischer Staaten Billigung, wenngleich einige einwandten, der auf der Bagdad-Konferenz gefaßte Beschluß, die Beziehungen zu Ägypten abzubrechen, solle nicht durch Vorstöße einzelner, sondern kollektiv rückgängig gemacht werden.[24] Es gab Spekulationen, Irak werde der nächste Staat sein, der seine diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wiederherstellt. Mubarak erklärte dazu in einem Interview anläßlich eines BRD-Besuches im Herbst 1984: „Unsere Kontakte mit der arabischen Welt waren nie abgerissen, und unsere diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Ländern werden sich wieder normalisieren. Ob aber zunächst dieser oder jener Staat zu Beziehungen zu uns zurückfindet, darauf verschwende ich keinen Gedanken."[25]

Ägypten verbessert sein Verhältnis auch zu den sozialistischen Staaten Das entspricht dem gemeinsamen Interesse beider Seiten, den Weltfrieden zu sichern und eine friedliche Regelung des

Oskar Fischer, Minister fur Auswartige Angelegenheiten der DDR, bei einer Unterredung mit Muhammad Husni Mubarak

Nahostkonflikts zu erreichen. Ägypten normalisierte seine Beziehungen zur UdSSR. Zur DDR unterhält es vielfältige Verbindungen. Im ersten Halbjahr 1985 statteten die DDR-Repräsentanten Oskar Fischer, Außenminister, und Günther Kleiber, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, dem Land Besuche ab und trafen mit Mubarak zusammen. Letzterer würdigte in einem Gespräch mit Kleiber den erreichten Stand der bilateralen Beziehungen, unterstrich das Interesse an ihrer allseitigen Erweiterung und drückte die Übereinstimmung mit der DDR in Fragen des Kampfes um die Erhaltung des Friedens aus.[26]

Zerreißprobe für die PLO

Das arabische Volk von Palästina ist in eine außerordentlich komplizierte Situation geraten. Durch den allgemeinen Wandel in Nahost. Insbesondere durch die in Camp David getätigten Vereinbarungen. Und nicht zuletzt dadurch, daß die geographische Zersplitterung seiner Kräfte im Ergebnis der israelischen Libanon-Aggression zunahm, was verschiedenen arabischen Staaten die Möglichkeit gibt, verstärkt auf innerpalästinensische Angelegenheiten Einfluß zu nehmen.

Die PLO kämpft für die nationale Identität und Eigenstaatlichkeit der Palästinenser. Sie verfolgt damit ein gerechtes Anliegen und findet dabei weltweit Unterstützung, darunter die des Volkes der DDR. Doch sind innerhalb der PLO und ihrer größten Organisation, der Fatah, ernste Meinungsverschiedenheiten aufgebrochen. Im Frühjahr 1983 kritisierten oppositionelle Kräfte die Ernennung zweier Kommandeure und forderten im Zusammenhang damit eine Reform der PLO-Führung. Das war nur der Anlaß; es ging um Grundsätzlicheres. Die bei der Neuformierung des palästinensischen Widerstandes artikulierte Programmatik, der Staat Israel müsse wieder verschwinden, damit ein einheitlicher palästinensischer Staat errichtet werden könne, in dem Araber, Juden, Muslims und Christen gleichberechtigt und in Frieden zusammen leben und arbeiten, war eine emotional-nationalistische Reaktion auf das Unrecht und Leid, das von imperialistischer und zionistischer Seite den Palästinensern zugefügt worden war. Wirklich tragfähig war sie schon damals nicht.[27] Das ist inzwischen nahezu schmerzhaft spürbar geworden. Die Frage ist: Welchen Weg können und müssen die Palästinenser beschreiten, um zu einem eigenen Staat zu gelangen? Ihre Beantwortung ist unaufschiebbar. Denn die Erfahrung besagt: Je länger Israel palästinensisches Territorium besetzt hält, desto größer wird die Gefahr, daß dies zum Dauerzustand wird. Die 5000 Quadratkilometer, die Israel im Ergebnis des Krieges 1948/49 und der Waffenstillstandsverhandlungen von 1949 widerrechtlich besetzte, gehören heute faktisch zu seinem Staatsgebiet.

Auch in der geographischen Zerstreuung blieben die Palästinenser eine „komplette" Gesellschaft, arbeitsteilig und mit Strukturen der antagonistischen Klassengesellschaft. Im Kampf um ihre Perspektive prallen gegensätzliche Standpunkte aufeinander.

Einflußreiche Kreise in der PLO suchen die Unterstützung möglichst breiter – darunter konservativer – Kreise im arabischen Lager zu gewinnen. Sie stoßen dabei auf Resonanz. Die ägyptisch-jordanische Wiederannäherung geht mit beiderseitigen Bekundungen einher, Interessen der Palästinenser wahrnehmen zu wollen. Doch wer definiert diese Interessen? Die PLO-Seite nahm Abstriche an ihrer ursprünglichen Programmatik vor. In dem am 11. Februar 1985 unterzeichneten „gemeinsamen Aktionsrahmen" verlangen der jordanische König Hussein und Jasir Arafat den völligen Abzug der Israelis aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.[28] Von einer Eigenstaatlichkeit für das palästinensische Volk ist nicht die Rede. Statt ihrer wird eine jordanisch-palästinensische Staatenföderation ins Auge gefaßt. Ferner wird nicht mehr verlangt, daß die PLO als legitimer Vertreter des arabischen Volkes

von Palästina gleichberechtigt an internationalen Verhandlungen teilnimmt; die Palästinenser sollen in eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation einbezogen werden. Beides liegt auf der Linie des Nahostplanes, den Reagan am 1. September 1982 vortrug.[29]

Radikale Kräfte unter den Palästinensern, darunter die Fatah-Anhänger um Abu Musa, stemmen sich einer Preisgabe substantieller Positionen entgegen. Doch was ist in diesem Zusammenhang substantiell? Indem in den Reihen der Radikalen noch mehr oder weniger stark die Neigung vorhanden ist, an der alten Programmatik festzuhalten, tendiert ihr Radikalismus dahin, unrealistisch zu sein.

Einige Palästinenser raten ihrem Volk zur Kapitulation. Das verschafft ihnen in proimperialistischen Medien Beachtung. So nimmt der Journalist Dschamil Hamad einen nihilistischen Standpunkt ein, wenn der den Nahost- beziehungsweise Palästinakonflikt einfach aus Fehlern heraus erklärt, die die Beteiligten machten. „Dieser arabisch-palästinensisch-israelische Konflikt ist ein Ergebnis zahlloser Fehler, begangen von beiden Seiten. Die Juden haben Fehler gemacht und die Israelis und die Araber und die Palästinenser, und leider machen wir alle immer noch Fehler, bis heute. Geschichte wird durch Fehler geschaffen..."[30]

Die PLO ist in eine Zerreißprobe geraten, ihr Kampf in eine kritische Phase eingetreten. Die Ägyptische und die Palästinensische Kommunistische Partei machten das in einer gemeinsamen Erklärung deutlich. Die palästinensischen Patrioten sind gefordert, Meinungsverschiedenheiten politisch auszutragen und im Interesse des gemeinsamen nationalen Anliegens geeint zu operieren. Allein dann haben sie Aussicht, der Eigenstaatlichkeit näherzukommen.

Alltag in Kairo

Zeichnet sich im Leben der Ägypter eine Wende zum Besseren ab?

Diese Frage läßt sich schwer beantworten. Wahrscheinlich ist es hierfür noch zu früh. Äußerlich macht das Land einen prosperierenden Eindruck. Es gibt Millionen Autos, jährlich kommen 100 000 hinzu, neue Hochstraßen werden für sie gebaut. Dazu

kontrastiert die Angabe, daß der monatliche Mindestlohn 1984 35 £E betrug, knapp 100 Mark. Ein Universitätsassistent erhielt 60 £E. Das reichte, um einen Konfektionsanzug zu kaufen. Die Inflation hielt an. Nach offiziellen Angaben betrug die Inflationsrate 20 Prozent. Faktisch sei sie doppelt so hoch, versichern manche Ökonomen. Die krassen sozialen Gegensätze sind geblieben. 5 Prozent der Familien an der Spitze einer sozialen Pyramide eignen sich ein Viertel des Nationaleinkommens an, 10 Prozent der Ägypter konsumieren die Hälfte der verkauften Produkte.[31]

Diese wenigen Daten vermitteln einen ersten Eindruck. Sie lassen sich ergänzen.

Gegenwärtig leben in Ägypten ungefähr 50 Millionen Menschen. Jedes Jahr kommen etwa 1,3 Millionen hinzu. Um die Jahrtausendwende dürfte Ägypten etwa 70 Millionen Einwohner zählen.[32] Ungefähr 93 Prozent der Bevölkerung sind Muslims, etwas über 6 Prozent Kopten. (Die Kopten ihrerseits geben an, 10 bis 16 Prozent der Gesamtbevölkerung zu stellen. Größere koptische Gemeinschaften gibt es in Kairo, Assiut, Minya und Sohag.)

Kairo, die ägyptische Hauptstadt, zählt – unter Einschluß von Ghiza – etwa 14 Millionen Einwohner. Genau weiß das niemand zu sagen; die Angaben widersprechen einander. Sicher ist: Täglich treffen aus den Dörfern weitere Ägypter ein, die in Kairo Existenzmöglichkeiten suchen. Jährlich sind es 350 000. Darunter sind Arme, die irgendeine Arbeit erhoffen, und Universitätsabsolventen, die ihrer Ausbildung entsprechend eingestellt werden möchten. Täglich hat die Stadt mehrere Millionen Besucher; ihre Ziele sind Ämter, Geschäfte, Verwandte. Im Jahr 2000 dürfte die Einwohnerzahl von Kairo bei 20 Millionen liegen. Satellitenstädte sollen das eigentliche Stadtgebiet entlasten. Bisher gibt es davon 6. Eins der Hauptprobleme bei ihrer Errichtung ist, ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.[33]

Die kapitalistische Entwicklung, die sich fortsetzt, ist nicht in der Lage, die sich aus dem rasanten Bevölkerungswachstum ergebenden Probleme zu bewältigen.

Da ist die Wohnungsmisere. Ihre Vielschichtigkeit ist auf den ersten Blick nicht auszumachen. Allenthalben entstehen neue Häuser, darunter viele Hochhäuser mit Komfort. Mieteinnahmen gehören zu den begehrten, weil leichten Einnahmequellen. Manche Hauseigentümer, blind vor Gewinnsucht, stocken fertige Häuser noch auf, ohne statische Berechnungen. Doch wer kann eine Neubauwohnung bezahlen? Wer eine kleine kaufen will, muß mindestens 30 000 £E aufbringen, wer sie mieten will, mindestens 5000 £E hinterlegen und monatlich einige hundert £E als Miete zahlen. Viele Neubauwohnungen stehen so leer. Die Wohn-

häuser in den alten Vierteln sind demgegenüber bis zum Bersten überfüllt. Häufig muß eine Familie – das betrifft die Hälfte der Bevölkerung von Kairo – mit einem Zimmer in einer größeren Wohnung vorliebnehmen. Küche und Toilette teilen sich dann mehrere Mietparteien. Mitunter ziehen bei einer so schon beengt wohnenden Familie noch Eltern oder andere Verwandte ein. Darin äußert sich bei den Armen Familiensolidarität: Diejenigen, die über ein Zimmer verfügen, nehmen andere auf, bei denen das Geld dafür nicht reicht. Viele Hauseigentümer lassen an den alten Häusern nichts mehr machen. Ihre Mieteinnahmen sind so gering, daß sie, auch wenn sie es anders wollten, im Wettlauf mit dem Verfall von vornherein die Verlierer sind. Altbauten, seit vielen Jahren überbelegt, sind so vom Einsturz bedroht – ebenso wie mancher der „aufgestockten" Neubauten. Nachrichten über Häusereinstürze sind nichts Außergewöhnliches in den Medien.

Das Wohnungsproblem reicht tief in das Familien- und Sexualleben hinein. Es ist sicher eine Ausnahme, daß eine Frau die Scheidung begehrt, weil zwar vor 6 Jahren die Ehe geschlossen, diese aber vom Mann noch nicht vollzogen worden war und dieser zu seiner Rechtfertigung vorbrachte, bisher noch keine Wohnung gefunden zu haben.[34] Doch keinen Seltenheitswert hat, daß Paare nach ihrer Verlobung die Eheschließung Jahr für Jahr aufschieben, weil sie bei der Wohnungssuche erfolglos blieben. Ein Ausweg kann sein, vorerst bei den Eltern einzuwohnen.

Eine Oase in der allgemeinen Wohnungsmisere sind Wohnungen, deren Mieten in der Nasserzeit festgelegt und dann eingefroren wurden. Der Mieter zahlt für sie einige £E; höchstens 20 oder 30, je Monat. Er gibt sie so schnell nicht frei. Doch auf ihr Freiwerden wartet der Hauseigentümer, um sie dann zu möblieren – es genügt, einige Stühle und einen Tisch aufzustellen, möglicherweise noch einen Schrank – und den Mietzins zu erhöhen, durchaus auf einige hundert £E.

Mit der Bevölkerung wächst der Nahrungsmittelbedarf. Er kann immer weniger aus eigenem Aufkommen befriedigt werden. Einfach weil die bebaute Landfläche nicht mitwächst. Sie vergrößerte sich von 1805 bis 1980 von 3 Millionen auf 6 Millionen Feddan, während die Bevölkerung im selben Zeitraum von 3 auf 40 Millionen anstieg. Das bedeutet: Die für einen Ägypter zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Nutzfläche war auf ein Siebentel zusammengeschrumpft.

Der Verkehr nimmt zunehmend chaotische Züge an. Die Straßen können die Autos kaum noch fassen. Ihr Neubau – Hochstraßen durchschneiden alte Viertel – brachte keine Entlastung, sondern kam Schlimmerem zuvor. Fußgänger drängen sich überall, ohne reservierten Bewegungsraum; die Gehsteige sind vielfach als Parkplätze zweckentfremdet; auf dem Fahrdamm huschen sie

wie gejagte Hasen zwischen den Fahrzeugen hindurch. Die Busse, zumeist ältere Modelle, verkehren – durchweg überfüllt – ohne ersichtliche Fahrpläne. Die offiziellen Taxitarife sind niedrig. Wahrscheinlich könnte der Fahrer von ihnen nicht existieren. Er nimmt – erzwingt zuweilen – wesentlich höhere Preise, bis zum Vier- und Sechsfachen des normalen. In Medien ist von einer „Taxi-Mafia" die Rede, die sich gebildet habe.

Die Universitäten sind übervoll. Manche Studenten kommen eine Stunde vor Vorlesungsbeginn, um noch einen Platz im Vorlesungssaal zu finden Studentinnen aus dem traditionellen Milieu, erzogen, sich dem männlichen Geschlecht fernzuhalten, klagen, daß sie angesichts der Verkehrsverhältnisse – in den überfüllten Verkehrsmitteln werden Mann und Frau nahezu gewalttätig aneinandergedrängt – ihre Lehrveranstaltungen nicht besuchen können. Ihre Kommilitoninnen an der Amerikanischen Universität, zumeist Töchter reicher Familien, kennen diese Sorgen nicht. Abgesehen davon, daß sie andere Moralvorstellungen haben: Sie kommen im eigenen Auto, im Taxi oder mit dem Wagen des Vaters zur Universität.

Wie früher schon, ist die soziale Differenzierung und Polarisierung augenfällig. Die Reichen schämen sich nicht ihres Reichtums. Sie demonstrieren ihn nicht nur in extravaganten Villen und teuren Autos, sondern auch in ihren Eßgewohnheiten. Moderne Geschäfte bieten Dutzende Käsesorten aus westeuropäischen Ländern, Butter aus Dänemark, den Niederlanden und der BRD, Mineralwasser aus Frankreich, Whisky aus Schottland und den USA an. In einem Nobelrestaurant kann eine Gesellschaft an einem Abend je Kopf mühelos mehr ausgeben, als ein Arbeiter oder mittlerer Angestellter je Monat verdient. Die Armen „begnügen" sich mit Bohnengerichten und Aisch, dem traditionellen Fladenbrot. Zwar hat es sich im Laufe der Jahre beträchtlich verkleinert, doch sein Preis, vom Staat subventioniert, blieb; er wurde zum Politikum. Als Mubarak den Brotpreis im Herbst 1984 unter Hinweis auf eine Qualitätsverbesserung erhöhen wollte, stieß er wie sein Vorgänger in der Bevölkerung auf erbitterten Widerstand. In Kafr ad-Dawar nahe Alexandria entbrannten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten, bei denen drei Menschen getötet und 26 verwundet worden sein sollen. Der Präsident nahm daraufhin die verfügte Preiserhöhung zurück. Die staatliche Subventionspolitik ermöglicht es dem Ägypter, sich notfalls mit einigen Piastern am Tage am Leben zu erhalten. Und die kann er erlangen, etwa durch versteckte Bettelei wie den Verkauf getragener Schuhe, alter Nägel und dergleichen.

Eine große Rolle spielen die Zwischenschichten.

Da gibt es die im Staatsdienst Angestellten. Ihre Zahl wuchs von 310 000 im Jahre 1947 auf über 1 Million im Jahre 1967 und

dürfte inzwischen beträchtlich höher liegen. Sie sitzen vielfach in überfüllten Arbeitsräumen. Zwei Drittel von ihnen haben nach offiziellen Angaben keine oder nur geringfügige Aufgaben. Die meisten erhalten ein kleines Gehalt und sind nicht motiviert, Eigeninitiative zu entwickeln. „Der Staat bekommt, wofür er bezahlt", ist eine geläufige Redewendung in ihren Reihen. Einen gewissen Ausgleich für die schlechte Bezahlung bieten Existenzsicherheit und die Aussicht auf Pension.

Dann gibt es die vielen im Privatsektor Tätigen – kleine Händler, ihre Gehilfen, Handwerker.

Eine auffällige Erscheinung ist der Müllmann, der jeden Morgen in einem festumrissenen Bezirk von Haus zu Haus und von Wohnung zu Wohnung geht, um den Müll einzusammeln. Mit einem zweirädrigen Karren, gezogen von einem Esel, transportiert er das Sammelergebnis vor die Stadt. Dort wird das Brauchbare zur Weiterverarbeitung aussortiert, der Rest verbrannt. Der Prozeß der Wiedereinführung von Altstoffen in den Produktionsprozeß („recycling") ist dadurch in Kairo nahezu perfekt. Dennoch ist die Stadt schmutzig, einfach weil der normale Straßenschmutz, nicht weiter verwendbar, liegenbleibt. Dennoch scheiterten vorerst Pläne einer städtischen Müllabfuhr. Ihre Realisierung würde Tausende von Müllmännern arbeitslos machen.

In weiten Schichten setzen sich Verhaltensweisen durch, die sich als islamische Kleinbürgerlichkeit charakterisieren lassen. Die islamischen Normen sind in ihrer Traditionalität noch fraglos gültig. Viele Ägypter legen Wert darauf, sie demonstrativ zu erfüllen. Doch werden sie durch die sich ausbreitende kapitalistische Praxis ausgehöhlt. Immer mehr Ägypter, in der Stadt wie auf dem Dorf, streben danach, Güter der modernen industriellen Produktion zu konsumieren. Das beginnt bei Pepsi Cola und Schweppes und reicht über Kosmetika und Küchengeräte bis zu Luxusautomobilen. Konsum – nicht so sehr Frömmigkeit – schafft Sozialprestige.

Fernsehen und Rundfunk reflektieren und vertiefen diesen Zwiespalt. Sie senden religiöse Programme. Zugleich baut ihre Reklame die neuen Götter auf – die Idole eines am Konsum orientierten Verhaltens. Videorecorder eröffnen den Konsumenten eine neue Unterhaltungsdimension, darunter mit Porno- und Krimithematik.

Tendenziell sind hier Konflikte vorprogrammiert. Muslimische Geistliche warnen. Doch im Augenblick handelt es sich eher um eine Symbiose. Kleinbürgerlichkeit breitet sich innerhalb überkommener islamischer Verhaltensmuster aus.

Dadurch verändern sich etwa Maßstäbe, von denen ein Mann

sich bei der Wahl seiner Ehepartnerin leiten laßt. In den Zwischenschichten wird immer noch Wert darauf gelegt, daß seine künftige Frau moralisch unbescholten ist, das heißt als Jungfrau in die Ehe kommt, wobei sich verlorene Jungfräulichkeit notfalls gegen Honorar durch einen chirurgischen Eingriff wiederherstellen läßt. Zugleich sieht er es gern, wenn sie ihren Unterhalt selbst verdient, und zwar in einem Beruf, der im Sozialprestige dem seinen „angemessen" ist, also nicht „höher", aber auch nicht wesentlich „niedriger".[35]

Das Dorf, gemeinhin eine Bastion des Althergebrachten, ist – dazu tragen wesentlich Einnahmen bei, die Dorfbewohner im Ausland tätigen – vom allgemeinen Wandel erfaßt, was letzteren besonders augenfällig macht. Moderne Wohnungen wurden gebaut. Der Fleischverbrauch nahm zu. Die Position der Frau verbesserte sich, da sie in Abwesenheit des Mannes Entscheidungen zu fällen hat. Arzt und Hygiene stiegen im Ansehen. Die Kehrseite: Ländereien bleiben brachliegen, da der Fellache im Ausland mehr als zu Hause verdient. Das ägyptische Dorf sei von einem Produzenten, auf den sich die Stadt stützt, zu einem Verbraucher geworden, der seine Bedürfnisse in der Stadt befriedigt, heißt es in einer Untersuchung. Konkret bedeutet das: Schüler lieben importierte Kleidung, wie sie die Väter als Geschenk mitbringen. Zu den Mahlzeiten wie bei der Arbeit werden Getränke konsumiert, die die internationalen Konzerne anpreisen. Und hatte Unterhaltung früher darin bestanden, Geschichten und den Koran anzuhören sowie religiöse Angelegenheiten zu diskutieren, so rücken jetzt Fernseh- und Tonbandgeräte in den Vordergrund. Nicht zuletzt stieg das Brautgeld, bei Gebildeten von 3000 auf 6000 £E.[36]

Regierung und Verwaltung suchen größere Ordnung in das öffentliche Leben zu bringen. Das Fernsehen unterstützt sie dabei. In Spots zeigt es den Ansturm auf überfüllte Busse im Verkehrsgewühl oder Müllhaufen auf den Straßen. Dann erscheint eine altägyptische Götterstatue und ermahnt den Zuschauer, sich seiner ruhmvollen Geschichte würdig zu erweisen. Mubarak forderte eine Umorientierung der ländlichen Lebensweise. Die Dörfer sollten wieder produktive Einheiten werden, statt vorwiegend auf Konsum orientiert zu sein.[37]

Im Februar 1986 brachen erneut soziale Konflikte explosiv auf. Tausende Polizisten, Söhne armer Familien, mit geringer Entlohnung und ohne greifbare Perspektive, überfielen Hotels und Luxusrestaurants, für sie Sinnbilder der ihnen fremden Welt der Reichen. Hatten islamische Fundamentalisten die Initiative hierzu ergriffen? Der Regierung gelang es mit Hilfe der Armee, die Rebellion niederzuschlagen.

„Recht auf Frieden, Brot und Demokratie"

Mubarak räumte, nachdem er Präsident geworden war, der Opposition einen größeren Bewegungsraum ein als sein Vorgänger. Er entließ Oppositionelle, die Sadat hatte inhaftieren lassen. Am 25. November 1981 verließen die ersten 31 die Gefängnisse, darunter Prominente wie Hilmi Murad, stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterpartei, und M. H. Heikal. Mubarak empfing die Freigelassenen. Ferner setzte er Personen wieder in Ämter ein, die sie verloren hatten, darunter 60 Journalisten und 55 Universitätsprofessoren. Mit Führern von Oppositionsparteien traf er sich zum Meinungsaustausch. Für Veränderungen, die er plante, wollte er eine möglichst breite Unterstützung erlangen.

Die Oppositionellen hegten angesichts dieses Wandels große Hoffnungen. Ibrahim Schukeiri, Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterpartei, meinte, der vorangegangene Präsident habe keine Meinung geduldet, die seiner widersprach. Mubarak hingegen diskutiere alle Themen mit einem hohen Maß an Objektivität.[38] Chalid Muhi ad-Din, Generalsekretär der VNPP, erklärte: Das Problem der Demokratie hat noch keine grundsätzliche Lösung gefunden, „doch wurde eine neue Atmosphäre geschaffen, die es den oppositionellen Kräften erlaubt, ihre Pflicht besser als in der Vergangenheit zu erfüllen. ... Die Bewegungsfreiheit der Partei in Ägypten ist unter Mubarak größer als unter Sadat."[39]

Mit den muslimischen Fundamentalisten suchte sich die Staatsmacht offenbar zu arrangieren. Gegen diejenigen unter ihnen, die noch eingekerkert waren, ergingen 1984 relativ milde Urteile; viele wurden freigesprochen. Staatlicherseits war damit offenbar der Wunsch verbunden, die Situation zu beruhigen. Das Gegenteil trat ein. Fundamentalistische Kreise fühlen sich ermutigt. Sie unternehmen verstärkt Vorstöße, um die *scharia*, das alte islamische Recht, im Lande einzuführen. Ägyptische Intellektuelle beklagen, daß dies zu einer Krise des gesamtarabischen wie des ägyptisch-nationalen Selbstverständnisses geführt habe.[40] Einige warnen: Eine Einführung der *scharia* werde, da sie Kopten zu Bürgern zweiter Klasse mache, Ägypten in ein zweites Libanon verwandeln.[41]

Die Reaktion sucht den Islam, insbesondere auch in seiner fundamentalistischen Strömung, gezielt gegen den Marxismus-Leninismus einzusetzen. Sie stellt beides einander gegenüber, und zwar in abstrakter Weise. Dadurch vermittelt sie einmal den Ein-

druck einer allgemeinen und unüberbrückbaren Kluft. Zum anderen personifiziert sie jede Seite. Die Marxisten-Leninisten werden als die „natürlichen" Feinde der Gläubigen dargestellt. Denjenigen Muslims, die sich mit dem Marxismus-Leninismus beschäftigen, um Antworten auf sie bewegende Fragen zu finden, werfen Reaktionäre vor, Unvereinbares vereinbaren zu wollen.

Chalid Muhi ad-Din reagiert hier beispielhaft. Er ist Muslim. Zugleich ist er überzeugt – die Parallele zur „Theologie der Befreiung" in Lateinamerika drängt sich auf –, daß er, will er Gesellschaft umgestalten, ein wissenschaftliches Instrumentarium braucht, wie es im Marxismus-Leninismus in Gestalt des historischen Materialismus zur Verfügung steht. Er läßt sich von seinen Gegnern nicht die abstrakte Fragestellung einer Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit von Islam und Marxismus aufzwingen. Vielmehr geht er von den konkreten gesellschaftlichen Problemen Ägyptens aus. Er weist nach, wie die Lösungen, die Marxisten erarbeiten, im Interesse der werktätigen Gläubigen liegen, während diejenigen, die den Marxismus verteufeln, faktisch Belange des Imperialismus und der inneren Reaktion verfechten.[42]

Die Wafd-Partei unternahm einen neuen Versuch, sich wieder zu konstituieren, dieses Mal mit größerem Erfolg. Im Januar 1984 erhielt sie durch das Oberste Verwaltungsgericht des Staatsrates ihre Zulassung. Bei den Parlamentswahlen errang sie über 8 Prozent der Stimmen. Sie wurde dadurch zur größten Oppositionspartei.

Die Linken setzten ihre Bemühungen um eine realistische Einschätzung der Situation fort. Dabei hatten sie zwei Gefahren zu begegnen: einer Überschätzung der Veränderungen und neuen Möglichkeiten, die der Präsidentenwechsel brachte, ebenso wie deren Ignorierung.

In der ÄKP gab es eine Diskussion. Die Führung stellte fest: Die neue Regierung hat die gleiche Klassengrundlage wie die vorangegangene. Dennoch haben sich unter ihr Wandlungen vollzogen. Auch wenn diese bis jetzt zweitrangiger Natur sind und nicht das Wesen der Kapitulationspolitik betreffen, dürfen sie nicht ignoriert werden, da die Partei sonst Gefahr laufe, sich zu isolieren. Es handle sich darum, daß die produzierende Bourgeoisie gegen die Herrschaft der Kompradorenbourgeoisie, das heißt derjenigen bourgeoisen Kräfte, die sich mit dem Imperialismus arrangierten, aufbegehre und keine vollständige Einbeziehung Ägyptens in die strategischen Pläne der USA wünsche. Dem trage Mubarak Rechnung. Auch stehe er unter dem Einfluß der Konflikte in der gesamten Gesellschaft. Einige Parteimitglieder gingen demgegenüber davon aus, daß sich nach dem Tode Sadats in Ägypten keine nennenswerten Änderungen vollzogen hätten. In der Haltung ihrer Führung sahen sie eine Revision der strategi-

schen Linie und den Versuch, die Partei zur Unterstützung von Mubarak zu drängen. Die Parteiführung begrüßte den offenen Dialog. Sie selbst habe angesichts der komplizierten Situation das Signal dazu gegeben. Der Dialog sei Ausdruck nicht der Schwäche, sondern der Stärke der Partei. Er habe gegen Spaltungserscheinungen eine Wand errichtet. Dadurch seien mit ihm aus den negativen Entwicklungen der vierziger und dann der siebziger Jahre Schlußfolgerungen gezogen worden, zugleich eine neue revolutionäre Tradition begründend.

In einem Interview, das Michel Kamil, Mitglied des Politbüros der ÄKP, Anfang 1985 der Zeitschrift „al-Hurriya" gab, wandte er sich gegen „die Araber Amerikas", die die nationalen Interessen preisgeben und eine vollständige Liquidierung des palästinensischen Problems erstreben. Die ägyptische Regierung halte in wesentlichen Fragen an „Camp David" fest. Bei dem Abschluß des Abkommens zwischen Arafat und Hussein im Februar 1985 habe sie Pate gestanden. Die legalen Oppositionsparteien befänden sich in einer kritischen Situation, an einem Scheideweg gewissermaßen. Aufgrund ihrer sozialen Basis in der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie neigten sie zu Kompromissen und suchten das „Gespräch im Palast der Führung" als „Ersatz für den revolutionären Kampf im Betrieb, auf dem Feld und an der Universität". Das müsse sich ändern.[43]

Die VNPP wehrte sich gegen die Kritik, „die offizielle ägyptische Opposition" zu sein. Sie sei kein Anhängsel, das zur Herrschaft gehöre. Der Charakter einer Partei werde nicht dadurch geprägt, ob sie legal oder illegal wirke. Die Kommunisten und Nasseristen, die sich noch in der Illegalität befänden, kämpften für ihr Recht auf öffentliche, legale und „offizielle" Existenz, und die VNPP unterstütze diesen Kampf.[44]

Bei den letzten Parlamentswahlen errang die VNPP im Unterschied zu vorangegangenen Wahlen kein Mandat. Das Angebot Mubaraks, ihr einige Parlamentssitze zu geben, lehnte sie ab.

Auf ihrem II. Parteitag, der am 27. und 28. Juni 1985 in Kairo stattfand und an dem 562 Delegierte teilnahmen, nannte die VNPP als ihr Endziel die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. In den kommenden Monaten und Jahren sollen die dringendsten Probleme Ägyptens angepackt werden. Im einzelnen heißt das: Der Lebensstandard der Volksmassen und der mittleren Schichten darf nicht weiter sinken. Die Abhängigkeit des Landes im Bereich der Nahrungsmittel und der Bewaffnung ist zu beschränken. Die errungenen demokratischen Rechte sind zu festigen und die der Demokratie auferlegten Einschränkungen aufzuheben. Religiöse Gegensätze dürfen nicht geschürt und Religionen nicht im Interesse der Ausbeuter eingesetzt wer-

den; es sind vielmehr Anstrengungen zu unternehmen, damit eine „aufgeklärte religiöse Einsicht" vorherrsche. Die Werte der Arbeit, der nationalen Zugehörigkeit und der sozialen Gerechtigkeit können größere Geltung beanspruchen. Im arabischen Raum ist eine breite, auf Gleichberechtigung beruhende Front zu errichten, die den Kampf gegen Imperialismus und Zionismus verstärkt. Die palästinensische Revolution ist solidarisch zu unterstützen, ebenso die PLO in ihren Bemühungen, die Einheit auf demokratischer Grundlage wiederzuerlangen. Um ihre Aufgaben zu erfüllen, will die Partei in Vollendung ihres Aufbaus den Massenkampf entwickeln, was ihre Präsenz in den bestehenden demokratischen und Massenorganisationen einschließe.[45]

Die Oppositionellen sind sich einig in der Ablehnung der Abkommen wie des Kurses von Camp David. Als im Juni 1982 die israelischen Machthaber den Libanon überfielen, kamen sie – am 16. Juni – zu einer Konferenz zusammen, um die unverzügliche Kündigung des Friedensvertrages und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel zu fordern. Sie gründeten ein Oberstes Nationalkomitee zur Hilfe für die beiden Völker, das palästinensische und das libanesische. Sie organisierten Spendenaktionen – Geld, Blut – und Kundgebungen, so auf dem Platz vor der Azhar-Universität.

Vertreter der ÄKP und der VNPP nahmen an der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz „Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt" teil, die das Zentralkomitee der SED im April 1983 in Berlin durchführte.

Erich Honecker setzte sich in seiner einführenden Rede von proletarisch-internationalistischen Positionen aus mit der Politik imperialistischer Staaten, insbesondere der USA, auseinander, in den verschiedenen Erdregionen Spannungen zu schüren und neue Herde von Spannungen zu schaffen, wodurch die internationale Situation weiter vergiftet und die Lunte des Krieges am Glimmen gehalten werde. Das zeige sich in Nahost, wo insbesondere die USA dem israelischen Aggressor gegen Libanon, gegen das palästinensische Volk und gegen Syrien ihre Unterstützung zuteil werden ließen.[46] Noch nie sei die Menschheit von der tödlichen Gefahr des Krieges so direkt betroffen gewesen wie heute – und damit veranlaßt, sich für den Frieden einzusetzen. „So entsteht die historische Chance, daß im Kampf für den Frieden die unterschiedlichsten Kräfte zusammenfinden und dieser Kampf eine Breite erlangt, wie sie bisher nie bestand.[47]

Michel Kamil analysierte die Sadatsche Demagogie, wonach Ägypten von einer „einzigen großen Familie" bewohnt wird. Tatsächlich, so zeigte er, sei in der Sadat-Ära der Prozeß der Konzentration und Zentralisierung des Kapitals außerordentlich rasch verlaufen. Dadurch habe sich die soziale Differenzierung ver-

stärkt. „Ein immer größerer Anteil des Einkommens konzentriert sich in immer weniger Händen. Selbst die imperialistischen Kreise, die Ägypten auf diesen Weg gebracht haben, geben zu, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden."[48]

Rif'at Said, stellvertretender Generalsekretär der VNPP, sprach von der Notwendigkeit, in Ägypten drei Hauptaufgaben miteinander zu verbinden: die nationale Befreiung, den sozialen Fortschritt und den Kampf für den Frieden. Kernfrage dabei sei es, der amerikanisch-imperialistischen Präsenz in der Region die Stirn zu bieten. Der Kampf um den Frieden sei deshalb nicht ein Punkt von vielen, „sondern vielmehr wesentlicher Bestandteil unserer Position". Er sei eine „Frage der Zukunft, der nationalen Befreiung, des Brots, der Demokratie".[49]

Anmerkungen

1 Emad ad-Din Abib: Geheimplan Mubaraks für die Regierung Ägyptens. In: al-Madschalla, London, Nr. 217, 7.–13. April 1984 (arab.).
2 Bh. Jasani, Ch. Lee: Waffen im Weltraum. Countdown zum Krieg der Sterne. Ein SIPRI-Report, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 12.
3 M. Robbe: Palästinenser verteidigen Recht auf nationale Selbstbestimmung. Zu den Hintergründen des Völkermords der Israelis in Libanon 1982. In: asien, afrika, lateinamerika, Berlin, Heft 6/1982,S. 1013ff.
4 Text of President Reagan's Speech on the Middle East Peace Process which was delivered from the California White House in September 1, 1982.
5 G. Konzelmann: Der unheilige Krieg. Krisenherde im Nahen Osten, Hamburg 1985, S. 414ff.
6 The Jerusalem Post, Jerusalem, 12. September 1984.
7 Neues Deutschland, Berlin, 2. Januar 1985.
8 P. Bathke, K. Kulow: Israel. Kriegspolitik – Antikriegsbewegung, Berlin 1985, S. 19.
9 The Jerusalem Post, Jerusalem, 12. Oktober 1984.
10 Mir A. Ferdows: Der iranisch-irakische Krieg. Ursachen, Verlauf und die Aussichten für eine Beendigung. In: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament, Bonn, 20. Oktober 1984, S. 3.
11 Vgl. M. H. Kerr, El Sayed Yassin: Rich and Poor States in the Middle East. Egypt and the New Arab Order, a. a. O.
12 Chronik des 20. Jahrhunderts. Das Jahr 1984, S. 97ff.
13 G. T. Abed: Arab Financel Resources: An Analysis and Critique of Present Deployment Policies. In: I. Ibrahim (Hrsg.). Arab Resources. The Transformation of a Society, Washington – London 1983, S. 66
14 N. Ashab. Eine schwierige, scharfe Wende In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag - Berlin, März 1984 , S 319.
15 H. Sharabi The Poor Rich Arabs. In: I. Ibrahim (Hrsg) Arab Resources, a. a. O., S. 301.
16 The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East Conflict, Revised and Updated, W Laqueur, B Rubin, Editors, New York 1984, S. 623f.
17 Ebenda, S. 663f

18 U. at-Talmasani. Tage mit as Sadat, Kairo 1984, S. 128f (arab.).
19 M. Kamel: Was sich in Agypten verändert hat In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag – Berlin, März 1984, S. 381.
20 al-Ahram, Kairo, 4. April 1982 (arab.).
21 Middle East Contemporary Survey, Volume Six: 1981–82, a. a. O., S. 444.
22 Der Spiegel, Hamburg, 4. März 1985, S. 140.
23 The Jerusalem Post, Jerusalem, 9. und 12. Oktober 1984
24 Kuwait Times, 6., 7. und 21. Oktober 1984.
25 Der Spiegel, Hamburg, 29. Oktober 1984
26 Neues Deutschland, Berlin, 18. April 1985
27 Vgl. M. Wolf. Zwischen Attentat und UNO. Zur Geschichte des palästinensischen Widerstandes, Berlin 1985.
28 Süddeutsche Zeitung, München, 25. Februar 1985.
29 Vgl. Prawda, Moskau, 8. April 1985; Neue Zeit, Moskau, Nr. 12/1985, S. 22f.
30 „Man kann nicht ewig Opfer bleiben..." Der palästinensische Journalist J. Hamad über den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Ein Interview von H. M. Broder (Teil II und Schluß). In: Frankfurter Rundschau, Frankfurt a. M., 7. Januar 1985.
31 E. Rouleau: Ägypten in Gärung. In: Le Monde, Paris, 21., 22. und 23. August 1984.
32 Überblick über den Fünf-Jahres-Plan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Arabischen Republik Ägypten, Kairo o. J., S. 9.
33 Neues Deutschland, Berlin, 4./5. Mai 1985.
34 The Egyptian Gazette, Kairo, 19. Februar 1980.
35 A. B. Rugh: Family in Contemporary Egypt, a. a. O., S. 122.
36 al-Ahram, Kairo, 6. November 1984 (arab.).
37 The Egyptian Gazette, Kairo, 15. November 1984.
38 Middle East Contemporary Survey, Volume Six: 1981–82, a. a. O., S. 453.
39 Ebenda.
40 J. Miller: Arab Intellectuals Bedeviled by Fundamentalism, Sense of Impotence. In: International Herald Tribune, 12. Juni 1985.
41 Der Spiegel, Hamburg, 9. September 1985, S. 176.
42 Ch. Muhi ad-Din: We do not curse Marxism at prayer! In: M. Mahmoud, Marxism and Islam, Cairo 1984, S. 86ff.
43 al-Hurriya, Damaskus, 3. März 1985, S. 39f. (arab.).
44 H. Abd ar-Raziq: Die Auseinandersetzung zwischen uns und zwischen der „arabischen Linken". In: al-Ahali, Kairo, 12. Juni 1985 (arab.).
45 al-Ahali, Kairo, 3. Juli 1985 (arab.).
46 Rede E. Honeckers, Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz des Zentralkomitees der SED „Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt", Berlin, 11. bis 16. April 1983, Dresden, S. 15.
47 Ebenda, S. 19.
48 Neues Deutschland, Berlin, 14. April 1983.
49 Neues Deutschland, Berlin, 15. April 1983

USA: Sheriff in Nahost?

Die USA machten in ihrem konterrevolutionären „Neoglobalismus" einen neuen Feind aus: den „internationalen Terrorismus".[1] Als Indizien führen sie einige Akte individuellen Terrors an, gegen die sich auch andere – darunter sozialistische – Staaten wenden. Tatsächlich beschwören sie diese Schreckensvision, um entgegen dem Völkerrecht mit staatlichen Mitteln Terror, Staatsterrorismus mithin, gegen Bewegungen auszuüben, die für nationale und soziale Befreiung kämpfen.

Am 25. Oktober 1983 überfielen die USA Grenada. Sie wollten seine Bevölkerung hindern, die unter Leitung von Maurice Bishop begonnene revolutionäre Erneuerung ihres Lebens fortzuführen. Um ihre Aggression zu rechtfertigen, behaupteten amerikanische Politiker – so Jeane Kirkpatrick, damals Vertreterin im UNO-Sicherheitsrat –, daß die Inselbewohner hilflos dem Terror ausgeliefert seien. „Terroristen" und „Verrückte" bedrohten angeblich 1000 USA-Bürger und die Nachbarstaaten.[2] Präsident Ronald Reagan zog eine Parallele zwischen einem wenige Tage zuvor verübten Attentat auf das Hauptquartier der USA-Truppen in Beirut, beidem 241 Soldaten den Tod gefunden hatten, und Grenada. In beiden Fällen seien die USA durch einen von der Sowjetunion unterstützten Terrorismus herausgefordert worden. Grenada bezeichnete er als eine sowjetisch-kubanische Kolonie, im Begriff, zu einer großen Militärbasis ausgebaut zu werden, um Terror zu exportieren und die Demokratie zu untergraben. „Wir sind gerade zur rechten Zeit gekommen."[3]

War Grenada für die USA ein Test- und Modellfall für weitere militärische Interventionen in der „dritten Welt"?

Die USA schlüpften in die Rolle eines Weltsheriffs hinein, das heißt, sie beanspruchten, richterliche und polizeiliche Funktionen in Personalunion auszuüben. In einer Direktive, am 3. April 1984 unterzeichnet und vordergründig der Bekämpfung des Terrors gewidmet, ermächtigte Reagan die Behörden seines Landes zu Präventiv- und Vergeltungsschlägen in allen Teilen der Welt.[4] In einer Rede am 8. Juli 1985 beschuldigte er fünf Staaten, den „Feldzug des internationalen Terrorismus" gegen die USA zu unterstützen: Iran, Libyen, Nordkorea, Kuba und Nikaragua.[5]

Im Oktober 1985 traf der USA-Staatsterrorismus Ägypten. Ein palästinensisches Kommando hatte das italienische Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro" mit über 500 Passagieren und Besatzungs-

mitgliedern an Bord entführt, dann jedoch in Port Said aufgegeben. Die ägyptische Regierung wollte die Entführer an die PLO-Führung, die die Aktion verurteilte, ausliefern. Eine Boeing 737 sollte sie zu diesem Zweck nach Tunis bringen. Vier amerikanische Abfangjäger kaperten die ägyptische Maschine und zwangen sie zur Landung auf den NATO-Stützpunkt Sigonella auf Sizilien. Verteidigungsminister Caspar Weinberger sprach von einer „sauberen, exzellent durchgeführten Aktion wie in Grenada".[6]

Nach Attentaten auf den Flughäfen in Rom und Wien am 27. Dezember 1985, bei denen 19 Menschen getötet und 120 verletzt wurden, nahmen die USA gegenüber Libyen eine drohendere Haltung ein. Das libysche Regime war ihnen aufgrund seiner antiimperialistischen Politik verhaßt. Eine erste Erfahrung hatten sie mit ihm gemacht, als sie 1970 das auf libyschem Territorium gelegene Wheelus Air Field, einen der größten Luftwaffenstützpunkte außerhalb ihrer Grenzen mit 6000 Militärs und 4000 Zivilisten, hatten räumen müssen. Jetzt mochten führende amerikanische Politiker eine militärische Intervention nicht länger ausschließen. Anfang Januar 1986 verhängten sie eine Wirtschaftsblockade gegen das Land. Die israelischen Machthaber assistierten ihnen. Shimon Peres nannte Libyen einen Staat, der jedes Verbrechen ausführt, und ein „Zentrum des Weltterrorismus".[7]

Ende März 1986 boten die USA, um Libyen einzuschüchtern, im Mittelmeer eine Armada auf, bestehend aus 3 Flugzeugträgern, 4 Lenkwaffenkreuzern, 7 Zerstörern und 12 Fregatten. An Bord der Schiffe befanden sich 24 000 Marinesoldaten, 250 Kampfflugzeuge und Hunderte von Atomwaffen. Die Amerikaner beschossen Schiffe und Territorium der Libyer.

Am 2. April 1986 detonierte an Bord einer TWA-Boeing eine Sprengladung. 4 Menschen starben. Am 5. April gegen 2 Uhr morgens explodierte in der Westberliner Diskothek „La Belle" eine Bombe. 2 Menschen fanden den Tod, darunter ein US-Sergeant, ungefähr 230 erlitten Verletzungen. Ohne schlüssige Beweise dafür zu haben, behaupteten amerikanische Politiker, Libyer steckten hinter beiden Anschlägen.

Die USA suchten Ägypten zu einer gemeinsamen Invasion in Libyen zu bewegen. Doch der ägyptische Präsident Muhammad Husni Mubarak lehnte ab.[8]

Die USA starteten daraufhin in der Nacht vom 14. zum 15. April 1986 die Operation „Eldorado Canyon". 18 Jagdbomber vom Typ F 111 stiegen von ihren Stützpunkten in der Nähe von Oxford und Cambridge auf. Sie nahmen, da die französische, spanische und portugiesische Regierung den Überflug über ihre Territorien verweigerten, eine Route um Frankreich und die Iberische Halbinsel herum ins Mittelmeergebiet. Unterwegs tankten sie mehrfach in der Luft auf. Zu ihnen stießen 15 Bomber vom Typ A 6 und A 7

von den Flugzeugträgern „Coral Sea" und „America". Kurz vor 2 Uhr fielen die ersten Bomben auf das unverdunkelte Tripolis. Das Bombardement dauerte etwa 10 Minuten. Nach einer zwanzigminütigen Pause begann ein zweiter Angriff. Benghazi wurde gleichfalls bombardiert. Die Flugzeuge trafen hauptsächlich Wohnviertel. Es gab etwa 40 Tote, über 90 Verletzte. Eine USA-Maschine kehrte von dem Überfall nicht zurück. Die Rundfunkstation „Stimme Amerikas" rief zum Sturz von Mu'ammar al-Gaddafi auf.

Was versprachen sich die USA von ihrem Vorgehen? Reagan behauptete in einer Fernsehansprache, es habe sich um eine „vorbeugende Aktion" gegen „terroristische Einrichtungen" gehandelt. „Heute haben wir getan, was wir tun mußten. Wenn nötig, werden wir es wieder tun."[9] Unmittelbar wollten die USA Gaddafi und seine antiimperialistische Politik treffen. Zugleich ging und geht es ihnen um mehr. Sie trachten danach – diese psychische Dimension von Gewaltanwendung gerade ist typisch für Terror –, antiimperialistische und revolutionäre Kräfte von ihrem Kurs abzubringen. Kaum 2 Wochen nach dem Angriff tauchten Nachrichten über geheime und separate Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien auf. Peres begrüßte, daß König Hussein sich mit Jasir Arafat entzweit habe.

Noch kein halbes Jahr war vergangen, seit sich Michail Gorbatschow und Reagan in Genf getroffen hatten. Der Gipfel eröffnete die Möglichkeit, in der Gestaltung der internationalen Beziehungen eine Wende zum Besseren herbeizuführen. Die Menschheit hoffte dies inständig. Die Sowjetunion entsprach diesen Hoffnungen; sie unterbreitete Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die entschieden weitergingen als Vergleichbares bisher. Die USA bewegten sich mit ihrer Aggression gegen Libyen und vorangegangenen Provokationen in die entgegengesetzte Richtung. Norman Birnbaum, ein namhafter amerikanischer Soziologe, schrieb im Zusammenhang damit über Reagan: „Der Mann, der Krieg nur aus Filmen kennt, wird zunehmend unfähiger, den Film von der Wirklichkeit zu unterscheiden. Er ist gerade dabei zu tun, was seine amerikanischen Kritiker vorausgesagt haben: die Welt Richtung Abgrund zu führen."[10]

Drei Regierungen billigten den amerikanischen Überfall: die britische – sie hatte den Start der Flugzeuge von ihrem Territorium aus genehmigt –, die kanadische und die israelische. Demgegenüber waren Empörung und Protest weltweit. Die sowjetische Regierung erklärte, seit dem Banditenüberfall der USA auf Grenada finde man keine derart himmelschreiende Verhöhnung des Völkerrechts und der allgemeinen menschlichen Moral. Die „Kanonenboot-Diplomatie" sei durch die „Flugzeugträgerdiplomatie" abgelöst worden.[11] Die Teilnehmerstaaten des War-

schauer Vertrages bekundeten ihre Solidarität mit dem libyschen Volk.[12] Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen sah sich in ihrer Gesamtheit durch die USA herausgefordert. Arabische Staaten und Politiker versprachen direkte Unterstützung. Mubarak kündigte an, ein Ärzteteam mit einer mobilen Notklinik entsenden zu wollen.

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft hatten gerade erst auf einer Außenministerkonferenz von einem militärischen Vorgehen gegen Libyen abgeraten. Sie waren, mit Ausnahme von Großbritannien, von den USA nicht konsultiert worden. Die Konfrontation mit den vollendeten Tatsachen rief ihren Unmut hervor. Die britische Regierung handelte sich im eigenen Lande heftige Kritik ein. Neil Kinnock, Vorsitzender der Labour Party und Oppositionsführer, meinte, Großbritannien habe sich als „Super-Flugzeugträger der USA" für eine „völlig verfehlte" Aktion mißbrauchen lassen, die „weiteren Terrorismus provozieren wird".[13] In der BRD schieden sich gleichfalls die Geister. 72 Prozent der Bevölkerung, darunter auch die meisten CDU/CSU-Anhänger, fanden die Entscheidung des USA-Präsidenten nicht richtig.[14] Dennoch schwenkte Bundeskanzler Helmut Kohl, nachdem Dietrich Genscher und Martin Bangemann zunächst Vorbehalte geltend gemacht hatten, vorsichtig manövrierend auf den USA-Kurs ein. Die USA zeigten sich über die Kritik ungehalten. Sie konterten: Erst die Weigerung der Westeuropäer, radikale Wirtschaftssanktionen gegen Libyen zu ergreifen, habe ihren militärischen Schlag erforderlich gemacht. Drohungen waren zu hören, Ähnliches könne auch Iran und Syrien widerfahren.

„Wildwest" in Nahost – das löst kein Problem, sondern verschärft die ohnehin konfliktgeladene Gesamtsituation. „Die seit Jahren den Frieden gefährdende Situation im Nahen Osten, die durch die israelische Aggression und die Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat gekennzeichnet ist, droht in unkontrollierbare Abgründe zu geraten", führte Erich Honecker auf dem XI. Parteitag der SED im April 1986 aus. „... Es ist angesichts der aufs äußerste gespannten Lage nur zu begrüßen, daß nicht nur die arabische Welt, sondern die gesamte Menschheit die USA-Aggression gegen Libyen ablehnt und die US-Administration zur Besonnenheit aufruft. Dies um so mehr, weil unbesonnene Handlungen geeignet sind, eine Katastrophe heraufzubeschwören, die die ganze Menschheit in das Inferno eines neuen Weltbrandes stürzen kann, aus dem es keine Rückkehr gibt."[15]

Anmerkungen

1 Vgl. C. Sterling: Das internationale Terror-Netz. Der geheime Krieg gegen die westlichen Demokratien, Bern–München 1981
2 K. P. Schoenhals, R. A. Melanson: Revolution and Intervention in Grenada. The New Jewel Movement, the United States, and the Caribbean, Boulder–London 1985, S. 149.
3 Ebenda, S. 150f.
4 Archiv der Gegenwart, 11. Mai 1984, S. 27 670
5 Archiv der Gegenwart, 8. Juli 1985, S. 28 932.
6 stern, Hamburg, Nr. 43/1985, S. 32
7 Le Monde, Paris, 31. Dezember 1985 und 3. Januar 1986.
8 Neues Deutschland, Berlin, 9. April 1986.
9 Frankfurter Rundschau, Frankfurt a. M., 16. April 1986.
10 N. Birnbaum: Feuer frei auf Gaddafi. In: Der Spiegel, Hamburg, 21. April 1986, S. 134.
11 Neues Deutschland, Berlin, 16. April 1986.
12 Neues Deutschland, Berlin, 17. April 1986.
13 Frankfurter Rundschau, Frankfurt a. M., 16. April 1986.
14 stern, Hamburg, 24. April 1986, S. 29.
15 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1986, S. 18f.

Chronologie

Etwa 3200 v. u. Z.	Staatsbildung in Ägypten.
332 v. u. Z.	Alexander von Mazedonien in Ägypten, Gründung von Alexandria.
30 v. u. Z.	Ägypten wird römische Provinz.
639–642	Arabische Eroberung und beginnende Islamisierung Ägyptens.
969–972	Gründung von Kairo und der Azhar-Universität.
1517–1914 (bzw. 1918)	Ägypten Teil des Osmanischen Reiches.
25. April 1859	Mit dem Bau des Suezkanals wird begonnen.
17. November 1869	Suezkanal wird in Anwesenheit von 6000 Ehrengästen dem Verkehr übergeben.
1876–1878	Finanzbankrott Ägyptens; hohe Verschuldung an Großbritannien und Frankreich; Errichtung einer Auslandskontrolle.
1879	Nationalpartei formiert sich und fordert: „Ägypten den Ägyptern!"
1879–1882	Ägyptische Nationalbewegung erlebt unter Führung von Ahmad Urabi einen Höhepunkt.
11. und 12. Juli 1882	Britische Truppen beschießen Alexandria.
14. September 1882	Britische Truppen marschieren in Kairo ein.
18. Dezember 1914	Ägypten wird offiziell in ein britisches Protektorat verwandelt.
2. November 1917	Britische Regierung sichert politischen Zionisten Unterstützung bei der Schaffung einer „jüdischen Heimstätte" in Palästina zu (Balfour-Deklaration).
März 1919	Machtvolle antikoloniale Volkserhebung in Ägypten.
1921	Gründung der Kommunistischen Partei Ägyptens, die sich zunächst Sozialistische Partei nennt.
28. Februar 1922	Großbritannien erklärt Ägypten zu einem unabhängigen Königreich.
15. März 1922	Der ägyptische Sultan Fu'ad nimmt den Königstitel an.
26. August 1936	Britisch-ägyptischer Bündnis- und Militärvertrag; Großbritannien erkennt begrenzt ägyptische Souveränität an.
26. Mai 1937	Aufnahme Ägyptens in den Völkerbund.
Um 1942	Anfänge einer Sammlung patriotischer Offiziere um Gamal Abdel Nasser.
1. Juni 1943	Sowjetunion und Ägypten vereinbaren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.
22. März 1945	Gründung der Liga der Arabischen Staaten in Kairo.
14. Mai 1948	Ein „Volksrat" proklamiert für den folgenden Tag die Gründung des Staates Israel.
14./15. Mai 1948	Beginn des ersten arabisch-israelischen Krieges und damit des Nahostkonflikts.
1949	Formierung der Geheimorganisation der Freien Offiziere
26. Januar 1952	Antibritische Unruhen in Kairo
22./23. Juli 1952	Die Freien Offiziere ergreifen die Macht in der Armee und im Staat; Beginn einer antiimperialistischen und antifeudalen Revolution.

26. Juli 1952	Konig Faruk verzichtet zugunsten seines unmündigen Sohnes auf den Thron
9 September 1952	Durch Gesetz wird die Höchstgrenze für Bodenbesitz auf 200 Feddan je Person festgelegt (1 Feddan = 0,42 ha).
21 Dezember 1952	Durch Dekret werden feudale Titel und Ehrenbezeichnungen wie Pascha und Bey abgeschafft.
16. Januar 1953	Alle politischen Parteien werden verboten.
7. März 1953	Abschluß eines Handels- und Zahlungsabkommens zwischen Ägypten und der DDR.
18. Juni 1953	In Ägypten wird die Republik proklamiert.
18. April 1954	Nasser wird Vorsitzender des Revolutionsrates, Oberbefehlshaber der Armee und Ministerpräsident.
19. Oktober 1954	Britisch-ägyptisches Abkommen sieht die Räumung der Suezkanalzone durch die britische Armee im Verlauf von 20 Monaten vor.
Apri 1955	Nasser beteiligt sich an der Bandung-Konferenz.
27. September 1955	Ägypten schließt Waffenlieferungsabkommen mit der ČSR ab.
17. Dezember 1955	USA und Großbritannien geben ihr Angebot für Finanzierung des Assuan-Hochdamms bekannt.
17. Juni 1956	UdSSR macht Kreditangebot für Bau des Assuan-Hochdamms.
18. Juni 1956	Das letzte britische Militärkontingent verläßt ägyptischen Boden.
23. Juni 1956	Nasser wird Präsident der Republik.
26. Juli 1956	Ägypten verstaatlicht Suezkanalgesellschaft.
29. Oktober 1956	Israelische Aggression auf der Sinaihalbinsel; Beginn des zweiten arabisch-israelischen Krieges.
31. Oktober 1956	Großbritannien und Frankreich greifen, wie zuvor abgesprochen, auf der Seite Israels in die Aggression gegen Ägypten ein.
6. November 1956	Feuereinstellung nach Maßgabe der UNO-Forderung.
22. Dezember 1956	Rückzug der anglo-französischen Truppen aus Port Said.
März 1957	Israelis räumen Ghazastreifen und Scharm asch-Scheich.
9. April 1957	Wiederaufnahme der Schiffahrt auf dem Suezkanal.
1. Februar 1958	Zusammenschluß von Ägypten und Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik.
9. Januar 1960	Beginn der Arbeiten am Assuan-Hochdamm, der mit sowjetischer Hilfe errichtet wird.
Juli 1961	Verstaatlichungsgesetze und weitere Maßnahmen orientieren auf sozialistische Entwicklung.
28. September 1961	Syrien tritt aus dem Unionsverband der VAR aus.
Mai/Juni 1962	Nationalkongreß der Volkskräfte diskutiert und verabschiedet die „Charta der nationalen Aktion"; Beschluß zur Gründung der Arabischen Sozialistischen Union (ASU).
30. Januar 1966	Beginn der Durchfuhrung eines Programms zur Geburtenkontrolle.
5.–10. Juni 1967	Israelische Aggression gegen Ägypten, Syrien und Jordanien; dritter arabisch-israelischer Krieg.
9. Juni 1967	Nasser erklärt seinen Rucktritt, macht diesen

	Schritt jedoch in Reaktion auf große Vertrauensbekundungen der Bevölkerung rückgangig.
22. November 1967	Resolution des UNO-Sicherheitsrates Nr. 242 zur Nahostkrise.
30. März 1968	Nasser gibt sein Programm zur Überwindung der Aggressionsfolgen bekannt
1. März 1969	Beginn des ägyptisch-israelischen „Erschöpfungskrieges" am Suezkanal.
10. Juli 1969	Ägypten stellt volle diplomatische Beziehungen zur DDR her.
1970	Bürgerkrieg in Jordanien; König Hussein geht gegen Palästinenser vor.
24. Juli 1970	Ägypten akzeptiert den Rogers-Plan.
7. August 1970	Feuereinstellung am Suezkanal.
28. September 1970	Tod Gamal Abdel Nassers.
15. Oktober 1970	Anwar as-Sadat wird zum ägyptischen Präsidenten gewählt.
Mai 1971	Sadat schaltet Nasser-Anhänger in der Führungsspitze aus.
6. Oktober 1973	Beginn bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Ägypten und Syrien auf der einen und Israel auf der anderen Seite; Ausbruch des vierten arabisch-israelischen Krieges.
25. Oktober 1973	Ende der Kampfhandlungen in Nahost.
7. November 1973	Ägypten und die USA beschließen, ihre 1967 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen.
11. November 1973	Ägypten und Israel unterzeichnen Sechspunkteprogramm am Kilometerstein 101 der Straße Suez – Kairo.
21.–22. Dezember 1973	Erste Phase der Nahostfriedenskonferenz in Genf.
18. Januar 1974	Unterzeichnung eines ägyptisch-israelischen Truppenentflechtungsabkommens.
25. Januar 1974	Israelische Truppen beginnen mit vereinbartem Rückzug.
3. März 1974	Israelis beenden Rückzug vom Ostufer des Suezkanals.
April 1975	Ausbruch eines Bürgerkrieges in Libanon.
18./19. Januar 1977	Unruhen und Demonstrationen als Reaktion auf Preiserhöhungen.
1. Oktober 1977	Gemeinsame Initiative der UdSSR und der USA zur Fortsetzung der Nahostfriedenskonferenz.
19.–21. November 1977	Sadat besucht Jerusalem und tritt vor der Knesseth auf.
2.–5. Dezember 1977	Gegen das Vorgehen Sadats formiert sich auf einer Konferenz in Tripolis eine arabische Front des Widerstandes und der Standhaftigkeit.
9. Januar 1978	Mit Demonstrationen in der heiligen Stadt Ghom beginnt in Iran die antiimperialistische und antimonarchische „islamische Revolution".
5.–17. September 1978	J. Carter, M. Begin und Sadat verhandeln in Camp David (USA) über separate Gestaltung der agyptisch-israelischen Beziehungen.
2.–5. November 1978	Arabische Gipfelkonferenz in Bagdad verurteilt Vereinbarungen von Camp David.
26. März 1979	Unterzeichnung eines ägyptisch-israelischen Friedensvertrages in Washington

27.–31. März 1979	Vertreter arabischer Staaten legen auf einer Konferenz in Bagdad Sanktionen gegen Ägypten fest
27. März 1979	Ägypten beschließt Austritt aus der Arabischen Liga.
22. September 1980	Ausbruch eines Krieges zwischen Iran und Irak.
Juni 1981	Religiös motivierte Unruhen fordern in Ägypten Todesopfer und Verletzte
September 1981	Sadat geht massiv gegen oppositionelle Kräfte vor.
6. Oktober 1981	Sadat wird bei einer Militärparade in Kairo von muslimischen Radikalen getötet.
13. Oktober 1981	Muhammad Husni Mubarak wird zum neuen ägyptischen Präsidenten gewählt.
25. April 1982	Israelis beenden Rückzug von der Sinaihalbinsel.
6. Juni 1982	Israelische Truppen überfallen Libanon und gehen gegen libanesische und palästinensische Patrioten vor; fünfter Nahostkrieg.
1. September 1982	USA-Präsident Ronald Reagan hält eine Ansprache, in der er die in Camp David verabschiedeten Positionen – als „neuen Nahostplan" deklariert – wiederholt und begrenzt modifiziert.
23. Oktober 1983	Islamische Radikale verüben in Libanon Attentate auf das Hauptquartier der USA-Truppen sowie auf eine Unterkunft französischer Soldaten. Dabei finden 241 Amerikaner und 58 Franzosen den Tod.
4. November 1983	Islamische Radikale zerstören durch einen Sprengstoffanschlag das Hauptquartier des israelischen Militärgeheimdienstes in der südlibanesischen Stadt Tyr. Dabei kommen 61 Menschen – Israelis und Araber – ums Leben.
25. September 1984	Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Ägypten und Jordanien.
11. Februar 1985	König Hussein von Jordanien und Jasir Arafat (PLO) unterzeichnen „gemeinsamen Aktionsrahmen".
27./28. Juni 1985	II. Parteitag der Vereinigten Nationalen Progressiven Partei (VNPP) plädiert für Frieden, größere soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie.
September 1985	Im Zuge einer Regierungsumbildung wird der Ökonomieprofessor Ali Lutfi Ministerpräsident.
1. Oktober 1985	Israelische Düsenjäger bombardieren das PLO-Hauptquartier in Tunis. Dabei finden 75 Menschen den Tod, und ebenso viele werden verletzt.
10. Oktober 1985	Vier USA-Abfangjäger zwingen eine ägyptische Boeing 737 zur Landung auf dem NATO-Stützpunkt Sigonella auf Sizilien
24. November 1985	Eine ägyptische Eliteeinheit erstürmt in Valetta (Malta) eine entführte ägyptische Boeing 737. 59 Menschen kommen dabei ums Leben.
25 Februar 1986	Tausende ägyptische Polizisten rebellieren und zerstören Hotels und Luxusrestaurants.
15. April 1986	USA-Kampfflugzeuge bombardieren die libyschen Städte Tripolis und Benghazi.
11./12. Sept. 1986	Mubarak und der israelische Ministerpräsident Shimon Peres treffen in Alexandria zusammen.

Personenregister

Abd al Latif, Mahmud 53
Abd ar-Rahman, Umar 146
Abd as-Salam, Abdu-l-Hamid 147, 148, 154
Abdel-Malek, Anwar 75
Abu Ghazala, Abd al-Halim 7, 170
Abu Ijad – siehe Chalaf, Salah
Abu Musa 173
Abu Talib, Sufi 136
Ali, Ata 87
Amer, Abd al-Hakim 85, 94
Arafat, Jasir 100, 101, 122, 172, 181, 187
Aschhab, Na'im 166

al-Badr, Muhammad 82
Badran, Muhammad Schams 89, 94
Balfour, Arthur James 31
Bangemann, Martin 188
al-Banna, Hassan 38, 112
Barak, Aaron 126
al-Baz, Usama 170
Beeson, Irene 139
Begin, Menachem 84, 123–125, 127–129, 153
Ben Gurion, David 58, 61, 123
Birnbaum, Norman 187
Bishop, Maurice 185
Brandt, Willy 125
Brockway, Fenner 64

Caffery, Jefferson 46, 48
Callaghan, James 153
Carrington, Peter 153
Carter, James Earl (Jimmy) 123, 127, 129, 134, 152, 153, 163
Castro, Fidel 104
Catroux, Georges 160
Ceauşescu, Nicolae 123
Chalaf, Salah (Abu Ijad) 65, 89, 101, 125
Charles, Prinz 153
al-Chomeini, Ruholla al-Musawi 133
Cromer, Lord 20

ad Dahabi, Muhammad Hussein 143
Dayan, Moshe 84, 85, 96, 123, 125
Diba, Farah 134
Dickie, Paul M. 121
Dschemaijel, Amin 164
Dschemaijel, Baschir 162, 164
Dulles, John Foster 51, 57, 108

Eban, Abba 99
Eddé, Emile 160
Eden, Anthony 58, 64
Eisenhower, Dwight D. 63, 66, 67
Engels, Friedrich 72, 74
Eschkol, Levi 83, 84

Fahd, König 167
Fahmi, Isma'il 144, 168
Faisal II., König von Irak 66
Faisal Ibn Abd al-Aziz, König von Saudi-Arabien 80, 111, 112
Faradsch, Muhammad Abd as-Salam 146, 147, 154
Faruk, König von Ägypten 25, 44–48
Fauzi, Muhammad 107
Fischer, Oskar 171
Ford, Gerald 153
Fu'ad, Sultan/König von Ägypten 23, 25
Fuller, Arthur 32

al-Gaddafi, Mu'ammar 66, 187
Galbraith, J. K. 51
Gaulle, Charles de 160
Genscher, Dietrich 188
Giscard d'Estaing, Valéry 153
Goldberg, Arthur 88
Gorbatschow, Michail 187
Gorst, Eldon 20
Grotewohl, Otto 67
Gum'a, Scha'arawi 107

Hamad, Dschamil 173
Hamida, Ata Tayil 147, 154
Hassan, König von Marokko 123
Heikal, Muhammad Hasanein 29, 95, 106, 120, 121, 143, 146, 152, 168, 179
Herodot 11
Herzl, Theodor 30, 31
Herzog, Chaim 34, 60, 94
Hirst, David 139
Hitler, Adolf 64
Ho Chi Minh 28
Hod, Mordechai 85
Honecker, Erich 182, 188
al-Hoss, Salim 129

Hussein, Ahmad 38
Hussein, König von Jordanien 101, 126, 163, 172, 181, 187

Ibrahim, Sa'ad ad-Din 138
Idris, Konig 66
al-Islambuli, Chalid Ahmad Schauqi 146–149, 152, 154, 155
Isma'il, Chediwe 19

Jarring, Gunnar 93, 98
Jasani, Bhupendra 157

Kamil, Michel 181, 182
Kinnock, Neil 188
Kirkpatrick, Jeane 185
Kissinger, Henry A. 109, 117, 123, 132
Kitchener, Lord 20
Kleiber, Günther 171
Kohl, Helmut 188

Labib, Mahmud 38
Lampson, Miles 25
Lee, Christopher 157
Lenin, Wladimir Iljitsch 43, 74
Lesseps, Ferdinand 19, 55
Lloyd, Selwyn 58
Lutfi, Ali 169

Mahir, Ali 47–49
Mahmud, Abd al-Halim 111
Marx, Karl 19, 20, 72, 74, 182
al-Maududi, Abu'l-A'la 111
Menzies, Robert 58
Mitterand, François 153
Mollet, Guy 58
Mossadegh, Mohammad 133
Moyne, Walter Edward 32
Mubarak, Muhammad Husni 7, 114, 155, 157, 158, 168–171, 176, 178–181, 186, 188
Muhammad, Husain Abbas 147, 148, 154, 155
Muhammad Ali 17–19
Muhammad Ibn Abdallah, allgemein Muhammad (Prophet und Stifter des Islam) 11, 13, 14
Muhi ad-Din, Chalid 140, 179, 180
Muhi ad-Din, Fu'ad 145, 157
Muhi ad-Din, Zakarija 89
al-Munadschid, Salah ad Din 92
Murad, Hilmi 179
Musa, Salama 22

Nagib, Muhammad 45–48, 50, 52, 71
Napoleon Bonaparte 18
Nasser, Gamal Abdel (Dschamal Abd an-Nasir) 7, 8, 39, 41–44, 46, 47, 49–53, 55, 57, 58, 60, 61, 64–67, 70–72, 74–76, 78–84, 89, 90, 95, 96, 98–110, 119, 136, 137, 141, 143, 147, 152, 168
Nehru, Jawaharlal 52, 62, 104
Nixon, Richard 96, 97, 109, 153
Nkrumah, Kwame 67
an Numeiri, Dscha'far Muhammad 153, 166
Nutting, Anthony 57

Osman 17

Peres, Shimon 123, 164, 170, 186, 187

Qabus Ibn Taimur, Sultan von Oman 153
Qutb, Sayyid 112

Rabin, Yitzhak 83
Radwan, Fathi 38
Ramadan, Said 112
Rathmann, Lothar 20
Reagan, Ronald 134, 152, 153, 163, 173, 185, 187
Reza Pahlawi, Mohammad 132, 167
Richardson, Elliot 108
Rijad, Abd al-Mun'im 86
Rockefeller 136
Rogers, William 97–100, 108
Rommel, Erwin 50
Roosevelt, Franklin D. 29
Roosevelt, Kermit 45
Rothschild, Edmond de 31
Ruf, Werner 134

Sabri, Ali 107, 108
as-Sadat, Muhammad Anwar 7, 8, 13, 43, 44, 46, 51, 53, 106–113, 116, 118–130, 132, 134–139, 141–147, 149, 152, 153, 155, 157, 158, 167, 169, 179, 180, 182
Said, Chediwe 19
Said, Rif'at 183
Salim, Mamduh 111
as-Sallal, Abdallah 82
Sarradsch, Abd al-Hamid 80
Sarriya, Salih 142
Saud, König von Saudi-Arabien 80
asch-Schadhili, Sa'ad ad-Din 116, 141

Scharabi, Hischam 166
Scharon, Ariel 60, 115, 125
Schenuda III., Papst der Kopten 146
Schmidt, Helmut 153
asch Schukeiri, Ahmad 100
Schukeiri, Ibrahim 179
Schukri, Ghali 139
Schukri, Ibrahim 141
Senghaas, Dieter 135

at-Talmasani, Umar 112, 142, 146, 168
Taufiq, Chediwe 20
Tito, Josip Broz 52
at-Tuhami, Hassan 123
Tut ench Amun 27

Urabi, Ahmad 20, 21, 102
Usman, Usman Ahmad 112
U Thant, Sithu 83

Vance, Cyrus 123

Waldheim, Kurt 117
Weinberger, Caspar 186
Weizman, Ezer 125, 126, 128
Wellhausen, Julius 13

Zaglul, Sa'd 21
az-Zamr, Abud Abd al-Latif Hassan 146–148

Geographisches Register

Abu'l-Kum 43
Adabiya 116
Afghanistan 135
Afrika 9, 18, 135
Ägypten 7, 9–13, 17–21, 23–25, 27, 31, 34, 35, 38, 43–47, 50–58, 60–67, 71, 72, 74–78, 80–85, 87–89, 92–94, 96–98, 100, 102, 104, 108–113, 117–123, 126, 128–130, 133–138, 140–142, 144, 145, 157, 158, 160, 162, 165, 166, 169–171, 174, 179–183, 185–188
Alexandria 18, 20, 25, 41, 43, 45, 46, 53, 55, 95, 121, 143, 170, 176
Algerien 58, 99, 126; 135
Amerika – siehe USA
Arabische Halbinsel 11, 13, 16, 136, 167
Argentinien 31
al-Arisch 86, 130
Asien 9, 18, 27, 28
Assiut 152, 174
Assuan 9, 54, 121, 138
Assuandamm, Assuan-Hochdamm bzw. Assuan-Hochdammprojekt 54, 55, 67, 74, 78, 96, 120
Australien 19

Bagdad 17, 51, 66, 129, 170
Bahamas 134
Bandung 51, 71, 82
Bar-Lev-Linie 115
Basel 31
Beirut 152, 185
Belgrad 82
Benghazi 82, 187
Berlin 182
Berlin (West) 186
Bitterseen 114
BRD – siehe Bundesrepublik Deutschland
Brest-Litowsk 54
Bukarest 123
Bulaq 21
Bundesrepublik Deutschland (BRD) 134, 135, 153, 170, 175, 188

Cambridge 186
Camp David 13, 126–130, 132, 154, 162–164, 169, 171, 181, 182
Chan al-Chalili 41
Chusnija 115
ČSR, ČSSR 55

Damaskus 85, 87, 115, 141, 152
Danemark 176
DDR – siehe Deutsche Demokratische Republik
Demokratische Republik Vietnam (DRV) 28
Deutsche Demokratische Republik (DDR) 9, 62, 67, 171, 172, 188
Deutschland 21, 31, 32, 50
Deversoir 115
Dokki 7

Europa 9, 17, 18, 25, 32, 33, 72, 160
England – siehe Großbritannien

Faludscha 44
Frankreich 18–20, 28, 57, 58, 60–63, 65, 97, 133, 153, 160, 176, 186
al-Fustat 12

Genf 117, 122, 187
Ghana 67
Ghaza 125, 129
Ghazastreifen 34, 60, 64, 83, 86, 97, 99, 101, 124, 128, 129, 162–164
Ghiza 10, 174
Gidipaß 108
Golanhöhen 87, 115
Golf von Akaba 83, 84, 130
Golf von Suez 86, 116
Grenada 185–187
Großbritannien 18–21, 23, 24, 27–31, 33, 36, 38, 44, 50, 51, 55, 57, 58, 60–63, 65, 66, 75, 88, 93, 97, 132, 153, 186–188
Großer Bittersee 115
Guam 96

Heluan 95
Hermon (Berg) 115
Hollywood 30

Indien 17, 20, 28
Indischer Ozean 135
Indischer Subkontinent 28
Indonesien 51
Irak 51, 81, 89, 99, 126 134, 135, 165, 170
Iran 126, 132–135, 142, 148, 152, 185, 188
Ismailia 36, 50, 94, 114, 116, 125

Israel 7, 33, 34, 54, 58, 60, 62–64, 83–85, 87, 88, 92–94, 97–100, 104, 108, 109, 113, 114, 116–118, 122–126, 128–130, 142, 144, 158, 161–165, 169, 170, 172, 182, 186, 187

Jemen 94
Jemenitische Arabische Republik 136
Jerusalem 32–34, 86, 97, 122–126, 144, 163, 167
Jordan 86
Jordanien 34, 82, 85–88, 93, 98, 99, 101, 102, 117, 125–128, 135, 142, 161, 163, 170, 187
Judäa – siehe Westjordanien
Jugoslawien 52

Kafr ad-Dawar 52, 70, 176
Kairo 7, 9, 12, 18, 20, 21, 25, 32, 36, 37, 41, 43, 45, 46, 50, 51, 53, 67, 71, 82, 85, 86, 89, 95, 101, 102, 108, 111, 116, 117, 121–123, 129, 130, 135, 136, 138, 146, 147, 152, 173–175, 177, 181
Kairo-Heliopolis 142
Kanaan 30
Kanada 187
Kantara 94, 114
Katar 166
Katmiapaß 108
Khartum 93
Konstantinopel 17, 54
Koreanische Volksdemokratische Republik 185
Kuba 185
Kubri 114
Kuneitra 87, 115
Kuntilla 60
Kusseima 60
Kuweit 93, 99, 102, 138, 165

Libanon 126, 142, 158–164, 171, 179, 182
Libyen 66, 93, 107, 122, 126, 135, 152, 166, 169, 185–188
Litani 126
London 25, 57
Luxor 10, 12

Mallawi 146
Malta 21, 86
Marokko 89, 106, 123, 134
Maryland 127
Medina 14
Mekka 13, 14, 16, 53
Mexiko 134
Minya 174
Mitlapaß 60, 86, 108
Mittelägypten 152
Mittelmeer 160, 186
Mittelost 132, 134, 167
Muski 21

Nahost, Naher Osten 29, 32, 54, 57, 58, 62, 63, 65, 66, 83, 87, 88, 92, 93, 96, 97, 116, 117, 124, 126, 128, 132, 134, 135, 157, 160, 167, 171, 173, 182
Negev 44
Niederlande 176
Nikaragua 185
Nil 7, 9, 10, 12, 20, 135, 160
Nildamm 138, 147
Nildelta 9, 43, 85, 111
Niltal 85
Nordafrika 128
Nordjemen 82

Oberägypten 9, 41, 146, 152
Oman 129, 153, 167
Orontes 160
Oslo 128
Osmanisches Reich 17–21, 135
Ostasien 19
Osteuropa 30, 31
Ostjerusalem 167
Oxford 186

Pakistan 28, 112, 133
Palästina 17, 30–35, 38, 44, 65, 99–101, 122, 124, 126, 129, 163, 167, 171, 173
Paris 19, 58
Persischer Golf 134
Port Said 61, 62, 66, 94, 119, 120, 186
Portugal 186

al Qahira – siehe Kairo

Rabat 106
Rafid 115
Rom 186
Rußland 21, 29

Sabra 162, 164
Samaria – siehe Westjordanien
Saudi-Arabien 80, 82, 93, 94, 109, 111, 112, 135, 138, 165, 166
Schalufa 114
Scharm asch-Scheich 61, 86
Schatila 162, 164
Schatt al Arab 135

Schottland 176
Sèvres (bei Paris) 58
Sigonella 186
Sinai 60
Sinaihalbinsel 9, 60, 61, 64, 83, 85, 86, 92, 108, 128, 130, 138, 170
Sizilien 186
Sohag 174
Somalia 129, 153
Sowjetunion – siehe UdSSR
Spanien 186
Sudan 23, 93, 129, 153, 166
Suez 19, 55, 94, 116, 117, 132
Suezkanal 7, 19, 20, 31, 50, 54, 55, 57–60, 63, 64, 66, 85, 92, 94, 96, 99, 104, 108, 113, 115, 116, 118, 120, 130, 136, 138
Suezkanalzone 24, 36–38, 50, 56, 61
Syrien 7, 17, 80, 81, 83, 85, 87–89, 93, 99, 107, 113, 117, 126, 135, 152, 162, 163, 165, 182, 188

Taba 130, 170
Teheran 121, 123
Tel Aviv 123, 164
Transjordanien 101
Tripolis (Libyen) 122, 126, 187
Tunis 130, 186
Türkei 17, 133

UdSSR 27, 28, 33, 51, 58, 62, 67, 78, 87, 88, 93, 95, 96, 98, 108, 109, 116, 117, 120, 122, 135, 144, 157, 167, 170, 171, 185, 187
Unterägypten 9
USA 7, 27–30, 45, 46, 50, 51, 55, 57, 63, 66, 67, 88, 93, 96–98, 101, 104, 107–109, 113, 116, 117, 119, 120, 122, 123, 127–130, 132–135, 138, 141, 142, 144, 152, 153, 157, 161, 163–165, 167, 169, 176, 180–182 185–188

VAR (Vereinigte Arabische Republik) – siehe Ägypten
VDR (Volksdemokratische Republik) Jemen 126
Vereinigte Arabische Emirate 165
Vereinigte Staaten von Amerika – siehe USA
Vietnam 28, 97, 132

Washington 46, 123, 127, 129
Westbeirut 158, 159
Westeuropa 30, 169
Westjordanien (Westbank) 34, 86, 124–126, 128, 129, 162–164
Wheelus Air Field 186
Wien 186

Zaitun 111
Zypern 61

Zuletzt erschienen:

nl · konkret 79

Klaus Ullrich

Der weiße Dschungel

Tennis im Würgegriff der Agenturen

nl · konkret 80

Horst Szczesny

Schlachten des kalten Krieges

Wege und Ziele imperialistischer Politik

nl · konkret 81

Matthias Rothe

Zukunft auf dem Prüfstand

Wirtschaftswachstum am Wendepunkt?

Das Ägyptische und das Arabische · Die Briten am Nil · Palästina, die Araber und die Juden · Nagib tritt zurück – die Revolution bleibt · Stichwort „Lesseps" · Schlacht um den Suezkanal · Geborgenheit: Verlust und Illusion · Israels konterrevolutionärer Krieg · Bitternis der Niederlage · „Rogers-Plan": Kapituliert Nasser? · „Schwarzer September" für Palästinenser · Die Kanalüberquerung · Sadat in Jerusalem · 17 000 Millionäre: auch eine Bilanz · Islambuli vor der Tribüne · „Allah ist unser Richter" · Israel in Libanon · Zurück zu den Arabern · Alltag in Kairo

Verlag Neues Leben Berlin

ISBN 3-355-00499-5